

Was ist eigentlich ...?

Fachwörterbuch des Geld- und Finanzwesens

Vorwort

Die Geld- und Finanzwirtschaft nimmt im Wirtschaftsleben eine ständig wachsende Schlüsselstellung ein. Dieser äußerst dynamische Bereich der Wirtschaft bringt ständig neue und innovative Finanzierungskonzepte und damit zusammenhängend neue Fachwörter hervor, die bislang nicht bekannte Erscheinungen und Entwicklungen kennzeichnen.

Ziel dieses Handbuches ist es, jedem an Geld- und Finanzfragen Interessierten das Nachschlagen der wichtigsten Fachwörter zu ermöglichen und dadurch die Chance zu bieten, im wirtschaftlichen Leben mitdiskutieren zu können und die wichtigsten Fachausdrücke richtig einzuordnen, korrekt zu verstehen und selbst korrekt zu verwenden.

Dieses Nachschlagewerk kann keinen Anspruch auf Vollständigkeit erheben. Ein komplettes Lexikon des Geld- und Finanzwesens würde Tausende Seiten füllen. Die Autoren haben die Auswahl derart getroffen, dass die wichtigsten Fachwörter, die zum Lesen der Wirtschaftspresse und der Fachliteratur sowie zum Verstehen aktueller Wirtschaftszusammenhänge und zum Mitdiskutieren benötigt werden, in knapper Form und in einer auch für Laien verständlichen Sprache erklärt werden. Mit * gekennzeichnete Wörter verweisen auf ähnliche Begriffe.

Der Sparkassenverlag wünscht allen Lesern dieses Handbuchs interessante Erkenntnisse und viel Erfolg bei der Verwendung im Wirtschaftsleben!

A

Abbuchungsauftrag	Mit dem Abbuchungsauftrag ermächtigt der Kontoinhaber sein Kreditinstitut, zugunsten eines bestimmten Zahlungsempfängers regelmäßig wiederkehrende, aber unterschiedlich hohe Einzugswerte (z.B. Telefonrechnungen, Versicherungsprämien, Strom- und Gasrechnungen) von seinem Konto abzubuchen.
A conto (Akonto)	Ital. = auf Rechnung, Teilzahlung auf eine fällige Geldschuld (Abschlagszahlung).
ABC-Analyse	Verfahren in der Warenwirtschaft, Unterteilung der Waren in sehr teure (A-Güter), mittelteure (B-Güter) und billige (C-Güter) Waren, um festzustellen, bei welchen Warengruppen es sich lohnt, optimale Bestellbedingungen zu erreichen. Der Haupteinsatz sollte demnach auf den A-Gütern liegen. Die ABC-Analyse lässt sich jedoch nicht nur in der Warenwirtschaft anwenden, sondern in jedem Bereich des wirtschaftlichen Lebens, in dem Klassifizierungen und Prioritätensetzungen erforderlich sind.
Abfertigung	Anspruch des Dienstnehmers auf eine Zahlung bei dessen Ausscheiden aus einem Dienstverhältnis, deren Höhe sich nach der Dauer des Dienstverhältnisses und der Höhe der Bezüge richtet. Abfertigungen werden fällig bei Kündigungen durch den Arbeitgeber, einvernehmlicher Auflösung des Dienstverhältnisses, Erreichung des Pensionsalters etc.
Abfertigungsrückstellung	Position (auf der Passivseite der *Bilanz), die von einem Unternehmen zur Deckung möglicher Abfertigungsansprüche der Dienstnehmer gebildet wird.
Abfindung	Eine Leistung (meist einmalige Geldentschädigung) im allgemeinen Rechtsleben, die bezahlt wird, um einen strittigen oder zweifelhaften vermögensrechtlichen Anspruch endgültig zu beseitigen.
Abgaben	Oberbegriff für Pflichtzahlungen wie Steuern, Sozialversicherungsbeiträge, Gebühren etc., die aufgrund öffentlicher Finanzhoheit eingehoben werden.
Ablauforganisation	Regelung der zeitlichen und räumlichen Beziehungen der betrieblichen Prozesse. Die Ablauforganisation legt fest, wann, wo und in welcher Reihenfolge bestimmte Tätigkeiten zu erledigen sind.
Abrufauftrags-service	EDV-Dienstleistung, die eine elektronische Abwicklung von Zahlungen in unterschiedlicher Höhe und größerer Anzahl an einen gleichbleibenden Empfängerkreis bzw. Einzug von Forderungen im *Lastschriftinzugsverkehr vorsieht. Der Abrufauftragservice wird von Unternehmen und Einrichtungen ohne eigene EDV-Anlage in Anspruch genommen.

ABS	*Asset Backed Securities
Absatz	Die Menge aller in einem bestimmten Zeitraum von einem Unternehmen verkauften Waren und/oder Dienstleistungen, im Unterschied zum wertorientierten *Umsatz.
Absatzfinanzierung	*Finanzierung des Absatzes eines Unternehmens, zum Beispiel durch einen *Betriebsmittelkredit.
Absatzleasing	Art des *Leasings
Abschlag	*Disagio
Abschlagsdividende	(Zum Beispiel vierteljährliche) Vorauszahlung auf die noch festzusetzende gesamte *Dividende für das betreffende Geschäftsjahr, besonders in den USA üblich.
Abschluss	1. Erstellen der *Bilanz und der *Gewinn- und Verlustrechnung. 2. Vertragliche Regelung eines zustande gekommenen Geschäftes.
Abschnitt	Einzelner Zins- oder Dividendenkupon bei Wertpapieren.
Abschöpfungs-auftrag	Sonderform des *Dauerauftrages, der die kontoführende Bank beauftragt, einen gewissen Restbetrag vom *Girokonto auf ein anderes Konto (meist *Sparbuch) regelmäßig zu übertragen.
Abschöpfungs-strategie	Mögliche Preisstrategie, bei der der Verkaufspreis besonders hoch angesetzt wird, um eine möglichst hohe Bruttomarge (*Marge) erzielen zu können, v.a. bei neu einzuführenden Produkten oder Dienstleistungen und starker Nachfrage.
Abschöpfungs-verfahren	Verfahren des Privatkonkurses nach Scheitern eines *Zwangsausgleiches oder *Zahlungsplanes, um als Schuldner unter besonderen Voraussetzungen Restschuldbefreiung nach 7 Jahren zu erlangen, sofern der Schuldner zumindest 10 % der Gläubigerforderungen bezahlen konnte.
Abschreibung	Im Rechnungswesen werden durch die Abschreibungen die Wertminderungen von abnutzbaren Gegenständen des *Anlagevermögens auf die Nutzungsdauer verteilt. Abschreibungen werden in der Buchhaltung als *Aufwand verbucht und vermindern daher den Gewinn. Die Anlagegüter scheinen in der *Bilanz mit dem um die vorgenommenen Abschreibungen verminderten Wert auf.
Absonderungsanspruch	Absonderungsansprüche werden im *Insolvenzverfahren durch *Pfandrechte und Rechte von *Sicherungseigentümern begründet. Absonderungsberechtigt sind Gläubiger, die einen Anspruch auf bevorzugte Befriedigung aus einem bestimmten Gegenstand haben.

Abstattungskredit	Kreditart, bei der über den eingeräumten Kreditbetrag nur einmal verfügt werden kann, deshalb auch als Einmalkredit bezeichnet. Der Kredit kann nach Inanspruchnahme nur mehr zurückbezahlt und nicht wieder ausgenützt werden.
Abstrakt	Vom Grundgeschäft losgelöst, Gegenteil: *akzessorisch.
Abtretung von Forderungen	*Zession, Übertragung eines Rechtes, insbesondere einer Forderung, durch den Gläubiger auf einen Dritten.
Abwertung	Verminderung des Außenwertes einer Währung gegenüber anderen Währungen, Gegenteil: Aufwertung.
Abwicklung	Durchführung der geld- und stückmäßigen Erfüllung von Wertpapiergeschäften, auch Settlement genannt.
Abzahlungsgeschäft	Aufgrund eines Rahmenvertrages zwischen Händler und Geldinstitut erfolgt eine Bevorschussung der Kaufpreisrestforderungen des Händlers an seine Kunden durch das Geldinstitut.
Abzinsung	Verminderung einer oder mehrerer zukünftiger Geldleistungen um Zinsen, die von der Gegenwart bis zur Zahlung berechnet werden.
Adviser	Viele Fondsgesellschaften „kaufen“ sich spezielles Know-how ein, wenn es gilt, einen Fonds oder Teile eines Fonds auf besonderen Märkten oder auf besondere Art zu verwalten. So ein Spezialist (meist ein ausländisches Kreditunternehmen) kann den *Fondsmanager als Adviser beraten (engl. advise) oder selbst als Fondsmanager oder als *Co-Manager fungieren. In der Folge unterscheidet man „single-adviser-funds“, also Fonds mit nur einem Adviser, und „multi-adviser-funds“, Fonds mit mehreren Advisern, die getrennte Aufgaben übernehmen.
Account	Engl. = Konto
Accounting	Sämtliche Maßnahmen, die in einem Unternehmen mit der Buchhaltung und vor allem der Bilanzierung zusammenhängen.
ADR	*American Depositary Receipt
AG	*Aktiengesellschaft
AGB	*Allgemeine Geschäftsbedingungen
Agio	Ital. = Aufgeld, Prämie. Betrag, um den der Emissionspreis bzw. der Verkaufspreis eines Wertpapiers dessen Nennwert übersteigt bzw. der Preis einer Münze, der über dem reinen Metallwert liegt. Das Agio wird meistens in Prozenten des Nennwertes ausgedrückt, Gegenteil: Disagio.

Agrarförderung	System, die Land- und Forstwirtschaft mit Hilfe öffentlicher Mittel in Form von direkten Zuwendungen, Kreditkosten- und Zinszuschüssen, Steuerbegünstigungen etc. finanziell zu fördern.
Agrarkredite	Kredite für Betriebe der Land- und Forstwirtschaft zu besonders günstigen Konditionen.
Akkreditiv	Schriftliches, *abstraktes Zahlungsverprechen der Bank des auftraggebenden Importeurs gegenüber dem Exporteur, bei Einreichung vollkommen akkreditivkonformer Dokumente innerhalb einer vereinbarten Zeit Zahlung zu leisten oder einen Wechsel zu akzeptieren. Durch ein Akkreditiv gelingt es einem Exporteur, das Bonitätsrisiko des ausländischen Importeurs sowie in bestimmten Fällen auch das politische Risiko des Abnehmerlandes auszuschließen. Die Hausbank des Exporteurs übernimmt die Funktionen einer Korrespondenzbank, indem sie das Akkreditiv entweder nur avisiert, als Zahlstelle oder als bestätigende Bank (Übernahme eines eigenen Zahlungsverprechens) fungiert.
Akquisition	<ol style="list-style-type: none"> 1. Aktive Gewinnung von Kunden und Geschäften. 2. Aufkauf von anderen, bislang selbständigen Unternehmen.
Aktie	Wertpapier, das eine Beteiligung an einer *Aktiengesellschaft verbrieft. Der *Aktionär ist Gesellschafter der Aktiengesellschaft und hat damit bestimmte Vermögens- und Mitspracherechte. Der *Aktienkurs ist bedingt durch Angebot und Nachfrage und repräsentiert den Wert der Aktiengesellschaft. Aktien gelten als risikoreichere Form der Geldanlage, jedoch mit höheren Wachstumschancen als festverzinsliche Wertpapiere. In Österreich lauten Aktien in der Regel auf den Inhaber (ansonsten Namensaktien, die in ein *Aktienbuch eingetragen werden).
Aktienanalyse	Analyse der Aktien bzw. der Erfolgsaussichten eines Unternehmens, um deren Wert festzustellen und eine Kauf- oder Verkaufsentscheidung zu treffen. Als Möglichkeiten stehen die *Fundamentalanalyse, die *Technische Analyse und die *Chartanalyse zur Verfügung.
Aktienausgabe	*Emission
Aktienbuch	Verzeichnis, in das die Eigentümer von auf den Namen lautenden *Aktien (Namensaktien) einer *Aktiengesellschaft eingetragen sind.
Aktienfonds	*Investmentfonds, der ausschließlich (oder zumindest vorwiegend) in Aktien investiert. Einige Aktienfonds spezialisieren sich auf Aktien einer bestimmten Branche, eines bestimmten Landes etc. Der englische Ausdruck lautet Equity funds.

Aktiengesellschaft (AG)	*Kapitalgesellschaft, besitzt als juristische Person eigene Rechtspersönlichkeit. Ihre Gesellschafter, die *Aktionäre, sind durch den Aktienkauf an dem in *Aktien zerlegten Grundkapital beteiligt. Die Aktionäre haften nicht persönlich, sondern nur mit ihrer Einlage für die Schulden der Gesellschaft.
Aktiengesetz	Enthält alle gesetzlichen Regelungen zur Aktiengesellschaft, insbesondere zu deren Organisation und Geschäftsablauf.
Aktienindex	Kennzahl, die die durchschnittliche Entwicklung der Aktienkurse für eine bestimmte Börse zeigt. Der Index kann nach verschiedenen Gesichtspunkten zusammengesetzt und gewichtet sein. Aktienindizes dienen oft als *Benchmark. Wichtige Indizes sind der *DAX, *Dow Jones-Index, *Nikkei-Index, *ATX, *FTSE-100.
Aktienkapital	*Grundkapital einer *Aktiengesellschaft
Aktienkurs	Preis für eine *Aktie, der an der Börse durch Angebot und Nachfrage zum Zeitpunkt der Kursbildung zustande kommt. Vor allem die wirtschaftliche Entwicklung des Unternehmens und die Erfolgsaussichten, aber auch das Zinsniveau und die gesamtwirtschaftliche Lage beeinflussen Angebot und Nachfrage nach bestimmten Aktien.
Aktienmehrheit	a) Einfache Aktienmehrheit: Anzahl der *Aktien, die mehr als die Hälfte des *Grundkapitals einer *Aktiengesellschaft repräsentiert. b) Qualifizierte Mehrheit: Mehrheit, die mindestens 3/4 des Grundkapitals umfasst.
Aktiensplit, Aktiensplitting	Aufteilung einer *Aktie in mehrere Aktien mit entsprechend kleinerem Nominalwert. Dadurch bleibt das *Grundkapital der *Aktiengesellschaft und der Gesamtwert aller Aktien unverändert. Aktiensplitting wird oft zur leichteren Handelbarkeit einer Aktie an der Börse vorgenommen.
Aktientausch	Zur festeren gegenseitigen Bindung können *Aktiengesellschaften untereinander *Aktien austauschen, wodurch eine gegenseitige Beteiligung begründet wird, v.a. bei Aufkäufen oder Fusionen von Unternehmen.
Aktionär	Gesellschafter einer *Aktiengesellschaft
Aktionärsbrief	(Halb- oder vierteljährliche) Mitteilung des Vorstandes einer Aktiengesellschaft an die Aktionäre, in der über den Geschäftsverlauf der Gesellschaft während des Geschäftsjahres berichtet wird.
Aktiva	Alle Vermögenswerte eines Unternehmens, die in der *Bilanz des Unternehmens enthalten sind und den *Passiva (dem Kapital) gegenübergestellt werden. Aktiva sind zum Beispiel Grundstücke, Gebäude, Maschinen, Geschäftsausstattung, Wertpapiere, Bankguthaben und Kassabestände, Warenlager, Forderungen etc.

Aktivgeschäfte	*Bankgeschäfte, die auf der Aktivseite (*Aktiva) der *Bilanz von Banken aufscheinen, insbesondere Kreditgeschäfte und Eigenveranlagungen von *Wertpapieren, Gegenteil: *Passivgeschäfte.
Akzept	1. Die Annahme einer Wechselschuld durch den Bezogenen durch seine Unterschrift, wodurch er zum Akzeptanten wird und sich damit verpflichtet, den Wechsel bei Fälligkeit zu bezahlen. 2. Ein angenommener (akzeptierter) Wechsel.
Akzeptkredit	Kreditleihe einer Bank, bei der die Bank einen Wechsel akzeptiert und der Kunde anschließend diesen Wechsel diskontieren lässt und der Bank bei Fälligkeit die Mittel wieder zur Verfügung stellt.
Akzessorisches Rechtsverhältnis	Das Rechtsverhältnis ist mit einem anderen Rechtsverhältnis verbunden. Sein Bestand ist daher vom Bestand dieses Rechtsverhältnisses abhängig, z.B. *Pfandrecht, *Bürgschaft etc.
Allgemeine Geschäftsbedingungen (AGB)	Die Allgemeinen Geschäftsbedingungen regeln den Geschäftsverkehr zwischen Unternehmen und ihren Kunden, insbesondere Zahlungsbedingungen, Lieferbedingungen, Eigentumsübergang, gegenseitige Rechte und Pflichten etc.
Allonge	Franz. = Verlängerung zu einem Dokument. Meistens mit einem *Wechsel oder mit einer *Namensaktie verbundene Verlängerung des Dokuments, die für weitere *Indossamente Platz bieten soll (wenn auf der Rückseite des Originals kein Platz mehr ist).
Alpha-Faktor	Faktor, der die Über- oder Unterbewertung einer Aktie ausdrückt. Ein positiver Faktor bedeutet eine Unterbewertung, ein negativer Faktor eine Überbewertung der Aktie.
Alternative Investments	Investitionen eines speziellen Investmentfonds in derivative Finanzinstrumente wie Optionen, Futures, Swaps etc., die höhere Risiken, allerdings auch höhere Chancen bieten.
Altersvorsorge	Ansparen von finanziellen Reserven für die Altersvorsorge.
Am Geld	*Option, die keinen *inneren Wert aufweist, bei der allerdings *Basispreis und *Tageskurs eng beieinander liegen, sodass die reelle Chance besteht, dass die Option noch ins Geld kommt, auch als „at-the-money“-option bezeichnet.
American Depositary Receipt	Aktiensurrogate (Hinterlegungsscheine), die für ausländische Gesellschaften erforderlich sind, sofern sie eine Börsennotiz an einer amerikanischen Börse anstreben. Grund dieser Maßnahme sind die strengen Zulassungsbedingungen der amerikanischen Börsen, wobei nicht die (bei einer Bank zu hinterlegenden) Originalaktien einer ausländischen Gesellschaft gehandelt werden, sondern die dafür ausgestellten Hinterlegungsscheine.

American style	*Amerikanische Option
Amerikanische Option	*Option, die während der gesamten Laufzeit ausgeübt werden kann, Gegenteil: *Europäische Option.
Amortisation	1. Tilgung einer Schuld in Teilzahlungen, speziell Rückzahlung oder Rückkauf von Obligationen auf Grund der Emissionsbedingungen. 2. Kraftloserklärungsverfahren vor Gericht zur Erklärung der Ungültigkeit von verloren gegangenen Wechseln und Wertpapieren.
Amortisationsdauer	Zeitspanne, die erforderlich ist, um das für eine Investition (z.B. eine Maschine) erforderliche Kapital durch die mit ihr erwirtschafteten Überschüsse wieder zu verdienen. Je kürzer die Amortisationsdauer ist, desto weniger Risiko weist eine Investition auf (vgl. *Payback-Period).
Amtlicher Handel	Um an einer Börse notieren zu können, müssen verschiedene Voraussetzungen erfüllt werden. Ist ein Unternehmen imstande, die strengsten Voraussetzungen zu erfüllen, notiert es im Amtlichen Handel, dem wichtigsten Marktsegment der Wiener Börse. Erfüllt es nur „mittelstrenge“ Voraussetzungen, so notiert es im *Geregelten Freiverkehr. Für eine Notiz im *Sonstigen Wertpapierhandel müssen nur wenige Minimalanforderungen erfüllt werden. Um in einen großen *Index aufgenommen zu werden, ist allerdings eine Notiz im Amtlichen Handel erforderlich.
Anderdepot	Effekten, die dem Kreditinstitut von Rechtsanwälten, Notaren, Treuhandgesellschaften etc. für deren Klienten anvertraut werden.
Anderkonto	Konto, das zum Zweck der Treuhandverwaltung von Vermögenswerten im Auftrag Dritter geführt wird.
Anfangskurs	Erster Kurs für ein variabel oder fortlaufend notiertes *Wertpapier am Beginn eines Börsenhandelstages.
Anfechtung	Wegen des Grundsatzes der Gleichbehandlung sämtlicher Gläubiger ab dem Zeitpunkt der Zahlungsunfähigkeit des Schuldners besteht die Zielsetzung der Anfechtungsbestimmungen im Rahmen des Insolvenzverfahrens darin, Vermögensvorteile, die eine dritte Person ab dem genannten Zeitpunkt erhalten hat, als unwirksam zu erklären, um eine einseitige Bevorzugung zu vermeiden.
Angeld	Gegenleistung des Käufers vor Lieferung, wobei im Gegensatz zur *Anzahlung das Geld bei Vertragsrücktritt durch den Käufer vom Verkäufer nicht retourniert wird, sondern bei diesem verbleibt.

Anlageausschuss	Gremium, welches insbesondere bei *Spezialfonds und *Großanlegerfonds die *Anlagerichtlinien festlegt, anpasst oder verändert und ihre Einhaltung überwacht. In diesem Gremium sitzen Spezialisten der Kapitalanlagegesellschaft und allenfalls Vertreter des Großanlegers.
Anlageberatung	Beratung über aktuelle und günstige Möglichkeiten der Geldanlage, abgestimmt auf die Ziele und Bedürfnisse der Kunden. Jederzeitige *Liquidität oder längere Bindung, geringere Verzinsung bei großer Sicherheit sowie hoher Ertrag bei mehr Risiko sind Überlegungen, die bei der Beratung eine große Rolle spielen.
Anlagerichtlinien	Die mehr oder minder engen Vorgaben, die ein Vermögensverwalter oder *Fondsmanager bei seinen Anlageentscheidungen einzuhalten hat. Anlagerichtlinien verbinden qualitative, materielle und quantitative Aspekte zu einem Rahmen, innerhalb dessen sich der Fondsmanager zu bewegen hat, und werden den Marktgegebenheiten laufend angepasst
Anlagestrategie	Strategie, die bei der Anlage von Geld Kriterien wie Sicherheit, Risikoverteilung, Werterhaltung, Gewinnerzielung etc. bewertet und in einen Anlageplan umsetzt.
Anlagevermögen	Teil der *Aktiva einer *Bilanz, die jene Vermögensteile repräsentiert, die dem Unternehmen langfristig dienen und auf mehrere Jahre verteilt abgeschrieben werden (Gebäude, Fuhrpark, Maschinen, Geschäftsausstattung etc.), Gegenteil: *Umlaufvermögen.
Anlageziel	z.B. Erzielung größtmöglicher laufender Erträge bei mehr oder minder hohem Risiko, oder aber Wertzuwachs, oder beides in ausgewogener Mischung.
Anleger	Anleger zielen im Gegensatz zu Spekulanten nicht auf hochriskante, vorwiegend kurzfristig erzielbare Gewinne ab, sondern investieren ihre Mittel in der Regel langfristig und orientieren sich an bestimmten Grundsätzen (Sicherheit bzw. Risiko, *Liquidität, Ertrag).
Anleihe	Großschuldner nehmen durch Anleihen längerfristige Darlehen auf, um große Investitionsvorhaben zu finanzieren. Anleihen werden häufig vom Staat, von Ländern, Geldinstituten, großen Industrieunternehmen etc. ausgegeben. Anleihen sind daher *Forderungswertpapiere, die das Recht des Inhabers auf Rückzahlung des eingezahlten Betrages zu bestimmten Terminen und in der Regel auch auf einen über die gesamte Laufzeit vereinbarten Zinsertrag verbrieften (meist festverzinslich, jedoch auch variable Verzinsung bei *Floatern möglich). Die übliche Form der *Tilgung ist die *endfällige Tilgung.

Anmerkung	Begriff aus dem Grundbuchsrecht. Anmerkungen dienen dazu, bestimmte Rechtsverhältnisse bekannt zu machen oder Rechtswirkungen herbeizuführen (z.B. Anmerkung der *Rangordnung).
Annuität	Gleichbleibende Tilgungsrate einer Schuld bzw. eines Kredites, die sich aus *Zinsen und dem eigentlichen Rückzahlungsbetrag zusammensetzt.
Annuitätenzuschuss	Art der Wohnbauförderung, bei der (die einzelnen Bundesländer) Zuschüsse zur Rückzahlung von Bankdarlehen leisten. Die Höhe der Annuitätenzuschüsse nimmt mit der Laufzeit zumeist ab.
Anonym	Ohne Nennung des Namens
Anonyme Konten und Sparbücher	*Konten, Sparbücher und Wertpapierdepots, bei denen der Besitzer sich nicht legitimieren und dadurch auch seinen Namen der Bank gegenüber nicht bekannt geben musste. Die Form der anonymen Konten, Sparbücher und Wertpapierdepots ist jedoch stark eingeschränkt worden, eine Neueröffnung ist nicht mehr zulässig, bestehende anonyme Konten, Sparbücher und Depots können jedoch noch anonym weiterlaufen, sofern keine Zugänge vorhanden sind.
Anschaffungswert	Jener Betrag bei der Bewertung von *Aktiva in der Bilanzierung, der bei der Anschaffung oder Herstellung eines bilanziell erfassten Vermögensgutes (inkl. Nebenkosten wie Montage) aufgewendet wurde.
Anschlusskonkurs	Wird z.B. ein *Ausgleich nicht binnen 90 Tagen ab Ausgleichseröffnung (oder einer allfällig verlängerten Frist) von den Gläubigern angenommen (weitere mögliche Voraussetzungen nennt das Gesetz), so wird das Ausgleichsverfahren eingestellt und das Gericht hat amtswegig über die Konkurseröffnung zu entscheiden.
Anteilschein	Bezeichnung für Urkunden, die Anteilsrechte an einem Unternehmen verbriefen, u.a. das Anteilsrecht eines Investmentssparers an einem Investmentfonds.
Anteilscheingattung	Seit Anfang 1998 dürfen, wenn dies in den *Fondsbestimmungen vorgesehen ist, für jeden Kapitalanlagefonds sowohl *Ausschüttungsanteilscheine als auch *Thesaurierungsanteilscheine – also zwei unterschiedliche Gattungen – ausgegeben werden.
Anteilsverwaltungs-sparkasse (AVS)	Nach dem Sparkassengesetz können Sparkassen ihr gesamtes Bankgeschäft in eine Sparkassen-Aktiengesellschaft auslagern und die vom Bankgeschäft entkleidete Hülse in einer Anteilsverwaltungs-sparkasse belassen. Sie muss einen Anteil von mindestens 51 % der operativen Sparkasse halten. Ihr Geschäftsgegenstand ist fast ausschließlich auf die Vermögensverwaltung beschränkt.

Antizipative Zinsen	Zinsberechnungsmodus, bei dem die Zinsen am Beginn der Zinsperiode (meistens am Jahresanfang) berechnet und bezahlt werden bzw. bei der erstmaligen Gewährung eines Kredites gleich vor dessen Auszahlung einbehalten werden, Gegenteil: dekursive Zinsen.
Anweisung	Urkunde, in welcher der Aussteller einen anderen anweist, Geld, Wertpapiere etc. an einen Dritten zu leisten.
Anzahlung	Gegenleistung des Käufers vor Lieferung, um einen Teil der Produktionskosten bereits im Vorhinein zu finanzieren bzw. aus Verkäufersicht das Bonitätsrisiko der Nichtbezahlung zu reduzieren.
Anziehen	Im Kurswert steigen, z.B. Börsenkurse oder Zinsen.
APEC	Asia-Pacific Economic Cooperation, 1989 gegründete Vereinigung der wichtigsten an den Pazifik angrenzenden Staaten zur Unterstützung des Handels zwischen den beteiligten Ländern, wobei es sich derzeit noch um einen intensiveren, allerdings weitgehend unverbindlichen Dialog und um keine Wirtschaftsvereinigung, Freihandelszone oder Zollunion handelt.
APSS	Abkürzung für Austrian Payment Systems Services. Geldausgabeautomatengesellschaft, an der alle österreichischen Kreditinstitutsgruppen beteiligt sind. Geschäftsgegenstand ist insbesondere der Betrieb von *Bankomaten und *POS-Bankomat-kassen. *Europay Austria, Zahlungsverkehrssysteme.
Arbitrage	Geschäft, das die Preisunterschiede für die gleichen Produkte (z.B. für die gleichen *Wertpapiere, *Devisen oder *Banknoten) an verschiedenen Märkten (z.B. verschiedenen Börseplätzen) gewinnbringend ausnützt (risikolos im Vergleich zur Spekulation!).
Artificial intelligence	Bereich der Informatik, der die Erfassbarkeit und Nachvollziehbarkeit von intelligentem Verhalten durch Computer oder die allgemeine Problemlösung, die Intelligenzleistungen mit Hilfe des Computers voraussetzt, untersucht.
ARTIS	Austrian Real-Time Interbank Settlement. ARTIS ist das österreichische Zahlungsverkehrssystem, durch das Zahlungsaufträge zum Zeitpunkt ihres Entstehens einzeln verarbeitet und sofort abgewickelt werden. Im Rahmen des *ESZB sind alle nationalen Real-Time Gross Settlements miteinander verbunden.
Asset Allocation	Verteilung des zu investierenden Finanzvermögens eines Investors bzw. eines *Investmentfonds auf verschiedene Anlagekategorien (z.B. *Anleihen, *Aktien, *Optionen, *Termingeschäfte, Rohstoffe, bestimmte Branchen, Immobilien etc.)

Asset Backed Securities	Wertpapiere eines *Special Purpose Funds, die durch bestimmte Vermögensgüter (meist Hypotheken oder Kraftfahrzeuge) besichert sind. Eine Special Purpose Company würde beispielsweise gegründet werden, um einen bestimmten Bestand an hypothekarisch besicherten Krediten den bisherigen Kreditgebern günstig abzukufen und das dafür erforderliche Kapital durch die Ausgabe von Wertpapieren aufzutreiben.
Asset Management	Professionelle Verwaltung von Vermögen
At the money	Option, die *am Geld ist.
Attachment	Datei, die an eine E-Mail „angehängt“ und mit dieser über das Internet verschickt werden kann.
ATX	Abkürzung für Austrian Traded Index. Der ATX ist ein *Aktienindex, der die liquidesten *Aktien der Wiener Börse enthält. Die Aktien werden nach ihrer *Marktkapitalisierung gewichtet. Daher haben Werte mit einer hohen Kapitalisierung einen stärkeren Einfluss auf den ATX. Ausgangspunkt für die Berechnung des ATX ist der 2. Jänner 1991 mit 1.000 Punkten.
Auditing	Alle Maßnahmen, die mit einer Bestätigung der Richtigkeit und Vollständigkeit des Jahresabschlusses eines Unternehmens zusammenhängen.
Aufbauorganisation	Regelt die Beziehung, in welcher die einzelnen betrieblichen Stellen zueinander stehen, v.a. die Zuständigkeit, Aufgabenbereiche und Weisungsbefugnisse.
Aufgeld, Aufschlag	*Agio
Aufrechnung	Gegenseitige Tilgung von zwei sich gegenüberstehenden Forderungen durch Verrechnung.
Aufsandungs- erklärung	Ausdrückliche Erklärung desjenigen, dessen Recht beschränkt, belastet, aufgehoben oder übertragen werden soll, dass er in die grundbücherliche Einverleibung einwilligt.
Aufsichtsrat	Jenes Gesellschaftsorgan der Aktiengesellschaft, Gesellschaft mit beschränkter Haftung oder Genossenschaft, das die Geschäftsführung der Gesellschaft bestellt, abberuft und überwacht.
Aufwand, Aufwendung	Werteinsatz für die Geschäftstätigkeit eines Unternehmens, meistens mit einer Auszahlung verbunden (z.B. Mietaufwand, Personalaufwand). Ein Aufwand, der keine Auszahlung darstellt, sind die *Abschreibungen.
Aufwertung	Erhöhung des Außenwertes einer *Währung gegenüber anderen Währungen, Gegenteil: Abwertung.

Aus dem Geld	*Option, die keinen *inneren Wert aufweist und bei der *Basispreis und *Tageskurs derart weit auseinander liegen, dass die Wahrscheinlichkeit relativ gering ist, dass die Option während ihrer Restlaufzeit noch ins Geld kommt. Bei einer *Call-Option ist dies der Fall, wenn der Basispreis deutlich höher ist als der Tageskurs, bei einer *Put-Option, wenn der Tageskurs deutlich höher ist als der Basispreis.
Ausfallsbürgschaft	Die Haftung des Bürgen auf den Schadensfall („den Ausfall“) wird eingeschränkt. Der Bürge kann erst dann in Anspruch genommen werden, wenn vergeblich versucht wurde, im Exekutionswege auf das Vermögen des Hauptschuldners zu greifen, ferner bei Konkurs und unbekanntem Aufenthalt des Hauptschuldners.
Ausfallsrisiko	Risiko, dass eine Schuld nicht bezahlt werden kann, auch als *Bonitätsrisiko bezeichnet. Das Ausfallsrisiko wird von Kreditinstituten in der Liquiditätspolitik und beim *Zinsänderungsrisiko in der Kalkulation berücksichtigt, um für unvorhersehbare Ausfälle Reserven zu haben.
Ausfolgepflicht	Das *Investmentfondsgesetz aber auch das Wertpapieraufsichtsgesetz verpflichtet jeden Anbieter von *Investmentfondsanteilen dazu, jedem interessierten Anleger einen *Fondsprospekt (einschließlich *Fondsbestimmungen), dessen veröffentlichte Änderungen (sofern sie nicht schon im Prospekt berücksichtigt wurden), den letzten vorhandenen *Rechenschaftsbericht sowie den auf ihn folgenden schon veröffentlichten *Halbjahresbericht auf Wunsch auszufolgen.
Ausgabeaufschlag	Zur Deckung der Kosten, die mit der Ausgabe von Anteilscheinen verbunden sind, darf die Kapitalanlagegesellschaft einen Aufschlag auf den Rechenwert in Rechnung stellen.
Ausgabekurs	Fester Kurs, zu dem *Anleihen, *Obligationen, Anteilsscheine oder Aktien bei der *Emission ausgegeben werden.
Ausgabepreis	Preis, zu dem *Investmentzertifikate ausgegeben werden. Grundlage des Ausgabepreises ist der *errechnete Wert.
Ausgleich	Gerichtliches Verfahren für *insolvent gewordene Unternehmen mit dem Ziel der Restrukturierung und der Weiterführung der Geschäftstätigkeit, wobei allerdings ein Minimum der Schulden an die *Gläubiger zu bezahlen ist. Im Gegensatz zu einem Ausgleich wird ein in *Konkurs gegangenes Unternehmen nicht mehr weitergeführt, sondern aufgelöst (liquidiert).
Ausgleichsquote	Jener Prozentsatz der Forderungen, den die Gläubiger im Ausgleichsverfahren von ihrem Schuldner erhalten sollen.

Ausgleichsverwalter	Gerichtlich bestellter Verwalter zur kaufmännischen Abwicklung eines gerichtlichen Ausgleichsverfahrens.
Aushangspflicht	Das *Bankwesengesetz verpflichtet *Kreditinstitute, im Kassensaal Angaben über die Verzinsung von *Spareinlagen, über bestimmte Entgelte im Privatkundengeschäft, über den *effektiven Zinssatz von *Verbraucherkrediten, über den *fiktiven Jahreszinssatz, die *Allgemeinen Geschäftsbedingungen und die Angaben über das *Einlagensicherungssystem auszuhängen.
Ausländische Kapitalanlagefonds	Als ausländischer Kapitalanlagefonds gilt – ungeachtet seiner gesellschaftsrechtlichen Konstruktion – jedes einem ausländischen Recht unterstehende Vermögen, welches nach Gesetz, Satzung oder tatsächlicher Übung nach den Grundsätzen der Risikostreuung angelegt ist. *Immobilienfonds zählen nicht dazu.
Auslandsservice	Paket von Finanzierungsinstrumenten, Zahlungsverkehrsdiensten, Beratungen bei grenzüberschreitenden Geschäften durch Kreditinstitute, Teil der *Exportförderung.
Ausleihungen	Rein wirtschaftlich versteht man unter Ausleihungen (Krediten) das befristete Zurverfügungstellen von Geld mit dem Vertrauen in die Fähigkeit und Bereitschaft des Ausleihungsnehmers, seine Verpflichtungen ordnungsgemäß zu erfüllen.
Ausschlussrecht	Recht der Mitglieder eines *Emissionssyndikates, einen gewissen Prozentsatz der *Obligationen einer *Anleihe von der öffentlichen Zeichnung auszuschließen und im Voraus für sich zu reservieren.
Ausschuss der Regionen	Der Ausschuss wurde durch den Vertrag über die Europäische Union eingesetzt und setzt sich aus Vertretern der regionalen und kommunalen Gebietskörperschaften zusammen, die auf vier Jahre ernannt werden. Der Sitz ist in Brüssel, er hat beratende Funktionen und kann eigene Initiativen setzen.
Ausschüttung	Auszahlung des Gewinnanteiles bzw. der *Dividende auf *Aktien.
Ausschüttungsfonds	Im Unterschied zu *Thesaurierungsfonds handelt es sich dabei um Kapitalanlagefonds, welche die in einem *Rechnungsjahr erwirtschafteten Erträge nach Abzug der *Verwaltungskosten ausschütten. Das bedeutet jedoch nicht, dass Ausschüttungsfonds unbedingt etwas ausschütten müssen. So wird etwa ein gut verwalteter Aktienfonds mit dem Anlageziel Wertzuwachs kaum etwas oder nichts ausschütten, da die Verwaltungskosten höher als die üblicherweise magere Dividendenrendite sein werden – dafür aber wird er eben Wertzuwächse verzeichnen.

Ausschüttungsgleicher Ertrag	Ein seit 1994 verwendeter Ausdruck für genau definierte Erträge von Kapitalanlagefonds, zuerst nur bei ausländischen Kapitalanlagefonds, seit 01.03.1998 auch bei inländischen thesaurierenden Fonds. Alle während eines Fondsgeschäftsjahres vereinnahmten Zinsen und Dividenden von im Fondsvermögen befindlichen in- und ausländischen Kapitalanlagefonds sowie die sonstigen Erträge nach Abzug der Verwaltungskosten
Ausschüttungspolitik	Das *Investmentfondsgesetz verpflichtet einen inländischen *Ausschüttungsfonds alle während eines *Rechnungsjahres erwirtschafteten *ordentlichen Erträge, also Zinsen und Dividenden, nach Abzug der *Verwaltungskosten, auszuführen. Die außerordentlichen Erträge (*Substanzgewinn) hingegen, dürfen nach Ermessen der Fondsgesellschaft ausgeschüttet, für das nächste Rechnungsjahr vorgetragen oder dem Anlagevermögen des Fonds zugeführt werden. Darüber hinaus kann der *Fondsmanager bewusst auf die Erwirtschaftung eines laufenden hohen Ertrages einwirken. Die Ausschüttungspolitik des jeweiligen Fonds bestimmt nun, ob der Fonds optimal hohe Ausschüttungen anstrebt oder nur gemäßigte oder minimale.
Ausschüttungsrendite	Unter Ausschüttungsrendite bezeichnet man die jährlichen Ausschüttungen eines Fonds in Prozent seines „Wertes“ (bei Aktien spricht man beispielsweise von der Dividendenrendite). Als äußerst bequeme, einfache und weitgehend aussagekräftige Methode zur Ermittlung der Ausschüttungsrendite hat sich folgendes bewährt: jeder *Ausschüttungsfonds hat ein „Gewicht“, das etwa seinem Ausgabepreis bzw. seinem langjährigen *errechneten Wert entspricht – sagen wir EUR 100. Schüttet er nun EUR 7,2 aus, so beträgt seine Ausschüttungsrendite 7,2 %.
Außendienst	Vertriebsweg (z.B. der Kreditinstitute), bei dem der Kontakt mit dem Kunden außerhalb der Geschäftsräumlichkeiten des Unternehmens, meist am Wohnort oder am Arbeitsplatz des Kunden, erfolgt. Der Außendienst soll den bestehenden Kundenstock betreuen, Geschäftsbeziehungen intensivieren, Neukunden akquirieren und spezielle Problemlösungen anbieten.
Außenfinanzierung	All jene Finanzierungsinstrumente, bei denen zusätzliches Kapital von außerhalb des Unternehmens aufgebracht wird, vor allem Einlagen der Gesellschafter, Aktienemissionen, Kredite, Subventionen etc.
Außerbörslicher Handel	Markt, an dem außerhalb der Börse direkt zwischen den Handelspartnern Wertpapiere, Devisen etc. gehandelt werden (auch als *OTC-Markt bzw. Over-the-counter-Market bezeichnet).

Außergewöhnliche Belastung	Ausgaben der privaten Lebensführung, die unter bestimmten Voraussetzungen steuerlich geltend gemacht werden können (z.B. Kosten, die durch Krankheit oder Behinderung entstehen).
Aussonderungsrecht	Recht auf Rückforderung von Gegenständen im Insolvenzverfahren, die sich in der Gewahrsame des Gemeinschuldners befinden, jedoch Eigentum eines Dritten sind (z.B. treuhändisch verwaltetes Vermögen, Waren, die einem Eigentumsvorbehalt des Lieferanten unterliegen, übernommene Reparaturgegenstände etc.).
Aussteigen	Börsenausdruck für „Verkaufen von Wertpapieren“
Aussteller eines Wechsels	Jemand, der einen Wechsel ausfertigt, beim Gezogenen Wechsel ist dies der Begünstigte, beim *Solawechsel der Bezogene.
Ausübung einer Option	Inanspruchnahme des in der Option verbrieften Rechtes, bei einer *Call-Option wird der *Basiswert zum vereinbarten Kurs gekauft, bei einer *Put-Option wird der Basiswert zum vereinbarten Kurs verkauft.
Ausübungspreis	Preis, zu dem der *Basiswert der Option gekauft oder verkauft werden kann, auch Strike (Strike Price), Basispreis genannt.
Auszahlung	Von Auszahlung spricht man dann, wenn inländische *Thesaurierungsfonds die *Kapitalertragsteuer (auf Zinsen) für das abgelaufene *Rechnungsjahr ausschütten.
Auszahlungsplan	Eine gesetzliche Bedingung für den Erwerb von *Pensionsinvestmentfonds (PIF) ist der Abschluss eines Auszahlungsplanes. Damit will der Gesetzgeber verhindern, dass der Privatanleger leichtfertig auf jene Mittel zugreift, die für seine persönliche Altersvorsorge gedacht sind. Trotz seiner Bezeichnung liegt hier kein echter Plan vor, vielmehr behält der Anleger bis zu seinem Pensionsantritt (oder frühestens mit dem Anspruch auf Auszahlung einer Pension aus der gesetzlichen Sozialversicherung – das Gesetz spricht vom „Vorliegen der Voraussetzungen“) die Entscheidungsfreiheit, ob er den Gegenwert der PIF-Anteile oder die Anteile selbst in eine Pensionszusatzversicherung einbringt. Bei Nichteinhaltung des Auszahlungsplanes erfolgt eine Nachversteuerung der Erträge durch Abzug einer Pauschale, die mittels Verordnung seitens des BMF festgelegt wird. Außerdem müssen die erhaltenen Prämien zurückgezahlt werden.
Aval	*Bürgschaft, insbesondere für eine Wechselverpflichtung, die in der Regel für den Aussteller durch Unterschrift, üblicherweise mit der Bezeichnung „als Bürge“, auf der Vorderseite des Wechsels vermerkt ist.
Avalkredit	*Bürgschaftskredit

Average, Average rate

Durchschnitt, Durchschnittspreis, Mittelkurs

Aviso

Benachrichtigung eines Unternehmens durch eine Bank über eine erbrachte bzw. bevorstehende Leistung durch einen Dritten, beispielsweise die Eröffnung eines *Dokumentenakkreditivs oder die Erstellung einer *Bankgarantie.

B

B/E	*Bill of exchange
B/L	*Bill of lading
Baisse	Franz. baisser = fallen. In der Börsenterminologie andauerndes allgemeines Sinken der Kurse von Wertpapieren, Devisen, Waren etc. Die Baisse wird auch *Bear Market genannt, Gegenteil: Hausse.
Baissier	Börsenteilnehmer, der in Erwartung niedrigerer Kurse Wertpapiere, Devisen oder Waren verkauft, in der Hoffnung, sie später billiger zurückkaufen zu können, Gegenteil: *Hausnier.
Balloon	Restbetrag einer Anleihe, der am Ende der Laufzeit noch nicht getilgt ist.
Bandbreite	*Marge, innerhalb derer Devisenkurse, Konditionen etc. zwischen zwei Interventionspunkten schwanken dürfen.
Bank	Der Begriff Banken wird im engeren Sinne einerseits für einen Sektor der österreichischen Kreditwirtschaft (Aktienbanken, Bankiers), andererseits im weiteren Sinne für alle *Kreditinstitute verwendet.
Bank für Internationalen Zahlungsausgleich (BIZ, BIS)	An der im Jahre 1930 in Form einer Aktiengesellschaft gegründeten Bank sind Zentralbanken aus 46 Industriestaaten beteiligt. Der Sitz der BIZ ist in Basel, Hauptzweck ist die Förderung der währungspolitischen Zusammenarbeit. Innerhalb der BIZ sind Ausschüsse tätig, wie etwa der „Basler Ausschuss für Bankenaufsicht“.
Bankauskunft	Allgemein gehaltene, meist vertrauliche Auskunft eines Kreditinstituts über die wirtschaftliche Lage eines Kunden, meist an andere Kreditinstitute oder potentielle Lieferanten, in Ausnahmefällen auch an öffentliche Stellen.
Bankenclearing	Verrechnung gegenseitiger Forderungen unter den Banken, Bankgiro.
Bankenverband	Verband österreichischer Banken und Bankiers, Interessenvertretung des Bankensektors.
Banker's acceptance	Im angloamerikanischen Raum an der Börse handelbarer kurzfristiger Wechsel mit einer Haftung einer Kommerzbank (durch Akzept dieses Wechsels). Die dadurch gewonnenen Geldmittel müssen nach US-amerikanischem Recht für die Handelsfinanzierung genutzt werden.

Bankgarantie	Abstraktes, d.h. vom Grundgeschäft unabhängiges Zahlungsverprechen eines Kreditinstitutes, das an bestimmte Voraussetzungen gebunden ist. Bankgarantien sind fast immer zeitlich begrenzt und auf einen Höchstbetrag ausgerichtet. Im Gegensatz zur *Bürgschaft ist die Garantie eine strengere Haftung, da keine wirksamen Einwendungen möglich sind. *Garantievertrag.
Bankgeheimnis	Kreditinstitute und Finanzinstitute sowie die bei ihnen tätigen Personen dürfen Informationen, die ihnen ausschließlich aufgrund von Geschäftsverbindungen mit Kunden anvertraut oder zugänglich gemacht wurden, nicht offenbaren oder verwenden. Diese Verpflichtung gilt zeitlich unbegrenzt. Die Verpflichtung gilt zum Beispiel nicht im Zusammenhang mit eingeleiteten gerichtlichen Strafverfahren (vorsätzliches Finanzvergehen), für allgemein gehaltene bankübliche Auskünfte über die wirtschaftliche Lage eines Unternehmers und wenn der Kunde ausdrücklich zustimmt.
Bankgeschäfte	Die im Bankwesengesetz taxativ aufgezählten Tätigkeiten, soweit sie gewerblich durchgeführt werden, z.B. Einlagen-, Giro-, Kredit-, Diskont-, Depot-, Effekten-, Garantie-, Wertpapieremissions-, Bauspar- und Factoringgeschäft. Kreditinstitute sind, ohne eine Gewerbeberechtigung einholen zu müssen, auch zur Durchführung der Geschäfte der *Finanzinstitute sowie aller sonstigen Tätigkeiten berechtigt, die in unmittelbarem Zusammenhang mit der Banktätigkeit stehen. Weiters sind sie zum Handel mit Münzen, Medaillen und Barren aus Gold berechtigt, ferner zur Vermietung von Safes.
Bankleitzahl	Numerischer Begriff, der eine Bank identifiziert. Die Bankleitzahl ist Voraussetzung für eine automatisierte Abwicklung des Zahlungsverkehrs.
Banknote	Gesetzliches Zahlungsmittel, das von den Notenbanken ausgegeben wird und das zum vollen Nennwert unbeschränkt angenommen werden muss. Entsprechend der Genehmigung durch die Europäische Zentralbank ist die *Oesterreichische Nationalbank berechtigt, auf Euro lautende Banknoten auszugeben.
Bankomat	Geldausgabeautomat, bei dem sich Inhaber von in- und ausländischen Karten mit Bankomatfunktion (*Bankomatkarte) 24 Stunden täglich (also auch außerhalb der Banköffnungszeiten) Bargeld bis zu einem bestimmten Höchstbetrag pro Tag beschaffen können. Bankomaten befinden sich meistens außerhalb eines Kreditinstituts und sind für sämtliche Besitzer von Bankomatkarten zugänglich, während sich *Indoorautomaten im Inneren eines Kreditinstituts befinden und nur für eigene Kunden zur Verfügung stehen.
Bankomatkarte	Mit einem *PIN-Code gesicherte Karte, die zum Geldbezug bei *Bankomaten und zum bargeldlosen Bezahlen bei *Bankomatassen berechtigt.

Bankomatkasse	Das bargeldlose Bezahlen von Einkäufen an einem Kassaterminal direkt am Verkaufsort (POS = point of sale) mit einer bankomatfähigen Karte, z.B. bei Tankstellen, in Kaufhäusern etc.
Bankprüfer	Einer der Schwerpunkte des *Investmentfondsgesetzes – der Anlegerschutz – besteht unter anderem in der ständigen Kontrolle der Fonds und der *Kapitalanlagegesellschaft. Eine dieser Kontrollen hat durch einen beeideten Wirtschaftsprüfer zu erfolgen, und da Kapitalanlagegesellschaften eine besondere Form des Bankgeschäftes betreiben, nennt man ihn Bankprüfer. Jeder österreichische Fonds (wie auch jede österreichische Kapitalanlagegesellschaft) muss jährlich vom bestellten Bankprüfer geprüft und mit einem *Bestätigungsvermerk versehen werden. Den Bestätigungsvermerk findet man im jährlichen *Rechenschaftsbericht.
Bankrate	*Diskontsatz
Bankrechtskoordinierungsrichtlinie	Richtlinie der EU, die mittelfristig eine Angleichung des Bankrechtes aller EU-Mitgliedstaaten an den EU-Standard fordert.
Bankwesengesetz	Das Bankwesengesetz löste mit 1. 1. 1994 das *Kreditwesengesetz (KWG) ab und regelt die gesamte Geschäftstätigkeit der Banken. Es enthält u.a. den Katalog der *Bankgeschäfte und bindet den Betrieb dieser Geschäfte an eine Konzession des Finanzministers.
Bargeld	*Banknoten und Münzen
Bargeldlose Lohn- und Gehaltszahlung	Abwicklung der Lohn- und Gehaltszahlungen von Unternehmen durch ein Kreditinstitut. Die von den Arbeitgebern angewiesenen Beträge werden den Privatkonten der Arbeitnehmer gutgeschrieben.
Bargeldloser Zahlungsverkehr	Unbarer Zahlungsverkehr, buchmäßige gegenseitige Verrechnung und Abwicklung von Zahlungen unter Ausschaltung von Bargeld über die Kreditinstitute. Der bargeldlose Zahlungsverkehr hat sich in Österreich mittels Überweisung, Dauerauftrag etc. weitgehend durchgesetzt.
Barreserve	Sofort greifbarer Teil des Vermögens
Bartergeschäfte	Tauschhandel in Form von Gegengeschäften, bei denen die Gegenleistung für die Lieferung einer Ware nicht in Geldform erfolgt, sondern in der Gegenlieferung einer anderen Ware. Dieser direkte Austausch Ware gegen Ware (unter Ausschaltung von Zahlungsmitteln) ist in letzter Zeit stark zurückgegangen und erfolgt(e) meist mit Ländern, die nicht über ausreichend harte Devisen verfüg(t)en, vor allem mit Entwicklungsländern sowie früher mit den Ländern des *RGW.

Barvorlage	Bevorschussung eines von einem Kunden erwarteten Zahlungseinganges durch ein Kreditinstitut.
Barwert	Der Barwert ist der auf einen bestimmten (meist „heutigen“) Stichtag durch Abzinsen bezogene Wert einer Zahlung bzw. einer Reihe von zukünftigen Zahlungen. Ziel ist die gegenseitige Vergleichbarkeit unterschiedlicher Zahlungsreihen.
Barwertanfrage	Wird von Verlassenschaftsgerichten bzw. von diesen beauftragten Notaren an Kreditinstitute gerichtet, wenn ein Sparer stirbt. Die Kreditinstitute sind in einem solchen Fall verpflichtet, Auskünfte über Guthabenstände per Todestag zu erteilen, wenn das Gericht Kontonummer und Kontowortlaut kennt.
Base case-Szenario	Annahme eines Geschäftsszenarios im Planungsprozess mit Einberechnung mehrheitlich neutraler Rahmenbedingungen.
Basispreis	Ausübungspreis (exercise price) einer *Option. Vorab festgelegter Kurs, zu dem der *Basiswert am oder bis zum Verfallstag ge- oder verkauft werden kann. Da Optionsverträge während der Laufzeit nicht verändert werden können, bleibt der Basispreis im Unterschied zum Tageskurs während der Laufzeit stabil.
Basispunkt (basis point)	Bezeichnung an internationalen Finanzmärkten für 0,01 Prozentpunkte bei Zinssätzen, Renditen, Preisen und Kursen.
Basiswährung	Begriff aus dem Bereich der Kursnotierung, der ausdrückt, welche Währung international in Einheiten anderer Währungen gehandelt wird. Vor der Einführung des Euro war die Basiswährung die Fremdwährung, nach Einführung des Euro ist Basiswährung die Heimatwährung (Euro).
Basiswert	Vermögensgut, das der Option bzw. Termingeschäften zugrunde liegt und gekauft bzw. verkauft werden kann (*Devisen, *Aktien, Rohstoffe, *Indizes etc.).
Basiszinssatz	Trat ab 1. Jänner 1999 an die Stelle des *Diskontsatzes. Grundlage ist der Zinssatz für die *Einlagefazilität. Änderungen des Basiszinssatzes werden von der *OeNB im Amtsblatt zur Wiener Zeitung verlautbart.
Bauspardarlehen	Nach Ablauf der Ansparzeit bzw. sofortiger Einzahlung eines bestimmten Prozentsatzes der *Vertragssumme (= Eigenmittel) hat der Bausparer Anspruch auf ein Bauspardarlehen. Bauspardarlehen werden zumeist langfristig zum Kauf, Bau, Umbau von Baugründen, Häusern und Eigentumswohnungen zu einem überaus günstigen Zinssatz (seit Jahrzehnten 6 % p.a.) gewährt.

Bausparen	Sparform, die in Österreich von *Bausparkassen angeboten wird und bei der neben der Verzinsung bis zu einer Höchstbemessungsgrundlage pro Person und Jahr eine staatliche Prämie gewährt wird. Prämienbegünstigte Bausparverträge können auch für Kinder abgeschlossen werden. Prämien auf Bausparguthaben sind einkommensteuerfrei. Besonderes Kennzeichen des Bausparens ist das Erlangen eines Anspruches auf ein *Bauspardarlehen.
Bausparkasse	Spezielles Kreditinstitut zur Abwicklung von Bausparverträgen. Die Aufgabe der Bausparkassen ist das Ansammeln von Sparkapital, das den Bausparern als zinsengünstiges Darlehen zur Verfügung gestellt wird.
Bausparzwischenfinanzierung	Zwischenkredit an Bausparer, die Mittel für ihre Bautätigkeit vor Zuteilung des Bausparvertrages benötigen.
Bear, Bear Market	Engl. = Bär, angloamerikanische Bezeichnung für Baisse. Der Bär symbolisiert als „Börsetier“ fallende Kurse, da er mit seinen Tatzen die Kurse nach unten schlägt; Gegenteil: *Bull.
Bearer	Engl. = Inhaber eines Wertpapiers, a cheque to bearer = Inhaberscheck.
Bearish	Börsenjargon für „fallende Kurse erwartend“; Gegenteil: bullish.
Bedingte Kapitalerhöhung	Kapitalerhöhung bei der Emission von Wandel- und Optionsanleihen, deren Höhe vom Ausmaß bestimmt wird, in dem die Inhaber von *Wandelschuldverschreibungen von ihrem Umtauschrecht während der Umtauschfrist in *Aktien Gebrauch machen.
Bekanntmachung	*Veröffentlichung
Beleg	Schriftstück als Unterlage für Buchungen
Belegleseservice	EDV-Dienstleistung für die elektronische Abwicklung von Eingängen aus Firmenzahlscheinen, Posterlagscheinen, Daueraufträgen, Schecks zur Bezahlung von Rechnungen etc. Durch das Erstellen eines Datenträgers entfällt das nochmalige Erfassen eingehender Zahlungen in der EDV. Der Belegleseservice wird von Unternehmen und Einrichtungen mit eigener EDV-Anlage bzw. bei Nutzung eines EDV-Servicebetriebes in Anspruch genommen.
Belehnungsgrenze	Betrag, bis zu dem als Sicherheit dienende Werte, z.B. Wertpapiere, Edelmetalle, Waren, Grundstücke etc., bevorschusst werden.
Benachrichtigung (Notifikation)	Begriff vorwiegend aus dem Wechselgeschäft. Der Wechselinhaber muss seinem unmittelbaren Vormann (Indossanten) und dem Aussteller innerhalb einer gesetzlich festgelegten Frist mitteilen, dass die Annahme des Wechsels oder die Zahlung unterblieben ist.

Benchmark, Benchmarking	Benchmarking ist ein kontinuierlicher Prozess, Produkte, Dienstleistungen und Verfahren mit den Vergleichswerten (Benchmarks) des härtesten Konkurrenten oder jener Unternehmen zu vergleichen, die als Branchenführer anerkannt sind. Ein *Anleger könnte die *Performance seines Aktienportfolios zum Beispiel mit der Entwicklung des *ATX vergleichen.
Bermuda Option	*Option, die während der Laufzeit nur zu bestimmten Terminen ausgeübt werden kann (beispielsweise immer am Monatsersten oder jeden zweiten Mittwoch).
Best case-Szenario	Annahme eines Geschäftsszenarios im Planungsprozess mit Einberechnung mehrheitlich günstiger Rahmenbedingungen.
Bestätigte Zession	Der Zahlungsverpflichtete (Zessus) bestätigt, dass er die *Zession zur Kenntnis genommen hat.
Bestätigungsvermerk	nennt man die Bestätigung des *Bankprüfers im *Rechenschaftsbericht eines jedes Fonds, mit dem er bestätigt, dass der Rechenschaftsbericht den gesetzlichen Vorschriften entspricht, vor allem aber, dass die Vorschriften des *Investmentfondsgesetzes und die jeweiligen *Fondsbestimmungen eingehalten worden sind. Verständlicherweise wäre es auch möglich, dass der Bankprüfer einen eingeschränkten Bestätigungsvermerk ausstellt, wenn Vorschriften nicht oder nicht zur Gänze eingehalten worden wären.
Bestens, Bestensorder	Börsenorder, die zum aktuellen bestmöglichen Kurs ohne Preislimit durchgeführt werden soll.
Beta-Faktor	Maß für die stärkere oder schwächere Schwankung einzelner Aktien im Verhältnis zu einem Vergleichswert, meist dem lokalen Börsenindex. Ein Beta von 1 bedeutet, dass die vergangenen Kursschwankungen eines Wertpapiers gleich groß waren wie jene des Index. Ist das Beta größer bzw. kleiner als 1, waren die Kursschwankungen stärker bzw. schwächer als der Index.
Beteiligungen	Anteilsrechte an Personen- und Kapitalgesellschaften in verbrieft oder unverbrieft Form (z.B. Aktien, GmbH-Anteile, OHG-Anteile etc.).
Beteiligungsfondsgeschäft	Bankgeschäft, das der Aufbringung von Risikokapital durch dazu konzessionierte Aktiengesellschaften dient.
Beteiligungspolitik	Grundsätze und Strategien für den Erwerb von Anteilsrechten von Großunternehmen, Kreditinstituten etc.
Betreibermodell	Sonderform der Projektfinanzierung, bei der der Projekterrichter eine Anlage nicht nur errichtet, sondern diese auch betreibt, um dadurch seine Kosten und Gewinnanteile zu lukrieren.

Betriebsaufwendungen	Sammelbegriff der *Gewinn- und Verlustrechnung für Aufwendungen, die in unmittelbarem Zusammenhang mit der Führung eines Unternehmens stehen (z.B. Personalaufwand, Werbeaufwand, Versicherung, Energieaufwand, Abschreibungen etc.).
Betriebsausgaben	Die durch den Betrieb eines Unternehmens bedingten Ausgaben für z.B. Miete, Energie, Gehaltszahlungen etc.
Betriebsergebnis	Differenz zwischen Betriebserträgen und Betriebsaufwendungen.
Betriebserträge	Sammelbegriff der Gewinn- und Verlustrechnung für Erträge, die in unmittelbarem Zusammenhang mit der Tätigkeit eines Unternehmens stehen. Bei einer Bank zählen beispielsweise das Dienstleistungsgeschäft, das Finanzierungsgeschäft etc. dazu.
Betriebsmittelkredit	Dient zur Finanzierung der laufenden Aufwendungen und des Umlaufvermögens eines Betriebes, wie z.B. der Lagerhaltung, dem Wareneinkauf, der Finanzierung von Außenständen etc.
Bewertung	Feststellung des Werts eines Vermögensteils oder einer Verbindlichkeit, insbesondere um die *Bilanz eines Unternehmens erstellen zu können. Die Bewertung unterliegt gesetzlichen Regelungen.
Bezogener	Person oder Unternehmen, auf deren Namen ein Scheck oder Wechsel vom Aussteller gezogen wurde und der die geschuldete Summe zahlen soll.
Bezugspreis	Preis des Wertpapiers in Ausübung eines Bezugsrechtes.
Bezugsrecht, Bezugsfrist	Recht der Aktionäre, bei *Kapitalerhöhungen *junge Aktien im Verhältnis zu ihrem alten Aktienbestand innerhalb einer bestimmten Frist (Bezugsfrist) zu beziehen. Will der Aktionär sein Bezugsrecht nicht ausüben, kann er es verkaufen. Der Kurs des Bezugsrechtes richtet sich genauso wie der Kurs für *Aktien nach Angebot und Nachfrage.
Bezugsverhältnis	Verhältnis, zu dem im Rahmen von Kapitalmaßnahmen neue Aktien zu (bereits vorhandenen) alten Aktien bezogen werden dürfen. Bei Kapitalmaßnahmen müssen alte Aktionäre im Verhältnis ihres bisherigen Aktienkapitals berücksichtigt werden.
Big Bang	Bezeichnung für die radikale Umgestaltung des Londoner Finanzplatzes Mitte der 80er Jahre mit einer starken Deregulierung der Rahmenbedingungen und einer Ausweitung der erlaubten Geschäftsfelder.

Bilanz	Wertmäßige Gegenüberstellung aller *Aktiva (Vermögensbestände, untergliedert in *Anlage- und *Umlaufvermögen) und *Passiva (Kapital, untergliedert in Eigen- und Fremdkapital) eines Unternehmens an einem Stichtag (Bilanzstichtag).
Bilanzklarheit	Grundsatz bei der Bilanzerstellung, demzufolge sämtliche Informationen übersichtlich und klar aufbereitet sein müssen und negative Tatbestände nicht durch unklare Darstellungen verschleiert werden dürfen.
Bilanzkontinuität	Grundsatz bei der Bilanzerstellung, einmal gewählte Bewertungs- und Gliederungsparameter beizubehalten.
Bilanzwahrheit	Grundsatz bei der Bilanzerstellung, sämtliche Tatbestände korrekt und vollständig abzubilden.
Bilateral	Zwischen zwei Staaten vereinbarte Bestimmungen bzw. Verträge.
Bill of exchange	Engl. = *Wechsel
Bill of lading	Engl. = *Konnossement
Bindung	Zeitraum, während dessen das vom Sparer eingesetzte Kapital gebunden ist und von diesem nur gegen Bezahlung von bestimmten Gebühren vorzeitig behoben werden darf.
Binnenmarkt	Ein Binnenmarkt ist ein geografischer Raum ohne Binnengrenzen, in dem freier Verkehr von Waren, Dienstleistungen, Personen und Kapital stattfindet, *Europäischer Binnenmarkt.
BIP	*Bruttoinlandsprodukt
BIS	Bank for International Settlement, *Bank für Internationalen Zahlungsausgleich.
BIZ	*Bank für Internationalen Zahlungsausgleich
Black-Scholes-Modell	Modell für die Bewertung von *Optionen und deren Bepreisung, das mit dem Nobelpreis ausgezeichnet wurde.
Blankett	Blankotitel, der zum Ersatz von beschädigten, zerstörten oder gesetzlich für kraftlos erklärten Wertpapieren bestimmt ist und dem wesentliche Erfordernisse zu seiner Rechtsgültigkeit fehlen.
Blankoindossament	*Indossament, bei dem der neue Eigentümer namentlich nicht genannt ist und das daher nur aus der Unterschrift besteht und in weiterer Folge wie ein Inhaberpapier übertragen werden kann.
Blankokredit	Kredit, der ohne Sicherheiten gewährt wird.
Blankoscheck, -wechsel	Scheck bzw. Wechsel, bei dem wichtige Angaben, z.B. der Betrag, noch nicht ausgefüllt sind.

Blue chips	Börsenjargon für die meistgehandelten Aktien – in der Regel erstklassige Papiere – einer Börse. Die Bezeichnung stammt von den blauen Jetons im Casino Monte Carlo, die den höchsten Wert aufweisen.
BNP	*Bruttonationalprodukt
Bogen	Teil eines Wertpapiers, der in einem Blatt die Dividendenscheine mehrerer Jahre und den Talon enthält.
Bond Futures	Futures, deren *Basiswert eine *Anleihe ist.
Bonds	1. Englische Bezeichnung für Anleihen, festverzinsliche Wertpapiere, *Schuldverschreibungen. 2. Englische Bezeichnung für Bankgarantien.
Bonität	Bonität meint die Vermögensverhältnisse einer Person oder eines Unternehmens, den finanziellen „guten Ruf“. Eine gute Bonität bedeutet, dass die persönlichen Voraussetzungen (Kreditwürdigkeit) und die wirtschaftliche Fähigkeit eines Kreditnehmers (*Kreditfähigkeit), seinen Verbindlichkeiten termingerecht nachzukommen, genügend hoch eingeschätzt wird, sodass ein Kredit eingeräumt werden kann.
Bonitätsrisiko	Risiko, dass ein Schuldner bei der Rückzahlung seiner Schulden und/oder der Zinsen in Zahlungsschwierigkeiten kommt.
Bonus	Sondervergütung, insbesondere außerordentliche *Ausschüttung neben der ordentlichen Dividendenzahlung aufgrund günstiger Geschäftsentwicklung.
Bookbuilding	Verfahren zur Festsetzung des Emissionspreises einer Aktie, bei dem unverbindliche Angebote bei potentiellen Investoren eingeholt werden, um den optimalen Kurs bei der Preisfestlegung zu finden.
Boom	Kräftiges Anziehen der Geschäftstätigkeit in bestimmten Branchen, oft verbunden mit einer Steigerung der Preise und einer *Hausse an der Börse; Gegenteil: Slump.
Börse	Regelmäßig stattfindender, nach festen Regeln organisierter Markt für Wertpapiere, Devisen oder andere vertretbare Waren. Die Waren müssen dazu nicht anwesend sein, der Handel wird von dazu berechtigten Personen betrieben. Der Begriff Börse leitet sich von der belgischen Familie „Van der Beurse“ ab, vor deren Haus Händler Waren tauschten und in deren Wappen eine Geldbörse enthalten war.
Börsegang	Emission von Aktien eines Unternehmens an einer Börse, um sich von einer Vielzahl an Aktionären Eigenkapital zu besorgen.

Börsegesetz	BörseG. Das Börsegesetz regelt das gesamte Börsengeschehen mit Bestimmungen zu Börsenmitgliedern, Börsebesuchern, Börseunternehmen, Zulassungsvoraussetzungen etc.
Börsekapitalisierung	1. Im engeren Sinne umfasst die Börsekapitalisierung den Wert der an der Börse für lieferbar erklärten Aktien eines Unternehmens multipliziert mit dem Tageskurs. 2. Im weiteren Sinne entspricht die Börsekapitalisierung der Summe der *Marktkapitalisierungen der einzelnen Unternehmen, die an einer Börse notieren.
Börsekurs	Der an der Börse aufgrund von Angebot und Nachfrage gebildete Preis für gehandelte Wertpapiere, v.a. bei Aktien und Anleihen.
Börsenbericht	Periodisch ausgegebene Mitteilungen über Entwicklung und Aussichten der Börse bzw. bestimmter Wertpapiere.
Börseneinführung	*Kotierung
Börsenkonzession	In Börsenkreisen übliche Bezeichnung für die Bewilligung, die an Börsenmakler erteilt wird und zum gewerbemäßigen Handel mit Wertpapieren an oder außerhalb der Börse berechtigt.
Börsennotierung	Offizielles Notieren einer Aktie oder Anleihe an einer Wertpapierbörse.
Börsenorder	Aufträge für Käufe und Verkäufe von Wertpapieren, *bestens, *limitiert, *Stop loss order, *tagesgültig, *gültig bis, *ultimo.
Börsenusance	Handelsbräuche für die Ausführung von Börsengeschäften.
BOT	Build-Operate-Transfer. Hauptausprägungsform eines *Betreibermodells, bei dem der Projekterichter eine Anlage nicht nur errichtet (Build), sondern diese auch betreibt (Operate), um dadurch seine Kosten und Gewinnanteile zu lukrieren, ehe er diese an den auftraggebenden Staat mehr oder weniger kostenlos übergibt (Transfer).
Boycott	Als „Verrufserklärung“ oder „Ächtung“ (wirtschaftliche Isolierung) eine radikale Form des Wirtschaftskampfes, indem sich bestimmte Gruppen zusammenschließen und die Wirtschaftsverbinding zum Boykottgegner abbrechen. Der Name Boycott stammt von einem geächteten irischen Gutsverwalter.
Branche	Franz. branche = Arm, Ast, Zweig. Bestimmte Sparte einer gesamten Volkswirtschaft, die sich mit ähnlichen Produkten beschäftigt, z.B. Textilbranche, Lebensmittelbranche, Metallbranche, Papierbranche etc.

Break-even-point	Gewinnschwelle, bezeichnet jenen Umsatz eines Unternehmens, ab dem die Erlöse die gesamten Kosten decken.
Bretton Woods	Ort in New Hampshire (USA), in dem 1944 jene internationale Währungs- und Finanzkonferenz tagte, bei der die Gründung des *Internationalen Währungsfonds und der *Weltbank beschlossen wurde. Außerdem wurde in Bretton Woods das bis 1973 international gültige Währungssystem fester Austauschrelationen (Wechselkurse) zum Gold bzw. zum US-Dollar beschlossen (Gold-Dollar-Konvertibilität).
Bridge Finance	Zwischenfinanzierung eines Wachstumsunternehmens knapp vor einem Börsengang durch einen Risikokapitalgeber.
Briefkurs	Jener Wechselkurs einer Währung, zu dem Devisenhändler und Banken die *Basiswährung verkaufen (bei der indirekten Kursnotierung ist die „Heimatswährung“ Euro die Basiswährung, bei der früheren direkten Kursnotierung war die *Fremdwährung die Basiswährung).
Briefsatz	Zinssatz, zu dem ein Kreditinstitut bereit ist, auf Anfrage Geld zu verleihen.
Broker	Englische Bezeichnung für Händler an der Börse, die für Rechnung ihrer Kunden Käufe oder Verkäufe an der Börse vornehmen.
Brutto	Einschließlich bzw. vor Abzug von Kommission, Steuern, Spesen etc.; Gegenteil: netto.
Bruttodividende	Dividende vor Abzug der *Kapitalertragsteuer
Bruttoinlandsprodukt	Rein quantitatives Maß für die wirtschaftliche Leistung eines Landes, die Summe aller Güter und Dienstleistungen, die eine Volkswirtschaft innerhalb eines Jahres hervorbringt. Das BIP erfasst im Allgemeinen die Wertschöpfungen innerhalb der geografischen Grenzen eines Landes (Inlands- oder Territorialkonzept), während das Bruttonationalprodukt (BNP) alle Güter und Leistungen von inländischen Produktionsfaktoren, unabhängig von ihrem Einsatzort, umfasst (Inländerkonzept). Die jährliche Prozentveränderung des BIP ist ein Indikator für das Wirtschaftswachstum einer Volkswirtschaft.
Bruttonationalprodukt	Das Bruttonationalprodukt umfasst alle Güter und Leistungen von inländischen Produktionsfaktoren, unabhängig von ihrem Einsatzort (Inländerkonzept), und ist – ähnlich wie das BIP – ein Indikator für die Wirtschaftsleistung einer Volkswirtschaft.
Bruttorendite	Rendite vor Berücksichtigung der Steuern
Buchgeld	Auch Bank- oder *Giralgeld genannt, umfasst Bank- und Giro Guthaben, die in der Regel dem bargeldlosen Zahlungsverkehr dienen, *Giralgeldschöpfung.

Buchgewinn	Fiktiver Gewinn, der „nur“ durch eine höhere bilanzielle Bewertung von Vermögensgütern bzw. durch eine niedrigere bilanzielle Bewertung von Verbindlichkeiten im Vergleich zu ihren Anschaffungskursen entstanden ist und der noch nicht in finanzieller Form durch einen Verkauf des Vermögensgutes bzw. die Bedienung einer Verbindlichkeit realisiert wurde.
Buchkredit	Auf dem Konto eingeräumter Kreditrahmen, über den in der Folge bar verfügt werden kann.
Buchverlust	Fiktiver Verlust, der „nur“ durch eine niedrigere bilanzielle Bewertung von Vermögensgütern bzw. durch eine höhere bilanzielle Bewertung von Verbindlichkeiten im Vergleich zu ihren Anschaffungskursen entstanden ist und der noch nicht in finanzieller Form durch einen Verkauf des Vermögensgutes bzw. die Bedienung einer Verbindlichkeit realisiert wurde.
Buchwert	Betrag, zu dem ein Aktiv- oder Passivposten in der *Bilanz bewertet ist. Der Buchwert entspricht dem Anschaffungswert abzüglich der bereits vorgenommenen *Abschreibungen.
Buchwert pro Aktie	Eigenkapital einer Aktiengesellschaft geteilt durch die Anzahl der Aktien.
Budget	Aufstellung der (geplanten) Einnahmen und Ausgaben für einen bestimmten Zeitraum, zum Beispiel für ein Jahr, einerseits zur Planung und andererseits (im Nachhinein) zur Kontrolle, *Finanzplan.
Budgeting	Sämtliche Maßnahmen im Finanzmanagement eines Unternehmens, die mit der Verteilung von finanziellen Mitteln auf verschiedene Abteilungen sowie mit der Planung zur Generierung von Einnahmen zusammenhängen.
Bull, Bulle	Englischer Börsenausdruck für *Haussier
Bullionmünzen	Gold- oder Platinmünzen mit internationalem Standard, da sie ein „Quasisubstitut“ zum Barren darstellen. In Österreich gibt es als einzige Bullionmünze den „Philharmoniker“ mit mehreren Feingewicht-Stufen (Edelmetallwert weit über dem Nominalwert). Weitere bekannte Bullionmünzen sind der Eagle, der Krügerrand und der Maple Leaf.
Bullish	Börsenjargon für „steigende Kurse erwartend“
Bundesanleihe	Regierungsanleihe mit einer Laufzeit von (in der Regel) fünf oder mehr Jahren.
Bundesobligation	*Bundesanleihe
Bürge- und Zahler-Haftung	Die strengste und häufigste Form der Bürgschaft. Der Bürge haftet wie der Kreditnehmer für die gesamte Schuld. Die Bank kann bei Fälligkeit sofort an den Bürgen herantreten und Zahlung begehren.

BÜRGES Förderungsbank	Eine organisatorisch dem Wirtschaftsministerium untergeordnete Sondergesellschaft zur Gewerbeförderung und zur Förderung der Internationalisierung von *KMUs. Nach festgesetzten Schwerpunkten gewährt die BÜRGES im Rahmen der Gewerbeförderung Zinsen- und Förderungszuschüsse für Kredite und übernimmt Bürgschaften für Unternehmen der gewerblichen Wirtschaft, im Bereich der Internationalisierungsförderung sichert sie das wirtschaftliche und teilweise auch das politische Risiko von Direktinvestitionen österreichischer KMUs im Ausland ab.
Bürgschaft	*Akzessorisches (vom rechtsgültigen Geschäft abhängiges) und *obligatorisches (nur gegen eine bestimmte Person wirksames) Rechtsverhältnis, das den Bürgen gegenüber dem Gläubiger zur Zahlung der Schuld verpflichtet, wenn der Schuldner seiner Verpflichtung nicht nachkommt. Zu den verschiedenen Arten zählen die *Ausfallsbürgschaft, *Bürge- und Zahler-Haftung, *Solidarbürgschaft, selbstschuldnerische Bürgschaft.
Bürgschaftskredit	Kredit, der durch die *Bürgschaft eines Dritten gesichert ist.
Burn rate	Geschwindigkeit, mit der Kapital aufgebraucht wird.
Business Angel	Risikokapitalgeber, der sich auf Wachstumsunternehmen konzentriert, die sich noch in der Frühphase ihrer Entwicklung befinden, und der sich nicht nur kapitalmäßig, sondern auch arbeitsmäßig engagiert.
Business Plan	Strukturierte und komprimierte Kurzdarstellung eines Unternehmens mit dem Ziel der Suche eines Kapitalgebers. Ein Business Plan enthält Informationen über Geschäftsfelder, Produkt, Markt, Management, Mitarbeiter sowie die finanziellen Rahmenbedingungen der kapitalsuchenden Firma.
BWG	*Bankwesengesetz

C

C.O.D.	Cash on delivery, Zahlung bei Lieferung
c/o	Care of, per Adresse. c/o bezeichnete Briefe sind meistens an Privatpersonen mit deren Firmenadresse gerichtet und beinhalten daher auch private und keine firmenspezifischen Inhalte. Solche Briefe dürfen aufgrund des Briefgeheimnisses nur vom direkten Empfänger geöffnet werden, nicht jedoch von Sekretärinnen oder Portieren.
CAC-40	Index der 40 umsatzstärksten Aktien an der Pariser Börse
CAD	Cash against documents, Zahlung einer (Import-)Lieferung gegen Vorlage der korrekten Lieferdokumente, allerdings ohne Involvierung einer Bank.
Call center	Telefonzentrale, die in der Lage ist, eine Vielzahl an Anrufen entgegenzunehmen und fachmännisch zu beantworten, v.a. bei der Aufnahme telefonischer Bestellungen im Direktvertrieb von Versandhäusern sowie bei Informations- und Reservationsdiensten von Verkehrsbetrieben etc.
Call-Geld	Unter Banken sehr kurzfristig geliehenes Geld, das täglich abgerufen werden kann.
Call-Option	*Option, bei der der Inhaber das Recht, nicht jedoch die Verpflichtung besitzt, den zugrunde liegenden *Basiswert innerhalb eines bestimmten Zeitraumes zu einem vorab definierten *Basispreis zu kaufen. Der Verkäufer der Option verpflichtet sich, im Falle der *Ausübung den Basiswert zum Basispreis zu verkaufen. In Bezug auf den Zeitpunkt der Ausübung einer Option unterscheidet man *amerikanische und *europäische Optionen.
Cap	Vertragliche Vereinbarungen einer Zinsobergrenze zwischen zwei Partnern, wodurch sich der Käufer (Kreditnehmer) gegen ein Ansteigen über die Zinsobergrenze absichert, aber von fallenden Zinsen profitieren kann. Ein Cap bezeichnet bei einer variablen verzinsten Anleihe die Zinsobergrenze, Gegenteil: Floor, Collar.
Capital Asset Pricing Model	Verfahren zur Ermittlung der marktorientierten Eigenkapitalkosten anlässlich einer Unternehmensbewertung.
Capitalplan	Fondssparplan der Sparkassengruppe, der darin besteht, dass jede Einzahlung sofort und automatisch in einen (vom Anleger bestimmten) Fonds veranlagt wird.
CAPM	*Capital Asset Pricing Model
Cash	Bar, gegen Kasse, Bargeld

Cashflow	Nettozufluss von finanziellen Mitteln in ein Unternehmen innerhalb eines bestimmten Zeitraumes. Der Cashflow ist die Differenz aus Mittelzuflüssen (aufgrund von Umsatzerlösen, Verkauf von Vermögensgütern etc.) abzüglich der Mittelabflüsse (aufgrund von Investitionen und den laufenden Ausgaben für Personal, Wareneinkauf etc.). Der zahlungsstromorientierte Cashflow unterscheidet sich daher vom buchhaltungsorientierten Gewinn und gibt als vielbeachtete Kennzahl Auskunft über die Finanzkraft eines Unternehmens.
Cashfonds	*Geldmarktfonds, Fonds, der vornehmlich in Rentenwerte mit (zum Teil extrem) kurzen Restlaufzeiten wie auch in Fest- und Termingelder veranlagt.
Cashflowpoint	Finanzieller Break-even-Punkt, jener Umsatz, bei dem die Einzahlungen die gesamten Auszahlungen in einer bestimmten Periode decken.
Cashmanagement	Elektronisches Informationssystem über Kontostände der In- und Auslandskonten eines Unternehmens.
CBOE	Chicago Board Options Exchange, eine der größten Optionsbörsen der Welt.
CBOT	Chicago Board of Trade, eine der größten Börsen der Welt.
Cent	Untereinheit des *Euro als Währungseinheit der *Europäischen Wirtschafts- und Währungsunion. 1 Euro entspricht 100 Cents. Cent-Münzen gibt es ab 1. 1. 2002 in folgenden Stückelungen: 1, 2, 5, 10, 20 und 50 Cent.
CEO	Chief Executive Officer, englische Kurzbezeichnung für die Position des Geschäftsführers bzw. Vorstands.
Certificate of Deposit (CD)	Ursprünglich amerikanische, dann auch am Euromarkt übliche Bezeichnung für die kurz- oder mittelfristige Verbriefung von Termineinlagen, die an der Börse handelbar sind.
CFO	Chief Financial Officer, englische Kurzbezeichnung für die Position des Finanzvorstands.
CFR	Cost and Freight; Incotermklausel, bei der der Risikoübergang wie bei *FOB bei Überschreiten der Reling im Verschiffungshafen erfolgt, der Kostenübergang allerdings im Bestimmungshafen.
Change	*Geldwechselgeschäft
Changeomat	Elektronischer Geldwechselautomat. Rund um die Uhr können ausländische Banknoten in Euro gewechselt werden.

Chapter 11	Synonym für Konkursverfahren in den USA, das in Kapitel 11 des Kapitalmarktgesetzes geregelt ist, mit Hilfe dessen ein von der Insolvenz betroffenes Unternehmen während der Phase einer Restrukturierung gerichtlich vor seinen Gläubigern geschützt wird.
Chart	Graphische Darstellung der Kursentwicklung eines Wertpapiers.
Chartanalyse	Teil der *Technischen Aktienanalyse, bei der von vergangenen Kursverläufen Rückschlüsse auf künftige Kursbewegungen gezogen werden.
Chip-card (Chipkarte)	Plastikkarte mit eingebautem Mikroprozessor, der Informationen speichern und Zahlungsvorgänge kontrollieren kann.
CI	*Corporate Identity
CIF	Cost, Insurance and Freight; Incotermklausel, bei der der Risikoübergang wie bei *FOB bei Überschreiten der Reling im Verschiffungshafen erfolgt, der Kostenübergang allerdings im Bestimmungshafen und der Exporteur zusätzlich noch eine Transportversicherung zugunsten des Importeurs beibringen muss.
CIP	Carriage and Insurance Paid to (frachtfrei versichert); Incotermklausel, bei der der Risikoübergang bei Übergabe der Ware an den ersten firmenfremden *Frachtführer erfolgt, der Kostenübergang allerdings am frachtfrei benannten Ort und der Exporteur zusätzlich noch eine Transportversicherung zugunsten des Importeurs beibringen muss.
Clean Report of Findings	Dokument im internationalen Handel, in dem eine Prüfgesellschaft den ordnungsgemäßen Zustand einer Ware sowie ihre Übereinstimmung mit den Lieferdokumenten bestätigt.
Clearing	Zentrale Abrechnung von Lieferungen und Zahlungen aus Wertpapierkäufen und -verkäufen an einer Börse, wobei nicht zwei einander unbekannte Vertragsparteien miteinander Geschäfte abschließen, sondern jeder Vertragspartner mit der neutralen Clearingstelle. Dadurch soll auch das Erfüllungs- und Bonitätsrisiko ausgeschalten werden.
Clearingabkommen	Abkommen zwischen zwei Ländern zum Ausgleich der gegenseitigen Forderungen und Verbindlichkeiten im Handels- und Finanzverkehr.
Closed-end funds	*Investmentfonds, dessen Fondsvolumen am Anfang festgelegt und bei Investoren platziert wird und während der Laufzeit des Fonds nicht mehr verändert wird, auch als geschlossener Fonds bezeichnet; Gegenteil: open-end funds.

Closing price	Letzter Kurs für ein variabel oder fortlaufend notiertes *Wertpapier am Ende eines Börsenhandelstages, auch als Schlusskurs bezeichnet.
CME	Chicago Mercantile Exchange, eine der größten Rohstoffhandelsbörsen.
CMO	Chief Marketing Officer, englische Kurzbezeichnung für die Position des Marketingvorstands.
Code	Sicherungsmerkmal zur Vermeidung des Missbrauchs von Bankomatkarten, der Kontofonbenützung, der elektronischen Bankdienstleistungen etc. Der Code kann aus einer Ziffern- (z.B. bei Bankomatkarten) oder Buchstabenkombination bestehen, *PIN-Code.
Codierung	Versehen von dafür vorgesehenen und vorbereiteten Belegen, Schecks, Überweisungen etc. mit einer maschinenlesbaren Schrift, um eine automatisierte Beleglesung und -bearbeitung zu ermöglichen.
Co-Finanzierung	Finanzierungsverfahren, bei dem mehrere Kreditinstitute gemeinsam als Kapitalgeber aus Gründen der Risikodiversifikation sowie der Aufbringung möglichst hoher Kapitalbeträge auftreten.
Collar	Vertragliche Vereinbarung einer Zinsobergrenze (*Cap) und Zinsuntergrenze (*Floor) zwischen zwei Partnern zur Eindämmung des *Zinsänderungsrisikos auf eine bestimmte Bandbreite und zur gleichzeitigen Reduzierung der Kosten bei Einsatz nur eines der beiden Instrumente.
Co-Manager	werden *Fondsmanager genannt, die ganz bestimmte Teile eines Fondsvermögens verwalten.
Commercial Letter of Credit	Angloamerikanische Sonderform des *Akkreditivs, bei dem auf Seiten des Exporteurs keine bestimmte Bank involviert ist, die die Funktionen einer Korrespondenzbank übernehmen würde. Stattdessen können die Dokumente von jeder beliebigen Bank angekauft werden – die ausbezahlten Beträge werden dann direkt mit der den Commercial Letter of Credit ausstellenden Bank gegenverrechnet.
Commercial Paper	Kurzfristiger, unbesicherter *Solawechsel von großen, kreditwürdigen Unternehmen und Banken mit einer Laufzeit bis zu 270 Tagen, wobei die Zinsen mittels Diskont bereits im Vorfeld in Abzug gebracht werden und als Käufer größtenteils Geldmarktfonds bzw. *institutionelle Anleger auftreten.
Commodity	Bezeichnung für an der Börse gehandelte Rohstoffe, z.B. Erdöl, Gold, Silber, Sojabohnen, Schweinebäuche etc.

Compliance Code	Legt für Banken, Versicherungen und Pensionskassen die Regeln fest, die die anständige und gleichmäßige Behandlung aller Teilnehmer am Kapitalmarkt gewährleisten sollen, insbesondere zur Vermeidung von Geschäften von *Insidern.
Controlling	Engl. to control = steuern. Ertragsorientiertes Führungs- und Steuerungsinstrument des Managements durch integrierte Planung- und Kontrollrechnung. Strategisches Controlling hat einen langfristigen Planungshorizont, operatives Controlling ist kurzfristig orientiert.
Convertible bond	*Wandelschuldverschreibung
COO	Chief Organizational Officer, englische Kurzbezeichnung für die Position des Administrationsverantwortlichen.
Copyright	Eingetragener Urheberrechtsschutz, um die Nachahmung einer Idee, einer Marke oder eines Produktes zu unterbinden.
Corporate bond	*Anleihe, die von einem Unternehmen emittiert wird.
Corporate Identity (CI)	Einheitliches Erscheinungsbild eines Unternehmens in allen Teilbereichen nach außen. Geisteshaltung und Leitbild eines Unternehmens, nach denen Kommunikation, Verhalten und Erscheinungsbild (Corporate design) aufeinander abgestimmt erfolgen sollen.
Corporate venture capital	*Venture Capital, das nicht von einem Venture Capital-Fonds, sondern von einem Unternehmen bereitgestellt wird.
Courtage	Kommission der Bank für den Kauf oder Verkauf von Wertpapieren und Devisen.
CPT	Carriage Paid To (frachtfrei); Incotermklausel, bei der der Risikoübergang bei Übergabe der Ware an den ersten firmenfremden *Frachtführer erfolgt, der Kostenübergang allerdings am frachtfrei benannten Ort.
Crash	Bezeichnung für Kurseinbrüche an einer Börse.
Cross Currency Swap	Währungsswap, bei dem sowohl der zugrunde liegende Kapitalbetrag als auch die damit verbundenen Zinszahlungen in einer Währung mit einer entsprechenden Kapitalsumme und Zinszahlungen in einer anderen Währung getauscht werden.
Cross-default-clause	Vertragsklausel bei der internationalen Vergabe von Großkrediten, derzufolge eine Nichtbezahlung der Verbindlichkeiten bei einem Kapitalgeber den sofortigen *Terminverlust bei allen übrigen Kapitalgebern zur Folge hat.
Crossed cheque	Gekreuzter Scheck, *Verrechnungsscheck

Cross-selling	Politik der Kreditinstitute, ihre Kunden zur Abnahme möglichst vieler Bankdienstleistungen ihres eigenen Institutes zu bewegen.
Crowding out	Verdrängung privater Unternehmen vom Markt durch eine zu starke Dominanz des Staates im Bereich des Angebots von sowie der Nachfrage nach bestimmten Produkten, v.a. mit Blickrichtung auf die Verfügbarkeit von Finanzkapital, das bei einem Crowding out mehrheitlich in den Kauf von Staatsanleihen und nicht in die Unternehmen fließt.
CTO	Chief Technical Officer, englische Kurzbezeichnung für die Position des Produktions- und Forschungsvorstands.

D

d/a	Documents against acceptance; Zahlungsabwicklung im Außenhandel in Form eines Dokumenteninkassos, die vorsieht, dass die zur Ausfolgung der gelieferten Waren benötigten Dokumente an den Importeur nur gegen Akzept des sie begleitenden Wechsels ausgehändigt werden dürfen.
d/p	Documents against payment; Zahlungsabwicklung im Außenhandel in Form eines Dokumenteninkassos, die vorsieht, dass die zur Ausfolgung der gelieferten Waren benötigten Dokumente an den Importeur nur gegen sofortige Bezahlung des Rechnungsbetrages ausgehändigt werden dürfen.
d/s	Days after sight, Tage nach Sicht
Dachfonds	*Investmentfonds, der in mehrere andere Investmentfonds investiert und dadurch einen besonders hohen Grad an Diversifikation (Risikostreuung) erreicht.
Dachgesellschaft	*Holdinggesellschaft
DAF	Delivered At Frontier (geliefert Grenze); Incotermklausel, bei der der Risiko- und Kostenübergang am genannten Grenzort erfolgt.
Darlehen	Das Darlehen ist ein Realkontrakt, d.h. es kommt nur durch tatsächliche Übergabe einer Sache (z.B. einer Geldsumme) an den Darlehensnehmer zustande. Dieser verpflichtet sich, die Sachen in gleicher Art, Menge und Qualität zu einem bestimmten Zeitpunkt zurückzugeben. Über den Darlehensvertrag wird in der Regel ein Schuldschein ausgestellt.
Datenschutz	Schutz personenbezogener Daten vor missbräuchlicher Verwendung durch unbefugte Personen. Das Datenschutzgesetz betrifft den persönlichen Datenschutz in Form von Name, Adresse, Alter, Einkommen, Beruf etc. und soll die einzelnen Personen vor Missbrauch der Daten bei Speicherung, Übermittlung, Verwendung, Weitergabe etc. schützen.
Datenträgerverfahren	Die rationellste Zahlungsform zur Abwicklung des inländischen Zahlungsverkehrs. Anstelle von Zahlungsverkehrsbelegen werden Datenträger verwendet, auf denen die Zahlungsverkehrsdaten wie Empfänger, Kontonummer, Bankleitzahl, Verwendungszweck, Betrag und Auftraggeber in Form eines Datensatzes auf einem Magnetband/Diskette gespeichert werden.
Dauerauftrag	Auftrag eines Kontoinhabers an seine Bank, Zahlungen gleicher Betragshöhe in regelmäßigen Zeitabständen an denselben Empfänger zu leisten.

Daueremission	Schuldverschreibung, die laufend und in gleichartiger Ausstattung zum Ersterwerb angeboten wird und keiner zeitlichen Limitierung bei der Emission unterliegt.
DAX	Der wichtigste deutsche Börseindex ist der seit 1988 berechnete Deutsche Aktienindex DAX.
DBA	Doppelbesteuerungsabkommen, *Doppelbesteuerung.
DCF	Discounted-Cashflow-Verfahren, Verfahren der *Unternehmensbewertung, das sich an den abgezinsten (diskontierten) zukünftigen *Cashflows, die erwirtschaftet werden, orientiert.
DDP	Delivered Duty Paid (geliefert verzollt); Incotermklausel, bei der der Risiko- und Kostenübergang am genannten Bestimmungsort inkl. Bezahlung des Einfuhrzollens durch den Exporteur erfolgt.
DDU	Delivered Duty Unpaid (geliefert unverzollt); Incotermklausel, bei der der Risiko- und Kostenübergang am genannten Bestimmungsort erfolgt, allerdings ohne Bezahlung des Einfuhrzollens durch den Exporteur.
Debet, Debit	Andere Bezeichnung für Lastschrift bzw. die Soll-Seite eines Buchhaltungskontos.
Debit-Card	Karte, die im Gegensatz zur *Kreditkarte direkt an ein Bankkonto gebunden ist. Das ausgebende Institut räumt dabei einen Kreditrahmen ein. Die entsprechenden Transaktionen werden sofort dem Konto angelastet. Die beim *POS-System eingesetzten Karten sind insofern Debit-Cards.
Debitor	Schuldner, Gegenteil: Kreditor
Debt management	Schuldenpolitisches Instrumentarium zur richtigen Strukturierung der Verschuldung nach Fristigkeit, Zinssätzen, Formen etc.
Debt-Equity-Swap	Finanzierungsinstrument, bei dem Fremdkapitalforderungen in Eigenkapitalanteile an einem Unternehmen getauscht werden.
Deckungsbeitrag	Differenz zwischen Erlös und den *variablen Kosten eines Gutes. Dieser Betrag verbleibt dem Unternehmen, um die fixen Kosten zu decken und (eventuell darüber hinaus) einen Gewinn zu erzielen.
Deckungsfonds, Deckungsstock	Speziell gewidmeter Vermögensteil eines Unternehmens zur Sicherstellung der Rückzahlbarkeit von emittierten Wertpapieren, auf den andere Gläubiger (z.B. Lieferanten, Kreditinstitute etc.) im Insolvenzfall nicht zugreifen können.
Deckungswerte	Werte, die die Verpflichtungen der Notenbank besichern sollen (insbesondere den Banknoten-umlauf).

Deficit spending	Wirtschaftspolitische Maßnahme, die besonders in Krisenzeiten durch eine Erhöhung der öffentlichen Ausgaben die Wirtschaft ankurbeln soll.
Deflation	Geldwertanstieg; allgemeiner Nachfragerückgang, der von einem Absinken des Preisniveaus (und damit einem Anstieg des Geldwertes) begleitet ist; Gegenteil: Inflation.
Degressiv	Fallend, Gegenteil: progressiv
Dekursive Zinsen	Zinsberechnungsmodus, bei dem die Zinsen erst am Ende der Zinsperiode (meistens am Jahresende) berechnet und bezahlt werden, Gegenteil: *antizipative Zinsen.
Delkrede	Zahlungsausfall des Schuldners durch Zahlungsunfähigkeit oder Zahlungsunwilligkeit.
Delta	Kennzahl der Optionsbewertung, die die Sensitivität des Optionspreises bezüglich einer nominalen Veränderung des Aktienkurses misst (nominaler Hebel).
Demonetisierung	1. Aufhebung der Gültigkeit einer Geldsorte als gesetzliches Zahlungsmittel. 2. Aufhebung der Rolle eines Edelmetalls als Währungsmetall, z.B. Demonetisierung des Goldes.
Denominationswährung	Währung, in der eine Forderung oder Verbindlichkeit zu bezahlen ist.
Deport	Negative Differenz zwischen Devisenterminkurs und Devisenkassakurs, die einen Abschlag vom Kassakurs darstellt. Die Höhe des Deports ergibt sich genauso wie jene des *Reports (Aufschlag) aus den Zinsdifferenzen der beiden im Rahmen eines Devisentermingeschäfts involvierten Währungen.
Depositen	Kurz- oder mittelfristige Einlagen bei einem Geldinstitut.
Depot (Wertpapierdepot)	1. Ort zur Aufbewahrung von wertvollen Gegenständen. 2. Spezialkonto zur Verrechnung und Verwahrung von Wertpapieren.
Depotauszug	Aufstellung der Wertpapierbestände nach Arten, Werten etc. für den Kunden.
Depotbank	Bezeichnung der Bank, die bei Anlagefonds die Wertpapiere aufbewahrt und darauf achtet, dass die Anlagen ordnungsgemäß vorgenommen werden.
Depotbankgebühr	ist die Gebühr, welche die *Depotbank dem Fonds für ihre besonderen Leistungen in Rechnung stellt. Zumeist wird die Depotbankgebühr nicht dem Fonds direkt angelastet, sondern ist ein Bestandteil der *Verwaltungskosten der Kapitalanlagegesellschaft.

Depotgebühr, Depotprovision	ist die Gebühr, die eine Bank ihrem Kunden (dem Anleger) für die Verwaltung und Verwahrung seiner Wertpapiere in Rechnung stellt. Sie beträgt bei inländischen Investmentfonds bis zu 0,2 % jährlich, zuzüglich Umsatzsteuer.
Depotgeschäft	Die gewerbsmäßige Aufbewahrung von Wertpapieren aller Art durch Banken. Das Depotgesetz vom 1. 1. 1970 beinhaltet strenge Vorschriften zum Schutz der Eigentümer der Wertpapiere und gilt für alle Wertpapiere, die derzeit im Wertpapiergeschäft gängig sind.
Depotwechsel	Ein dem Gläubiger vom Schuldner übergebener Wechsel zur Geltendmachung einer Forderung. Der Depotwechsel darf erst dann geltend gemacht oder weitergegeben werden, wenn der Anspruch aus dem der Wechselausstellung zugrunde liegenden Rechtsgeschäft fällig geworden ist.
Depression	Ausdruck für eine äußerst schlechte Wirtschaftslage, die durch einen Tiefstand der Wirtschaftstätigkeit, durch Arbeitslosigkeit sowie stark verminderte Investitionen und Gewinne gekennzeichnet ist.
Deputat	Lohnanteil in Form von Sachleistungen (*Naturallohn), z.B. Deputat-Kohle im Bergbau.
DEQ	Delivered Ex Quay; Incotermklausel, bei der der Risiko- und Kostenübergang ab Zurverfügungstellung der Ware am Kai des Bestimmungshafens erfolgt.
Deregulierung	Aufhebung staatlicher Ordnungsmaßnahmen in Form wirtschaftspolitisch begründeter Eingriffe in den Marktmechanismus.
Derivate	Finanzprodukte, die von zugrunde liegenden Wertpapieren abgeleitet wurden, z.B. *Futures, *Optionen, *Swaps.
Derivative Finanzinstrumente	*Derivate
DES	Delivered Ex Ship; Incotermklausel, bei der der Risiko- und Kostenübergang an Bord des Schiffes im Bestimmungshafen erfolgt.
Desinvestition	Verkauf von Anlagevermögen, das nicht durch Neuinvestitionen wettgemacht wird.
Detachieren	Abtrennung von Zins- bzw. Dividendenkupons vom Bogen, um sie einzureichen und die Zinsen bzw. Dividenden zu kassieren (ist heutzutage nicht mehr von Relevanz, da Wertpapiere nicht mehr physisch gedruckt werden).
Devisen	Ausländisches Buchgeld (Geld in unbarer Form), d.h. Überweisungen, Gutschriften, Belastungen, Vermögensbestände auf Konten etc., Gegenteil: Valuten.

Devisenarbitrage	Ausnützen von Kursdifferenzen zwischen den Devisennotierungen auf zwei unterschiedlichen Finanzplätzen.
Devisenausländer	Natürliche und juristische Personen, die keine *Deviseninländer sind bzw. devisenrechtlich als Ausländer gelten, mit Sitz oder gewöhnlichem Aufenthalt im Ausland.
Devisenbewirtschaftung	System der staatlichen Lenkung des gesamten Zahlungs-, Kredit- und Kapitalverkehrs mit dem Ausland.
Devisengesetz	Regelt die Erfassung der vorhandenen und anfallenden Devisen sowie die Kontrolle und Lenkung ihrer Verwendung nach volkswirtschaftlichen Gesichtspunkten.
Devisenhandel	Zwischen in- und ausländischen Kreditinstituten meistens über Telefon und elektronische Medien abgewickelter Handel mit *Devisen.
Deviseninländer	Natürliche Personen, die ihren ordentlichen Wohnsitz, gewöhnlichen Aufenthalt oder ihren wirtschaftlichen Mittelpunkt im Inland haben, sowie juristische Personen mit Sitz oder Leitungsstandort im Inland; Gegenteil: Devisenausländer.
Devisenkommissionsgeschäft	An- und Verkauf von *Devisen für Rechnung und im Auftrag eines Kunden durch ein Kreditinstitut.
Devisenkredit	Kredit in ausländischer Währung
Devisenkurs	Kurs, der beim Kauf oder Verkauf von *Devisen durch eine Bank für die Umrechnung herangezogen wird.
Devisenpolitik	Maßnahmen der *Oesterreichischen Nationalbank zur Sicherung und Steuerung der Geldströme zwischen dem In- und Ausland sowie Handel mit ausländischen Währungen, um auch den Kurs zu beeinflussen.
Devisenswap(geschäft)	Unter einem Devisenswapgeschäft versteht man den Verkauf eines Devisenbetrages gegen Kassa (d.h. Geschäft mit sofortiger Erfüllung) bei gleichzeitigem Rückkauf desselben Devisenbetrages auf Termin (d.h. mit späterer Erfüllung) oder umgekehrt. Diese Geschäfte dienen der Kurssicherung und/oder der kurzfristigen Finanzierung.
Devisentermingeschäft	Kurssicherungsinstrument, bei dem „heute“ bei Vertragsabschluss der in Zukunft zur Anwendung kommende Wechselkurs einer Währung (= Terminkurs) vereinbart wird und das von beiden Seiten fix zu erfüllen ist.
Devisenwährung	Währung, bei der die Deckung des ausgegebenen Bargelds durch ausländische Devisen gesetzlich vorgeschrieben ist (sehr selten anzutreffen).

Dezentralisierter Zahlungsverkehr	Zahlungsverkehr, der nicht über Spitzeninstitute abgewickelt wird, sondern über die einzelnen Kreditinstitute bzw. Banken direkt; Gegenteil: zentralisierter Zahlungsverkehr.
Dienstleistungsbilanz	Teil der *Leistungs- und *Zahlungsbilanz, in dem sämtliche Dienstleistungen an das Ausland und aus dem Ausland auf aggregierter Basis verzeichnet sind.
Dienstleistungsfreiheit	Eine der vier Grundfreiheiten, die den *Europäischen Binnenmarkt charakterisieren. In der EU kann jeder EU-Bürger, der in einem EU-Staat in einem bestimmten Gewerbe tätig ist, in jedem anderen Land seine Dienste grenzüberschreitend anbieten. Dies gilt auch für Bank- und Versicherungsdienstleistungen und erfordert u.a. gleiche bankrechtliche Mindestvorschriften (*Bankrechtskoordinierungsrichtlinie) in allen EU-Staaten.
Dienstleistungsgeschäfte der Banken	Jene Bankgeschäfte, bei denen die Bank weder Gläubiger (*Aktivgeschäfte) noch Schuldner (*Passivgeschäfte) wird, z.B. Effekten- und Depotgeschäft, Devisen-, Valuten- und Wechselstüben-geschäft, Inkasso von Schecks und Wechseln, Schrankfachvermietung, Kundenberatung etc.
Dingliches Recht	Recht, das an einer Sache hängt und daher gegen jedermann wirksam ist (z.B. Eigentumsrecht).
Direct Mail	Kontaktierung der Kunden über direktes und meist personalisiertes Anschreiben auf dem Postwege, im Gegensatz zu anonymen Schaltungen im Rundfunk und den Printmedien.
Direkt-Bank	Banken, die ihr Geschäft ohne *Zweigstellen abwickeln und den Kontakt zum Kunden über elektronische Medien oder über Telefon herstellen.
Direkte Kursnotierung	Unrunde Einheiten an Heimatwährung, die für den Erwerb einer Einheit an Fremdwährung (*Basiswährung) erforderlich sind. Diese Kursnotierung, auch als Preisnotierung bezeichnet, war vor Einführung des Euro vorherrschend.
Direktinvestition	Erwerb von Anteilen an ausländischen Unternehmen oder Gründung von Unternehmen im Ausland mit langfristiger Perspektive, um auf die Geschäftsführung und die Strategie Einfluss auszuüben, wobei nicht nur Gewinnziele, sondern auch konkrete Produktions- und Marktbearbeitungsziele verfolgt werden.
Direktmarketing	Summe aller Maßnahmen zur zielgenauen Ansprache von Kunden, indem alle Kundendaten genutzt werden. Damit sollen die Streuverluste der Werbung möglichst reduziert werden.

Disagio	Ital. = Abschlag, Abgeld. Meistens in Prozenten ausgedrückte Differenz zwischen einem Nenn- oder Paritätswert und einem Minderpreis. Bei der Emission von Wertpapieren gibt das Disagio an, um wie viel der Emissionspreis unter dem Nennwert liegt. Gegenteil: Agio.
Diskont	Zinsabzug beim Handel oder bei der Einlösung noch nicht fälliger Verpflichtungen, insbesondere beim Ankauf von Wechseln.
Diskontkredit	Verkauf noch nicht fälliger Wechsel an Banken unter Abzug von Zinsen (Diskont) vorwiegend zur Deckung kurzfristig aufgetretener Liquiditätserfordernisse.
Diskontobligo	Höchstbetrag, bis zu dem ein Kreditinstitut Wechsel des Kunden ankauft.
Diskontpolitik	(Frühere) währungspolitische Maßnahme der Notenbank, wobei durch Veränderung des offiziellen *Diskontsatzes und dadurch indirekt der übrigen Zinssätze des Geldmarktes das Kreditvolumen im Interesse der nationalen Währungs- und Kreditpolitik beeinflusst wurde.
Diskontsatz	Zinssatz, den die Notenbank beim Ankauf von noch nicht fälligen Wechseln oder Wertpapieren für die Zeit vom Ankaufstag bis zum Fälligkeitstag verrechnet. Seit 1. Jänner 1999, dem Beginn der dritten Stufe der Europäischen Wirtschafts- und Währungsunion (EWWU), gibt es den Diskontsatz der OeNB nicht mehr, dessen Funktion nun der *Basiszinssatz wahrnimmt.
Dispens	Behördliche Ausnahmegewilligung, durch die aufgrund besonderer gesetzlicher Ermächtigung in bestimmten Ausnahmefällen Befreiung von einem im Regelfall geltenden gesetzlichen Gebot oder Verbot erteilt wird.
Distribution	Verteilung, insbesondere der Handel und Transport der Güter zu Zwischen- oder Endkunden.
Distributionspolitik	Sämtliche Maßnahmen des Marketing-Mix mit dem Ziel, sich der für den Vertrieb der Produkte optimalen Kanäle und Vertriebsstellen zu bedienen, sowie die mit dem konkreten Transport des Produktes erforderlichen Lösungen der logistischen Anforderungen.
Dividende	Gewinnausschüttung auf Aktien, die der Aktionär erhält. Die Dividende ist entweder als Betrag pro Aktie oder in Prozenten des Nominalwertes der Aktie angegeben.
Dividendenabschlag	Abschlag auf den Börsenkurs einer Aktie um den Betrag, den die Dividende ausmacht. In Österreich geschieht dies am Zahlungstag der Dividende (meist eine bestimmte Anzahl von Tagen nach der *Hauptversammlung). Der Börsenkurs erhält an diesem Tag im Kurszettel den Zusatz „exd“ oder *ED (Ex Dividende), *Ex-Tag.

Dividendenrendite	Errechnet sich aus der Dividende bezogen auf (dividiert durch) den Börsenkurs. Die Dividendenrendite ist damit eine Ertragskennzahl in Prozent.
Dividendenscheine	Berechtigungsscheine zum Bezug der Dividende
Dividendenwerte	Wertpapiere, die Anrecht auf einen Gewinnanteil in Form von Dividenden vermitteln, demnach Aktien.
DJ	Abkürzung für den Index der New Yorker Börse, den *Dow Jones Industrial Average.
Dokument	Schriftliches Papier bzw. Leistungsnachweis, das vor allem im internationalen Handel von großer Bedeutung ist, vor allem Transportdokumente, Zahlungsdokumente und Versicherungsdokumente.
Dokumentenakkreditiv	*Akkreditiv
Dokumenteninkasso	Zahlungsabwicklungsform im Außenhandel, die vorsieht, dass die zur Ausföhlung der gelieferten Waren benötigten Dokumente an den Importeur nur gegen Akzept des sie begleitenden Wechsels (d/a) oder gegen sofortige Bezahlung des Rechnungsbetrages (d/p) ausgehändigt werden dürfen.
Dokumentencredit	Spezialform des *Akkreditivs, bei dem ein Kreditinstitut im internationalen Warenhandel die Rolle eines Treuhänders zwischen Importeur und Exporteur übernimmt. Der Warenwert wird dem Verkäufer gegen Übergabe der Verschiffungspapiere, d.h. Faktura, Konnossement, Versicherungspolize etc., ausbezahlt.
Dokumententratte	Vom Exporteur auf den Importeur gezogene und von ihm akzeptierte *Tratte im Rahmen eines *Dokumenteninkassos.
Domizil(stelle)	Wohnort oder Sitz, Zahlstelle, insbesondere bei Wechseln.
Domizilierter Wechsel	Wechsel, die bei der *Domizilstelle, in der Regel bei einem Kreditinstitut, zahlbar gestellt sind. Wechsel, die bei anderen Kreditinstituten am Platz domiziliert sind, werden fristgerecht entweder durch Boten oder im Verrechnungsweg präsentiert.
Doppelbesteuerung	Doppelte oder mehrfache Belastung desselben Steuerobjektes beim gleichen Steuerpflichtigen durch verschiedene Steuerbehörden. International ist man bemüht, durch zwischenstaatliche Abkommen (sog. Doppelbesteuerungsabkommen – DBA), die Doppelbesteuerung zu vermeiden oder zu verringern.
Doppelquittung	Wird verlangt, wenn die Quittung an zwei Stellen als Beleg zu dienen hat, sie ist „doppelt für einfach gültig“.

Doppelte Buchhaltung	Verfahren zur Verbuchung von Geschäftsfällen, bei dem jeder Betrag auf zwei Konten gleichzeitig verbucht wird und der *Gewinn durch zwei unterschiedliche Berechnungsarten ermittelt wird.
Dotation	1. Zuwendung von Geldmitteln oder Sachen. So kann z.B. eine Stiftung oder Anstalt mit Geldern dotiert werden. Insbesondere versteht man unter Dotation auch die Zuweisung von staatlichen Geldern an die Gemeinden. 2. Bildung von Rückstellungen und Rücklagen.
Dotationskapital	Kapitalausstattung öffentlich-rechtlicher Kreditinstitute und anderer Einrichtungen der öffentlichen Hand.
Dow Jones-Index	Index der New York Stock Exchange, in dem die 30 größten Unternehmen inkludiert sind und der als weltweit bekanntester Index gilt. Der Dow Jones-Index wurde erstmals 1897 veröffentlicht.
Dow-Theorie	Der Schöpfer des Dow Jones-Index, Charles H. Dow, entwickelte aufgrund von Kennziffern die Dow-Theorie zur Vorhersage des Börsengeschehens. Er stellte fest, dass die Aktienkurse, zusammenfassend dargestellt in den einzelnen Indizes, in ihren Bewegungen gewissen Trends folgen.
Drittschuldner	Schuldner eines Schuldners
Drittschuldnerklage	Der betreibende Gläubiger klagt im Exekutionsverfahren eine gepfändete und überwiesene Forderung seines Schuldners gegen eine Drittschuld ein.
Drittschuldnerverständigung	Verständigung des (Dritt-)Schuldners über die erfolgte *Abtretung der gegen ihn bestehenden Forderungen. Bis zur Verständigung kann dieser Zahlungen weiterhin mit schuldbefreiender Wirkung an den *Zedenten leisten.
Drittverwahrung	Verwahrung von Wertpapieren für einen anderen Verwahrer (Zwischenverwahrer).
Drive-in-Schalter	Mit dem Auto zugänglicher Bankschalter
DTB	Deutsche Terminbörse
Dubiose Debitoren	Schuldner zweifelhafter Qualität. Für Forderungen gegenüber dubiosen Debitoren sind in der Bilanz des Gläubigers entsprechende Rückstellungen oder Abschreibungen vorzunehmen. *Delkredere.
Due Diligence	Durchleuchtung eines Unternehmens von verschiedenen Gesichtspunkten aus (bilanziell, wirtschaftlich, steuerlich, marktbezogen, managementbezogen etc.), um vor Durchführung einer *Beteiligung sicherzugehen, dass keine „Leichen im Keller“ sind, besonders relevant bei *Venture Capital-Finanzierungen und *M&A-Aktivitäten.

Dumping	Export von heimischen Produkten zu Schleuderpreisen, um konkurrierende, ausländische Unternehmen aus den gemeinsamen Absatzgebieten zu verdrängen und möglichst rasch möglichst hohe Marktanteile zu gewinnen.
Duration	Jener Zeitraum während der Restlaufzeit einer Anleihe, zu dem sich Gewinne aus Kurssteigerungen der eigentlichen Anleihe mit Verlusten aus einer geringeren Wiederveranlagung der ausgeschütteten Zinsen oder umgekehrt ausgleichen. Die Duration gilt als wichtige Kennzahl zur Beurteilung des Zinsänderungsrisikos einer Anleihe.
Durchlauferkonto	Konto für Eingänge zugunsten von Nichtkontoinhabern. Der Begünstigte ist vom Eingang des Geldes zu verständigen.

E

E. & O. E.	Errors and omissions excepted, Irrtum und Auslassung vorbehalten, *S. E. & O.
E. v.	„Eingang vorbehalten“, Vorbehalt des richtigen und pünktlichen Zahlungseinganges bei der Gutschrift von eingelösten Schecks und Wechseln, die zum Inkasso bei sofortiger Gutschrift übernommen wurden.
Early-stage	Frühe Entwicklungsphase eines Unternehmens, die durch besonders hohe Risiken in Bezug auf Forschung und Entwicklung sowie Marktakzeptanz der Produkte gekennzeichnet ist.
Earnings per share	Gewinn pro Aktie
EASDAQ	European Association of Securities Dealer Automated Quotation, europäische *Wachstumsbörse mit Sitz in Brüssel, die von der *Nasdaq übernommen wurde und sich nun Nasdaq Europe nennt.
EB	*Ex Bezugsrecht
EBIT	Earnings Before Interest and Taxes, Gewinn vor Abzug von Zinsen und Steuern, entspricht weitgehend dem operativen Betriebserfolg.
EBK	1. Abkürzung für Eröffnungsbilanzkonto. 2. Elektronische Banken- und Kundenkommunikation. Dieses Netz ermöglicht den Kreditinstituten den Austausch dringender sektorübergreifender Zahlungsverkehrskommunikation.
EBRD	European Bank for Reconstruction and Development, supranationale Bank mit Sitz in London, die sich vorwiegend auf die Finanzierung von Projekten in den Staaten Mittel- und Osteuropas konzentriert.
Ecart	Differenz zwischen zwei Kursen, z.B. zwischen den Kursen von Inhaber- und Namensaktien derselben Gesellschaft, wie es etwa in der Schweiz des Öfteren vorkommt.
Eckzinssatz	Früherer Zinssatz, der in einem Eckzinsabkommen zwischen den Kreditinstitutsverbänden (*Fachverbänden) gesetzlich festgelegt wurde und für Spareinlagen mit gesetzlicher Kündigungsfrist herangezogen wurde (niedrigster Sparzinssatz).
ECOFIN(-Rat)	Economic and Finance Ministers Council. Ministerrat der Wirtschafts- und Finanzminister der *EU-Mitgliedsländer.
Economies-of-scale	Synergieeffekte, die auf besonders große Produktionsmengen zurückzuführen sind, wodurch es u.a. zu einer starken Reduktion der auf die Produkte aliquot aufgeteilten Fixkosten kommt.

Economies-of-scope	Verbundeffekte, die auf Mehrfachnutzungen von Forschungsergebnissen bzw. Inputfaktoren beruhen.
ECU	*European Currency Unit, Vorläufer des *Euro
ED	ex dividende
Edifact	Electronic Data Interchange for Administration, Commerce and Transport. 1987 begründeter internationaler Normenkatalog für den elektronischen Datenaustausch.
Edikt	Qualifizierte Form der Veröffentlichung bestimmter Gerichtsbeschlüsse, z.B. Versteigerungsedikt, Edikt über die Eröffnung eines *Konkurses, Aufgebotsedikt bei Kraftloserklärungen etc.
EDV	*Elektronische Datenverarbeitung
Effekten	Wertpapiere (Aktien, Obligationen etc.), die vertretbar (*fungibel) sind, da sie in größerer Zahl und gleicher Art ausgegeben werden und die sich dadurch besonders für den Börsenhandel eignen.
Effektiver Jahreszinssatz	*Effektivverzinsung für ein Jahr, die im Gegensatz zum Nominalzinssatz die Gesamtkosten berücksichtigt und z.B. bei Krediten und Darlehen auch Gebühren, Provisionen und Spesen inkludiert.
Effektive Stücke	nennt man Wertpapiere, die tatsächlich als „Urkunde“ ausgedruckt werden im Unterschied zu *Sammelurkunden. Sie bestehen aus dem Mantel, der das eigentliche Grundrecht verbrieft, sowie aus dem Kuponbogen, der die Ansprüche auf die Ertragnisauszahlungen verbrieft. Mit dem Talon oder Erneuerungsschein kann sich der Wertpapierinhaber einen neuen Kuponbogen besorgen, wenn der alte „verbraucht“ ist.
Effektivverzinsung	Drückt die tatsächliche Verzinsung von veranlagtem Kapital bzw. von Abstattungskrediten und Darlehen aus, die sich aus dem Nominalzinssatz, der Art der Zinsberechnung, den zusätzlich anfallenden Gebühren sowie einem *Agio bzw. *Disagio bei Emission bzw. Tilgung errechnen lässt, *effektiver Jahreszinssatz.
EFTA	*Europäische Freihandelszone (European Free Trade Association).
EFV-Kredit	Kredit aus dem Exportfinanzierungsverfahren der *Oesterreichischen Kontrollbank, der für den Exporteur äußerst günstige Konditionen bietet.
EG	*Europäische Gemeinschaften
EGKS	Europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl, 1951 in Paris als 1. Stufe der *Europäischen Gemeinschaften gegründet.

EGT	*Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit
EG-Vertrag	Vertrag zur Gründung der Europäischen Gemeinschaft (EG), in Rom im Jahr 1957 unterzeichnet („Römischer Vertrag“).
EIB	*Europäische Investitionsbank
Eigenkapital	Jene Mittel, die einem Unternehmen entweder von seinem Eigentümer durch Bar- oder Sachleistungen zur Verfügung gestellt (Grund- oder Stammkapital etc.) oder im Unternehmen erwirtschaftet und in diesem belassen wurden (z.B. nicht entnommene Gewinne). Je höher das Eigenkapital eines Unternehmens ist, umso unabhängiger, konkurrenzfähiger und „krisensicherer“ (in Verlustjahren) ist das Unternehmen.
Eigenkapitalrentabilität	Zeigt die Rendite des im Unternehmen eingesetzten Eigenkapitals, jenes Betrages, der an die Eigentümer des Unternehmens ausgeschüttet wird bzw. im Unternehmen verbleibt. Die Eigenkapitalrentabilität sollte mindestens der Rendite der Veranlagung in festverzinslichen Wertpapieren (*Sekundärmarktrendite) entsprechen.
Eigenmittel	Die Eigenmittel eines Kreditinstitutes bestehen aus dem *Kernkapital (eingezahltes *Kapital, offene Rücklagen einschließlich der *Hafrücklage, *Fonds für allgemeine Bankrisiken) und den ergänzenden Eigenmitteln (stille *Reserven, *Ergänzungskapital etc.). Das Kernkapital wird den Eigenmitteln unbegrenzt angerechnet, die ergänzenden Eigenmittel sind bis zu maximal 100 % des Kernkapitals anrechenbar.
Eigentumsvorbehalt	Liegt vor, wenn der Verkäufer die verkaufte Ware bloß unter der aufschiebenden Bedingung der rechtzeitigen und vollständigen Kaufpreiszahlung übereignet.
Eigenwechsel	Auch Solawechsel genannt, Zahlungsversprechen in Form eines Wechsels, mit dem sich der Aussteller zur Zahlung einer bestimmten Summe verpflichtet.
Einführung an der Börse	*Kotierung
Eingang vorbehalten	*E. v.
Eingezahltes Kapital	Jener Teil des gezeichneten Kapitals, der bereits von den Gesellschaftern in das Unternehmen einbezahlt wurde.
Einheitliche Europäische Akte	1987 in Kraft getreten, schuf die Akte die Rahmenbedingungen für die Verwirklichung eines Europäischen Binnenmarktes sowie für eine außenpolitische Zusammenarbeit.

Einheitskurs	Verfahren zur Festsetzung des täglichen Börsenkurses von Aktien, die nur ein geringes Handelsvolumen aufweisen, wobei alle Kauf- und Verkaufsaufträge gesammelt werden und schließlich jener Einheitskurs ermittelt wird, bei dem sich der meiste Aktienumsatz erzielen lässt. Gegenteil: *Fließhandel, bei dem für eine Aktie mehrmals am Tag ein Kurs festgestellt wird.
Einheitswert	Steuerliche Bemessungsgrundlage, meistens für die Substanzsteuern wie Grunderwerbsteuer, Erbschaftsteuer, Schenkungssteuer, die frühere Vermögensteuer etc. Einheitswerte werden für land- und forstwirtschaftlichen Besitz, Betriebsvermögen, Grundstücke etc. ermittelt.
Einlagefazilität	Möglichkeit im ESZB, Guthaben zu einem vorher festgelegten Zinssatz bis zum nächsten Geschäftstag anzulegen.
Einlagengeschäft	Passivgeschäfte der Geldinstitute zur Beschaffung von Geldern, Spar- und sonstigen Einlagen für die Kreditgewährung.
Einlagensicherung	Kreditinstitute, die Einlagen entgegennehmen, haben aufgrund des Bankwesengesetzes Haftungsgesellschaften in Form einer juristischen Person zu errichten. Diese haben nach EU-Recht die Auszahlung von Einlagen bis zu 20.000 Euro pro Einleger für den Fall zu gewährleisten, dass die Einlagen vom Kreditinstitut nicht zurückgezahlt werden können.
Einlagezahl	Fortlaufende Nummer, unter der *Grundbuchkörper innerhalb einer *Katastralgemeinde erfasst sind.
Einschuss	Mindestbetrag, den bei Käufen von Wertpapieren auf Kredit das Kreditinstitut vom Kunden einfordert.
Einsteigen	Börsenausdruck für „Kaufen von Wertpapieren“
Eintragungsgrundsatz	Dieser Grundsatz besagt, dass bürgerliche Rechte, wie z.B. *Pfandrechte, erst dadurch erworben, beschränkt oder aufgehoben werden, wenn eine entsprechende Einverleibung (Eintragung) im Grundbuch vorgenommen wird.
Einverleibung	Einverleibungen (im Grundbuch) bewirken, dass bürgerliche Rechte begründet, geändert oder aufgehoben werden.
Einzahlungspflicht der Aktionäre	Pflicht der Aktionäre, den bei der Gründung einer Aktiengesellschaft oder bei einer Kapitalerhöhung gezeichneten Betrag einzuzahlen.
Einzelkonto	Girokonto mit einem Verfügungsberechtigten; Gegenteil: *Gemeinschaftskonto.

Einzelunternehmer	Unternehmer, der alleine (ohne weitere Gesellschafter) sein Unternehmen führt, finanziert und auch mit seinem Privatvermögen für die Schulden des Unternehmens haftet. Dadurch trägt er allein das Risiko, kann jedoch auch selbst alle Entscheidungen im Unternehmen treffen.
Einzelwertberichtigung	Berichtigung einer aushaftenden Forderung, deren Einbringlichkeit zweifelhaft erscheint.
Einzugsverkehr	Retrograder Überweisungsverkehr, bei dem der Auftrag nicht vom Zahlungspflichtigen, sondern vom Zahlungsempfänger ausgeht, entspricht dem *Lastschrifteinzugsverkehr.
Elastizität	Kennzahl für das Verhältnis zwischen Mengenänderung (abhängige Variable) und Preisänderung (unabhängige Variable), wichtig u.a. für die Umsetzung preispolitischer Maßnahmen.
Electronic Banking	Automationsunterstützte Bankdienste und -leistungen, die dem Kunden eine schnelle und termingerechte Abwicklung des Zahlungsverkehrs bieten. Instrumente sind: Kartensysteme, Kontoauszugsdrucker, *Indoor- und *Foyerautomaten, Bankomat, Cash Management Systeme, Internetsysteme etc.
Elektronische Datenverarbeitung (in der Kreditwirtschaft)	Dient in der Kreditwirtschaft der Automatisierung und Rationalisierung hinsichtlich der Gesamtheit der bankbetrieblichen Abläufe und Geschäftstätigkeiten, *Electronic Banking.
Elektronische Geldbörse	(QUICK), ermöglicht das Beheben von „elektronischem Geld“ anstelle von Bargeld. An Geldausgabeautomaten werden Geldbeträge in den Chip der Karte geladen. Gerüstet mit diesem elektronischen Geld kann der Karteninhaber in Geschäften, die mit Terminals für die Bezahlung mit der elektronischen Geldbörse ausgerüstet sind, statt in bar mit der Karte bezahlen und benötigt dadurch weniger Kleingeld. Die Karte kann immer wieder aufgeladen werden.
E-Mail	Dient zum elektronischen Versenden von Textnachrichten. Diese Texte können durch entsprechend kodierte Daten als *Attachments ergänzt werden.
Embargo	Von der Regierung eines Staates verfügte Sperre über die Ein- und Ausfuhr von Waren oder Kapital, die sich gegen bestimmte Länder richtet.
Emerging Market	Finanzmarkt eines Schwellenlandes, der sich durch Reformen und attraktive Rahmenbedingungen bzw. eine ansprechende Performance auszeichnet (vorwiegend Länder in Mittel- und Südamerika, Südostasien und Osteuropa).

Emission	lat. emittere = aussenden 1. Ausgabe von neuen Wertpapieren (zur Mittelbeschaffung am Kapitalmarkt), Platzierung. 2. Ausgabe neuer Münzen oder Banknoten.
Emissionsbank	Bank, die berechtigt ist, Wertpapiere auszugeben (zu emittieren).
Emissionskonsortium	Für die Übernahme und Durchführung von größeren Wertpapieremissionen bestehendes Konsortium von Geldinstituten.
Emissionskurs	Kurs, zu dem Wertpapiere erstmalig im *Primärmarkt ausgegeben und von den Investoren gezeichnet werden.
Emissionspreis	*Emissionskurs
Emissionsprospekt	Gesetzlich vorgeschriebener Prospekt bei der öffentlichen Ausgabe von Wertpapieren.
Emissionsrecht	Recht zur Ausgabe von Wertpapieren, das in Österreich vom Bundesministerium für Finanzen im Rahmen der zu erteilenden Bankkonzession an Kreditunternehmen erteilt wird.
Emissionssyndikat	Zusammenschluss mehrerer Geldinstitute zur Durchführung eines oder mehrerer Emissionsgeschäfte, *Emissionskonsortium, *Syndikat.
Emittent	Jene Gesellschaft oder Körperschaft, z.B. Staat, Kreditinstitute, Industrieunternehmen, die eine Emission durchführt.
Endbesteuerung	Kapitalerträge, die der Kapitalertragsteuer (von 25 %) unterliegen, sind für Privatanleger in Österreich endbesteuert. Das bedeutet, dass für diese Erträge keine weiteren Steuern (wie etwa Einkommensteuer, Erbschaftsteuer, Schenkungssteuer) mehr bezahlt werden müssen.
Endfällig	Endfällig bedeutet, dass das gesamte Kapital am Ende der Laufzeit zurückzubezahlen ist, vor allem bei Anleihen und Darlehen.
Enquete	Franz. enquête = Untersuchung, Rundfrage. Untersuchungsverfahren für wirtschaftliche und soziale Tatbestände, das im Unterschied zu Gesamterhebungen schriftliche und mündliche Befragungen von sachverständigen Experten mit einbezieht.
Entwicklungsbank	Von mehreren Ländern gegründete Spezialbank, die sich auf die Finanzierung bestimmter Projekte oder bestimmter Länder konzentriert. Zu den größten Entwicklungsbanken zählen die *Weltbank und ihre Tochtergesellschaften sowie die *EBRD.

Entwicklungshilfe	Gesamtheit von Maßnahmen, die von den Industrieländern getroffen werden, um den Ländern der „Dritten Welt“ die Angleichung ihres Lebensstandards und ihrer Wirtschaftsentwicklung an das Niveau der industriell höher entwickelten Länder zu ermöglichen. Neben der Umverteilung von Kapital, Gütern und Dienstleistungen ist die moderne Entwicklungshilfe vor allem auf die Aktivierung der Selbsthilfe ausgerichtet. In den Entwicklungsländern leben zwei Drittel der Weltbevölkerung.
EQOS	Electronic Quote and Order-driven System, früheres Computerhandelssystem der Wiener Börse, das von *XETRA abgelöst wurde.
Equity funds	*Aktienfonds
Equity Kicker	Möglichkeit für einen *Mezzaninkapitalgeber, einen Teil seiner Fremdkapitalforderung in Eigenkapital zu tauschen.
Erfüllung	Erbringung einer geschuldeten Leistung. Geldschulden können durch Zahlung, Warenschulden durch die Lieferung der vereinbarten Artikel erfüllt werden. Durch die Erfüllung erlischt das Schuldverhältnis zwischen den Vertragspartnern, ebenso erlöschen zusätzlich vereinbarte Sicherungen wie Pfandrechte oder Bürgschaften.
Erfüllungsort	Ort, an dem die Leistung erbracht werden soll. Es kann jeder Ort als Erfüllungsort zwischen Käufer und Verkäufer vereinbart werden. Wurde keine Vereinbarung getroffen und ergibt sich der Erfüllungsort auch nicht aus den Umständen, so gilt als gesetzlicher Erfüllungsort der Wohnsitz oder die gewerbliche Niederlassung des Schuldners zum Zeitpunkt des Vertragsabschlusses.
Ergänzende Eigenmittel	Teil der Eigenmittel, die dem Kreditinstitut entweder nur auf Zeit zur Verfügung gestellt wurden (*Nachrangiges Kapital, *Ergänzungskapital) oder aus mobilisierbaren Reserven – vor allem in Wertpapieren und Liegenschaften – resultieren. Sie dürfen maximal so hoch wie das *Kernkapital sein.
Ergänzungskapital	Einbezahlte Eigenmittel, die von Dritten auf mindestens acht Jahre (ohne Kündigungsmöglichkeit) dem Kreditinstitut zur Verfügung gestellt und im Fall der *Insolvenz des Kreditinstitutes erst nach Befriedigung der übrigen Gläubiger zurückgezahlt werden. Zinsen für diese Form des Kapitals dürfen nur bei ausreichendem Jahresüberschuss bezahlt werden.
Ergebnis der Gewöhnlichen Geschäftstätigkeit (EGT)	Betriebsergebnis aus dem operativen Kerngeschäft eines Unternehmens und dem Finanzergebnis, aber noch vor Berücksichtigung außerordentlicher Erträge bzw. Aufwände.

Ermächtigte Bank	Für den dezentralen Zahlungsverkehr zur Ausführung von Überweisungen vom oder ins Ausland zugelassenes Geldinstitut (Devisenhändler).
Erneuerungsschein	Berechtigt zum Bezug neuer Zinsschein- und Dividendscheinbögen (ist jetzt nicht mehr von Relevanz, da Wertpapiere nicht mehr in physischer Form gedruckt werden), *Talon.
Eröffnungsbilanz	Jene Bilanz, die ein Unternehmer bei der Gründung des Unternehmens (oder auch am Anfang eines Geschäftsjahres) erstellt.
Eröffnungsbilanzkonto	Jenes Konto, das zur Eröffnung der Bestandskonten zu Beginn eines neuen Geschäftsjahres gebildet wird. Es entspricht der Schlussbilanz des vorangegangenen Geschäftsjahres, Vermögen und Kapital werden aus buchungstechnischen Gründen auf der verkehrten Seite dargestellt.
Eröffnungskurs	Erster während einer Börsensitzung für ein bestimmtes Wertpapier festgestellter Kurs, zu dem eine Transaktion erfolgt, Gegenteil: Schlusskurs.
ERP	*European Recovery Program
Errechneter Wert	Entspricht der Summe des Fondsvermögens eines *Investmentfonds dividiert durch die Anzahl der in Umlauf befindlichen Investmentzertifikate. Der errechnete Wert plus ein Ausgabeaufschlag ergeben den *Ausgabepreis.
Erstausgabebetrag	ist jener Tag, an dem ein Kapitalanlagefonds erstmalig ausgegeben wird bzw. wurde und für den erstmalig ein *errechneter Wert ermittelt wird bzw. wurde. Der Erstausgabebetrag eines Fonds sowie der errechnete Wert am Erstausgabebetrag sind auch Grundlagen für die *Performancemessung.
Erstausgabepreis / -rechenwert	Ist der Ausgabepreis bzw. der errechnete Wert eines Kapitalanlagefonds an seinem Erstausgabebetrag.
Ertrag	Gesamterfolg eines angelegten Kapitals, meistens in Prozenten des angelegten Kapitals ausgedrückt.
Ertragsausgleich	Ein mehr oder minder großer Teil jedes Fondsvermögens besteht aus abgegrenzten oder bereits vereinnahmten Erträgen (Zinsen, Dividenden, Kursgewinne etc.), die selbstverständlich Bestandteil des *errechneten Wertes, des *Ausgabepreises und des *Rücknahmepreises darstellen. Steigt nun ein neuer Anteilseigner in den Fonds ein, so wird der Anteil am Rechenwert, der den Erträgen entspricht, auch auf das entsprechende Ertragskonto gebucht bzw. abgebucht, wenn er Anteile zurückgibt – das nennt man den Ertragsausgleich.

Ertragswert	Barwert aller auf einen bestimmten Zeitpunkt abgezinster zukünftiger buchhalterischer Erträge (im Gegensatz zu zahlungsstromorientierten Cashflows).
Ertragswertverfahren	Verfahren der *Unternehmensbewertung, das sich an den abgezinsten zukünftigen buchhalterischen Erträgen orientiert.
Erwartungswert	Mit Hilfe der Wahrscheinlichkeitsrechnung und Statistik ermittelte Rendite eines Investments in der kommenden Abrechnungsperiode, insbesondere eines *Investmentfonds (entspricht im Wesentlichen dem Mittelwert der vergangenen Renditen und wird mit dem griechischen Buchstaben μ = Mü bezeichnet).
Erwerbsgesellschaft	Unternehmer, die die Vollkaufmannseigenschaft nicht erfüllen (z.B. Kleingewerbetreibende und Selbständige), können eine Erwerbsgesellschaft in Form einer *Offenen Erwerbsgesellschaft oder einer *Kommanditerwerbsgesellschaft gründen.
Escrow account	Treuhandkonto bei einer Bank an einem renommierten Finanzplatz zur Vermeidung des *politischen Länderrisikos, insbesondere des *Transferisikos.
Eskomptieren	1. Diskontieren, *Diskont. 2. Etwas von vornherein in Rechnung stellen, berücksichtigen.
Eskont	*Diskontsatz
ESZB	*Europäisches System der Zentralbanken
EU	*Europäische Union
EUR	Internationale Abkürzung für *Euro
EURATOM	*Europäische Atomgemeinschaft
EUREX	Europäische Optionenbörse mit Sitz in Frankfurt
Euribor	Euro Interbank Offered Rate, (Durchschnitts-)Zinssatz, den die großen, internationalen Banken im Euroraum untereinander für Termineinlagen verrechnen und der täglich neu ermittelt wird. Der Euribor ist neben dem *LIBOR einer der wichtigsten Referenzzinssätze für die Bestimmung der Verzinsung von variabel verzinsten Forderungs- bzw. Schuldtiteln.
Euro	Gemeinsame Währung der *Europäischen Währungsunion, die seit 1. 1. 1999 als Buchgeld, ab 1. 1. 2002 als Papiergeld und Münzen in (vorerst) zwölf Mitgliedsländern der EWWU eingeführt wird. Ein Euro ist aus einer *ECU hervorgegangen, besteht aus 100 *Cent und entspricht dem Gegenwert von 13,7603 Schilling.

Euro-bank loan	Am Euromarkt ausgegebene und platzierte Obligationen.
Eurobond	International in mehreren Ländern emittierte Anleihe, deren Emissionswährung nicht automatisch der Währung des Landes des Emittenten entspricht und für die es keinen zentralen Heimatmarkt für Handel und Börsennotierung gibt. Die Emission erfolgt durch ein internationales Bankenkonsortium „in mehreren Ländern“, die Denominationswährung ist nicht zwangsläufig der Euro.
Eurocard	Gemeinsam mit VISA die am häufigsten verkaufte *Kreditkarte Österreichs, die nunmehr unter der Bezeichnung Mastercard weitergeführt wird.
Eurocheque	Bargeldloses Zahlungsmittel, das international einheitlich gestaltet wurde und zur Begleichung von Rechnungen, aber auch als Bargeldbeschaffungsmittel im In- und Ausland dient.
Eurodollar	Bezeichnung für in US-Dollar gehandelte Guthaben und Forderungen auf dem Euromarkt.
Euromarkt	Internationaler Markt, auf dem Guthaben und Forderungen in Währungen außerhalb des Hoheitsgebietes der betreffenden Staaten gehandelt werden: Eurodollars, Eurofranken u.a. Der Euromarkt entwickelte sich in London in den sechziger Jahren. Man unterscheidet je nach Fristigkeit der Guthaben bzw. der Forderungen den Eurogeldmarkt, Eurokreditmarkt und den Eurokapitalmarkt.
Europäische Atomgemeinschaft (EURATOM)	1957 gemeinsam mit der *EWG in Rom gegründet. *EGKS, *EWG und EURATOM haben seit 1967 gemeinsame Organe (zusammengefasst *Europäische Gemeinschaften).
Europäische Freihandelszone (EFTA)	Im Jahr 1959 schlossen sich jene Staaten zur EFTA zusammen, die damals nicht Mitglied der *EWG werden wollten. Gründungsmitglieder waren Dänemark, Großbritannien, Norwegen, Österreich, Portugal, Schweden und die Schweiz, 1970 erfolgte der Beitritt Islands, Finnland wurde 1961 assoziiertes Mitglied. Da viele EFTA-Mitgliedstaaten in den letzten Jahren der *Europäischen Union beigetreten sind, gehören ihr mit Stichtag 2001 nur mehr Island, Liechtenstein, Norwegen und die Schweiz an.
Europäische Gemeinschaften (EG)	1967 aus der Verschmelzung von Europäischer Gemeinschaft für Kohle und Stahl (EGKS), Europäischer Wirtschaftsgemeinschaft (*EWG) und Europäischer Atomgemeinschaft (EURATOM) entstanden, Weiterentwicklung zur Europäischen Union mit In-Kraft-Treten des „Vertrages über die Europäische Union“ am 1. 11. 1993.

Europäische Investitionsbank (EIB)	Die Finanzinstitution der EU wurde 1958 gegründet und hat ihren Sitz in Luxemburg. Sie finanziert Investitionen, die der Erreichung der wirtschaftspolitischen Ziele der Union dienen. Die Mitglieder der EIB, die Rechtspersönlichkeit und Finanzautonomie besitzt, sind die Mitgliedstaaten der EU.
Europäische Kommission (EU-Kommission)	Sie ist das geschäftsführende Organ und damit die oberste, zentrale Verwaltungsbehörde der *EU. Die Kommission erarbeitet Gesetzesentwürfe, die dem *Europäischen Ministerrat vorgelegt werden, besteht aus (derzeit) 20 von den Regierungen gemeinsam mit dem *Europäischen Parlament ernannten Mitgliedern (Kommissaren) inklusive dem Kommissionspräsidenten. Jeder Mitgliedstaat der EU muss zumindest ein Kommissionsmitglied stellen. Die Amtszeit der Kommission beträgt fünf Jahre, die Kommissare handeln in voller Unabhängigkeit von den Regierungen, nur das Europäische Parlament kann ihnen das Misstrauen aussprechen.
Europäische Option	*Option, die nur am Verfallstag, nicht jedoch während der Laufzeit ausgeübt werden kann, auch bekannt unter European style.
Europäische Union (EU)	Basiert auf den *Europäischen Gemeinschaften und wurde 1993 mit In-Kraft-Treten des „Vertrages über die Europäische Union“ (Unionsvertrag von Maastricht) begründet. Sie umfasst drei Säulen: die Europäische Gemeinschaft (*EG) sowie zusätzliche Bereiche der Regierungszusammenarbeit der Mitgliedstaaten in der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik GASP) und in der Justiz- und Innenpolitik. Die EU hat derzeit (Stand 2001) 15 Mitgliedstaaten: Belgien, Dänemark, Deutschland, Finnland, Frankreich, Griechenland, Großbritannien, Irland, Italien, Luxemburg, die Niederlande, Österreich, Portugal, Schweden und Spanien.
Europäische Wirtschafts- und Währungsunion (EWWU)	Im Vertrag von Maastricht wird die währungspolitische Vereinigung von *EU mittels Einheitswährung als Vollendung des *Binnenmarktes dargestellt. Alle 15 EU-Mitgliedstaaten nehmen an der EWWU teil, jedoch nur 12 Staaten verwirklichen die letzte Stufe, die Einführung des Euro als gemeinsame Währung. Mit Beginn 2002 führ(t)en nur Großbritannien, Schweden und Dänemark den Euro nicht ein.
Europäische Wirtschaftsgemeinschaft (EWG)	Durch die Römischen Verträge (25. 3. 1957) gemeinsam mit der EURATOM begründete überstaatliche Gemeinschaft zur Errichtung eines gemeinsamen Marktes und zur Angleichung der Wirtschaftspolitik der Mitgliedstaaten. Die EWG basiert auf einer Zollunion, die sich auf den gesamten Warenaustausch und auf das Verbot erstreckt, zwischen den Mitgliedstaaten Ein- und Ausfuhrzölle sowie Abgaben gleicher Wirkung zu erheben. Das Gleiche gilt für die Einführung eines gemeinsamen Zolltarifs gegenüber dritten Staaten.

Europäische Zentralbank (EZB)	1998 gegründet, ist die EZB die Nachfolgeinstitution des Europäischen Währungsinstituts (EWI) mit Sitz in Frankfurt. Ihr vorrangiges Ziel ist die Sicherung der Stabilität des Euro durch gemeinsame Währungs- und Geldpolitik. Gemeinsam mit den Notenbanken der Mitgliedsländer, die die gemeinsame Währungs- und Geldpolitik ausführen, bildet die EZB das Europäische System der Zentralbanken (*ESZB).
Europäischer Binnenmarkt	Ab 1993 einheitlicher europäischer Markt der Mitgliedstaaten der EU, der durch die *Warenfreiheit, die *Personenfreiheit, die *Dienstleistungsfreiheit und die *Kapitalfreiheit charakterisiert ist.
Europäischer Gerichtshof	Der Gerichtshof besteht aus 15 Richtern, die von neun Generalanwälten unterstützt werden. Die Mitglieder des Gerichtshofes, der in Luxemburg seinen Sitz hat, werden von den Regierungen der Mitgliedstaaten in gegenseitigem Einvernehmen ernannt. Der Gerichtshof hat die Aufgabe, bei der Auslegung und der Anwendung der Europäischen Verträge für die Wahrung des Rechts zu sorgen.
Europäischer Ministerrat	*Rat der Europäischen Union
Europäischer Rat	Der Europäische Rat wurde 1974 ins Leben gerufen und kommt mindestens zweimal jährlich zusammen. Er besteht aus den Staats- und Regierungschefs der Mitgliedstaaten und dem Präsidenten der Europäischen Kommission. Er gibt der Gemeinschaftspolitik die erforderlichen Impulse und legt die allgemeinen politischen Zielvorstellungen fest.
Europäischer Rechnungshof	Der Rechnungshof besteht aus 15 Mitgliedern, die vom Rat nach Anhörung des Europäischen Parlaments auf sechs Jahre ernannt werden. Sein Sitz ist in Luxemburg, er prüft die Rechtmäßigkeit und Ordnungsmäßigkeit der Einnahmen und Ausgaben der EU und überzeugt sich von der Wirtschaftlichkeit der Haushaltsführung.
Europäischer Wirtschaftsraum (EWR)	Bezeichnung für den Zusammenschluss von *EU- und *EFTA-Staaten (ohne Schweiz) zu einem *umfassenden, grenzüberschreitenden Binnenmarkt. Der EWR ist am 1. Jänner 1994 in Kraft getreten.
Europäisches Parlament	Das Europäische Parlament wird seit 1979 (in Österreich erstmals 1996) in allgemeiner direkter Wahl gewählt und vertritt die Bürger der *EU. Von den derzeit (Stand 2001) 626 Abgeordneten kommen 21 aus Österreich, die meisten Mitglieder stellt Deutschland mit 99. Das Parlament tagt in Straßburg und Brüssel, das Sekretariat hat seinen Sitz in Luxemburg, es ist kein gesetzgebendes, sondern hauptsächlich ein beratendes Organ, das Grundpositionen festlegt.

Europäisches System der Zentralbanken (ESZB)	Das ESZB besteht aus der *Europäischen Zentralbank und den nationalen Zentralbanken (für Österreich die *Oesterreichische Nationalbank), die in ihrem Tätigwerden zusammenwirken. Vorrangige Aufgabe ist die Wahrung der Preisstabilität durch Festlegung und Umsetzung einer gemeinsamen Geldpolitik.
Europäisches Währungsgebiet	Das Gebiet jener Mitgliedstaaten der *EU, welche die *Euro-Währung einführen und in denen eine einheitliche Geld- und Währungspolitik betrieben wird.
Europäisches Währungsinstitut (EWI)	Das EWI wurde als Vorstufe zur geplanten Europäischen Zentralbank in Frankfurt errichtet und koordinierte von 1994 bis 1998 die Geldpolitik zur Wahrung der Preisstabilität, bereitete die Tätigkeit der EZB vor und wurde durch diese ab 1999 abgelöst.
Europäisches Währungssystem (EWS)	Abkommen der (damaligen EG-)Notenbanken aus dem Jahre 1979 mit dem Ziel, in Europa eine Zone währungspolitischer Stabilität zu schaffen. Dazu mussten die Schwankungen der teilnehmenden Währungen innerhalb festgelegter Bandbreiten gehalten werden. Das EWS I wurde per 1. Jänner 1999 durch den Wechselkursmechanismus EWS II ersetzt.
Europarat	1949 gegründet und Keimzelle der europäischen Einigung, Hüter der gemeinsamen Werte, der Menschenrechte, Rechtsstaatlichkeit und Demokratie. Wichtiges Forum zur Schaffung gemeinsamer Rechtsgrundlagen und der kulturellen Zusammenarbeit. Seit Februar 1996: 39 Mitgliedstaaten.
Europay Austria Zahlungsverkehrssysteme	Gesellschaft, die durch den Zusammenschluss von *GABE und Eurocard entstand und die sich unter anderem mit dem Vertrieb der *Bankomaten, der *elektronischen Geldbörse (Quick) und den *POS-Bankomat-kassen beschäftigt.
European Currency Unit (ECU)	Vorläuferwährung des Euro, die seit 1981 in der Europäischen Gemeinschaft für alle unbaren Rechts- und Zahlungsvorgänge verwendet wurde und deren Wert täglich auf der Basis eines Währungskorbes ermittelt wurde. Der ECU hörte am 1. 1. 1999 zu existieren auf und wurde im Verhältnis 1:1 in *Euro umgetauscht.
European Recovery Program (ERP)	Institution, die die im Rahmen des Marshall-Plans gewährten amerikanischen Hilfslieferungen und Finanzausschüsse verteilte. Derzeit konzentriert sich der ERP-Fonds auf die Förderung von technologieorientierten Unternehmen sowie auf die Investitionsförderung und die Unterstützung bestimmter KMUs durch die Gewährung von diversen Zuschüssen.
European style	Eine Option ist european style, wenn sie nur am Ende der Laufzeit ausgeübt werden kann.

EUROSTAT	Statistisches Amt der *EU mit Sitz in Luxemburg
Eventualverbindlichkeiten	Verbindlichkeiten, deren Inanspruchnahme noch nicht gesichert ist, beispielsweise aus übernommenen Bankgarantien, Bürgschaften, Termin- und Optionsgeschäften etc. Eventualverbindlichkeiten sind extra im Anhang des Jahresabschlusses auszuweisen.
EWG	*Europäische Wirtschaftsgemeinschaft
EWI	*Europäisches Währungsinstitut
Ewige Rente	1. Unkündbare, festverzinsliche Staatsanleihe, für deren Rückzahlung kein Termin festgelegt ist. 2. Mathematische Bezeichnung für eine unendlich dauernde Zahlungsreihe gleich hoher Beträge.
EWR	*Europäischer Wirtschaftsraum
EWS	*Europäisches Währungssystem
EWU	*Europäische Wirtschafts- und Währungsunion
Ex Bezugsrecht	Kurszusatz bei der Notierung von Aktien, der angibt, dass der Wert des Bezugsrechts vom Kurs der Aktie abgezogen wurde.
Ex cp.	„Ohne Coupon“, d.h. nach Abtrennung des laufenden Zins- oder Dividendenkupon und daher ohne Anspruch auf deren Auszahlung.
Ex Dividende	Kurszusatz, der angibt, dass am Zahlungstag der Dividende ein Abschlag auf den Aktienkurs in der Höhe der Dividende vorgenommen wurde.
Exekution	Zwangsweise Durchsetzung eines Rechtsanspruches, vor allem durch die Verwertung von dem Schuldner gehörenden Vermögensobjekten.
Existenzgründungskredite	Geförderte Kredite für Unternehmensgründer für Kauf, Ausstattung von Betrieben, Beschaffung des ersten Warenlagers etc. Bei der Existenzgründungskreditaktion der *BÜRGES werden für Kapitalmarktkredite nicht rückzahlbare Zuschüsse gewährt. Begünstigte Existenzgründungskreditaktionen gibt es zusätzlich in fast allen Bundesländern.
Ex-Tag	Ein Begriff aus dem Wertpapiergeschäft, der lediglich bedeutet, dass an diesem Tag ein Recht (etwa ein Zins-, oder Erträgnisschein, ein Bezugs- oder Teilrecht usw.) von einem Wertpapier abgetrennt wurde und das Wertpapier ohne (= ex) das abgetrennte Recht gehandelt bzw. bewertet wird. Bei thesaurierenden Kapitalanlagefonds wird damit jener Tag bezeichnet, an dem die *ausschüttungsgleichen Erträge als zugeflossen gelten und ein inländischer Investmentfonds auch die *KESt II auszahlt.

Existenzminimum	Gesetzlich geregelter unpfändbarer Teil des Einkommens von Privatkunden bei Lohn- und Gehaltspfändungen sowie im Privatschuldenregulierungsverfahren.
Exit	Bezeichnung für den Verkauf der Unternehmensanteile, die ein Risikokapitalgeber an einem Wachstumsunternehmen besitzt und bei dem die Höhe seiner Rendite maßgeblich bestimmt wird.
Exoten	<p>1. Devisen und Valuten, die nicht an der Wiener Börse gehandelt werden. Ihr Kurs bildet sich am freien Markt.</p> <p>2. Überseeische Obligationen, die von wirtschaftlich schwachen Ländern auf den Kapitalmärkten in den USA und Europa emittiert werden. Die höhere Verzinsung spiegelt das höhere Risiko wider.</p>
Exportfactoring	Ankauf und Bevorschussung von einem gesamten, eher kurzfristigen Forderungsbestand eines Exporteurs durch ein Factorunternehmen bei gleichzeitiger Übernahme des Zahlungsausfallrisikos, der Debitorenbuchhaltung und des Mahn- und Inkassowesens.
Exportfinanzierung	Viele Staaten bieten ihren Exporteuren aufgrund der großen volkswirtschaftlichen Vorteile von Exportgeschäften (Generierung von Devisen, Steigerung des BIP, Senkung der Arbeitslosigkeit) eine günstige Refinanzierung zu Zinssätzen, die deutlich unter dem Marktniveau liegen, sowie attraktive Tilgungsmodalitäten. In Österreich wird die Exportfinanzierung über die *OeKB, den *Exportfonds sowie in Teilbereichen über die Wirtschaftskammer abgewickelt.
Exportfonds	Institution in Österreich, die sich mit der *Exportfinanzierung von KMUs beschäftigt.
Exportförderung	Die Exportförderung erfolgt in Österreich im Wesentlichen durch Bereitstellung zinsgünstiger Kreditmittel (verfahrensmäßige Exportkredite) sowie durch die Übernahme der im Ausland gelegenen Risiken im Rahmen der Ausstellung von *Exportgarantien. Für die verfahrensmäßigen Exportkredite bedient sich der Bund größtenteils der *Oesterreichischen Kontrollbank und des Exportfonds, die Ausstellung der Exportgarantien erfolgt ebenfalls weitgehend durch die Oesterreichische Kontrollbank, den Bereich der *marktfähigen Risiken decken in Österreich die Prisma AG, die Österreichische Kreditversicherungs AG sowie die beiden deutschen Gesellschaften Gerling und Gothaer ab. Die Absicherung des wirtschaftlichen Risikos einer *Direktinvestition im Ausland erfolgt über die *FGG sowie die *Bürges. Die Einreichung um Mittel aus der Exportförderung erfolgt zumeist über die Kreditinstitute.

Exportgarantien	Bundesgarantien aufgrund des Ausfuhrförderungsgesetzes zur Absicherung von Ausfällen aus Exportgeschäften, Direktinvestitionen sowie den damit zusammenhängenden Finanzierungen. Abgesichert werden wirtschaftliche und/oder politische Risiken.
Exportquote	1. Anteil der Exporte am *Bruttosozialprodukt (oder am *Bruttoinlandsprodukt). 2. Begriff der Außenhandelspolitik für zum Export freigegebene Kontingente bestimmter Warenmengen (früher vor allem in Ländern des RGW sowie in Entwicklungsländern üblich).
Ex-Tag	Tag, ab dem Aktien „ex“, d.h. ohne ein bestimmtes Recht, z.B. auf Dividende, Bezugsrecht oder Berichtigungsaktien, gehandelt werden.
EXW	EX Works; Incotermklausel, bei der der Risiko- und Kostenübergang am Werk des Verkäufers stattfindet.
EZB	*Europäische Zentralbank

F

Fachverband	Körperschaft öffentlichen Rechts, welche auf Grund des Handelskammergesetzes zur Vertretung der Interessen ihrer Mitglieder berufen ist. Im Bereich der Kreditwirtschaft gibt es folgende 6 Fachverbände: Fachverband der Banken und Bankiers, der Landeshypothekenbanken, der Sparkassen, der Kreditgenossenschaften nach dem System Schulze-Delitzsch, der Kreditgenossenschaften nach dem System Raiffeisen und der Pensionskassen.
Factoring	Verkauf von kurzfristigen Forderungen an eine Factoringgesellschaft. Für die verkauften Forderungen erhält der Kunde einen Gegenwert, der aus dem Nennwert der Forderung abzüglich dem Entgelt (Zinsabzug) für die Factoringgesellschaft besteht. Darüber hinaus können auch der Mahn- und Inkassodienst sowie die Übernahme des Ausfallrisikos mit der Factoringgesellschaft vereinbart werden.
Fahrlässigkeit	Im bürgerlichen Recht handelt fahrlässig, wer die im Rechtsverkehr erforderliche Sorgfalt außer Acht lässt. Fahrlässigkeit ist der geringere Grad des „Verschuldens“.
Fakultativklausel	Alternativklausel bei Überweisungen, wodurch dem Kreditinstitut die Wahl des Überweisungsweges freigestellt wird.
Falschgeld	Geld, das außerhalb des staatlichen Geldmonopols (meist Notenbank) von Unbefugten hergestellt wurde.
Falsifikat	Gefälschtes Exemplar einer Banknote oder eines Wertpapiers.
Faq	1. Im Warenhandel gebräuchliche Abkürzung für „fair average quality“, gute Durchschnittsqualität. 2. Oft verwendete Abkürzung für „frequently asked questions“.
FAS	Free Alongside Ship; Incotermklausel, bei der der Risiko- und Kostenübergang an der Längsseite des Schiffes im Verschiffungshafen erfolgt.
Faustpfand	Verpfändete bewegliche Sachen, z.B. Wertpapiere, Waren etc., beispielsweise zur Sicherung eines Kredites.
Fazilität	Geldpolitisches Instrument, das Kommerzbanken die Möglichkeit bietet, zu bestimmten Konditionen Geld bei der Notenbank einzulegen oder von der Notenbank zu erhalten.
FCA	Free Carrier; Incotermklausel, bei der der Risiko- und Kostenübergang bei Übergabe der Ware an den ersten firmenfremden *Frachtführer erfolgt.

Feasibility Study	Machbarkeitsstudie im Vorfeld einer *Projektfinanzierung, bei der die wirtschaftliche, technische, kommerzielle, rechtliche und umweltbezogene Sinnhaftigkeit und Erlaubtheit überprüft wird.
Federal Reserve (FED)	US-amerikanische Notenbank
Federal Reserve System (FRS)	Geld- und Kreditsystem der USA, durch den Federal Reserve Act 1913 geschaffen. Die in den 12 Federal Reserve Districts errichteten Banken sind die alleinigen Notenbanken der USA und die Zentralinstitute, bei denen die dem FRS angehörenden Geldinstitute ihre Liquiditätsreserven halten.
Federführung	Leitung eines Konsortialgeschäftes
Feingehalt	Bei Edelmetallen Verhältnis des Gewichtes des reinen Metalls zum Bruttogewicht der Legierung.
Festgeld	Angelegtes Geld mit einer Laufzeit ab drei Monaten. Da es sich um eine fixe Laufzeit handelt, ist keine vorherige Kündigung erforderlich.
Festverzinsliche Wertpapiere	Festverzinsliche Wertpapiere sind vor allem Anleihen, Pfandbriefe und Kommunalbriefe. Ihr Name bezieht sich darauf, dass sie zu einem bestimmten (festen) Zinssatz verzinst werden und dadurch jährlich gleichbleibende Zinsen bringen.
FFF	Fonds zur Förderung der gewerblichen Wirtschaft, unterstützt durch diverse Technologieförderprogramme junge Unternehmen bei ihren Forschungsvorhaben.
FGG	Finanzierungsgarantie Gesellschaft mbH, Institution in Österreich, die sich mit der Absicherung des wirtschaftlichen Risikos von *Direktinvestitionen sowie der Absicherung von *Venture Capital-Investitionen beschäftigt und sich im Besitz des Finanzministeriums befindet.
Fiktiver Jahreszinssatz	Dieser Jahreszinssatz ist den Verbrauchern dann anzugeben, wenn der *effektive Jahreszinssatz mangels Kenntnis des in Zukunft ausfallenden Saldos nicht berechnet werden kann, wie z.B. bei Kontokorrentkrediten und bei Überziehungen auf den Privatgirokonten. Er drückt die Kreditkosten im Verhältnis zum verfügbaren Kreditbetrag aus. Für seine Berechnung ist anzunehmen, dass der dem Verbraucher zur freien Verfügung stehende Kreditbetrag zur Gänze in Anspruch genommen wird und in einer Tranche nach einem Jahr ab dem ersten Tag der Verfügbarkeit zurückbezahlt wird (§ 33 Abs. 5 BWG).
Fill or kill	Ausführungszusatz zu einer Order, die bedeutet, dass die Order entweder sofort zur Gänze ausgeführt werden soll oder ansonsten zur Gänze widerrufen wird, Abkürzung mit FOK.

Financial Engineering	Sämtliche intellektuell herausfordernden und komplexen Instrumente und Strukturen, um Spezialprobleme einer Finanzierung zu lösen.
Finanzanalyse	Untersuchung der verschiedenen Anlagemöglichkeiten auf Gewinnaussichten und Risiko.
Finanzausgleich	Dem föderativen Staatsaufbau (Bund, Länder, Gemeinden) entspricht es, dass die nachgeordneten Gebietskörperschaften nicht nur Bedarfszuweisungen aus dem zentral eingehobenen Steueraufkommen erhalten, sondern dass im Wege eines periodisch neu ausgehandelten Finanzausgleiches prozentuelle Ertragsanteile der Länder und der Gemeinden an (vom Bund eingehoben) gemeinsamen Abgaben vereinbart werden.
Finanz-Holding-gesellschaft	Juristische Person oder Unternehmen, das kein *Kreditinstitut gemäß Bankwesengesetz ist und deren Haupttätigkeit darin besteht, Beteiligungen zu erwerben oder zu halten.
Finanzierung	Beschaffung und Bereitstellung von Kapital, meist in Geldform, im weiteren Sinn auch in Form von Sachmitteln.
Finanzierung aus Kapitalfreisetzung	Instrument der Innenfinanzierung, bei der nicht mehr benötigte Vermögensgüter verkauft werden, um mit den Erlösen notwendige Investitionen vornehmen zu können (auch Umschichtungsfinanzierung genannt).
Finanzierungskosten	Sämtliche Kosten, die mit einer Kapitalbereitstellung durch die einzelnen Kapitalgeber verbunden sind. Fremdkapitalgeber erhalten eine vom Erfolg unabhängige fixe Verzinsung, Eigenkapitalgeber erhalten eine vom Erfolg abhängige Dividende bzw. Gewinnausschüttung.
Finanzierungsleasing	Leasingkonstruktion, die nicht aus operativen Gründen heraus (nur kurzfristige Benötigung des geleasteten Gutes), sondern rein aus finanziellen Gründen heraus durchgeführt wird, wobei das Leasinggut die gesamte Nutzungsdauer über nur von einem Leasingnehmer benützt wird, der es nach Ablauf der Leasingdauer auch erwerben kann.
Finanzierungsstruktur	Gestaltung der Bilanzrelation zwischen Eigen- und Fremdkapital, für die nicht nur Renditeüberlegungen (*Leverageeffekt) von Bedeutung sind, sondern auch sicherheitspolitische Tatbestände, da Eigenkapital eine wesentlich höhere Haftungs- und Verlustausgleichsfunktion in Krisenzeiten erfüllt.
Finanzinstitut	Ein Finanzinstitut ist nicht zum Betrieb von *Bankgeschäften berechtigt, sondern betreibt als Haupttätigkeit das Leasinggeschäft, das Wechselgeschäft, die Beratung von Unternehmen vor allem über Finanzdienstleistungen, die Erteilung von Handelsauskünften und/oder die Schließfachverwaltung.

Finanzmarkt	Zusammenfassung sämtlicher regionaler und institutioneller Einrichtungen, die sich mit der Beschaffung und Investition von Kapital beschäftigen.
Finanzplan	Ein Finanzplan ist eine Gegenüberstellung von (geplanten) Zahlungsausgängen und Zahlungseingängen. Aufgrund der bekannten Fälligkeiten können Aussagen über zukünftige Liquiditätsverknappungen oder -überschüsse getroffen werden.
Finanzplanung	Möglichst detaillierte Prognose der zukünftigen Entwicklung von Einnahmen und Ausgaben, sowie auch *Cashflow, *G&V-Rechnung und *Bilanz.
Finanzpolitik	Maßnahmen des Staates, die sich auf die Gestaltung und Erhebung der öffentlichen Einnahmen sowie auf die Art und Höhe der öffentlichen Ausgaben richten.
Finanzwechsel	Wechsel, dem kein Warengeschäft zugrunde liegt, sondern der ausschließlich der Geldbeschaffung dient (v.a. als Sicherheit bei Kreditgeschäften).
Firma	Ist der gesetzlich geschützte Name des Vollkaufmannes (sowie auch einer OEG oder KEG), unter dem er seine Geschäfte betreibt, seine Unterschrift abgibt und selbst klagt oder geklagt werden kann.
Firmenbuch	Ist ein öffentliches Verzeichnis aller Personen-, Erwerbs- und Kapitalgesellschaften, Genossenschaften und Stiftungen. Es dient der Offenlegung von rechtlich bedeutsamen Tatsachen wie des Firmenwortlautes, des Sitzes der Gesellschaft, der Namen der Gesellschafter, der Kapitaleinlagen etc.
Firmenwert	Engl. goodwill = Geschäftswert. Dabei handelt es sich um den bei der Bewertung eines Unternehmens als Ganzes über die sachlichen Vermögenswerte hinausgehenden immateriellen Mehrwert. Der Firmenwert beruht auf dem besonderen Ansehen, der Leistungs- und Kreditfähigkeit, dem Kundenstock, dem Standort, dem Technologiegehalt der Produkte etc.
Fiskus	Lat. = Geldkorb, der Staat in vermögensrechtlicher Hinsicht, insbesondere als Träger des Staatsvermögens. Als Fiskus übt der Staat keine Hoheitsrechte aus, sondern tritt als juristische Person dem Bürger auf privatrechtlicher Ebene als gleichgestellter Partner gegenüber. Der Staat als Fiskus kann insoweit wie eine Privatperson klagen und verklagt werden.
Fixe Kosten	Jener Teil der Kosten einer Leistungserstellung, die von der Produktionsmenge unabhängig sind und auch dann anfallen, wenn nichts produziert wird, vor allem fixe Personalkosten, Abschreibungen, automatische Betriebskosten wie Licht, Heizung etc.; Gegenteil: *variable Kosten.

Fixer Zinssatz	Der Zinssatz bleibt während der gesamten Laufzeit unverändert; Gegenteil: *flexibler Zinssatz.
Fixkosten	*Fixe Kosten
Fixvorlage	*Barvorlage
Flexibel	Anpassungsfähig, z.B. in Bezug auf Anlagepolitik, Preise, Kurse etc.
Flexibler Zinssatz	Zinssatz einer Verbindlichkeit oder Forderung, der in regelmäßigen Abständen an das herrschende Marktniveau bzw. einen Referenzzinssatz angepasst wird.
Fließhandel	Laufende Feststellung und Veränderung der Kurse eines börsengehandelten Wertpapiers entsprechend Angebot und Nachfrage, wobei nach Abschluss jeder Transaktion ein neuer Kurs zustande kommt, der von den vorhergehenden Kursen meist minimal abweicht.
Floater	Variabel verzinsten Anleihe, deren Verzinsung in regelmäßigen Abständen an einen Referenzzinssatz bzw. das Marktzinsniveau angepasst wird. Einer der wichtigsten Referenzzinssätze ist der im Interbankenmarkt gebildete *LIBOR.
Floating	System frei schwankender Wechselkurse, bei der die Kursgestaltung der Währungen am Markt aufgrund von Angebot und Nachfrage erfolgt. Ein (selten anzutreffendes) reines Clean floating erfolgt ohne jegliche Intervention der Notenbanken, ein (häufiger anzutreffendes) Dirty floating orientiert sich grundsätzlich am freien Markt, sieht sich jedoch zeitweiligen gezielten Interventionen der Notenbanken gegenüber.
Floating Rate Notes	*Floater
Floor	Vertragliche Vereinbarung einer Zinsuntergrenze zwischen zwei Partnern, wodurch sich der Käufer (Kreditgeber) gegen ein Sinken unter die Zinsuntergrenze absichert, aber von steigenden Zinsen profitieren kann. Bei einer variabel verzinsten Anleihe entspricht der Floor einem Mindestzinssatz, Gegenteil: Cap, Collar.
Fluchtkapital	Aus Furcht vor der Wirtschaftsentwicklung, vor Eingriffen in die Privatsphäre etc. aus einem Land in ein anderes Land mit stabileren Verhältnissen zugeführte Vermögenswerte.
Flüssige Mittel	Bestand an Bargeld und Vermögenswerten, die jederzeit rasch veräußert werden können und daher hohe Liquidierbarkeit aufweisen, auch liquide Mittel genannt, *Liquidität.
FOB	Free On Board; Incotermklausel, bei der der Risiko- und Kostenübergang bei Überschreiten der Reling des Schiffes im Verschiffungshafen erfolgt.

FOK	*Fill or kill
Fonds	<p>Franz. = Kapital</p> <p>1. Wertpapiervermögen im Miteigentum von Anteilshabern. Das gemeinsame Eigentum der Anteilshaber wird von Kapitalanlagegesellschaften verwaltet. *Investmentfonds.</p> <p>2. Jeder spezifische Verrechnungskreis.</p>
Fonds für allgemeine Bankrisiken	Teil des *Kernkapitals von Kreditinstituten. Der Fonds darf zur Sicherung gegen allgemeine Bankrisiken gebildet werden und muss zum Ausgleich von Verlusten unbeschränkt und sofort zur Verfügung stehen. Das Volumen ist in einer eigenen Bilanzposition darzustellen.
Fondsbestimmungen	Regeln das Rechtsverhältnis der Anteilhaber zur Kapitalanlagegesellschaft sowie zur Depotbank.
Fondsmanager	Anlage- und Wertpapierspezialisten, die im Sinne der *Fondsbestimmungen und *Anlageziele des Fonds und unter besonderer Berücksichtigung der Anlagebeschränkungen des *Investmentfondsgesetzes das Fondsvermögen veranlagen. Im eigentlichen Sinn sind sie Vermögensverwalter. Fondsmanager verwalten manchmal ganze Fonds, oft aber auch nur – als *Co-Manager – besondere Teile eines Fonds.
Fondsmix	nennt man die nach Anlageziel, Risikobereitschaft und Marktlage optimierte Mischung mehrerer Fonds.
Fondsprospekt	Ein, nach den Vorschriften des *Investmentfondsgesetzes aufgebautes, umfangreiches Unterlagenmaterial über einen Kapitalanlagefonds einschließlich der *Fondsbestimmungen. Durch die äußerst umfangreichen gesetzlichen Ansprüche an einen Fondsprospekt ist er fast nur noch für Fachleute verständlich. Dennoch unterliegt er der *Ausfolgepflicht und muss mindestens einen Tag vor dem erstmaligen *öffentlichen Angebot eines Fonds im Inland zur Einsichtnahme aufgelegt werden (*Veröffentlichungen).
Fondssparen	*Capitalplan
Fondsswitch	Das Umsteigen von einem Fonds in einen anderen.
Fondsvermögen	Das gesamte Vermögen eines Kapitalanlagefonds. Es besteht aus Wertpapieren und anderen Rechten, Bankguthaben und Einlagen, Ertragnisansprüchen (*Ertragsausgleich), kann aber auch derivative Finanzmarktinstrumenten (etwa Optionen, Futures, Swaps, u.v.a.) enthalten. Vermindert wird dieses Vermögen allenfalls durch aufgenommene Kredite oder Verpflichtungen aus derivativen Finanzmarktinstrumenten.

	<p>Das Fondsvermögen steht im alleinigen Eigentum der Anteilhaber, die *Kapitalanlagegesellschaft verwaltet es lediglich. So kann es auch bei einer Liquidation der Kapitalanlagegesellschaft oder der *Depotbank den Anteilseignern nicht verloren gehen (Sondervermögen).</p>
Fondszusammenlegung	<p>Bei der Fondszusammenlegung wird ein Fonds zur Gänze aufgelöst (er hört de facto auf zu existieren) und das Vermögen auf einen anderen (allenfalls sogar neuen) Fonds übertragen. Entsprechend den *errechneten Werten der beiden Fonds ergibt sich ein genaues Bezugsverhältnis, sodass kein Anteilseigner einen Verlust erleiden kann (zumal restliche Bruchteile in bar abzugelten sind).</p> <p>Eine Fondszusammenlegung (die aus der Sicht des Anlegers wie der Verkauf des einen Fonds und der Kauf des anderen Fonds aussieht) gilt steuerlich nicht als Veräußerung, unterbricht daher auch nicht eine allfällige Spekulationsfrist und ist sogar auf alten anonymen Depots möglich.</p>
Force Majeure	<p>Vis major, höhere Gewalt.</p>
Forderung	<p>Anspruch des Gläubigers auf Zahlung eines bestimmten Betrages durch den Schuldner.</p>
Forderungswertpapiere	<p>Wertpapiere mit Fremdkapitalcharakter, die eine temporäre Kapitalbereitstellung mit der Erfordernis der Tilgung und Zinszahlung dokumentieren (z.B. Anleihen, Pfand- und Kommunalbriefe etc.).</p>
Foreign exchange	<p>Engl. = *Devisen</p>
Foreign Exchange Club (FOREX)	<p>Vereinigung der internationalen Devisenhändler</p>
Forfaitierung	<p>Verkauf einer langfristigen (Export-)Forderung einer Produktions- oder Handelsfirma an eine darauf spezialisierte Bank unter Ausbezahlung des Nominalwertes abzüglich von Zinsen und Gebühren, wobei der Forfaieteur sowohl das gesamte wirtschaftliche als auch das politische Risiko übernimmt.</p>
Formkaufmann	<p>Die Gesellschaft mit beschränkter Haftung und die Aktiengesellschaft besitzen die Kaufmannseigenschaft durch ihre Rechtsform, unabhängig von ihrer Tätigkeit und Branche.</p>
Forschungsförderung	<p>Paket von öffentlichen Förderungen für Produktinnovationen, Weiterentwicklungen und Durchführung von Projekten im Bereich der Grundlagenforschung. Die Förderung kann durch nicht rückzahlbare Zuschüsse, Zinszuschüsse zu Bankdarlehen, finanzielle Zuwendungen, Kontaktabbauung zu Sachverständigen sowie durch die Übernahme von Garantien und Bürgschaften erfolgen.</p>

Fortlaufender Handel	*Fließhandel
Forward Rate Agreement (FRA)	Zinstermingeschäft, bei dem „heute“ die Konditionen eines erst in der Zukunft beginnenden Kreditgeschäfts im Sinne von Zinssätzen und Tilgungskursen festgelegt werden und das beiderseitig verpflichtend zu erfüllen ist.
Forwards	*Futures, die zwischen den Handelspartnern direkt, d.h. nicht über die *Börse, abgeschlossen werden.
Foyerautomat	Selbstbedienungsautomat, der im Foyer eines Kreditinstitutes aufgestellt ist und dessen Benützung auch außerhalb der Kassastunden für Kunden möglich ist.
FRA	*Forward Rate Agreement
Frachtbrief	Transportdokument der Eisenbahnen
Frachtbriefdoppel	Zweitschrift des Eisenbahnfrachtbriefes
Frachtführer	Unternehmen, das mit dem physischen Transport von Waren betraut ist, z.B. LKW-Betrieb, Eisenbahn, Reederei etc., im Gegensatz zum *Spediteur, dessen primäre Aufgabe die Organisation des Transports inkl. Zollabfertigung und Versicherung ist.
Frachtfrei	*CPT
Franchising	Marktbearbeitungsform, bei der der Franchisegeber das Vertriebskonzept und das Vertriebs-Know-how gegen Entgelt dem Franchisenehmer zur Verfügung stellt. Zu den bekanntesten Unternehmen, die mit Franchising arbeiten, zählen McDonald's, Benetton, Yves Rocher etc.
Franko	Frei von Gebühren, Transportkosten, Spesen etc.
Free Float	*Streubesitz
Frei konvertierbare Währungen	Ohne Beschränkung in andere Währungen umtauschbare Währung mit einer an den Kräften des Marktes orientierten Kursfestsetzung.
Freibetrag	Ein im Steuerrecht vorgesehener Betrag, bis zu dessen Höhe jedenfalls eine Besteuerung im Veranlagungszeitraum unterbleibt.
Freie Schillingguthaben	Guthaben eines Ausländers in Schilling, die auf jede beliebige Art dotiert werden können.
Freier Kurs	Aus dem freien Spiel von Angebot und Nachfrage sich ergebender Wechselkurs einer Währung.
Freigabebeschluss	Mit diesem Beschluss erfolgt die Freigabe eines gesperrten Sparbuchguthabens.

Freigrenze	Ein im Steuerrecht vorgesehener Betrag für eine Steuerbefreiung. Zum Unterschied von Freibeträgen ist bei Freigrenzen der Gesamtbetrag zu versteuern, wenn die vorgesehene Freigrenze überschritten wird.
Freilassungserklärung	Einwilligungserklärung eines Hypothekargläubigers, eine Liegenschaft, die mit einer Hypothek belastet ist, aus dem Pfandrecht freizugeben und damit die Löschung der Hypothek aus dem Grundbuch zu ermöglichen.
Freiverkehr	Börsensegment mit weniger strengen Zulassungsvoraussetzungen als im *Amtlichen Handel der *Börse.
Fremde Gelder	Die einem Kreditinstitut von Dritten anvertrauten Mittel, die nicht im Eigentum des Kreditinstituts stehen.
Fremdfinanzierung	Finanzierung durch Mittel von Dritten, z.B. einer Bank, von Lieferanten etc.
Fremdkapital	Kapital, das nur temporär zur Verfügung steht und zu tilgen ist, wobei stets unabhängig des Geschäftserfolgs Zinsen zu bezahlen sind. Fremdkapital wird auf der *Passivseite der *Bilanz eines Unternehmens ausgewiesen und umfasst Forderungen Dritter mit unterschiedlicher Fristigkeit, z.B. *Anleihen, *Kredite, *Darlehen, *Lieferantenverbindlichkeiten etc.
Fremdwährung	Geldeinheit und Geldsystem eines anderen Staates.
Fremdwährungsanleihe	Anleihe, die in einer Fremdwährung begeben wurde. Neben den Spesen bei An- und Verkauf ist auch das Wechselkursrisiko zu beachten. Fremdwährungsanleihen sind z.B. dann attraktiv, wenn im Ausland die Verzinsung höher ist oder die Wechselkursänderungen Gewinne versprechen.
Fremdwährungskonto	Auf ausländische Währung lautendes Konto bei einem Kreditinstitut.
Fremdwährungskredit	*Kredit, der in einer fremden *Währung aufgenommen wird, ist in Österreich nach der Liberalisierung Ende der 80er Jahre auch jeder Privatperson möglich.
Friendly take over	Erwerb der Mehrheit oder aller Anteile einer bislang eigenständigen Firma durch den Übernehmer mit dem Ziel, durch die Stimmenmehrheit eigene Interessen durchzusetzen und die Strategie des übernommenen Unternehmens zu bestimmen, wobei das Management des zu übernehmenden Unternehmens der Übernahme positiv gegenüber steht.
Fristentransformation	Hier werden Einlagen, die der Bank mit verschiedenen, meist kürzeren Fristen anvertraut sind, in Kredite mit verschiedenen, meist längeren Laufzeiten transformiert.

Fristentransformationsrisiko	Aus der *Fristentransformation ergibt sich das Risiko, die Aktivseite nicht zeitgerecht (über die Passivseite) refinanzieren zu können, was Auswirkungen auf die Liquidität eines Kreditinstituts mit sich bringt.
FTSE-100	Index, der aus den 100 größten britischen Unternehmen errechnet wird, die an der Londoner Börse notieren, auch Footsie genannt.
Fundamentalanalyse	*Aktienanalyse, bei der die Geschäftsfelder, Marktstrukturen, Kundenstrukturen, Umsätze, Gewinne, Deckungsbeiträge, volkswirtschaftliche Rahmenbedingungen etc. eines Unternehmens untersucht werden, um eine Kauf- oder Verkaufsentscheidung für eine Aktie zu treffen.
Fungibilität	Vertretbarkeit. Vertretbar (fungibel) sind vollkommen gleichartige Waren, die es im Gegensatz zum Einzelstück in großer Stückzahl gibt, aber auch Wertpapiere derselben Art und desselben Ausstellers. Die Fungibilität von Wertpapieren ist die Voraussetzung für deren Börsenhandel.
Fusion	Lat. = Verschmelzung, wirtschaftlicher und rechtlicher Zusammenschluss zweier oder mehrerer Unternehmen zu einem einzigen Unternehmen.
Futures	Für beide Börsenpartner verpflichtendes Geschäft, eine standardisierte Menge des zugrunde liegenden *Basiswertes an einem vorab definierten zukünftigen Termin zu einem im Vorhinein vereinbarten Kurs (Tageskurs am Eingehen der Verpflichtung) zu kaufen (Eingehen einer *Long-Position) oder zu verkaufen (Eingehen einer *Short-Position). Futures haben im Vergleich zu Optionen keinen Basispreis, sondern nur bestimmte, standardisierte Termine und gewähren keinem der beiden Vertragspartner ein Recht, sondern verpflichten beide zur Erfüllung.
Futures Funds	Ausländische Investmentfonds oder – wenn österreichischer Herkunft – aktienrechtlich gebildete „Fonds“, die vornehmlich in Futures, in standardisierte Termingeschäfte, veranlagen.

G

G&V	*Gewinn- und Verlustrechnung, Teil des *Jahresabschlusses, in dem der Gewinn eines Unternehmens ermittelt wird.
GABE Geldausgabeautomaten Serviceges.m.b.H.	Eine der Vorgängerorganisationen der *Europay Austria Finanzierungssysteme, die sich mit dem Betrieb der Geldausgabeautomaten (*Bankomaten) beschäftigt hat.
Gamma	Kennzahl der Optionsbewertung, die die Sensitivität des Options-*Deltas bezüglich einer Veränderung des Aktienkurses misst.
Gap-Analyse	Methode zur Messung des Zinsrisikos zinsensitiver Forderungen bzw. Verbindlichkeiten. Durch regelmäßige Berechnung des Zinssaldos (Differenz aus Zinszahlungen und Zinserträgen) können die Auswirkungen der aktuellen Zinsentwicklung auf die eigene Zinsposition festgestellt werden.
Garantiefonds	Kapitalanlagefonds, die zu einem bestimmten Zeitpunkt den Rückfluss eines vorher (bei Emission) bestimmten Betrages garantieren. Garantiefonds sind üblicherweise *Laufzeitfonds. Der Vorteil von Garantiefonds liegt darin, dass neben der Chance auf einen zusätzlichen Ertrag das Verlustrisiko (durch den garantierten Rückfluss) beschränkt ist, ihr Nachteil darin, dass durch die Garantie die Beteiligung am Ertrag üblicherweise eingeschränkt ist.
Garantievertrag	Selbständiger Schuldvertrag, der nicht vom Grundgeschäft abhängig ist und in dem sich der Garant zur Erbringung einer bestimmten Leistung verpflichtet, vgl. *Bankgarantie.
GATT	General Agreement on Tariffs and Trade (Allgemeines Zoll- und Handelsabkommen), 1947 von 23 Staaten zur Förderung des internationalen Handels unterzeichnet, Vorgängerorganisation der *WTO (World Trade Organization).
Gearing	Hebeleffekt, vor allem bei der Spekulation mit *Optionen und *Futures einerseits sowie bei der Kapitalstruktur (*Leverageeffekt) andererseits.
Gebietskörperschaft	Körperschaft öffentlichen Rechts, die ihre Hoheitsverwaltung in einem räumlich begrenzten Teil des Staatsgebietes ausübt, nämlich Bund, Länder und Gemeinden.
Gebühren	Abgaben als Gegenleistung für vom Staat erbrachte Leistungen. Gebührenpflichtig sind u.a. Kredit- und Darlehensverträge, Grundbucheintragungen etc. *Rechtsgeschäftsgebühr, *Gerichtsgebühren, *Gebührengesetz.
Gebührengesetz	Bundesgesetz aus dem Jahr 1957, wiederholt novelliert, welches die früheren Stempelgebühren und Gebühren für Rechtsgeschäfte regelt.

Gebundener Finanzkredit	Von einem Importeur in Anspruch genommener Kredit, der von einer Kommerzbank im Land des Exporteurs unter der Prämisse gewährt wird, diese Mittel zur Bezahlung eines bestimmten Exporteurs zu verwenden. Um diese Bezahlung auch hundertprozentig sicherzustellen, werden diese Mittel von der Kommerzbank direkt an den Exporteur und nicht an den Importeur ausbezahlt, sobald die Lieferung durchgeführt wurde.
Gebundener Zinssatz	Zinssatz, der sich an einem weder von der Bank noch vom Kreditnehmer direkt beeinflussbaren Parameter, beispielsweise der *Sekundärmarkrendite oder dem Zinssatz für Bundesanleihen, orientiert.
Gedeckt	Vermögensgut, das besonders besichert oder garantiert wird.
Gedeckter Kredit	Kredit, für den der Kreditnehmer besondere Sicherheiten (Deckungen) beibringen muss; Gegenteil: *Blankokredit.
Gegengeschäft	Finanzierungsart einer Lieferung in Schwellenländer bzw. in die früheren Länder des *RGW, bei der ein österreichischer Exporteur als Gegenleistung für seine Warenlieferung kein Geld, sondern lokal produzierte Waren erhielt. Erst durch einen Verkauf dieser Waren am Weltmarkt konnte er Geld lukrieren, wobei diese Waren durch deren meist niedrigere Qualität eine Preisstützung erforderlich machten, um einen Käufer zu finden.
Gehaltsexekution	Sicherstellung im Privatkreditgeschäft, bei der ein Privatkunde dem Kreditinstitut das Recht einräumt, im Falle der nicht ordnungsgemäßen Kreditrückzahlung auf sein Einkommen zurückzugreifen, wobei dieses gepfändete Gehalt für Zins- und Tilgungszahlungen verwendet wird. Pfändbar ist nur der über das *Existenzminimum hinausgehende Betrag.
Gehaltskonto	Konto, auf das der Dienstgeber das Gehalt des Dienstnehmers regelmäßig überweist, *Privatkonto.
Gekreuzter Scheck	*Verrechnungsscheck
Geld	Allgemein anerkanntes und gebräuchliches Tausch-, Zahlungs- und Wertaufbewahrungsmittel, zugleich Wertmaßstab für Güter und Leistungen. Geldformen: Edelmetall-, Metall-, Papier-, *Buchgeld bzw. *Giralgeld.
Geldausgabeautomat	*Bankomat
Geldentwertung	Durch *Inflation (allgemeine Steigerung des Preisniveaus) bedingte Verminderung der Kaufkraft des Geldes im Inland.

Geldgeschäfte	*Bankgeschäfte
Geldinstitut	*Kreditinstitut
Geldkurs	Jener Wechselkurs einer Währung, zu dem Devisenhändler und Banken die *Basiswährung ankaufen (bei der indirekten Kursnotierung ist die „Heimatwährung“ Euro die Basiswährung, bei der früheren direkten Kursnotierung war die *Fremdwährung die Basiswährung).
Geldmarkt	Jener Teil eines *Finanzmarktes, auf dem kurzfristiges Geld (mit einer Laufzeit von bis zu einem Jahr) gehandelt wird. Gegenteil: *Kapitalmarkt, auf dem mittel- und langfristiges Kapital (mit einer Laufzeit von mehr als einem Jahr) gehandelt wird. Zu den wichtigsten Teilnehmern des Geldmarktes zählen jene *Kreditinstitute, die direkten Zugang zur Refinanzierung bei der *Notenbank haben bzw. wegen *Mindestreservvorschriften eine Kontoverbindung mit der Notenbank unterhalten. Zum Geldmarkt zählt auch der Liquiditätsausgleich der Spitzeninstitute mit ihren angeschlossenen Instituten.
Geldmarktfonds	siehe Cashfonds
Geldmarktpapiere	Jene *Wertpapiere, die eine Maximallaufzeit von einem Jahr aufweisen, beispielsweise *Wechsel, *Schecks, *Certificates of Deposit, *Commercial Papers etc.
Geldmenge	*Geldvolumen, Menge des in einer Volkswirtschaft vorhandenen und im Umlauf befindlichen inländischen Bar- und *Buchgeldes.
Geldschöpfungsfunktion	*Giralgeldschöpfung, *Giralgeldvernichtung.
Geldsorten	Ausländisches Bargeld in Form von Banknoten und Münzen, auch als *Valuten bezeichnet; Gegenteil: Devisen.
Geldvolumen (M1)	Zum Geldvolumen M1 zählen der Bargeldumlauf (d.h. Banknoten und Münzen) der Nichtbanken sowie das Buchgeld der Nichtbanken. Es ist demnach die *Geldmenge, die der Wirtschaft und ihren Teilnehmern liquid zur Verfügung steht. Die weiter gefassten Aggregate M2 und M3 umfassen längerfristige Einlagen und Geschäfte mit einer Laufzeit von insgesamt bis zu 2 Jahren.
Geldwäscherei	Das Verschleiern der Herkunft oder Verbergen von Vermögenswerten jeder Art, die aus dem Verbrechen eines anderen herrühren. Kreditinstitute haben jede Transaktion sorgfältigst zu prüfen, bei der der Verdacht besteht, dass sie mit Geldwäscherei zusammenhängen könnte. Unter Geldwäscherei versteht man auch den Vorgang der Legitimierung (Umwandlung) von Verbrechensgeld in legal verdientes Geld.

Geldwechselgeschäft	Sortengeschäft, Umtausch von inländischem Geld in ausländisches und umgekehrt.
Geldwert	Binnenwirtschaftlicher (innerer) Tauschwert des Geldes aufgrund seiner Funktion als Tauschmittel bzw. außenwirtschaftlicher (äußerer) Tauschwert, der an den Wechselkursen ablesbar ist.
Geldwertstabilität	Unter der inneren Geldwertstabilität versteht man die Erhaltung der *Kaufkraft des Geldes im Inland, unter der äußeren Geldwertstabilität die Erhaltung der Wechselkursstabilität zu den Weltwährungen bzw. zu den Währungen der wichtigsten Handelspartner. Die Erhaltung der Geldwertstabilität, die durch eine *Hartwährungspolitik verfolgt wird, war die Hauptaufgabe der *Oesterreichischen Nationalbank. Diese Aufgabe wird seit 1999 von der *EZB wahrgenommen.
Geldwesen	Struktur und Ordnung der Geldwirtschaft in einem Staat bzw. einer *Volkswirtschaft.
Gemeindesparkasse	Sparkassen, die von Gemeinden gegründet wurden und für deren Verbindlichkeiten die Gemeinden eine Haftung übernehmen.
Gemeinschaftskonto	Ein Gemeinschaftskonto wird auf den Namen mehrerer Personen eröffnet, die einzeln oder gemeinsam über dieses Konto verfügen können. Man unterscheidet diesbezüglich zwischen UND-Konten (alle oder mehrere Kontoinhaber dürfen nur gemeinsam über das Konto verfügen) sowie ODER-Konten (jeder Kontoinhaber kann alleine über das Konto verfügen).
Gemeinwirtschaft	Nicht exakt abgrenzbarer Sammelbegriff für Anstalten, Wirtschaftsvereinigungen, Institutionen und Betriebe, deren Tätigkeit nicht primär auf Gewinnerzielung, sondern auf Kostendeckung ausgerichtet ist oder sein sollte. Zur Gemeinwirtschaft zählen beispielsweise die Public Utilities (öffentliche Versorgungsbetriebe), umstritten ist die Einbeziehung von im Wettbewerb stehenden verstaatlichten Unternehmungen.
Gemischte Fonds	Bezeichnung für Fonds, die sowohl in Rentenwerten als auch in Aktien veranlagen.
Genehmigtes Kapital	Die aufgrund eines Beschlusses der *Hauptversammlung einer Aktiengesellschaft dem *Vorstand erteilte Ermächtigung, das *Grundkapital einer *Aktiengesellschaft im Rahmen einer zukünftigen *Kapitalerhöhung durch Ausgabe *junger Aktien zu erhöhen.
Generalzession	Der *Zedent (Forderungsbesitzer) tritt alle derzeit bestehenden sowie alle in Zukunft entstehenden Forderungen als Mittel zur Besicherung seiner Verbindlichkeiten zugunsten eines Kreditinstitutes bzw. eines anderen Gläubigers ab.

Genossenschaft	Vereinigung von nicht geschlossener Mitgliederzahl, die im Wesentlichen der Förderung des Erwerbes oder der Wirtschaft ihrer Mitglieder dient.
Gentlemen's Agreement	Vereinbarungen zwischen unterschiedlichen Vertragsparteien, allerdings ohne schriftliche Fixierung und juristische Durchsetzbarkeit.
Genussschein	Wertpapier, das ein Vermögensrecht (beispielsweise einen Anteil am Gewinn bzw. der Wertsteigerung eines Unternehmensanteiles) verbrieft, allerdings ohne Stimmrecht und meist nur von begrenzter Laufzeit ist.
Geregelter Freiverkehr	Um an einer Börse notieren zu können, müssen verschiedene Voraussetzungen erfüllt werden. Ist ein Unternehmen imstande, die strengsten Voraussetzungen zu erfüllen, notiert es im *Amtlichen Handel, erfüllt es nur „mittelstrenge“ Voraussetzungen, notiert es im Geregeltten Freiverkehr. Für eine Notiz im *Sonstigen Wertpapierhandel müssen nur wenige Minimalanforderungen erfüllt werden. Um in einen großen *Index aufgenommen zu werden, ist allerdings eine Notiz im Amtlichen Handel erforderlich.
Gerichtsbezirk (GB)	Jener Sprengel im *Grundbuch, in dem mehrere *Katastralgemeinden zusammengefasst sind.
Gerichtsgebühren	Jene Gebühren, die bei grundbücherlichen Eintragungen und Abfragen an das Bezirksgericht zu entrichten sind, beispielsweise die Eintragungsgebühr, Abfragegebühr etc.
Geschäftsanteil	Anteil eines Eigentümers an einer Gesellschaft, z.B. die Stammeinlage bei der Gesellschaft mit beschränkter Haftung.
Geschäftsfähigkeit	Die Geschäftsfähigkeit einer Person ist gegeben, wenn sie durch eigene Handlungen Rechte erwerben und Verpflichtungen eingehen kann. Die Geschäftsfähigkeit ist bei natürlichen Personen vom Alter (vollständige Geschäftsfähigkeit derzeit ab 18 Jahre, teilweise Geschäftsfähigkeit ab 14 Jahre) und vom Geisteszustand abhängig.
Geschäftsführer	Oberster Entscheidungsträger einer *Gesellschaft mit beschränkter Haftung bzw. einer Personengesellschaft im operativen Geschäft, der für Strategie und die finanziellen Ergebnisse verantwortlich ist.
Geschäftsjahr	*Rechnungsjahr
Geschlossener Investmentfonds	*Investmentfonds, dessen Fondsvolumen am Anfang festgelegt und bei Investoren platziert wird und während der Laufzeit des Fonds nicht mehr verändert werden kann, auch als closed-end fund bezeichnet, Gegenteil: open-end fund.

Gesellschaft mit beschränkter Haftung	Form einer *Kapitalgesellschaft, bei der der Gesellschafterkreis limitiert ist, jedoch aus mindestens einem Gesellschafter bestehen muss, und bei der die Gesellschafter nur mit ihrer Einlage haften, nicht jedoch mit ihrem Privatvermögen.
Gesellschafterdarlehen	*Darlehen, das nicht von einem Externen gewährt wird, sondern von einem Gesellschafter, sofern der Wunsch besteht, aus Haftungsüberlegungen *Fremdkapital und nicht zusätzliches *Eigenkapital zur Verfügung zu stellen.
Gesetzliche Rücknahmepflicht	*Rücknahmepflicht
Gewerbe	Jede auf Dauer bestimmte selbständige und planmäßige Erwerbstätigkeit, die auf die Erzielung von Gewinn gerichtet ist. Nicht zum Gewerbe zählen die Urproduktion (z.B. Land- und Forstwirtschaft, Bergbau) sowie die Ausübung wissenschaftlicher, freier und künstlerischer Berufe (Rechtsanwalt, Arzt, Maler etc.).
Gewinn	Überschuss der Erträge über die Aufwendungen
Gewinn- und Verlustrechnung	Teil des *Jahresabschlusses, in dem sämtliche Erträge und Aufwände einander gegenübergestellt werden, um den Gewinn bzw. den Verlust ermitteln zu können.
Gewinnvortrag	Jener Teil des Gewinns einer Kapitalgesellschaft, der nicht ausgeschüttet wird, sondern auf einer eigenen Bilanzposition in das nächste Jahr übertragen wird. Ziel ist es, einerseits Geld im Unternehmen zu belassen sowie andererseits das kommende Jahr mit einem „Gewinn zu beginnen“.
Gewohnheitsrecht	Ungeschriebenes Recht, das aufgrund langwährender, von allen Beteiligten als rechtens empfundener Übung gilt. Nicht zum Gewohnheitsrecht zählen die „Verkehrssitte“ und die *Usancen (Handelssitten).
Giralgeld, Giralgeldschöpfung	Giralgeld oder Buchgeld, also unbare Zahlungsmittel, werden von den Banken im Rahmen des bargeldlosen Zahlungsverkehrs selbst geschaffen, indem sie die ihnen zufließenden Einlagen zur Kreditgewährung verwenden. Dem Kreditnehmer wird der kreditierte Betrag auf einem Girokonto gutgeschrieben, dadurch wird er zu Buchgeld und zur Ausgangsbasis für weitere Kredite. Träger der Geldschöpfung sind die Zentralbank (Zentralbankgeldschöpfung) und die Kreditinstitute (Giralgeldschöpfung).

Giralgeldvernichtung	Umgekehrter Vorgang zur *Giralgeldschöpfung, bei dem den Kreditinstituten *Buchgeld entzogen wird. Durch die Erfordernis zur Hinterlegung von *Mindestreserven bei der *Nationalbank können nicht alle Einlagen der Kreditinstitute als Kredite weitergegeben werden. Die Mindestreserve bindet einen Teil (der Einlagen) auf dem Notenbankkonto und ist somit der Verwendung als Kredit entzogen.
Giro	Ital. = Kreis 1. Überweisung im *bargeldlosen Zahlungsverkehr 2. *Indossament auf der Rückseite eines Orderpapiers (*Wechsel, *Konnossement etc.) zur Eigentumsübertragung
Girogeschäft	Durchführung des *bargeldlosen Zahlungsverkehrs
Girokonto	*Konto (Verrechnungseinheit bei einer Bank) mit dem Hauptziel der Durchführung des Zahlungsverkehrs sowie der Gehaltsabrechnung. Neben Girokonten gibt es auch *Sparkonten und *Privatkonten.
Giroverkehr	Zahlungsverkehr der österreichischen Geldinstitute
Glatt stellen	Ausgleich einer Vermögensposition im Börsenhandel (Besitz oder Schuld eines Wertpapiers) durch Eingehen der Gegenposition. Besitzt man im Grundgeschäft ein Wertpapier, so wird bei der Glattstellung dieses Wertpapier verkauft, schuldet man im Grundgeschäft ein Wertpapier, so wird bei der Glattstellung dieses Wertpapier gekauft.
Gläubiger	Jemand, der einem Geld geliehen oder gestundet hat, auch als Kreditor bezeichnet; Gegenteil: Schuldner (Debitor).
Gläubigerstatus	Rangstellung der einzelnen *Gläubiger in Bezug auf die Reihenfolge ihrer Bedienung, vor allem bei *Hypothesen sowie *nachrangigem Fremdkapital von Bedeutung.
GmbH	*Gesellschaft mit beschränkter Haftung
GmbH & Co KG	*Personengesellschaft in Form einer *Kommanditgesellschaft, bei der der vollhaftende *Komplementär eine *GmbH ist.
Going private	Rückzug eines Unternehmens von der Börse, um sich in ausschließlichem Besitz von wenigen privaten Investoren zu befinden.
Going public	Erstmaliger Börsengang mit der Emission von Aktien eines bislang im Privatbesitz befindlichen Unternehmens.

Gold	Edelmetall, das in Form von Münzen und Barren gehandelt wird und dessen Wert mit dem Risiko der Goldpreisschwankungen behaftet ist. In Gold angelegtes Geld bleibt unverzinst, ein allfälliger Ertrag ergibt sich durch das Ansteigen des Goldpreises.
Goldbarren	Gold in ungemünzter Form wird auch in Barrenform ausgegeben, und zwar in unterschiedlichem Gewicht als Goldplättchen ab 1 g und als Barren von 100 g bis 1000 g.
Goldene Bankregel	Grundsatz für die Liquiditätspolitik von Unternehmen und Geldinstituten, derzufolge die Fälligkeiten der Verbindlichkeiten jenen der Forderungen entsprechen sollten. Für eine Bank bedeutet dies, dass kurzfristig ausgeliehenes Geld auch nur kurzfristig verliehen werden darf.
Goldene Bilanzregel	Regel, die besagt, dass langfristig gebundenes Vermögen (*Anlagevermögen) durch langfristig zur Verfügung stehendes Kapital (*Eigenkapital, langfristiges Fremdkapital) finanziert sein soll.
Goldklausel	Bestimmung in Verträgen (meist zwischen Regierungen), die besagt, dass eine Schuld (einschließlich ihrer Zinsen) in einer an den Wert des Goldes gekoppelten Währung zurückzuzahlen ist.
Goldmünzen	Goldmünzen werden u.a. von der Münze Österreich geprägt und herausgegeben. Man unterscheidet Sondergedenkmünzen (z.B. die Millenniumsserie, bei der der Edelmetallwert und damit Ausgabewert ca. doppelt so hoch ist wie ihr Nominalwert), Handelsgoldmünzen (z.B. Dukaten und Gulden mit einem täglich festgesetzten Kurs, der sich am Edelmetallwert orientiert) und *Bullionmünzen (Münzen mit internationalem Standard, z.B. der Wiener Philharmoniker, dessen Ausgabekurs ebenfalls über seinem Nominalwert liegt).
Goldparität	Wenn der Wert einer Währung in Gramm Feingold je Währungseinheit festgelegt wird, spricht man von Goldparität. Bis zur Einführung der heute üblichen flexiblen Wechselkurse bestand bei den meisten Währungen nur eine fiktive, am amerikanischen Goldankaufspreis ausgerichtete Goldparität, nach der sich die Devisenkurse richteten.
Goldstandard	Grundlage des internationalen Währungssystems bis zum 1. Weltkrieg, bei dem alles im Umlauf befindliche Bargeld durch Gold gedeckt sein musste. In Zeiten des Goldstandards war Inflation unbekannt.
Goldtermingeschäfte	Gold-Futures sind standardisierte, börslich gehandelte Verträge zwischen zwei Parteien auf zukünftige Lieferungen standardisierter Mengen an Gold.

Gold-Warrants	*Optionen bzw. Optionsscheine auf Gold bzw. Aktien von Goldminengesellschaften, die an *Börsen gehandelte zinsen- und dividendenlose Rechte darstellen und dem Besitzer der Option bzw. des Optionsscheines ermöglichen, innerhalb einer bestimmten *Optionsfrist eine bestimmte Anzahl von Gold-Aktien oder eine bestimmte Menge an Gold zu einem bestimmten Preis zu kaufen oder zu verkaufen.
Gold-Wertpapiere	Überwiegend in Form von Gold-*Investmentfonds, Goldminen-Aktien, *Gold-Warrants und *Goldtermingeschäften verbriefte Rechte.
Goodwill	*Firmenwert eines Unternehmens, der über den reinen Substanzwert hinausgeht und nur schwer quantifizierbar ist, beispielsweise der Kundentock, Know-how-Stand der Mitarbeiter, Image, Firmenstandort, Technologiegehalt der Produkte etc.
Gratisaktie	Auch als Berichtigungsaktie bezeichnet, die ohne Entgelt an die bestehenden Aktionäre einer *Aktiengesellschaft neu ausgegeben wird. Gratisaktien entstehen durch die nur bilanzwirksame, nicht jedoch zahlungswirksame Umwandlung von *Rücklagen in *Grundkapital. Das Vermögen der Aktionäre steigt durch die Zuerkennung von Gratisaktien nicht, da der bestehende Unternehmenswert lediglich auf mehr Aktien aufgeteilt wird, wodurch der Kurs der einzelnen Aktie sinkt.
Grauer Kapitalmarkt	Inoffizieller Teil des Kapitalmarkts, der den Schutzbestimmungen des Aktien- und Börsenrechts entzogen ist und in dem Finanzierungstitel „privat ohne Regulierung“ gehandelt werden. Unter dem grauen Kapitalmarkt versteht man auch den Kauf und Verkauf von Wertpapieren durch Aktienhändler unmittelbar vor der amtlichen Zulassung der Emission, was v.a. bei Aktien und Anleihen als guter Test für die Marktstimmung gilt.
Greenshoe	Option auf zusätzliche Aktienpakete anlässlich einer Neuemission für den *Underwriter, um eine überhöhte Nachfrage nach den Aktien befriedigen und die Kurse dadurch stabilisieren zu können.
Grenzkostenrechnung	Ermittlung der Kosten einer zusätzlichen Leistungseinheit, wichtig für die Berechnung einer kurzfristigen Preisuntergrenze für einen zusätzlichen Auftrag.
Großanlegerfonds	nennt man Kapitalanlagefonds, die im Auftrag eines Großanlegers (Institutionen, Unternehmen, aber auch Private) gebildet werden, für die *Spezialfonds nicht in Frage kommen. Großanlegerfonds sind *Publikumsfonds im Sinne des *Investmentfondsgesetzes und entsprechen somit der *OGAW-Richtlinie.

Großkredit(meldung)	Jedes Kreditinstitut hat Kreditnehmer, denen ein Kredit ab einer bestimmten Größenordnung eingeräumt wird, der *Oesterreichischen Nationalbank zu melden.
Grundbuch	Das Grundbuch (GB) ist ein bei den Bezirksgerichten geführtes Buch mit der Aufgabe, die Rechtsverhältnisse an Liegenschaften übersichtlich und verlässlich darzustellen. Jedes Grundbuch ordnet die Liegenschaften als eigene Grundbuchskörper einer *Katastralgemeinde (KG) als Teil der Ortsgemeinde zu und bezeichnet jede Liegenschaft mit einer Einlagezahl (EZ). Es besteht aus dem Hauptbuch (A-Blatt: Gutsbestandsblatt, B-Blatt: Eigentumsblatt und C-Blatt: Lastenblatt), der Urkundensammlung („Belegsammlung“) und den Hilfseinrichtungen (Tagebuch, Eigentümerverzeichnis und Grundstücksverzeichnis). Alle österreichischen Grundbücher sind auf EDV gespeichert und über EDV abrufbar.
Grundbuchskörper	Jener Teil auf der Erdoberfläche, der ein oder mehrere *Grundstücke zusammenfasst und der durch eine *Einlagezahl Gegenstand einer Grundbuchseinlage ist.
Grunddienstbarkeit	Ein *Grundstück (das dienende Grundstück) kann zugunsten des jeweiligen Eigentümers eines anderen Grundstücks (des herrschenden Grundstücks) in der Weise belastet werden, dass dieser das dienende Grundstück in einzelnen Beziehungen nutzen darf (z.B. Überfahrtsrecht über das dienende Grundstück) oder dass bestimmte Handlungen auf dem dienenden Grundstück nicht vorgenommen werden dürfen (z.B. Bauverbot etc.). Für die Gültigkeit ist eine Eintragung in das *Grundbuch erforderlich. Die Grunddienstbarkeit wird auch als Servitut bezeichnet.
Grundfreiheiten	Die vier Grundfreiheiten stellen die Grundlage für das Funktionieren des *Europäischen Binnenmarktes dar und umfassen die *Dienstleistungsfreiheit, *Kapitalfreiheit, *Personenfreiheit und die *Warenfreiheit.
Grundkapital	Nominelles Eigenkapital einer Aktiengesellschaft, das von den Gesellschaftern aufgebracht wird.
Grundstück	Teil einer *Katastralgemeinde, der im Grundbuch mit einer eigenen Nummer bezeichnet ist und durch Beschluss gebildet wird.
Gründungssparen	Staatlich geförderte Spar- und Finanzierungsform für Jungunternehmer, die nach einem Ansparzeitraum entweder eine einmalige Prämie oder einen günstigen Anschlusskredit erhalten, wenn sie eine Unternehmensneugründung durchführen.
Gültig bis	Zeitliches Limit einer Börsenorder, bei der Aufträge nur bis zum angeführten Datum bei Erreichen des Kurslimits durchgeführt werden und danach erlöschen.

H

Habenzinsen	Zinsen für Guthaben bei einer Bank (aus Sicht des Kontoinhabers); Gegenteil: *Sollzinsen.
Hafrücklage	Teil des Kernkapitals eines Kreditinstituts. Sie darf als reine Risikorücklage nur zur Deckung von (Bilanz-)Verlusten und für Leistungen an die *Einlagensicherung aufgelöst werden. Die Höhe der Hafrücklage ist aus dem veröffentlichten Jahresabschluss ersichtlich.
Hafrücklass	Vom Käufer vorerst einbehaltener Garantiebtrag in einem Lieferungs- bzw. Leistungsgeschäft, bei dem der Käufer aus Gründen der Sicherstellung der Erfüllung der Gewährleistungspflichten durch den Verkäufer einen Teil der Forderung (zwischen 10 und 20 %) erst nach Beendigung der Gewährleistungsphase und nach ordnungsgemäßer Erfüllung etwaiger Gewährleistungspflichten durch den Verkäufer an diesen ausbezahlt.
Halbjahresbericht	Für die ersten sechs Monate des *Rechnungsjahres eines jeden Fonds muss ein Halbjahresbericht erstellt, geprüft und veröffentlicht (*Veröffentlichungen) werden. In ihm wird über die Zusammensetzung des Fondsvermögens und dessen Entwicklung berichtet.
Handelsbilanz	Teil der *Leistungs- und *Zahlungsbilanz, in dem sämtliche Export- und Importlieferungen eines Landes mit dem Ausland auf aggregierter Basis verzeichnet sind.
Handlungsvollmacht	Von einem Kaufmann an einen Mitarbeiter oder einen Agenten erteilte Vollmacht zu Vertretungshandlungen in bestimmten Geschäften. Im Gegensatz zur *Prokura bezieht sich die Handlungsvollmacht auf einzelne Geschäftsfälle und wird nicht im *Firmenbuch eingetragen.
Harte Währung	Wechselkursstabilität einer Währung nach außen sowie Kaufkraftstabilität einer Währung nach innen durch niedrige Inflationsraten, wobei die Währung frei konvertierbar sein sollte.
Hartwährungspolitik	Verfolgung aller Maßnahmen durch die *Zentralbank eines Landes zur Sicherstellung der Wechselkurs- und Kaufkraftstabilität einer Währung. Ein Weg ist die Ausrichtung der Währungspolitik an einer Ankerwährung, meist der Währung des wichtigsten Handelspartners (in Österreich vor Euro-Einführung die Deutsche Mark). Die diesbezüglichen Maßnahmen umfassen unter anderem eine gleiche Zins- und Wechselkurspolitik wie das Land der Ankerwährung, wobei für ein Funktionieren ähnliche wirtschaftliche Verhältnisse vorausgesetzt werden.
Hauptversammlung	Jenes Organ einer Aktiengesellschaft, durch das die Aktionäre ihre Rechte ausüben und über das der Aufsichtsrat gewählt wird.

Hausbank	Jenes Kreditinstitut, mit dem der Kunde ausschließlich oder überwiegend in Geschäftsverbindung steht.
Hausse	Phase steigender Kurse von *Wertpapieren, *Devisen, Rohstoffen etc. durch das Dominieren von Optimisten (*Bullen); Gegenteil: *Baisse.
Haussier	Börsenteilnehmer, der in Erwartung steigender Kurse Wertpapiere, Devisen oder Rohstoffe in der Hoffnung kauft, sie später teurer und mit Gewinn verkaufen zu können; Gegenteil: *Baissier.
Hedge Fonds	Hoch spekulativer *Investmentfonds, der nicht nur in hochriskante *Alternative Investments investiert, sondern sein Fondsvolumen mit Fremdkapital ergänzt und dadurch einen extrem hohen Hebeleffekt erzielt, der allerdings nicht nur nach oben (im Gewinnfalle), sondern auch nach unten (im Verlustfalle) wirken kann.
Hedgeschäfts	Abschluss eines (gegenteiligen) *Termingeschäfts zur Absicherung gegen Verluste, die durch ungünstige Preis- oder Kursentwicklungen bei *Wertpapieren, *Devisen, Rohstoffen etc. entstehen können.
Hedging	Strukturierte Risikoabsicherung von Unternehmensrisiken (Rohstoffpreise, Zinssätze, Wechselkurse etc.) durch innovative und *derivative Finanzinstrumente.
Hochkonjunktur	Periode der günstigsten Entwicklung einer Volkswirtschaft mit hohem Wirtschaftswachstum (vgl. *Bruttoinlandsprodukt) und mit in der Regel geringen Arbeitslosenraten, hoher Produktion und Nachfrage, zumeist aber auch etwas höheren Inflationsraten.
Höchstbetragspfandrecht, Höchstbetrags hypothek	Das Höchstbetragspfandrecht ist ein Pfandrecht mit einem Fixbetrag, das öfters in Anspruch genommen werden kann. Es bleibt auch nach der Tilgung eines Darlehens bestehen, sodass ein weiteres Darlehen damit besichert werden kann, ohne die Formalität einer Grundbucheintragung ein zweites Mal durchführen zu müssen.
Holdingsgesellschaft	Mutter-, Dach- oder Beteiligungsgesellschaft, die finanzielle Beteiligungen an mehreren Tochterunternehmen mit dem Ziel der dauernden Einflussnahme und Kontrolle besitzt.
Homebanking	Abwicklung von Bankgeschäften „über den eigenen Computer von zu Hause aus“, wobei ein Internetzugang oder eine Standleitung erforderlich ist. Dabei kann es sich sowohl um simple Informationseinholung als auch um das Durchführen von Transaktionen handeln.

Homepage	Einstiegs- und Übersichtsseite eines Unternehmens, einer Institution, einer Gebietskörperschaft oder einer Privatperson im Internet, die über eine eigene Internetadresse (http://www.) abgerufen werden kann.
Hortung	Private Sammlung von Edelmetallen, Banknoten, Münzen oder Waren aus Gründen der Erwartung höherer gesamtwirtschaftlicher Inflation oder steigender Preise, wobei die gehorteten Objekte der Volkswirtschaft für einen bestimmten Zeitraum oder für immer entzogen werden, weshalb es mitunter zu gefährlichen Verknappungen kommen kann.
Hostile take over	Erwerb der Mehrheit oder aller Anteile einer bislang eigenständigen Firma durch den Übernehmer mit dem Ziel, durch die Stimmenmehrheit eigene Interessen durchzusetzen und die Strategie des übernommenen Unternehmens zu bestimmen, wobei das Management des zu übernehmenden Unternehmens der Übernahme negativ gegenübersteht und diese sowie die neuen Eigentümer ablehnt.
Hot money	Engl. = „heißes Geld“. Internationales Spekulationskapital, das keine langfristige Veranlagung oder Beteiligung an Unternehmen sucht, sondern nur an raschem kurzfristigem Gewinn orientiert ist und dadurch zu Währungsproblemen und volkswirtschaftlicher Instabilität führen kann.
Hurdle rate	Minimalrendite, die eine geplante Investition erreichen muss, um interessant zu sein.
Hypothek	Griech. = Unterpfand. *Pfandrecht an einem bebauten oder unbebauten *Grundstück zur Sicherung einer Forderung eines Kapitalgebers. Erstrangige Hypotheken stehen im *Grundbuch an erster Stelle und werden auch vorab vor allen anderen Rangeigentümern bedient, erst nach Befriedigung der erstrangigen Hypothek werden die nachrangigen Hypotheken berücksichtigt. Eine Hypothek kann auf einer Liegenschaft (Singularhypothek) oder auf mehreren Liegenschaften gleichzeitig (Simultanhypothek) haften. *Höchstbetragshypothek.
Hypothekardarlehen	Grundbücherlich durch eine *Hypothek sichergestelltes, langfristiges Darlehen. Die Darlehenshöhe richtet sich nach dem Schätzwert des Objektes für den Fall der durch die Nichttilgung des Darlehens erforderlichen Zwangsveräußerung bzw. Zwangsversteigerung des Grundstückes.
Hypothekarkredit	*Kredit, der durch die Belastung eines *Grundstückes in Form einer *Hypothek besichert ist.

Hypothekenbanken Durch Landesgesetz gegründete Banken mit der vorwiegenden, jedoch nicht ausschließlichen Aufgabe, langfristige Hypothekar- und Kommunalkredite zu vergeben. Die Mittel hierfür werden vornehmlich durch Ausgabe von *Pfand- und Kommunalbriefen beschafft.

I

IAS	International Accounting Standards, international gebräuchliche und akzeptierte Bilanzierungsrichtlinien, die als Alternative zu *US-GAAP von internationalen Investoren verlangt werden, bevor diese in eine Aktiengesellschaft investieren.
ICC	International Chamber of Commerce, Internationale Handelskammer mit Sitz in Paris, die u.a. die Incoterms sowie die Richtlinien für *Dokumentenakkreditive und *Dokumenteninkassi überarbeitet und herausgibt.
IDA	International Development Association, Tochtergesellschaft der *Weltbank, die sich mit der Finanzierung von Projekten in den ärmsten Ländern befasst.
IFC	International Finance Corporation, Tochtergesellschaft der *Weltbank, die sich mit der Finanzierung von privaten Projekten auf Basis einer *Kofinanzierung befasst, größtenteils in *Schwellenländern.
Illiquidität	Zustand der Zahlungsunfähigkeit eines Unternehmens, in dem keine ausreichenden finanziellen Mittel mehr vorhanden sind, um die fälligen Verbindlichkeiten bezahlen zu können.
Im Geld	*Option, die einen *inneren Wert aufweist. Bei einer *Call-Option ist dies der Fall, wenn der *Tageskurs höher ist als der *Basispreis, bei einer *Put-Option, wenn der Basispreis höher ist als der Tageskurs.
IMF	International Monetary Fund, *Internationaler Währungsfonds.
Immaterielle Werte	Vermögenswerte eines Unternehmens, die nicht objektiv quantifizierbar (in Zahlen ausdrückbar) sind, beispielsweise der Firmenwert, Markenrechte, Patente etc.
Immobilienfonds	Investmentgesellschaften, deren Fondsvolumen ausschließlich in Immobilien (*Grundstücke, Zinshäuser, Bürogebäude etc.) angelegt wird und die an ihre Investoren Immobilienzertifikate emittieren.
Immobilienleasing	Errichtung und Vermietung von Bauobjekten wie beispielsweise Hotelanlagen, Bürogebäuden, Fabriken, Lagerhallen, *Grundstücken etc. durch eine Spezialgesellschaft. Das Objekt kann vom Mieter gegen Zahlung der Leasingraten voll genützt und später gegen Zahlung eines Abschlagsbetrages eventuell in das Eigentum übernommen werden. Eigentümer und wirtschaftlicher Risikoträger bleibt während der Vertragsdauer die Leasinggesellschaft. *Leasing.
In the money	Option, die *im Geld ist.

Incoterms	International Commercial Terms. Die 13 Incoterms werden von der Internationalen Handelskammer ICC in Paris publiziert und regeln bei Transportgeschäften den Kosten- und Risikoübergang zwischen Verkäufer und Käufer. Keine Regelung im Rahmen der Incoterms finden die Zahlungs- und die sonstigen Lieferbedingungen sowie etwaige Eigentumsvorbehalte.
Index	Kennzahl, die zu statistischen Vergleichszwecken ermittelt wird. Ein Index stellt entweder einen Durchschnittswert von verschiedenen Größen dar (z.B. *Aktienindex) oder aber er bezieht sich auf eine Ausgangsbasis, die meistens mit 100 gleichgesetzt wird und bei der die späteren Vergleichszahlen des Index sich stets auf diese Ausgangsbasis beziehen (z.B. *Verbraucherpreisindex).
Index der Verbraucherpreise	Maßstab für die Inflationsentwicklung, dem ein alle zehn Jahre neu definierter Warenkorb zugrunde gelegt wird und dessen Wert monatlich berechnet und als *Index publiziert wird. In Verwendung stehen national berechnete Indizes (derzeit VPI 1996) sowie über mehrere Länder einheitlich berechnete EU-Indizes.
Indexfonds	*Investmentfonds, der ausschließlich in jene Aktien investiert, die auch in einem repräsentativen Index enthalten sind.
Indexierung	Bindung einer monetären oder anderen quantifizierbaren Größe an einen Index als Bezugsgröße, z.B. Bindung der Mieten und Versicherungsprämien an den *Index der Verbraucherpreise.
Indifferente Geschäfte	Durchlaufende Bankgeschäfte, die in der Bilanz weder auf der Aktivseite noch auf der Passivseite einen direkten Niederschlag finden, z.B. *Dienstleistungsgeschäfte.
Indirekte Kursnotierung	Unrunde Einheiten an Fremdwährung, die für den Erwerb einer Einheit an Heimatwährung (*Basiswährung) erforderlich sind. Diese Kursnotierung, auch als Mengennotierung bezeichnet, ist nach Einführung des *Euro vorherrschend.
Indoorautomat	Bankserviceautomat, der in den Kassenräumlichkeiten von Banken zur Geldbehebung, Kontenstandsabfrage und zum Ausdruck von Kontoauszügen für institutseigene Kunden zur Verfügung steht.
Indossament	Schriftliche Erklärung auf einem Orderpapier, in der Regel auf dessen Rückseite, mit der der alte Inhaber (*Indossant) das sich aus dem Orderpapier begründende Eigentumsrecht auf den im Indossament genannten neuen Eigentümer (*Indossatar) überträgt. Wird der neue Eigentümer namentlich nicht genannt, handelt es sich um ein Blankoindossament.

Indossant	Derjenige, der seine Rechte aus einem *Orderpapier durch *Indossament an einen neuen Eigentümer weitergibt.
Indossatar	Empfänger und somit neuer Eigentümer eines *Orderpapiers, der die im Papier verbrieften Rechte durch *Indossament übertragen bekommt.
Inflation	Verminderung der Kaufkraft des Geldes, bedingt durch die Ausweitung der umlaufenden Geldmenge, die unter anderem bei gleichbleibender oder nicht im gleichen Verhältnis zunehmender Warenmenge zu einem Anstieg der Preise führt; Gegenteil: *Deflation. *Index der Verbraucherpreise.
Informationsmanagement	Summe aller Maßnahmen, die den Informationsnutzen durch Abbau von Doppelinformationen und nicht bedarfsgerechter Informationsaufbereitung bzw. fehlender Information einerseits sowie durch die Verkürzung der Informationsbeschaffungs- und -verarbeitungszeit andererseits erhöhen.
Informations-terminal	Selbstbedienungsgerät in Foyers oder Kassenzimmern von Kreditinstituten, das über Bankdienstleistungen zum Teil *interaktiv bzw. über *Touch-Screen-Monitore informiert.
Inhaberaktie	Auf den Inhaber, somit auf keinen bestimmten Namen lautende Aktie, deren Eigentümerwechsel durch einfache Übergabe erfolgt; Gegenteil: Namensaktie.
Inhaberpapier	Wertpapier, bei dem der Berechtigte nicht namentlich genannt ist. Jeder Inhaber ist als rechtmäßiger Eigentümer legitimiert. Gegenteil: Namenspapier.
Inhaberscheck	Überbringerscheck, bei dem die Angabe des Namens des Begünstigten fehlt. Die Weitergabe der Rechte aus diesem Scheck erfolgt durch bloße Übergabe. *Scheck.
Inkassogeschäft	Einziehung von *Schecks, *Wechseln oder sonstigen Forderungen durch Banken für fremde Rechnung.
Inkubator	Risikokapitalgeber, der sich auf Wachstumsunternehmen konzentriert, die sich noch in der Frühphase ihrer Entwicklung befinden und sich nicht nur kapitalmäßig, sondern auch arbeitsmäßig engagiert. Im Gegensatz zu *Business Angels bietet ein Inkubator auch infrastrukturelle Unterstützung durch die Zurverfügungstellung von Büroräumlichkeiten, EDV-Struktur, die Übernahme wesentlicher Teile der Administration etc.
Inländische Investmentfonds	*Kapitalanlagefonds inländischer Kapitalanlagegesellschaften, die gemäß *Investmentfondsgesetz 93 gebildet wurden. *Immobilienfonds gehören nicht dazu.

Innenfinanzierung	All jene Finanzierungsinstrumente, bei denen zusätzliches Kapital aus dem Unternehmen heraus aufgebracht wird, vor allem durch die Einbehaltung von Gewinnen, den Verkauf nicht mehr benötigten Vermögens sowie die Finanzierung über Rückstellungen und Abschreibungen.
Innerer Wert	Jener Teil des *Optionspreises, mit dem die *Option *im Geld ist. Bei *Call-Optionen handelt es sich um die Differenz zwischen höherem *Tageskurs und niedrigerem *Basispreis, bei *Put-Optionen um die Differenz zwischen höherem Basispreis und niedrigerem Tageskurs.
Innovation	Aktivitäten und Maßnahmen, die auf die Entwicklung und Einführung neuer Produkte und Produktqualitäten, neuer Verfahren und Methoden, neuer Organisationsformen etc. abzielen. Innovation ist gleichbedeutend mit wirtschaftlichem Fortschritt. Die Wettbewerbsfähigkeit eines Landes auf dem internationalen Markt hängt wesentlich davon ab, ob es gelingt, neue Produkte und Verfahren zu entwickeln und erfolgreich umzusetzen.
Insider	Person, die über geheime, (noch) nicht allgemein zugängliche und für die Bildung von Börsenkursen wichtige Informationen verfügt und diese zum eigenen Nutzen verwerten möchte.
Insolvenz	Zahlungsunfähigkeit eines Unternehmens bzw. einer Privatperson, Resultat der Insolvenz ist ein *Ausgleich oder ein *Konkurs.
Institutionelle Investoren	Investoren, die die Rechtsform einer juristischen Person aufweisen und die Kapital poolen, um es anschließend in eine Vielzahl von Projekten zu investieren, z.B. Versicherungsgesellschaften, Pensionsfonds, *Investmentfonds etc.
Interaktivität	Eigenschaft von Kommunikationssystemen, die dem Benutzer eine aktive Einflussnahme auf die Kommunikation und dadurch eine Two-way-communication ermöglichen, z.B. bei interaktiven *Informationsterminals. Der Ablauf des Programms wird erst durch die Eingabe des Anwenders festgelegt.
Interbankrate	Zinssatz für Ausleihungen zwischen Kreditinstituten am Euromarkt. Die wichtigsten Zinssätze sind der *LIBOR und der *Euribor.
Interessengemeinschaft	Vertraglicher Zusammenschluss zweier oder mehrerer Unternehmen zur zumindest temporären Zusammenarbeit auf bestimmten Gebieten oder zur Durchsetzung gemeinsamer Ziele.
Interest Rate Swap	Tausch von zukünftigen Zinszahlungsverpflichtungen in unterschiedlichen Zinszahlungsmodalitäten, aber in der gleichen Währung, z.B. Tausch fixer Zinszahlungsverpflichtungen gegen variable oder umgekehrt. Der Vorteil eines Swaps liegt in der optimalen Gestaltung der zukünftigen

	Verbindlichkeitenstruktur sowie in der Lukrierung von Zinsvorteilen, sofern beide Tauschpartner unterschiedliche *Bonitäten aufweisen.
Interkalarzinsen	Zinsbetrag, der von einem Zwischentermin bis zur nächsten ordentlichen Zinsfälligkeit oder von einer ordentlichen Zinsfälligkeit bis zu einem Zwischentermin läuft (Bruchzinsen, Zwischenzinsen).
Internationale Bank für Wiederaufbau und Entwicklung	*Weltbank
Internationaler Kapitalverkehr	Sämtliche Kapitalbewegungen mit allen Finanzinstrumenten zwischen Ländern mit verschiedenen Währungen und unterschiedlichen rechtlichen Rahmenbedingungen.
Internationaler Währungsfonds (IWF)	Engl. = International Monetary Fund (IMF). Aufgrund des 1944 von den alliierten Staaten in *Bretton Woods (USA) abgeschlossenen Abkommens geschaffen, nahm der IWF seine Tätigkeit 1946 in Washington auf. Sein Ziel ist die Erhaltung geordneter Währungsverhältnisse in den einzelnen Mitgliedsländern, die im Falle von Zahlungsbilanzschwierigkeiten durch Kredite unterstützt werden. Bei der Mitgliedschaft, die jedem Staat offen steht, wird jedem Land eine Fondsquote je nach Wirtschaftsgröße und Anteil am Welthandel zugeteilt. Entsprechend dieser Quote werden die finanziellen Verpflichtungen sowie die Kreditierungsrechte und der Stimmenanteil festgelegt. Österreich ist Vollmitglied des IWF.
Internationaler Zahlungsverkehr	Grenzüberschreitender Zahlungsausgleich im internationalen Güter- und Dienstleistungsverkehr.
Internationales Institut der Sparkassen (IIS)	Das IIS wurde am 26. 6. 1925 als „Internationales Institut des Sparwesens“ gegründet. Der Name wurde 1963 in „Internationales Institut der Sparkassen“ abgeändert. Das IIS saß bis 1947 in Mailand, zwischen 1947 und 1968 in Amsterdam und ab 1969 in Genf. 1994 wurde es als Weltinstitut der Sparkassen nach Brüssel verlegt.
Interner Zinsfuß	Jener Zinssatz, den ein Investitionsprojekt über seine Nutzungsdauer verteilt erwirtschaftet.
Interventionspunkte	Untere und obere Kursgrenzen bei der Schwankung von Wechselkursen, bei denen die jeweilige Zentralbank des Landes verpflichtet ist, kursregulierend einzugreifen.
Inventarwert	ist das gesamte *Fondsvermögen eines Kapitalanlagefonds aktuell bewertet (*Bewertung).
Inventur	Vorgang der Ermittlung aller physischen Lagerbestände eines Betriebes zu einem bestimmten Stichtag.
Investitionen	1. Finanzinvestitionen: Kapitalanlagen im Allgemeinen, unabhängig von der Fristigkeit.

2. Realinvestitionen: Langfristige Anlagen von Unternehmen in Form von Gebäuden, Maschinen, Forschungsprojekten etc.

3. Humaninvestitionen: Erhöhung des Ausbildungsstandes der Mitarbeiter, ihrer Fähigkeiten etc.

Investitionsförderung

Die Förderung von Investitionen kann durch indirekte Maßnahmen (Steuerbegünstigungen) oder durch direkte Maßnahmen erfolgen. Die direkte Förderung ist in der Regel projektgebunden, sie muss beim jeweiligen Förderungsträger beantragt werden und den Förderungsrichtlinien entsprechen. Die direkte Förderung kann durch Investitionskostenreduzierungen (nicht rückzahlbare Förderungszuschüsse), Kreditkostenreduzierungen (zinsbegünstigte Kredite und Zinszuschüsse) oder Risikoreduzierungen (Bürgschaften) erfolgen. Förderungsträger sind die *Gebietskörperschaften, Sondergesellschaften (wie der *FFF-Fonds zur Förderung der Gewerblichen Forschung, die *BÜRGES Förderungsbank, der *ERP-Fonds etc.) sowie die Interessenvertretungen (Kammern).

Investitionskredit

Kredit, der zur Finanzierung des Anlagevermögens von Produktions- oder Dienstleistungsunternehmen dient. Durch einen Investitionskredit wird Vermögen finanziert, das dem Unternehmen längerfristig zur Verfügung steht, beispielsweise Produktionsanlagen, Fuhrpark, Bürogebäude etc. *Produktionskredit.

Investmentanteil

auch Anteilschein oder Miteigentumsanteil genannt, ist jenes Wertpapier, welches das anteilige Miteigentum am Fondsvermögen eines Kapitalanlagefonds verbrieft. Investmentanteile sind Wertpapiere mit einigen Besonderheiten. So haben sie beispielsweise keinen Nennwert (sie lauten daher nicht auf Nominale 100 oder 1.000, sondern auf 1, 10 oder 100 Stück), vielmehr wird ihr Wert durch eine schlichte Division ermittelt (und das täglich): Gesamtvermögen eines Fonds (*Inventarwert) durch die Anzahl der (ausgegebenen) Anteile (*errechneter Wert).

Investmentbank

Spezialbank, die sich nicht auf die Vergabe von Krediten spezialisiert, sondern auf die Durchführung von Wertpapieremissionen sowie den gesamten Bereich des innovativen Finanz- und Risikomanagements eines Unternehmens.

Investmentfonds

Von speziellen *Kapitalanlagegesellschaften gegründete eigene Verrechnungskreise bzw. Sondervermögen (Fonds), in denen das Fondsvermögen je nach Ausrichtung und Zielsetzung in unterschiedliche Finanzierungsinstrumente, Länder, Branchen und Unternehmen investiert wird. Investmentfonds sammeln das Kapital von *institutionellen und privaten Investoren, die im Gegenzug für ihre Kapitalbereitstellung Fondsanteile (*In-

vestmentzertifikate) erhalten. In Bezug auf Anlagekategorien lassen sich *Rentenfonds (investieren nur in *festverzinsliche Wertpapiere), *Aktienfonds (investieren nur in *Aktien) sowie gemischte Fonds (investieren sowohl in festverzinsliche Wertpapiere als auch in Aktien) unterscheiden.

Investmentfondsgesetz	abgekürzt InvFG ist die übliche Bezeichnung für das „Bundesgesetz über Kapitalanlagefonds“. Das InvFG wurde 1993 komplett überarbeitet und den Richtlinien der Europäischen Union (*OGAW) angepasst und zuletzt Anfang 1998 wesentlich erweitert. Es regelt so gut wie alle Details der Fondsgeschäfte in Österreich, einschließlich der steuerlichen Behandlung. Das Hauptanliegen des InvFG ist wohl der Schutz des Anlegers, daher stehen insbesondere die Aspekte der Sicherheit, der Kontrolle und die Publizitätsbestimmungen im Vordergrund.
Investmentzertifikat	Wertpapier, das einen Miteigentumsanteil an einem *Investmentfonds verbrieft. Der Wert eines Investmentzertifikats ergibt sich durch Bewertung aller Papiere des Fonds zu Tageskursen plus vorhandener Barguthaben aus nicht wieder-veranlagten Verkaufserlösen, *Zinsen und *Dividenden, dividiert durch die Anzahl der Fondsanteile. Der *Rücknahmepreis ist derjenige Preis, zu dem der Investmentfonds die Anteile jederzeit auf Wunsch des Besitzers zurückkaufen muss und entspricht dem täglich errechneten Preis.
Investor	<ol style="list-style-type: none">1. Finanzinvestor: Kapitalanleger, der Sparkapital längerfristig in Wertpapieren oder Unternehmensanteilen anlegt.2. Realinvestor: Unternehmer, der mit privatem oder fremdem Finanzkapital Realinvestitionen in Gebäude, Maschinen, Forschung etc. durchführt.
Investor Relations	Sämtliche Maßnahmen, mit denen ein börsennotiertes Unternehmen seine Aktionäre über laufende Entwicklungen informiert und versucht, bestehende Aktionäre zu behalten bzw. neue Aktionäre zu gewinnen.
IPO	Initial Public Offering, erstmaliger Börsengang eines Unternehmens mit der Ausgabe von Aktien.
IRR	Internal rate of return, *Interner Zinsfuß.
ISDN	Integrated Services Digital Network, ein digitales Netz für Telefonie, Fax- und Datenübertragung. Ein ISDN-Basisanschluss umfasst zwei B-Kanäle für die eigentliche Datenübertragung sowie einen D-Kanal für die Übertragung von Steuerungsinformationen. ISDN ermöglicht Übertragungsraten bis zu 64.000 bps bzw. bei Bündelung der beiden B-Kanäle auch 128.000 bps.
IWF	*Internationaler Währungsfonds

J

Jahresabschluss	Erstellung einer *Bilanz, *G&V-Rechnung sowie einer Kapitalflussrechnung am Jahresende, um die finanzielle Entwicklung eines Unternehmens zu dokumentieren.
Jahresüberschuss, Jahresfehlbetrag	Begriff der *G&V-Rechnung, der sich aus dem Saldo des *EGT (Ergebnis der Gewöhnlichen Geschäftstätigkeit) und dem außerordentlichen Ergebnis ergibt. Je nach Berücksichtigung der Steuerlast spricht man vom Jahresüberschuss vor oder nach Steuern.
Jahreszinssatz	Zinssatz für die Bereitstellung bzw. die Inanspruchnahme von Fremdkapital für die Dauer von einem Jahr, *Effektiver Jahreszinssatz, *Fiktiver Jahreszinssatz.
Joint Venture	Gemeinschaftsunternehmen zwischen zwei oder mehreren Unternehmen, meist aus unterschiedlichen Ländern, zur Verfolgung gemeinsamer Ziele. Joint Ventures stellen die intensivste Form der zwischenbetrieblichen Kooperation dar und werden nach vorhergehender sorgfältiger Prüfung meistens ohne zeitliche Begrenzung eingegangen. Es entsteht eine eigene juristische Einheit, an der alle am Joint Venture involvierten Vertragsparteien beteiligt sind, wobei die Beteiligung in der Zurverfügungstellung von Finanzkapital, Sachanlagen, Know-how, Kontakten, Kunden etc. erfolgen kann.
Junge Aktien	Im Rahmen von *Kapitalerhöhungen emittierte Aktien, die das *Grundkapital erhöhen. Die bestehenden Altaktionäre haben ein aliquotes Bezugsrecht für den Erwerb junger Aktien entsprechend ihrer Beteiligung. Aus Gründen der Attraktivitätserhöhung werden junge Aktien meist zu einem etwas niedrigeren Kurs emittiert als die Altaktien an der Börse notieren.
Junk bonds	Hochriskante *Anleihen mit entsprechend hoher Verzinsung von Schuldnern mit geringer *Bonität
Juristische Person	Rechtsgebilde, das von der Rechtsordnung als Träger von Rechten und Pflichten anerkannt wird und durch eigene Organe handelt. Juristische Personen sind z.B. *Aktiengesellschaften, *Gesellschaften mit beschränkter Haftung (GmbH), *Genossenschaften, Vereine, *Stiftungen, der Staat, Gemeinden etc.
Just-in-time	Begriff aus der Materialwirtschaft bzw. der Produktion, bei dem die Lagerhaltung auf ein absolutes Minimum reduziert ist und bei der die Anlieferung von Rohstoffen und Vormaterialien genau zum Zeitpunkt ihrer Produktion erfolgen muss.

K

KAG	*Kapitalanlagegesellschaft
Kapital	Vermögenswerte in Finanzform (Geld, *Wertpapiere für Eigenkapital- und Fremdkapitalinstrumente) oder Realform (Sachkapital).
Kapitalanlage	Längerfristige Anlage von Finanzkapital zur Erzielung eines laufenden Ertrages und/oder eines Wertzuwachses in Form von Kurssteigerungen.
Kapitalanlagefonds	Ein Kapitalanlagefonds, auch Investmentfonds oder Miteigentumsfonds genannt, ist ein überwiegend aus Wertpapieren bestehendes Sondervermögen, das in gleiche, in Wertpapieren verkörperte Anteile zerfällt, und im Miteigentum der Anteilinhaber steht (Originalwortlaut des § 1 Abs. 1 *Investmentfondsgesetz). Immobilienfonds sind demnach keine Kapitalanlagefonds im Sinne des InvFG. Vergl. auch *ausländische Kapitalanlagefonds.
Kapitalanlagegesellschaft	Managementgesellschaft für die Verwaltung des Fondsvermögens eines *Investmentfonds
Kapitalberichtigung	Herabsetzung des Grundkapitals oder des Stammkapitals bei einer Kapitalgesellschaft zur Deckung von Verlusten
Kapitalbilanz	Teil der *Zahlungsbilanz, der sämtliche grenzüberschreitenden Kapitalbewegungen umfasst. Ihre zentralen Bestandteile sind die Bilanz der Direktinvestitionen von und nach Österreich, die Portfolioinvestitionen (Investitionen in Unternehmen bis zu einem Anteil von unter 25 % des Grundkapitals, d.h. ohne dem Ziel des Erreichens einer beherrschenden Stellung), sonstige Investitionen und Kapitalaufnahmen (Aufnahme und Rückzahlung von Auslandsanleihen bzw. Auslandskrediten, Zu- oder Abnahme der Guthaben österreichischer Kreditinstitute im Ausland und ausländischer Banken in Österreich etc.) sowie der Fluss der offiziellen Währungsreserven.
Kapitalbildung	Investition von erspartem Geldeinkommen. Kapitalbildung setzt einen Konsumverzicht (Sparen) zugunsten von Realinvestitionen voraus, denen allerdings durchaus Finanzinvestitionen zwischengeschaltet sein können.
Kapitalerhöhung gegen Einlagen	Unter einer Kapitalerhöhung gegen Einlagen versteht man die Erhöhung des *Grundkapitals einer *Aktiengesellschaft durch die Emission von *jungen Aktien. Andere Arten der Kapitalerhöhung umfassen die Ausgabe von *Gratisaktien, die *Bedingte Kapitalerhöhung sowie das *Genehmigte Kapital.
Kapitalertragsteuer (KESt)	Zinsen und Dividenden österreichischer Wertpapiere unterliegen der Kapitalertragsteuer. Damit sind die Einkommensteuer, Erbschaftsteuer und Schenkungssteuer abgegolten. Derzeit beträgt der Steuersatz 25 %.

Kapitalexport	Ausfuhr von Kapital in den verschiedensten Formen, z.B. durch Kauf von ausländischen *Anleihen und *Aktien, die Gewährung von Krediten an ausländische Schuldner, die Finanzierung von Filialbetrieben im Ausland etc.
Kapitalflussrechnung	Gegenüberstellung der Herkunft und Verwendung von Geldmitteln eines Unternehmens während eines Geschäftsjahres, *Cashflow.
Kapitalfreiheit	Eine der vier Grundfreiheiten, die den *Europäischen Binnenmarkt charakterisieren. Unternehmen und Bürger der EU können Kredite in sämtlichen EU-Ländern aufnehmen, Kapital veranlagen, eigene Konten unterhalten sowie Valuten und Devisen problemlos zwischen den EU-Staaten überweisen.
Kapitalgesellschaft	Auf Gewinn ausgerichtete juristische Person des privaten Rechts, an deren Kapital eine Vielzahl von Gesellschaftern beteiligt ist, die nicht persönlich mit ihrem gesamten Vermögen, sondern im Wesentlichen nur mit ihrer Kapitaleinlage haften. Zu den beiden Hauptformen zählen die *Aktiengesellschaft und die *Gesellschaft mit beschränkter Haftung.
Kapitalherabsetzung	Verminderung des Grundkapitals oder des Stammkapitals bei einer Kapitalgesellschaft zur Deckung von Verlusten
Kapitalisierung	Zuschreibung der Zinsen zu dem Kapital, von dem sie berechnet wurden und mit dem gemeinsam sie in der nächsten Zinsperiode verzinst werden.
Kapitalmarkt	Jener Teil eines *Finanzmarktes, auf dem mittel- und langfristiges Kapital (mit einer Laufzeit von mehr als einem Jahr) gehandelt wird. Gegenteil: *Geldmarkt, auf dem kurzfristiges Geld (mit einer Laufzeit von bis zu einem Jahr) gehandelt wird. Typische Finanzierungsinstrumente des Kapitalmarktes sind Aktien, Anleihen, Darlehen, länger laufende Kredite etc.
Kapitalmarktförderung	Maßnahmen, die auf eine Belebung des Kapitalmarktes und seines langfristigen Wertpapiergeschäftes abzielen.
Kapitalstruktur	Verhältnis zwischen Eigenkapital und Fremdkapital
Kapitalverkehrsbilanz	*Kapitalbilanz
Kapitalwert	*Barwert der zukünftigen Einzahlungsüberschüsse abzüglich des Investitionsbetrages
Kartell	Unsaubere Vereinbarungen selbständig bleibender Unternehmen der gleichen Branche und Wirtschaftsstufe für bestimmte geschäftliche Aktivitäten, um durch einheitliche Preis-, Konditionen- oder Produktionsvereinbarungen den Markt zu ihren eigenen Gunsten zu beeinflussen.

Kassageschäft	Börsenabschlüsse, die von beiden Vertragsparteien sofort oder innerhalb kurzer Zeit (meist zwei Tage) erfüllt werden müssen, Gegenteil: Termingeschäft.
Kassamarkt	Zeitlicher Zusammenfall von Geschäftsabschluss und Erfüllung, Gegenteil: Terminmarkt.
Kassatag	Erfüllungs- und Abrechnungstag für an der *Börse getätigte Wertpapiergeschäfte, unabhängig davon, ob es sich um *Kassa- oder *Termingeschäfte handelt.
Kassenobligationen	Kurz- bis mittelfristige Wertpapiere, die von Kreditinstituten an *institutionelle und private Investoren ausgegeben werden, um einerseits den eigenen Geldbedarf zu decken und andererseits ihren Anlegern eine besser verzinsten Alternative zu bestehenden klassischen Sparformen anzubieten.
Kassenscheine	Kurz- bis mittelfristige *Wertpapiere, die in der Regel für *institutionelle Anleger gedacht sind.
Katastralgemeinde	Bezeichnung im *Grundbuch über die Zusammenfassung mehrerer Grundbuchkörper (Liegenschaften). Die Katastralgemeinde deckt sich im Allgemeinen mit den Grenzen der politischen Gemeinden.
Kaufkraft	Menge der Güter, die man für eine bestimmte Geldeinheit kaufen kann, gilt sowohl auf gesamtwirtschaftlicher als auch auf privatwirtschaftlicher Ebene.
Kaufkraftparität	Gleichheit des Preisniveaus zwischen zwei Währungsgebieten. Ziel ist es, in beiden Ländern für einen bestimmten Warenkorb die „gleiche“ Menge an Geld bzw. Kaufkraft auszugeben.
Kaution	Hinterlegte Geldsumme oder Garantie, die zur Sicherstellung eines bestimmten monetären Anspruches (z.B. Schadenersatz) oder einer vertraglich festgelegten Leistung durch den Kautionspflichtigen dient. Die Kaution kann je nach Vereinbarung vom Kautionspflichtigen selbst oder von einem Dritten erbracht werden.
Kautionskredit	Haftung eines Kreditinstitutes für den Kautionskreditnehmer gegenüber Dritten für die ordnungsgemäße Erfüllung einer vom Kautionskreditnehmer zu erbringenden Leistung.
KEG	*Kommanditerwerbsgesellschaft
Kennzahl	Finanzwirtschaftliche Größe, die einen bestimmten betriebswirtschaftlichen Sachverhalt in einer einzigen Zahl ausdrückt und leicht zu interpretieren bzw. mit anderen Unternehmen oder Planzahlen zu vergleichen ist.

Kernkapital	Teil der vollständig haftenden Eigenmittel eines Kreditinstitutes, die dem Kreditinstitut entweder vom Aktionär auf Unternehmensdauer zur Verfügung gestellt werden oder aus einbehaltenen Gewinnen resultieren. Bestandteile des Kernkapitals sind vor allem das Grundkapital, das *Partizipationskapital sowie Rücklagen (z.B. die *Hafrücklage). Derzeit beläuft sich die erforderliche Höhe des im Rahmen der Basler Kapitalkonvention festgelegten Kernkapitals auf 4 % des risikogewichteten Vermögens einer Bank (auch „Tier 1-Kapital“ genannt). „Tier 2-Kapital“ bezeichnet die Höhe aller Rückstellungen, die bei der Vergabe von Krediten in den Eigenmitteln vorgenommen werden müssen. Tier 1- und Tier 2-Kapital müssen insgesamt 8 % des risikogewichteten Vermögens betragen.
Keynes	John Maynard Keynes, britischer Nationalökonom (1883-1946), der in seinem 1936 erschienenen Hauptwerk „Die allgemeine Theorie der Beschäftigung, des Zinses und des Geldes“ nachwies, dass sich in einer Marktwirtschaft der Zustand eines nichtinflationären Vollbeschäftigungsgleichgewichtes nicht von selbst einpendelt, sondern durch wirtschaftspolitische Maßnahmen des Staates (antizyklische Budgetpolitik in Form eines *Deficit spending, Politik des billigen Geldes) herbeigeführt werden muss.
KG	*Kommanditgesellschaft
KGV	Kurs-Gewinn-Verhältnis; Kennzahl der Unternehmensbewertung, die anzeigt, auf das Wievielfache des Jahresgewinnes sich der Unternehmenswert beläuft bzw. wie viele Jahre man benötigt, um durch die laufend ausgeschütteten Jahresgewinne den Kaufpreis der Aktie zu amortisieren.
Kleinkredit	Kredit zur Finanzierung von persönlichen Bedürfnissen wie etwa Wohnungskauf, Autokauf etc., der vorwiegend von unselbständig Erwerbstätigen aufgenommen wird, *Privatkredit.
Kleinkreditkataster	Zentrale Kartei, in der *Verbraucher Kredite, vorwiegend von unselbständig Erwerbstätigen, erfasst werden. Der Kleinkreditkataster wird vom *Kreditschutzverband von 1870 geführt und dient Kreditinstituten vor Kreditvergaben für Bonitätsauskünfte.
KMU	Kleine und mittlere Unternehmen
Kofinanzierung	Finanzierungsart, bei der mehrere Kapitalgeber gemeinsam Kapital aufbringen, um einerseits besonders hohe Finanzierungsvolumina darzustellen sowie andererseits das Risiko zu teilen. Kofinanzierung tritt vor allem bei der Involvierung von *supranationalen *Entwicklungsbanken auf.

Kommanditerwerbsgesellschaft	*Erwerbsgesellschaft, bei der zumindest ein Gesellschafter unbeschränkt haftet (d.h. auch mit seinem Privatvermögen, vgl. *Komplementär) und mindestens ein Gesellschafter nur mit seiner Kapitaleinlage (vgl. *Kommanditist).
Kommanditgesellschaft	Personengesellschaft, bestehend aus persönlich haftenden Gesellschaftern (Komplementäre) und nur mit ihrer Vermögenseinlage haftenden Gesellschaftern (Kommanditisten).
Kommanditist	Gesellschafter einer *Kommanditgesellschaft oder *Kommanditerwerbsgesellschaft, der nur mit seiner Einlage, nicht jedoch mit seinem Privatvermögen haftet.
Kommerzbanken	Gewinnorientierte Banken, die in erster Linie Kredite an Firmenkunden vergeben.
Kommerzkredit	Kredite an selbständig Erwerbstätige, Kaufleute, Personengesellschaften des Handelsrechts, Kapitalgesellschaften, Genossenschaften, Vereine etc. für die Finanzierung von betrieblichen Investitionen, *Betriebsmittelkredit, *Investitionskredit.
Kommission	Maklergebühr, Courtage, Entschädigung des Kreditinstitutes für seine Vermittlung beim Wertchriftenhandel oder für andere Dienstleistungen.
Kommunalbriefe	Verbrieftes und an der Börse handelbares Darlehen an kommunale *Gebietskörperschaften, wobei in der Mehrzahl der Fälle die zukünftigen Einnahmen als Sicherung verwendet werden. Kommunalbriefe sind verbrieft Großkredite in hohen Stückelungen, die ähnlich den *Pfandbriefen von einer Vielzahl an Finanzinvestoren gekauft und an der Börse gehandelt werden können.
Kommunaldarlehen	Darlehen an Gemeinden und an in kommunalem Eigentum stehende Unternehmen zur langfristigen Finanzierung, insbesondere von Infrastrukturinvestitionen wie Schulen, Krankenhäusern, Wasserversorgungsanlagen etc.
Kommunikationspolitik	Instrument des *Marketing-Mix, bei dem unternehmens-, produktspezifische oder kundenorientierte Informationen den jeweiligen *Zielgruppen angepasst und an diese über ein Informationsmedium weitergeleitet werden. Man unterscheidet Werbung im engeren Sinn, Public Relations (*Öffentlichkeitsarbeit), Sales Promotion (Maßnahmen der *Verkaufsförderung) und Persönlichen Verkauf.
Komparativer Vorteil	Begriff aus der Außenhandelstheorie, der von Ricardo geprägt wurde und im weiteren Sinne relative Wettbewerbsvorteile eines Landes bei der Produktion von Waren im Vergleich zu anderen Ländern umfasst. Für relative Wettbewerbsvorteile ist es nicht entscheidend, welches Land die nominell höheren Produktionskosten aufweist, sondern wie sich das Verhältnis der Produktionskosten zueinander gestaltet. Im Zweiländer-/Zwei-

	<p>produktvergleich soll sich das Land mit den höheren Produktionskosten bei beiden Waren auf die Herstellung jenes Gutes konzentrieren, bei denen der Produktionskostennachteil (Kostenunterschied) geringer ist, während das Land mit den niedrigeren Produktionskosten bei beiden Waren die Herstellung jenes Gutes übernehmen sollte, bei denen der Produktionskostenvorteil höher ist.</p>
Kompensationsgeschäft	<p>Eine Art von *Gegengeschäft, bei dem ein Exporteur verpflichtet ist, als Gegenleistung vom Importeur produzierte Waren abzunehmen, die ansonsten auf dem Weltmarkt nur sehr schwer abzusetzen wären. Gegengeschäfte waren vor allem mit osteuropäischen Ländern sowie mit Schwellenländern von Relevanz und haben in den vergangenen Jahren viel von ihrer Bedeutung eingebüßt.</p>
Komplementär	<p>Gesellschafter einer *Kommanditgesellschaft oder *Kommanditerwerbsgesellschaft, der nicht nur mit seiner Einlage, sondern auch mit seinem Privatvermögen haftet.</p>
Kondition	<p>Sämtliche Bedingungen, die anlässlich der vertraglichen Erfüllung einer Lieferung oder Leistung gültig sind, im Wesentlichen Lieferbedingungen und Zahlungsbedingungen.</p>
Konjunktur	<p>Gesamtzustand einer Volkswirtschaft, insbesondere in Bezug auf Wirtschaftswachstum, Beschäftigungsniveau, Inflation, Auftragslage etc. *Hochkonjunktur, *Depression.</p>
Konjunkturpolitik	<p>Sämtliche wirtschaftspolitischen Maßnahmen zur Beeinflussung der *Konjunktur, insbesondere des Wirtschaftswachstums und der Auftragslage in besonders wichtigen Branchen.</p>
Konkurs	<p>Gerichtliches Verfahren für *insolvent gewordene Unternehmen oder Privatpersonen mit dem Ziel, das restliche Vermögen des Schuldners nach Berücksichtigung der *Aussonderungs- und *Absonderungsansprüche auf die einzelnen Gläubiger unter Rücksichtnahme auf ihren *Gläubigerstatus zu verteilen. Ein in Konkurs gegangenes Unternehmen kann im Gegensatz zu einem in *Ausgleich befindlichen Unternehmen seine geschäftliche Tätigkeit nicht mehr fortsetzen.</p>
Konkursmasse	<p>Das gesamte für die Bedienung der Gläubiger zur Verfügung stehende Finanz- und Realvermögen eines Schuldners im Rahmen eines Konkursantrages abzüglich der Kosten für die Konkursabwicklung und des Masseverwalters.</p>
Konnossement	<p>Schiffahrtsfrachtbrief mit Wertpapiercharakter. Das Konnossement ist ein Transportdokument für den Nachweis des Warenversands per Schiff und besitzt die *Traditionspapiereigenschaft, derzufolge der Besitz am Dokument gleichbedeutend ist mit dem Eigentum an der Ware.</p>

Konsolidierung	<p>1. Einheitliche Zusammenfassung der *Bilanzen und *Gewinn- und Verlustrechnungen von Tochtergesellschaften bzw. assoziierten Unternehmen bei der Konzernmutter.</p> <p>2. Gegenbewegung der Börsenkurse nach einer stark steigenden oder stark fallenden Phase.</p> <p>3. Umwandlung älterer bzw. schwebender Schulden in feste, möglichst langfristige Schulden.</p>
Konsolidierungskredit	Meistens langfristiger Kredit zur Umschuldung von mehreren kurzfristigen Verbindlichkeiten.
Konsortien	Mitglieder eines *Konsortiums
Konsortialgeschäft	Gemeinschaftliche Transaktion (Kredit, Emission einer Anleihe etc.) mehrerer Geldinstitute, die sich zu diesem Zwecke temporär zusammenschließen.
Konsortialkredite	Gemeinschaftliche Kreditvergabe durch mehrere Kreditinstitute, wobei ein Kreditinstitut die Führungsrolle des *Lead managers übernimmt. Sinn eines Konsortialkredits ist die Aufbringung besonders hoher Kreditvolumina, die Vermeidung der Überschreitung von *Obligogrenzen bzw. die Verteilung des Risikos auf mehrere Vertragspartner.
Konsortium	Temporäre Vereinigung mehrerer Unternehmen zur gemeinsamen Durchführung von Konsortialgeschäften.
Konsulatsfaktura	Handelsrechnung, die vom Konsulat des Importeurslandes im Land des Exporteurs in Bezug auf die Korrektheit des Vertragspreises bestätigt ist.
Konsumentenschutzgesetz	Gesetz, das Verbrauchern in Rechtsgeschäften mit Unternehmen einen verstärkten Schutz vor Übervorteilung bzw. nicht vertragskonformer Erfüllung bieten soll.
Konsumgüter	Güter des privaten Konsums, die konsumiert im Sinne von verbraucht oder „verzehrt“ werden und mit denen keine anderen Produkte oder Dienstleistungen erstellt werden; Gegenteil: *Produktionsgüter.
Konsumkredit	Kredit für den Erwerb von Konsumgütern, auch als *Privatkredit bzw. *Verbraucherkredit bezeichnet; Gegenteil: *Investitionskredit.
Konto	Ital. = Rechnung. Verrechnungseinheit bei einer Bank, in der sämtliche finanzielle Transaktionen des Kontoinhabers verzeichnet sind. Je nach primärem Verwendungszweck unterscheidet man zwischen *Girokonto, *Privatkonto und *Sparkonto.
Kontoauszug	Übersicht über sämtliche finanziellen Bewegungen auf einem Konto. Der Kontoauszug enthält Belastungen (Soll) und Gutschriften (Haben) und zeigt den jeweiligen Kontostand (Saldo).

Kontoeröffnungsauftrag	Zwischen Kreditinstitut und Kunden geschlossener Vertrag über die Eröffnung eines Kontos und die Beauftragung zur weiteren Führung, Verzinsung und Abrechnung eines *Kontos. Der spezifische Inhalt dieses Vertrages ist in den *Allgemeinen Geschäftsbedingungen der österreichischen Kreditunternehmungen und in den Besonderen Bedingungen für den Giroverkehr der österreichischen Sparkassen festgehalten, die in jeder Geschäftsstelle aufliegen.
Kontofon	Möglichkeit für Kunden von Kreditinstituten, per Telefon auch außerhalb der Öffnungszeiten der *Zweigstellen ihren Kontostand abzufragen, Überweisungen zu tätigen, Daueraufträge zu erteilen und sonstige Finanzdienstleistungen in Anspruch zu nehmen.
Kontokorrentkredit	*Revolvierender Kredit, der bis zu einem bestimmten Höchstbetrag (Kreditrahmen) in Anspruch genommen werden kann. Ausgenützte und bereits getilgte Beträge können wiederum und ohne besondere Vereinbarung in Anspruch genommen werden. Die Zinsen werden weitgehend nur vom aushaftenden Betrag berechnet.
Kontoüberziehung	Abhebungen bzw. Überweisungen des Kunden von seinem Konto, die nicht durch ein Guthaben oder einen eingeräumten Kreditrahmen gedeckt sind. Durch eine Kontoüberziehung kommt der Kunde automatisch ins Minus und muss für den überzogenen Betrag Zinsen bezahlen.
Kontrahierungspolitik	Sämtliche Maßnahmen des *Marketing-Mix, die darauf abzielen, Preise und Konditionen (Lieferbedingungen, Zahlungsbedingungen etc.) entsprechend optimal zu gestalten.
Konvergenzkriterien	Darunter sind jene fünf Kriterien zu verstehen, die im Vertrag von *Maastricht festgelegt wurden und deren Einhaltung Voraussetzung für die Teilnahme eines EU-Mitgliedstaates an der (dritten Stufe der) *Europäischen Wirtschafts- und Währungsunion (EWWU) ist. Die Konvergenzkriterien beziehen sich auf die Preisstabilität (*Inflation), die Budgetpolitik (jährliches Nettodefizit), die Gesamtverschuldung des Staates, die Wechselkursstabilität und das langfristige Zinsniveau. Durch den *Stabilitätspakt soll gewährleistet werden, dass die Kriterien auch nach der Einführung des *Euro von den Teilnehmern erfüllt werden.
Konvertierung (Konversion)	<ol style="list-style-type: none"> 1. Umwandlung einer Anleihe in eine neue (meistens mit einem niedrigeren Zinsfuß) 2. Freie Umwechselbarkeit einer bestimmten Währung in eine andere
Konzern	Zusammenschluss mehrerer rechtlich selbständig bleibender Unternehmen unter einheitlicher Leitung zu wirtschaftlichen Zwecken, *Konsolidierung.

Konzernbilanz	Zusammenfassung der Bilanz einer Muttergesellschaft und ihrer Tochterunternehmen, wobei alle konzerninternen Beteiligungen und Forderungen gegenseitig aufgerechnet werden.
Konzession	Behördliche Bewilligung zum Betrieb eines Unternehmens bzw. eines Kreditinstitutes
Korrelationskoeffizient	Kennzahl, die den Gleichlauf zweier Wertpapiere bzw. zweier quantifizierbarer Größen miteinander ausdrückt und mit dem griechischen Buchstaben Rho (r) bezeichnet wird. Ein Korrelationskoeffizient von 1 bedeutet eine vollkommen idente Kursentwicklung, einer von -1 eine vollkommen gegengesetzte, ein Koeffizient von 0 bedeutet, dass keine Zusammenhänge in der Kursentwicklung bestehen.
Korrespondenzbank	Ausländische Bank, mit der ein heimisches Kreditinstitut zur Abwicklung seiner Geschäfte in ständiger Verbindung steht und dessen Bonität und Arbeitsweise gut bekannt sind.
Kostenartenrechnung	Teilbereich der betrieblichen Kostenrechnung, in dem buchhalterische Aufwände in Kosten übergeleitet werden.
Kostenbelastungsgrad	*Betriebsaufwendungen in Prozent der *Betriebsserträge. Dieser Prozentsatz zeigt an, wie stark die Betriebsserträge durch Betriebsaufwendungen belastet sind.
Kostenstellenrechnung	Teilbereich der betrieblichen Kostenrechnung, in dem die Kosten auf verschiedene Kostenstellen verteilt werden (z.B. Material, Fertigung, Verwaltung, Vertrieb etc.).
Kostenträgerrechnung	Teilbereich der betrieblichen Kostenrechnung, in dem die Kosten den einzelnen Produkten bzw. Dienstleistungen (= Kostenträger) zugerechnet werden.
Kotierung	Zulassung eines Wertpapieres oder einer vertretbaren Ware zum offiziellen Handel an der Börse.
Kredit	Lat. credere = Vertrauen 1. Vertragliche Vereinbarung zwischen Kreditgeber und Kreditnehmer, letzterem einen bestimmten Geldbetrag oder einen Höchstbetrag leihweise für eine bestimmte Dauer und zu vereinbarten Bedingungen zu überlassen. 2. Bezeichnung für das übereignete Kapital selbst. 3. Vertrauen in die Zahlungsfähigkeit einer Person oder eines Unternehmens.
Kreditbürgschaftsgesellschaft	In einzelnen Bundesländern von Kreditinstituten und der Wirtschaftskammer errichtete Gesellschaft, die die Bürgschaft für von Banken an

	<p>Klein- und Mittelbetriebe der gewerblichen Wirtschaft gewährte Kredite übernimmt. Dadurch sollen Schwierigkeiten bei der Kreditaufnahme aufgrund fehlender Sicherheiten auf Seiten der Klein- und Mittelbetriebe vermieden werden.</p>
Kreditfähigkeit	<p>Die persönliche bzw. unternehmensspezifische Fähigkeit, in Anspruch genommene *Kredite inkl. Zinsen aus den zukünftigen Einnahmen bzw. aus dem bestehenden Vermögensbestand zeitgerecht zurückzubezahlen.</p>
Kreditgenossenschaft	<p>Genossenschaft, die durch Kreditgewährung ausschließlich an ihre Mitglieder deren Erwerb und Wirtschaft fördert.</p>
Kreditinstitut	<p>Unternehmen, das gemäß Bankwesengesetz vom Bundesminister für Finanzen die Konzession erhalten hat, *Bankgeschäfte zu betreiben. Die Kreditinstitute gliedern sich in Österreich in folgende Sektoren:</p> <ul style="list-style-type: none"> – Sparkassensektor (mit Bank Austria, Erste Bank der oesterreichischen Sparkassen und den regionalen Sparkassen), – Sektor der Banken und Bankiers (z.B. Bank für Arbeit und Wirtschaft, 3-Banken-Gruppe mit Oberbank, Bank für Tirol und Vorarlberg, Bank für Kärnten und Steiermark), – Raiffeisensektor (mit der Raiffeisen-Zentralbank, den Raiffeisen-Landesbanken und den Raiffeisenkassen), – Sektor der Hypothekenbanken, – Sektor der Volksbanken (mit der Österreichischen Volksbank), – Sonderkreditinstitute (*Oesterreichische Kontrollbank) etc. <p>Neue Konzessionen werden nur erteilt, wenn das Kreditinstitut in einen dieser Sektoren eingeordnet werden kann.</p>
Kreditkarte	<p>Instrument des bargeldlosen Zahlungsverkehrs, das in bestimmten Geschäften, Hotels, Restaurants etc. verwendet werden kann. Der Kreditkarteninhaber anerkennt durch seine Unterschrift die Richtigkeit der Fakturen. Die Belastung erfolgt meistens einige Wochen später über das Konto bei einem Kreditinstitut. Die wichtigsten derzeit verwendeten Kreditkarten sind *Visa, MasterCard/Eurocard, AmericanExpress, Diners Club.</p>
Kreditor	<p>Jemand, der einem Geld geliehen oder gestundet hat, auch als Gläubiger bezeichnet; Gegenteil: Schuldner (Debitor).</p>

Kreditrahmen	Einräumung eines Kreditbetrages durch ein Kreditinstitut, bis zu dem ein potentieller Kreditnehmer sein Konto überziehen darf.
Kreditrestriktion	Währungspolitische Maßnahme der Zentralbank zur Einschränkung des Kreditvolumens, auch unter Kreditplafondierung bekannt.
Kreditrestschuldversicherung	Versicherung, die bei Eintritt des Versicherungsfalles (meistens Tod des Kreditnehmers) den aushaftenden Kreditbetrag tilgt.
Kreditschöpfung	Erhöhung der Geldmenge durch Kreditgewährung der Banken
Kreditschutzverband von 1870	Einrichtung, die Gläubigern in Insolvenzfällen Hilfestellung leistet und versucht, das Risiko von Kredit gebenden Banken möglichst gering zu halten. Der Kreditschutzverband von 1870 bietet außerdem noch eine Vielzahl von Dienstleistungen im Bereich der Früherkennung von Insolvenzrisiken sowie Maßnahmen für Unternehmen zur Vermeidung von *Insolvenzen und führt u.a. den *Kleinkreditkataster.
Kreditüberwachung	Alle Maßnahmen der Banken zur Kontrolle der ordnungsgemäßen Bedienung von Krediten sowie der laufenden Kreditfähigkeit des Kreditnehmers, vor allem jene Maßnahmen, die der Früherkennung und Reduzierung von Kreditrisiken dienen.
Kreditversicherung	Versicherung, mit denen Gläubiger ihre Kredite bzw. ihre aushaftenden (Liefer)-Forderungen gegen Prämienzahlung absichern können.
Kreditwesengesetz (KWG)	Vorläufer zum derzeit geltenden *Bankwesengesetz
Kumulative Dividende	*Dividende mit Nachbezugsrecht, mit der *Vorzugsaktien ausgestattet sein können. Dies bedeutet, dass die in einem Jahr ausgefallene Dividende in den nächsten Jahren bei einer besseren Unternehmensentwicklung nachträglich und zusätzlich zur laufenden Dividende ausbezahlt wird.
Kumuliert	Laufend berechnete Summengröße von bislang einzeln berechneten Werten bzw. Kennzahlen, z.B. würde der kumulierte Jahreswert für den Monat März die Summe der Werte der einzelnen Monate Jänner, Februar und März umfassen.
Kundenziel	Zahlungsfrist, die einem Kunden eingeräumt wird.
Kupon	In früheren Zeiten *Wertpapieren beigegebener Zins- oder Dividendenschein, der zum Bezug der fällig werdenden *Zinsen oder *Dividenden berechnete. Heutzutage werden Wertpapiere jedoch nicht mehr physisch gedruckt, sondern existieren nur noch als Computerausdruck auf *Wertpapierdepots, weshalb auch der Kupon nur mehr in immaterieller Form existiert.

Kuponbogen	Mehrere auf einem eigenen Bogen gedruckte Kupons
Kurs(wert)	Aktueller Marktwert von börsenmäßig gehandelten Wertpapieren, Devisen, Zinsen oder Rohstoffen, im Gegensatz zum anlässlich der Emission festgelegten Nominalwert.
Kursblatt	Regelmäßige, meist täglich erscheinende Publikation mit den Kursen der an einer Börse gehandelten Wertpapiere, die durch die Börse oder einen Finanzdienstleister zur Verfügung gestellt wird.
Kursgewinn	Wertzuwachs eines Wertpapiers bzw. eines sonstigen gehandelten Vermögensgutes
Kurs-Gewinn-Verhältnis	*KGV, Price-earnings-ratio
Kursnotierung	Verfahren, in dem festgelegt wird, welche Währung in Einheiten einer anderen Währung bewertet wird, es lassen sich die *direkte sowie die *indirekte Kursnotierung unterscheiden.
Kurspflege	Käufe oder Verkäufe von Aktien, meistens durch *Investmentbanken oder die beteiligten Unternehmen, in der Absicht, allzu heftige Kursbewegungen nach unten oder oben wie auch Zufallschwankungen zu verhindern oder abzuschwächen.
Kurssicherung	Sämtliche Absicherungsmaßnahmen gegen unvorteilhafte Kursschwankungen von börsegehandelten Werten, *Hedging.
Kursstützung	1. Erwerb von Aktien an der Börse durch die ausgebende Gesellschaft oder ihr nahestehende Kreise, um einen Kursrückgang zu vermeiden oder abzuschwächen. 2. Erwerb von schwachen Währungen durch Notenbanken.
Kurtage	*Courtage
KUV	Kurs-Umsatz-Verhältnis, Kennzahl der Unternehmensbewertung, die anzeigt, auf das Wievielfache des Umsatzes sich der Unternehmenswert beläuft.

L

Lagerschein	Dokument über die in einem Lagerhaus eingelagerten Waren
Lagerwesen	Gesamte Vorratshaltung eines Unternehmens. Die richtige Lagerhaltung, die die zeitliche Differenz zwischen Einkauf einerseits und Verbrauch bzw. Verkauf andererseits überbrücken soll, ist für Erzeugungsbetriebe genauso wichtig wie für Handelsbetriebe. Die Lagerhaltung verursacht nicht nur die eigentlichen mit der Einlagerung und Wartung verbundenen Kosten, sondern auch Zinskosten bzw. Opportunitätskosten für das in den gelagerten Waren gebundene Kapital sowie Bestellkosten.
Lagging	Bewusste Verzögerung von Zahlungen, um von positiven Kursentwicklungen profitieren zu können.
Länderrisiko	Politisches Risiko eines bestimmten Landes in Bezug auf die Gefahr eines Krieges bzw. die Verhängung von *Transferverboten und Moratorien.
Landwirtschaftskammer	Die Kammern für Land- und Forstwirtschaft (Landwirtschaftskammern) fungieren als Interessenvertretung der Selbständigen in der Land- und Forstwirtschaft. Jedes Bundesland verfügt über eine eigene Landwirtschaftskammer. Die gesamtösterreichischen Aufgaben werden von der Präsidentenkonferenz der Landwirtschaftskammern Österreichs in Wien wahrgenommen.
Large cap	Börsennotiertes Unternehmen mit einer extrem hohen Marktkapitalisierung, „cap“ steht für capitalization.
Lastschriftinzugsverkehr	Einzug wiederholt anfallender Geldforderungen in unterschiedlicher Betragshöhe von bestimmten Personen (Zahlungspflichtige) durch den Zahlungsempfänger über Girokonten. Für den Einzug besonders geeignet sind Strom- und Gasrechnungen, Telefongebühren etc.
Later-stage	Späte Entwicklungsphase eines Unternehmens, die durch etablierte Produkte und hohe Umsätze gekennzeichnet ist.
Laufende Notierung	*Fließhandel, variable Notierung. Während eines Börsenhandelstages wird laufend bei Abschluss neuer Aufträge ein neuer Kurs des gehandelten Wertes festgestellt, der mitunter geringfügig von den vorhergehenden Kursen abweichen kann. Eine laufende Notierung gibt es nur bei stark nachgefragten und intensiv gehandelten Werten. Gegenteil: *Einheitskurs.
Laufzeit	Frist bis zum Verfall bzw. zur Beendigung eines Vertrages bzw. der Tilgung eines Kredites etc.

Laufzeitfonds	nennt man Kapitalanlagefonds, die zu einem schon bei Emission bestimmten Zeitpunkt aufgelöst werden, die also im Unterschied zum normalen Fonds eine Laufzeit haben. Garantiefonds sind üblicherweise als Laufzeitfonds ausgeprägt.
LBO	*Leveraged-buy-out
Lead manager	Teilnehmende *Investmentbank eines *Emissionskonsortiums bzw. eines *Syndikats, die mit der kompletten Organisation und Abwicklung des Börsenganges betraut ist und sich der Hilfe verschiedener Partnerbanken bedient.
Leading	Bewusste Beschleunigung von Zahlungen, um von positiven Kursentwicklungen profitieren zu können.
Leasing	Engl. = Vermietung. Finanzierungsform, bei der u.a. Immobilien oder Mobilien von einer Leasinggesellschaft dem Leasingnehmer gegen Zahlung von Leasingraten zur Verfügung gestellt werden. Nach Ende des Leasingvertrags kann der Leasingnehmer das Objekt zum Restwert käuflich erwerben, der Leasinggesellschaft zurückstellen oder den Leasingvertrag verlängern. *Immobilienleasing, *Mobilienleasing, *Finanzierungsleasing, *Sale & Lease Back.
Leasingkauf	Kauf, bei dem der Erwerber (= Leasingnehmer) das Leasingobjekt in der Bilanz aktiviert und die Kaufpreisraten an die finanzierende Leasinggesellschaft bezahlt. Ein Leasingkauf kann zur Auflösung von in Vorperioden gebildeten Investitionsrücklagen bzw. aus sonstigen steuerlichen Gründen vorgenommen werden.
Lebensstandard	Niveau, das durch die Menge jener materiellen und immateriellen Güter und Dienstleistungen bestimmt wird, über die ein Haushalt bzw. eine Volkswirtschaft tatsächlich verfügt. Der Lebensstandard eines Volkes hängt von quantifizierbaren Größen wie etwa der Höhe seines Nationalproduktes und der gegebenen Verteilung des Einkommens und Vermögens ab, aber auch von nicht quantifizierbaren Faktoren wie Umwelt, Sicherheit, Infrastruktur, Freizeitangebot etc.
Lebensversicherung	Versicherung, bei der dem *Versicherungsnehmer bzw. Bezugsberechtigten für seine Prämienleistungen im Versicherungsfall, nämlich dem Erleben oder Ableben des Versicherten, eine im Voraus bestimmte Summe (meist zuzüglich einer Gewinnbeteiligung) ausbezahlt wird.
Leerkosten	Jener Teil der Fixkosten, der für die nicht genutzte Kapazität einer Maschine anfällt.
Leerverkauf	Möglichkeit zur *Baisse-Spekulation, um von fallenden Kursen profitieren zu können. Im Gegensatz zu einer *Hausse-Spekulation, bei der Wertpapiere billig gekauft und anschließend

	<p>teuer verkauft werden, werden bei einem Leerverkauf Wertpapiere zuerst zu einem hohen Kurs verkauft und anschließend bei gefallen Kursen günstig zurückgekauft, womit sich ein Gewinn realisieren lässt. Leerverkauf, im Englischen als Short selling bezeichnet, bedeutet, dass Wertpapiere verkauft werden, die man nicht besitzt („leeres Depot“), sondern sich temporär von einer Bank ausleiht.</p>
Legitimierung	<p>Mit Ausnahme der (vormals) anonymen Konten (*Anonymität) ist bei der Kontoeröffnung der Name des/der Konteninhaber(s) aufgrund einer Ausweisleistung festzustellen.</p>
Leibrente	<p>Vertrag, der dem Begünstigten Bezugsrechte auf regelmäßig wiederkehrende Leistungen von Geld oder vertretbaren Sachen einräumt. Das Recht wird dem Begünstigten meist auf Lebenszeit gewährt. Eine Leibrente kann dem Berechtigten durch Vertrag oder durch letztwillige Verfügung zuteil werden. Im Gegenzug gewährt der Begünstigte dem Leistenden vertraglich bestimmte Vermögensrechte.</p>
Leistungsbilanz	<p>Die Leistungsbilanz als wichtigste Teilgröße der *Zahlungsbilanz ist die Gegenüberstellung der Warenimporte und -exporte aus der *Handelsbilanz, der Dienstleistungen (*Dienstleistungsbilanz) sowie der unentgeltlichen Leistungen (*Transfer-(leistungs)bilanz) einer Volkswirtschaft mit dem Ausland. Der langfristige Ausgleich der Leistungsbilanz ist ein wichtiges wirtschaftspolitisches Ziel und kann über die *Kapitalbilanz durch Kapitalimporte und -exporte oder durch eine Veränderung der Währungsreserven erfolgen.</p>
Leitwährung	<p>Währung eines wirtschaftlich starken und währungspolitisch stabilen Landes, an die andere wirtschaftlich stark verflochtene Länder ihre eigene Währung in einem festen Austauschverhältnis binden. Es handelt sich stets um eine Währung mit weltweiter Bedeutung (Dollar, Euro, Yen).</p>
Leitzins	<p>Zinssätze, zu denen Zentralbanken den Kreditinstituten Zentralbankgeld zur Verfügung stellen.</p>
Letter of Credit	<p>Engl. = *Akkreditiv, häufige Zahlungsform im Außenhandel. Unwiderrufliches und abstraktes Zahlungsversprechen einer Bank, im Namen und auf Rechnung des Akkreditivauftraggebers (Importeur) dem Akkreditivbegünstigten (Exporteur) einen bestimmten Geldbetrag auszubezahlen bzw. einen Wechsel zu akzeptieren, sofern diese akkreditivkonforme Dokumente (meistens Transportdokumente, Rechnungen, Versicherungen etc.) zeitgerecht vorliegt.</p>
Letter of Intent	<p>Vorvertrag bei Abschluss einer Unternehmensbeteiligung bzw. einer Finanzierung, der die wesentlichsten Eckdaten des zukünftigen Vertrages beinhaltet und für einen bestimmten Zeitraum Exklusiv-</p>

vität für beide Vertragsparteien zusichert, vor allem für die nähere Durchleuchtung des Unternehmens im Rahmen einer *Due Diligence.

Leveraged-buy-out	Sonderform eines *MBO bzw. *MBI, bei der die Übernahme eines Unternehmens durch das Management mit besonders viel Fremdkapital finanziert wird.
Leverageeffekt	Finanzierungs- bzw. Rentabilitätseffekt, demzufolge bei gegebener Gesamtkapitalrentabilität, die über den Kosten des Fremdkapitals (Fremdkapitalrentabilität) liegen muss, sich die Eigenkapitalrentabilität dadurch steigern lässt, dass Eigenkapital verstärkt durch „billigeres“ Fremdkapital substituiert wird (Hebeleffekt). Der Ausnützung des Leverageeffektes sind jedoch durch die sicherheitenoptimale Gestaltung der *Kapitalstruktur bzw. des *Verschuldungsgrades Grenzen gesetzt.
Liberalisierung	Lockerung von vormals vergleichsweise restriktiven Bestimmungen bzw. Rahmenbedingungen im wirtschaftlichen Leben, in den vergangenen Jahren vor allem im Bereich der Finanzmärkte, der Währungen sowie des Außenhandels zu beobachten.
LIBOR	London Interbank Offered Rate. (Durchschnitts-) Zinssatz, den die großen, internationalen Banken in London untereinander für Termineinlagen verrechnen und der täglich neu ermittelt wird. Der LIBOR ist neben dem *Euribor einer der wichtigsten Referenzzinssätze für die Bestimmung der Verzinsung von variabel verzinsten Forderungs- bzw. Schuldtiteln.
Lieferantenkredit	Vom Lieferanten an seinen Kunden gewährtes Zahlungsziel.
LIFFE	London International Financial Futures Exchange, Londoner Terminbörse.
Limes	Lat. = Grenze. Von der *Oesterreichischen Nationalbank in Zeiten hoher Inflationsraten verwendetes Instrument zur Beschränkung der Kreditinstitute bei der Kreditvergabe. Bei einem Limes darf das Wachstum des bei einem Kreditinstitut aushaftenden Kreditvolumens pro Monat höchstens einen gewissen Prozentsatz der Summe der zu diesem Zeitpunkt aushaftenden Kredite betragen.
Limit	Engl. = Grenze <ol style="list-style-type: none">1. Bei Börsengeschäften vom Auftraggeber vorgeschriebener äußerster Preis für Käufe (Maximalkurs) oder Verkäufe (Minimalkurs).2. Im Kreditgeschäft Höchstbetrag, bis zu dem ein Kredit von einem Kreditnehmer in Anspruch genommen werden kann.

Limitiert	Kauf- oder Verkaufsoorder an der *Börse, die mit einer maximalen Preisgrenze (Kauf) oder minimalen Preisgrenze (Verkauf) versehen ist. Wird das Limit, das nur für einen bestimmten Zeitraum gültig ist, nicht erreicht, kommt das Börsengeschäft nicht zustande. Die meisten Börsenaufträge werden limitiert erteilt, um nicht von kurzzeitigen Kursschwankungen negativ betroffen zu sein.
Liquidation	Beendigung der Geschäftstätigkeit eines Unternehmens, bei der alle Vermögensgegenstände verkauft werden. Mit dem dadurch erzielten Erlös werden zuerst alle Verbindlichkeiten getilgt, der Rest wird auf die Eigentümer entsprechend ihrer Beteiligung aufgeteilt. Grund für eine Liquidation kann der Rückzug der Eigentümer aus dem Berufsleben oder deren Tod, schlechter bzw. unrentabler Geschäftsgang, aber auch eine bevorstehende Insolvenz sein. Eine Liquidation setzt allerdings nicht automatisch eine Insolvenz des Unternehmens voraus.
Liquidität	<p>1. Jederzeitige Zahlungsfähigkeit, die sich aus dem Verhältnis der flüssigen Mittel zu den fälligen Verbindlichkeiten ergibt.</p> <p>2. Relation zwischen leicht verwertbaren *Aktiva einerseits und kurzfristigen *Passiva (Verbindlichkeiten) andererseits.</p>
Liquiditätsplanung	Die Aufrechterhaltung der Liquidität ist für sämtliche Unternehmen der wichtigste geschäftspolitische Grundsatz, noch vor dem Streben nach Rentabilität. *Liquiditätsreserve.
Liquiditätsreserve	<p>Planung eines Unternehmens in Bezug auf die anfallenden *Cashflow-Ströme mit dem Ziel der Sicherstellung der jederzeitigen Zahlungsbereitschaft sowie der optimalen Zwischenveranlagung überschüssiger Kapitalbestände.</p> <p>1. Um die Zahlungsbereitschaft der Kreditinstitute, die einem Spitzeninstitut (z.B. Sparkassen) angeschlossen sind, sicherzustellen, schreibt das Gesetz vor, einen bestimmten Anteil der Einlagen beim Spitzeninstitut zu unterhalten. Dieser Teil der Einlagen kann demnach von den einzelnen Sparkassen nicht für Kreditvergaben verwendet werden. Innerhalb der Liquiditätsreserve wird vom Spitzeninstitut die Mindestreserve der einzelnen Sparkassen bei der Zentralbank erfüllt.</p> <p>2. Summe der einem Unternehmen zur Verfügung stehenden flüssigen Mittel zur sofortigen Verfügbarkeit.</p>
Liquiditätsrisiko	Risiko, zu irgendeinem Zeitpunkt über keine ausreichende *Liquidität zu verfügen, um damit jederzeit die fälligen Verbindlichkeiten bedienen zu können.

Listing	Notierung an einer Börse
Lizenz	Erlaubnis zur Verwertung eines *Patents oder Verwendung eines Produktionsverfahrens gegen Bezahlung einer Lizenzgebühr an den Lizenzgeber.
Lloyd's of London	International tätige Versicherungsgesellschaft, bei der so ziemlich jedes Risiko abgesichert werden kann, mitunter allerdings gegen extrem hohe Prämienzahlung.
Logistik	Sämtliche Aktivitäten, die sich auf den physischen Transport der Ware vom Produzenten zum Käufer beziehen.
Lohmann-Ruchti-Effekt	Finanzierung der Neuinvestitionen aus den im Verkaufspreis verdienten Abschreibungsbeträgen vorhandener Maschinen. Dieser Effekt zur Finanzierung der Neuinvestitionen (Erweiterungsinvestitionen) lässt sich allerdings nur solange ausnützen, bis die durch die Verkaufspreise hereingeflossenen Beträge für die Finanzierung von Ersatzinvestitionen verwendet werden müssen. Der Lohmann-Ruchti-Effekt ist umso stärker, je länger die Nutzungsdauer und Abschreibungsdauer eines Anlagegutes sind und je höher der Bestand an abschreibbarem Vermögen ist.
Lohndrift	Abweichung der tatsächlich gezahlten Löhne von den Tariflöhnen. In der Praxis liegt der Tariflohn meistens unter dem Gleichgewichtslohnsatz, woraus sich eine positive Lohndrift ergibt.
Lohnexekution	*Gehaltsexekution
Lombard	Belehnung (Verpfändung) von Wertpapieren oder Waren bei einem Kreditinstitut als Sicherstellung für die Einräumung eines Kredites.
Lombardfähigkeit	Das Wertpapier kann zu einem definierten Prozentsatz zur Besicherung eines Kredites dienen.
Lombardkredit	Kredit gegen Verpfändung beweglicher, leicht verkäuflicher Sachen (Waren oder Wertpapiere).
Lombardsatz	Der von der Notenbank festgesetzte Zinssatz für die von ihr gewährten Kredite auf Basis einer Hypothek. Der Lombardsatz dient(e) als Referenzsatz für Hypothekendarlehen.
Long-Position	Eingehen einer Kaufverpflichtung bei einem *Futures
Loroguthaben	Ital. = fremdes Guthaben bei uns. Forderungen von anderen Geldinstituten auf Einlagen, die bei einer Bank liegen; Gegenteil: *Nostroguthaben.
Lorokonto	Ital. = fremdes Konto bei uns. Konto von anderen Geldinstituten, das bei der eigenen Bank geführt wird; Gegenteil: *Nostrokonto.

Losungswort

Kennwort zur Sicherung eines Sparbuches oder Wertpapierdepots. Um über ein derart gesichertes Sparbuch bzw. ein Wertpapierdepot zu verfügen, wird die Kenntnis des Losungswortes vorausgesetzt.

M

M&A	*Mergers & Acquisitions
Maastricht	Jener Ort in den Niederlanden, in dem der Europäische Rat vertraglich die Weichen für die Wirtschafts- und Währungsunion der EU stellte. In Maastricht wurden auch die *Konvergenzkriterien für den Beitritt einzelner Länder zur Währungsunion festgelegt, die deshalb oft auch als Maastricht-Kriterien bezeichnet werden.
Magisches Vieleck	Kennzeichnet das unlösbar scheinende Problem, gleichzeitig mehrere divergierende wirtschaftspolitische Ziele, wie z.B. Vollbeschäftigung, Geldwertstabilität, Leistungsbilanzausgeglichenheit, Wirtschaftswachstum, Budgetausgleich und gerechte Einkommensverteilung, möglichst im Einklang mit Zielen des Umweltschutzes, zu erreichen.
Makler	Vermittler von Geschäften, der für Rechnung seiner Kunden Käufe oder Verkäufe vornimmt, bei Börsengeschäften auch als *Broker bezeichnet.
Management-buy-in (MBI)	Bezeichnung für die Übernahme eines Unternehmens durch ein fremdes Management gegen Bezahlung des Übernahmepreises an die Eigentümer. Während beim MBI fremde externe Manager die Firma übernehmen, handelt es sich bei einem *MBO (Management-buy-out) um das bisherige Management. Wird die Übernahme größtenteils mit Fremdkapital finanziert, liegt ein *LBO (Leveraged-buy-out) vor.
Management-buy-out (MBO)	Bezeichnung für die Übernahme eines Unternehmens durch das bisherige (interne) Management gegen Bezahlung des Übernahmepreises an die Eigentümer. Grund für ein MBO sind der Rückzug der Eigentümer bzw. wirtschaftliche Probleme des Unternehmens. Während beim MBO das bisherige Management das Unternehmen übernimmt, handelt es sich bei einem *MBI (Management-buy-in) um fremde, externe Manager. Wird die Übernahme größtenteils mit Fremdkapital finanziert, liegt ein *LBO (Leveraged-buy-out) vor.
Mängelrüge	Einspruch gegen die Lieferung nicht vertragskonformer Ware, vorwiegend bei Qualitätsmängeln, aber auch Verzögerungen bzw. Mängeln aufgrund einer falschen Liefermenge.
Mantel	<p>1. Wertpapierurkunde, die die eigentliche Kapitalbereitstellung bei einer Anleihe, Aktie etc. verbrieft, während der *Kuponbogen die Berechtigung für die laufende Bedienung in Form von Zinsen bzw. Dividenden verbrieft.</p> <p>2. Firmenname bzw. rein juristische Einheit bei einem Unternehmen ohne operativer Geschäftstätigkeit, ein diesbezüglicher Firmenmantel kann aus Marketing- oder Haftungsüberlegungen von Bedeutung sein.</p>

Marge	<p>1. Spanne zwischen Soll- und Habenzinsen eines Geldinstitutes bei der Vergabe von Krediten sowie beim An- und Verkauf von Wertpapieren bzw. Währungen.</p> <p>2. Sicherheitsspanne bei der Belehnung von Wertpapieren oder Waren anlässlich der Einräumung eines Kredites, wobei zur Erreichung des belehnungsfähigen Betrages vom Marktwert ein entsprechender prozentueller Abschlag vorgenommen wird.</p>
Margin	Sicherheitseinschuss bei *Termingeschäften, vorwiegend bei *Futures. Termingeschäfte sind unter anderem dadurch charakterisiert, dass bei Eingehen einer Position nicht deren gesamter Wert bezahlt werden muss, sondern nur ein bestimmter Prozentsatz (= Initial Margin). Bei positiver Kursentwicklung wird ein Teil der anfänglichen Margin an den Investor zurückbezahlt, während bei einer negativen Kursentwicklung dieser Nachschüsse (= Variation Margin) leisten muss, die ihm im Rahmen eines Margin Calls vorgeschrieben werden.
Marke	In das Markenregister eingetragenes Herkunfts- oder Qualitätszeichen, das ein bestimmtes Gut von anderen gleichartigen Gütern unterscheiden soll und das national 10 Jahre, international 20 Jahre lang geschützt ist, wobei dieser Schutz beliebig oft verlängerbar ist.
Markenschutzgesetz	Gesetz zum Schutz von *Marken, das die ausschließliche Verwendung einer Marke durch deren Inhaber sowie die Rahmenbedingungen einer eventuellen Nutzung der Marke durch Dritte gewährleistet. Marken müssen diesbezüglich beim Patentamt zum Schutz eingereicht und registriert werden.
Market Maker	Marktteilnehmer an der Börse, der sich verpflichtet hat, für bestimmte Wertpapiere während der gesamten Börsezeit verbindliche An- und Verkaufskurse zu quotieren, um die jederzeitige Handelbarkeit sicherzustellen.
Market Multiple	Kennzahl der Unternehmensbewertung, die anzeigt, das Wievielfache einer bestimmten Basisgröße (Umsatz, Gewinn, Kundenanzahl etc.) der Unternehmenswert vergleichbarer börsennotierter Firmen beträgt. Zu den wichtigsten Multiples zählen das *KGV sowie das *KUV.
Marketing	Grundeinstellung eines Unternehmens, sich im Rahmen seiner Aktivitäten an den Bedürfnissen und Besonderheiten des Marktes, insbesondere der Kunden, zu orientieren.
Marketing-Mix	Kombination sämtlicher absatzpolitischer Instrumente, um die Produkte eines Unternehmens erfolgreich am Markt zu platzieren. Man spricht diesbezüglich auch von den 4 Ps, zu denen die *Produktpolitik (Product), *Distributionspolitik (Place), *Kommunikationspolitik (Promotion) sowie die *Kontrahierungspolitik (Price) zählen.

Marking-to-market	Tägliche Abrechnung eines *Futures mit Verbuchung der erzielten Gewinne bzw. Verluste auf einem eigenen Verrechnungskonto.
Marktanteil	Anteil eines Unternehmens am Gesamtvolumen eines Marktes, bezogen auf die erzielten Umsätze.
Marktausschöpfung	Prozentsatz, der ausdrückt, in welchem Ausmaß das theoretisch mögliche *Marktpotential bereits durch das aktuelle *Marktvolumen in einem bestimmten *Marktsegment ausgeschöpft ist.
Markttenge	Marktsituation, in der entweder das Angebot oder die Nachfrage im Vergleich zur anderen Größe besonders gering ist.
Marktfähige Risiken	Risiken eines Exportgeschäfts, die nur von privaten Exportversicherern, nicht jedoch von staatlichen Institutionen gedeckt werden dürfen.
Marktforschung	Maßnahmen zur Gewinnung von Daten über die Charakteristika eines Marktes sowie der Einflussgrößen, die für den Absatzerfolg entscheidend sind. Dabei wird der Markt mit Hilfe wissenschaftlich-systematischer Verfahren genau untersucht, entweder in Form einer Primärerhebung (Befragung, Beobachtung, Feldstudien etc.) oder Sekundärerhebung (Auswertung bereits vorliegender Daten und Informationen).
Marktführer	Unternehmen mit dem höchsten *Marktanteil in einem bestimmten Geschäftsfeld oder in der gesamten Branche
Markt-kapitalisierung	Gesamtwert eines Unternehmens, der sich aus dem am Markt ermittelten Börsenkurs durch Multiplikation mit der Anzahl der Aktien (des Grundkapitals) ergibt.
Marktpotential	Gesamtheit der potentiellen Kunden bzw. der maximal möglich verkaufbaren Einheiten eines bestimmten Produktes
Marktsegment	Aufteilung eines Nachfragemarktes in verschiedene Zielgruppen mit untereinander ähnlichen Teilnehmern. Dies kann nach geographischen, soziodemographischen (Alter, Geschlecht, Beruf, Bildung etc.), psychographischen (Risikoeinstellung der Kunden, Innovationsfreudigkeit) oder verhaltensspezifischen Kriterien erfolgen.
Marktvolumen	Von allen Marktteilnehmern zusammen in einem bestimmten Zeitraum konkret erzielten Umsätze in einem bestimmten Markt(segment)
Marktwirtschaft, soziale	Die soziale Marktwirtschaft stellt eine Modifikation der freien Marktwirtschaft dar und findet vor allem in Deutschland und Österreich seit der Nachkriegszeit starke Verbreitung. Ziel ist die Kombination aus freiem Unternehmertum und Gewinnstreben einerseits mit staatlichen

Einflussnahmemöglichkeiten in wichtigen Bereichen der Wirtschaft und des öffentlichen Lebens andererseits. Das wirtschaftliche Leben wird dabei nicht zur Gänze den freien Kräften des Marktes unterworfen, sondern unterliegt bestimmten Regulierungen und von der Regierung beeinflussten Rahmenbedingungen.

Marshall-Plan	*European Recovery Program (ERP)
Masseforderungen	Forderungen, die im Zusammenhang mit der Abwicklung eines Konkursverfahrens entstehen, beispielsweise Kosten des Konkursverfahrens bzw. des Konkursverwalters, Auslagen, die mit der Erhaltung, Verwaltung und Bewirtschaftung der Masse verbunden sind, Forderungen der Arbeitnehmer für die Zeit nach der Konkursöffnung, Ansprüche aus Rechtshandlungen des Masseverwalters und Kosten der Gläubigerschutzverbände etc.
Masseverwalter	Vom Gericht im Konkursverfahren eingesetzte Person (häufig ein Rechtsanwalt), dem die Verwaltung des Restvermögens des Gemeinschuldners übertragen wird.
Mastercard	Eurocard, neben VISA die am meisten verbreitetste *Kreditkarte in Österreich.
Matching	Instrument des Wechselkursrisikomanagements durch Fakturierung in möglichst wenigen *Fremdwährungen, bei dem im Vorhinein versucht wird, Verbindlichkeiten in Fremdwährung auf der einen Seite durch Forderungen auf der anderen Seite auszugleichen, die auf die gleiche Fremdwährung lauten.
MBI	*Management-buy-in
MBO	*Management-buy-out
Medio	Monatsmitte, 15. des Monats
Medium Term Note	Mittelfristige, unbesicherte Schuldverschreibung eines Unternehmens als (meist nicht garantierte) Daueremission, ähnlich einem „länger laufenden *Commercial Paper“.
Mehrheitsbeteiligung	Beteiligung von mehr als 50 % an einem Unternehmen, womit die Möglichkeit zur wesentlichen Einflussnahme sichergestellt ist.
Mehrwertsteuer	Das nach dem Vorbild der EG-Staaten in den 70er Jahren in Österreich seinerzeit eingeführte Mehrwertsteuersystem besteuert den auf jeder Umsatzstufe geschaffenen Mehrwert (Wertzuwachs). Dadurch gilt die Mehrwertsteuer als wettbewerbsneutral, da sie unabhängig von der Zahl der Umsatzstufen belastet. Die Mehrwertsteuer wird auch als Umsatzsteuer (USt) bezeichnet.

Meistbegünstigung	Klausel in internationalen völkerrechtlichen Verträgen, die jeden einzelnen Staat verpflichtet, den Waren eines beliebigen Staates die gleichen zollrechtlichen Rechte wie dem bestbehandelten Staat zu gewähren.
Mengennotierung	Unrunde Einheiten an Fremdwährung, die für den Erwerb einer Einheit an Heimatwährung (*Basiswährung) erforderlich sind. Diese Kursnotierung, auch als *indirekte Notierung bezeichnet, ist nach Einführung des Euro vorherrschend.
Mengentransformation	nennt man das Phänomen, dass auch kleine Geldbeträge innerhalb eines großen Vermögens die wirtschaftlichen Eigenschaften des Großvermögens annehmen. Bei Investmentfonds gewinnt die Mengentransformation eine entscheidende Rolle. So genießt ein Anleger, der beispielsweise nur 500 EURO in einen Fonds investiert, innerhalb des mehrere Milliarden großen Fondsvermögens alle wirtschaftlichen Vorteile eines Großanlegers.
Merchant Banks	Engl. = Handelsbank. Banken, die sich vorwiegend mit Handelsfinanzierungen, im Speziellen mit Export- und Importgeschäften, befassen.
Mercosur	Handelsbündnis in einigen Ländern Lateinamerikas
Mergers & Acquisitions	Synonym für sämtliche Aktivitäten, die mit dem Aufkauf, der Übernahme oder der *Fusion von ganzen Unternehmen oder Unternehmensbeteiligungen zusammenhängen.
Mezzanin(kapital)	Zwischenform zwischen *Eigenkapital und *Fremdkapital, das sowohl bei der Verzinsung als auch bei der Tilgung dem klassischen Fremdkapital gegenüber nachrangig gestellt ist, jedoch dem Eigenkapital gegenüber bevorrechtet ist. Die Verzinsung von Mezzaninkapital ist meist erfolgsabhängig gestaltet und die Kapitalgeber können die Möglichkeit besitzen, durch einen *Equity Kicker einen Teil ihrer Fremdkapitalforderung in Eigenkapital zu tauschen.
Mid cap	Börsennotiertes Unternehmen mit einer mittelhohen Marktkapitalisierung, „cap“ steht für capitalization.
MIGA	Multilateral Investment Guarantee Agency, Tochtergesellschaft der *Weltbank, die sich auf die Erstellung von Garantien für Kapitalanlagen in Entwicklungsländern zur Absicherung politischer Risiken konzentriert.
Minderheitsbeteiligung	Beteiligung von weniger als 50 % an einem Unternehmen
Minderheitsrechte der Aktionäre	Rechte, die das Aktiengesetz einer bestimmten Minderheit von Aktionären einräumt, um nicht vollständig den Wünschen des Mehrheitseigentümers zu unterliegen.

Mindestreserve	Guthaben, die die Kreditinstitute bei der Notenbank auf einem zinsenlosen Konto zu unterhalten haben. Die gesetzliche Vorschrift zur Haltung von Mindestreserven soll die *Liquidität sichern und der Notenbank eine Möglichkeit zur Umsetzung ihrer Geldpolitik (*Mindestreserverpolitik) bieten.
Mindestreservepolitik	Die Mindestreserverpolitik der Notenbank zählt zu jenen Instrumenten, die die zirkulierende Zentralbankgeldmenge und damit das Geldvolumen am unmittelbarsten beeinflussen. Das Halten von Mindestreserven entzieht den Kreditinstituten Liquidität und beeinflusst dadurch ihr Kreditvergabepotential. Mit der Mindestreservepolitik der Notenbank werden die Ziele der Wirtschaftspolitik (Währungspolitik) umgesetzt, beispielsweise die relative Preisstabilität, Wirtschaftswachstum, hohes Beschäftigungsniveau, Leistungsbilanzausgleich etc.
Mitarbeiteraktien	Aktien, die an Mitarbeiter eines Unternehmens vorwiegend aus Gründen der Motivationssteigerung sowie der langfristigen Bindung der Mitarbeiter an das Unternehmen abgegeben werden, entweder ohne Entgelt oder zu Vorzugsbedingungen.
Mitarbeiterbeteiligung	Aktien bzw. Gesellschaftsanteile, die (langjährigen und verdienten) Mitarbeitern aus Gründen der Bindung an das Unternehmen sowie der Motivationserhöhung entweder kostenlos oder stark ermäßigt eingeräumt werden.
Mitarbeiterproduktivität	Messzahl der produktionsorientierten Effizienz eines Mitarbeiters, indem die produzierte Menge bzw. das Betriebsergebnis in Relation zum geleisteten Input (meistens in Form der durchschnittlichen Mitarbeiteranzahl, von Arbeitsstunden oder von Materialeinsatz) gesetzt wird.
Miteigentumsanteil	*Investmentanteil
Miteigentumsfonds	*Kapitalanlagefonds
Miteigentumszertifikate	Urkunden, die Miteigentumsrechte an einer Vermögensmasse verbriefen.
Mitkreditnehmer (Mitschuldner)	Der Mitkreditnehmer oder Mitschuldner haftet wie der Kreditnehmer selbst für sämtliche Verbindlichkeiten, die aus dem Kreditverhältnis entstehen. Mitschuldner (Mitkreditnehmer) ziehen im Gegensatz zu reinen Bürgen aus den ausbezahlten Kreditmitteln einen (Mit-)Nutzen und können ohne den Eintritt bestimmter Voraussetzungen zur Zahlung herangezogen werden.
Mittelkurs	Arithmetisches Mittel zwischen Geld- und Briefkurs
Mobilienleasing	*Leasing (Vermietung) von beweglichen Sachen (Autos, Maschinen, Einrichtungen etc.) durch eine Leasinggesellschaft, *Leasing.

Moderne Portfoliotheorie	Theoretisches Modell über die Zusammenhänge zwischen Rendite und Risiko und wie durch Diversifikation (Streuung) deren Relation optimiert werden kann.
Modifikation	Änderung eines Vertragsbestandteils, z.B. eines Börsenauftrages durch Erhöhung oder Reduktion der *Limite.
Monatsausweis	Bilanzähnliche Aufstellung der *Aktiva und *Passiva einer Bank, welche monatlich der *Oesterreichischen Nationalbank aus statistischen Gründen und aus Gründen der Überwachung zu übermitteln ist. Zusätzlich zu den Monatsausweisen ist vierteljährlich ein *Quartalsbericht zu erstellen.
Monopol	Marktsituation, in der entweder auf der Angebots- oder auf der Nachfrageseite nur ein einziger Marktteilnehmer auftritt und aufgrund der damit verbundenen Marktmacht die Konditionen wesentlich zu seinen eigenen Gunsten beeinflussen kann. Viele Unternehmen verfolgen in ihren Nischen eine Art Monopolisierungspolitik, um durch eine dominierende Marktstellung ihre Unternehmensziele leichter erreichen zu können.
Montanunion	Europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl, *EGKS.
Moody's	International tätige *Ratingagentur, die sich genauso wie Standard & Poor's auf die Beurteilung des politischen Länderrisikos sowie des Risikos von Unternehmen spezialisiert.
Mü	Kennzahl für die Messung des *Erwartungswertes (μ)
Multi-Currency-Klausel	Vereinbarung zwischen Vertragspartnern, eine Gelddienstleistung in einer von mehreren, bereits vorab definierten, Währungen zu verlangen bzw. zu erbringen.
Multifunktionelle Scheckkarte	Einheitliche Scheckkarte für die Bargeldbeschaffung bei Geldinstituten im In- und Ausland, bei In- und Outdoor-Automaten und zur Bezahlung am Point-of-sale in Geschäften, Restaurants, Hotels etc. Grundgedanke ist, dass mit einer Karte sämtliche Geldtransaktionen durchgeführt werden können.
Multilateral	Vereinbarungen bzw. Organisationen, die sich auf mehrere Staaten beziehen.
Multinationale Unternehmen	Großunternehmen, die in mehreren Ländern über Tochtergesellschaften, Niederlassungen oder Produktionsstätten verfügen.
Mündelsichere Fonds	sind inländische *Rentenfonds, die gemäß *Fondsbestimmungen ausschließlich in mündelsichere Werte veranlagen. Sie sind kraft Gesetz zur Anlage von Mündelgeldern geeignet.

Mündelsicherheit	Gesetzliche Bestimmung für den besonderen Schutz der Veranlagung von Mündelgeldern, worunter Geld zu verstehen ist, das für unter Vormundschaft stehende minderjährige und pflegebefohlene Personen (Mündel) verwaltet wird. Mündelsichere Wertpapiere müssen über besondere Sicherheiten verfügen.
Municipal bond	Anleihe einer Gebietskörperschaft
Münze Österreich	Tochtergesellschaft der *Oesterreichischen Nationalbank, die seit 1989 das Recht hat, Münzen zu prägen und in Verkehr zu setzen (Münzregal). Vor 1989 lag dieses Recht beim Finanzminister.
Münzhoheit	Recht des Staates, das Münzwesen zu regeln.
Münzrollenwechsler	Selbstbedienungsautomat, der Banknoten in Münzrollen und Einzelmünzen (zur Betragsrundung) wechselt.
Mutual fund	Engl. = *Investmentfonds
Mutual Savings Banks	Sparkassenvereinigung in den USA, die als Genossenschaft organisiert ist und Einlagengeschäfte auf Non-profit-Basis betreibt (auch „credit union“ genannt).

N

Nachbörslicher Handel	Außerbörslicher Handel nach Börseschluss, bei dem verschiedene Marktteilnehmer untereinander Wertpapiere handeln, gilt als Teil des *Grauen Kapitalmarkts.
Nachdeckungs- pflicht	Pflicht zur Nachlieferung weiterer Pfandgegenstände, um die infolge von Kursrückgängen verringerte Deckung eines Kredites wiederherzustellen.
Nachrangige Anleihen	Bei einem Konkurs des Emittenten werden die Inhaber dieser Anleihen erst nach Rückzahlung aller anderen Gläubiger bedient.
Nachrangiges Kapital	Form des *Mezzaninkapitals. Bei nachrangigem Kapital handelt es sich um Fremdkapital, das in Bezug auf die Bedienungsreihenfolge gegenüber dem klassischen Fremdkapital schlechter (nachrangig) gestellt ist und erst nach dessen vollständiger Bedienung verzinst und getilgt wird. Durch dieses höhere Risiko der Nichtbedienung wird dem Kapitalgeber die Möglichkeit eingeräumt, zusätzlich zu höheren Zinsen meist auch Teile des nachrangigen Kapitals in Eigenkapital zu tauschen.
Nachttresor	Tresor eines Kreditinstitutes, der von der Straße aus zugänglich ist und in den die Kunden auch außerhalb der Geschäftszeiten Bargeld, Schecks und Wechsel zur sicheren Verwahrung einwerfen können. Das Kreditinstitut stellt hiezu besondere Kassetten (Einwurf taschen) zur Verfügung.
NAFTA	North American Free Trade Agreement, nordamerikanische Freihandelszone nach dem Vorbild der EFTA, deren Mitglieder die USA, Kanada und Mexiko sind.
Namensaktie	Aktie, die auf den Namen des Inhabers lautet, der im *Aktienbuch eingetragen ist; Gegenteil: Inhaberaktie.
Namensdepot	*Wertpapierdepot, dessen Besitzer namentlich bekannt und daher nicht anonym ist. Früher war es noch möglich, anonyme Wertpapierdepots zu unterhalten, eine Neuerrichtung bzw. ein Kauf von Wertpapieren auf ein anonymes Depot sind derzeit nicht mehr erlaubt, bestehende anonyme Depots können jedoch anonym weiterlaufen.
Namenspapier	Auf den Namen einer bestimmten Person lautendes Wertpapier, Gegenteil: Inhaberpapier.
Nasdaq	National Association of Securities Dealer Automated Quotation, nordamerikanische *Wachstumsbörse.
Nasdaq Europe	Europäische Wachstumsbörse mit Sitz in Brüssel, die aus der Easdaq hervorgegangen ist und sich im nunmehrigen Besitz der amerikanischen Nasdaq befindet.

Nationalbank, Oesterreichische	*Oesterreichische Nationalbank
Nationalprodukt	Das in Geld bewertbare Ergebnis der wirtschaftlichen Leistungen einer Volkswirtschaft innerhalb eines Jahres und das sämtliche Produkte und Dienstleistungen umfasst.
NATO	North Atlantic Treaty Organization, westliches Verteidigungsbündnis mit Dominanz der USA.
Naturallohn	*Deputat, Teil des Lohns, der in Sachbezügen ausbezahlt wird.
Near-bank	Unternehmen, die nicht direkt zum Bankensektor gehören und für die Bankgeschäfte zu den Nebengeschäften zählen, z.B. Versandhäuser mit eigener Kredit- und Spareinlagenabwicklung.
Nebengebührensicherstellung	Sicherstellung allfälliger Nebenforderungen bei *Darlehen (Rechtsanwaltskosten, Exekutionskosten etc.), die im *Grundbuch eingetragen wird. Bei Krediten müssen Nebengebühren im eingetragenen Höchstbetrag (*Höchstbetrags-hypothek) Deckung finden.
Negative Steuer	Am Jahresende kann sich bei Minimalverdienern, die nicht das gesamte Jahr über beschäftigt waren, im Rahmen des Jahresausgleiches bzw. des Einkommensteuerbescheides ein Anspruch auf Steuerrückerstattung ergeben, sodass im extremsten Fall nicht nur keine Steuer zu bezahlen ist, sondern sogar noch Ausgleichszahlungen an den Steuerpflichtigen durchgeführt werden.
Negativklausel	Klausel, die dem Schuldner untersagt, eine näher bezeichnete Transaktion vorzunehmen, z.B. wird durch eine negative Hypothekenklausel dem Schuldner untersagt, ohne Zustimmung der Bank seine Immobilien hypothekarisch zu belasten.
Negativzins	Zinssatz, der real keine Vermehrung des Kapitals, sondern eine Verminderung bedeutet. Durch derart niedrige Zinssätze können unerwünschte ausländische Geldzuflüsse reduziert werden (beispielsweise in der Schweiz oder in Japan).
Negoziierung	Ankauf von Wertpapieren bzw. Forderungen aus einem Akkreditivgeschäft durch eine Kommerzbank
Nennwert	= *Nominale 1. Auf einem Wertpapier vermerkter Forderungsbetrag, der nicht dem Marktwert des Titels entsprechen muss. Die Verzinsung eines *festverzinslichen Wertpapiers bezieht sich auf den Nennwert. Die Rückzahlung des Papiers erfolgt zum Nennwert oder wenige Prozente darüber (mit *Agjo) oder darunter (mit *Disagio).

	2. Auf Edelmetallmünzen vermerkter Betrag, der meist nicht dem Metallwert entspricht, aber bei Rückverkäufen an die Kreditinstitute (soweit es sich um Handelsmünzen handelt) nicht unterschritten werden darf.
Nennwertaktien	Aktien, die auf einen Nennwert lauten.
Net asset Value	*Errechneter Wert
Net present value	*Barwert zukünftiger *Cashflow-Ströme
Netting	Instrument der Wechselkurssicherung, bei dem eine Aufrechnung von währungs-, fristen- und betragsgleichen Forderungen und Verbindlichkeiten durchgeführt wird und nur der sich ergebende Saldo einer Kurssicherung mittels Finanzinstrumenten zugeführt wird.
Netto	Nach Abzug von Steuern, Spesen etc.; Gegenteil: brutto.
Nettogeschäft	Kauf oder Verkauf von Wertpapieren durch ein Kreditinstitut ohne Spesen, da diese bereits im Kurs berücksichtigt wurden.
Nettolohn	Effektiv (nach Abzug des Sozialversicherungsbeitrages und der Lohnsteuer) an den Arbeitnehmer ausbezahlter Lohn
Nettozinsersatz	Differenzbetrag zwischen Zinserträgen aus Veranlagungen in Krediten, festverzinslichen Wertpapieren, Guthaben bei anderen Kreditinstituten einerseits sowie Zinsaufwendungen für Einlagen von Kunden und Kreditinstituten und für eigene Emissionen andererseits.
Neubewertungsreserve	Bestandteil der Eigenmittel eines Kreditinstitutes nach dem *Bankwesengesetz. Sie entsteht aus dem Unterschiedsbetrag zwischen Buchwerten einerseits und Kurs- oder Verkehrswerten, z.B. bei Liegenschaften und Wertpapieren, andererseits.
Neuer Markt	Wichtigste europäische *Wachstumsbörse mit Sitz in Frankfurt
New Economy	Branchen mit besonders hohen Zukunftschancen und Wachstumsraten sowie innovativen Produkten, z.B. Informationstechnologie, Medizintechnik, Telekommunikation, Elektronik, Softwareindustrie, Biotechnologie, Mikroelektronik, Pharmazie etc.
Nicht an Order	Negative Orderklausel, *Rektaklausel. Dadurch wird aus einem *Orderpapier ein normales Inhaberpapier. Bei Namenschecks und *Wechseln untersagt es ein *Indossament (Übertragung), *Konnossemente verlieren ihre *Traditionspapiereigenschaft.

Nicht domizilierter Wechsel	Domizilierte Wechsel weisen einen bestimmten Zahlungsort auf, an dem sie zu bezahlen sind. Nicht domizilierte Wechsel sind am Ort des Bezogenen zahlbar und dort fristgerecht zu präsentieren. Aus Kostengründen, aber auch aus Gründen einer rationelleren Abwicklung, wird auf den Kunden dahingehend eingewirkt, möglichst domizilierte Wechsel auszustellen bzw. einzureichen.
Nicht notierte Währungen	An der *Börse nicht notierte Währungen werden auch als *Exoten bezeichnet und unterliegen einer völlig freien Kursbildung
Niederstwertprinzip	Bilanzierungsgrundsatz, bei dem Positionen des Anlagevermögens mit dem niedrigeren Wert zwischen Anschaffungswert einerseits und Wiederbeschaffungswert (Tageswert) andererseits unter Berücksichtigung der Nutzungs- und Abschreibungsdauer bewertet werden müssen. Dadurch sollen auch Buchverluste ausgewiesen werden, die infolge des noch nicht durchgeführten Verkaufs des Vermögensgutes noch nicht eingetreten sind.
Nikkei-Index	Japanischer *Aktienindex, der aus 225 japanischen Unternehmen besteht und seit 1949 berechnet wird.
Nominale	*Nennwert
Nominalverzinsung	Jener Zinssatz einer Forderung bzw. Verbindlichkeit, der sich auf das Nominale bezieht. Die *Effektivverzinsung ergibt sich nach Berücksichtigung von Nebenkosten sowie bei Wertpapieren nach Berücksichtigung von Ankaufs- und Verkaufskurs und der Laufzeit.
Non-resident	*Devisenausländer, Gegenteil: Resident (Deviseninländer)
Nonvaleurs	Durch eine schlechte Unternehmensentwicklung vollständig oder annähernd wertlos gewordene Wertpapiere
Nostroguthaben	Ital. = unser Guthaben bei anderen Banken. Guthaben eines Kreditinstitutes bei anderen Kreditinstituten, Gegenteil: *Loroguthaben.
Nostrokonto	Ital. = unser Konto bei anderen Banken. Konto, das von einem Kreditinstitut bei anderen Kreditinstituten zur unbaren Verrechnung im Geschäftsverkehr unterhalten wird, Gegenteil: *Lorokonto.
Notenbank	*Oesterreichische Nationalbank
Notenbankpolitik	Zusammenfassung sämtlicher Maßnahmen, die einer Notenbank zur Erfüllung ihrer währungs- und wirtschaftspolitischen Aufgaben zur Verfügung stehen, *Oesterreichische Nationalbank.

Notendeckung	Gesetzlich vorgeschriebene Reserven der Notenbank an Gold, Devisen etc. (in Zeiten, in denen sich die Geldmenge einer Volkswirtschaft an der Verfügbarkeit von Gold und Devisen orientieren und dadurch durch diese gedeckt sein musste), heute sind Notenbankgold und Devisen klassische Währungsreserven, die unter Umständen zur Stützung der Währung verwendet werden können.
Notenmonopol	Alleiniges Recht zur Ausgabe von Banknoten, das stets nur der jeweiligen Notenbank eines Währungsgebietes eingeräumt wird, *Oesterreichische Nationalbank.
Notierung	Festsetzung der amtlichen Börsenkurse von gehandelten Wertpapieren oder Währungen
Notifikation	Formelle und juristisch erforderliche Benachrichtigung von Vertragsparteien, vor allem beim Wechselprotest von Bedeutung.
Notleidend	Wechsel, Schecks, Anleihen und Kredite, deren Kapital und/oder Zinsen bei Fälligkeit nicht fristgerecht bezahlt werden.
NPV	*Net present value
Nullkuponanleihe	*Zerobond
Null-Limit-Karte	Null-Limit bedeutet, dass eine Kundenkarte kein Bankomatlimit besitzt und somit nicht am Bankomat bzw. an Bankomatkassen verwendet werden kann, sondern lediglich zum Ausdruck von Kontoauszügen und Barabhebungen am Schalter einsetzbar ist.
Nullserie	Nach Produktionsreife einer Erfindung geht eine erste Serie, die so genannte Nullserie, zur Probe in Produktion.
Nullwachstum	Stagnierendes Wirtschaftswachstum mit einer „Wachstumsrate“ von 0 %
Nummerndepot	Bei dieser Wertpapierdepotart werden anlässlich der Eröffnung die Legitimationsdaten der verfügungsberechtigten Depotinhaber und der Zeichnungsberechtigten festgehalten. Diese Daten sind nur einem äußerst kleinen Kreis von Mitarbeitern zugänglich. Nach diesem einmaligen Vorgang der Legitimierung können Transaktionen durch Abgabe der Unterschrift oder eines „Losungswortschriftzuges“ vorgenommen werden. Der Name des Kunden scheint auf dem Depotauszug oder auf den Kauf- bzw. Verkaufsabrechnungen nicht mehr auf. Die Eröffnung eines Nummerndepots ist nach der in Österreich eingetretenen Verschärfung des Bankgeheimnisses nicht mehr möglich.

O

o. O.	Ohne Obligo, ohne Gewähr, unverbindlich
Obligation	*Anleihe
Obligatorisches Recht	Rechtliche Bestimmungen, die von keiner der beteiligten Vertragsparteien verändert werden dürfen.
Obligo	Ital. = Schuld, Verpflichtung. Ausmaß der ausgenützten Kredit- bzw. Wechsellinien etc.
Obligogrenze	Maximalbetrag an gewährten Krediten bzw. eingeräumten Kreditlinien, die ein Kreditinstitut für einen bestimmten Kunden, ein bestimmtes Land oder ein bestimmtes Finanzierungsinstrument vorsieht.
Odd lot	Engl. = ungerade Menge. Viele Aufträge beim Handel mit Wertpapieren, Optionen, Devisen und Rohstoffen müssen sich jedoch auf eine runde Summe an Mengeneinheiten (*round lot) belaufen.
Oder-Konto	*Gemeinschaftskonto, über das jeder Kontoinhaber auch alleine verfügen darf.
OECD	Organization for Economic Cooperation and Development, Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung, beschäftigt sich mit statistischen Auswertungen des wirtschaftlichen Lebens in den OECD-Staaten sowie mit der Erarbeitung von wirtschaftspolitischen Empfehlungen.
OEG	*Offene Erwerbsgesellschaft
OeKB	*Oesterreichische Kontrollbank
Oesterreichische Kontrollbank	Spezialbank, die sich mit der Ausstellung von *Exportgarantien und der Abwicklung von *Exportfinanzierungen einerseits sowie der Zurverfügungstellung von Informationen über den österreichischen Kapitalmarkt andererseits beschäftigt.
Oesterreichische Nationalbank (OeNB)	<p>Notenbank der Republik Österreich und oberste währungspolitische Instanz, die ihre Tätigkeit autonom vom Staat aufgrund des Nationalbankgesetzes ausübt und der vor der *Europäischen Wirtschafts- und Währungsunion folgende Hauptaufgaben übertragen wurden: Nach Beginn der Europäischen Währungsunion mit 1. 1. 1999 wurde die OeNB Teil des Europäischen Systems der Zentralbanken (ESZB). Heute unterstützt sie die *Europäische Zentralbank und übt folgende Aufgaben aus:</p> <ul style="list-style-type: none"> – Regelung des Geldumlaufes (in Österreich) – Durchführung des Zahlungsausgleiches mit dem Ausland

- Durchführung der Geldpolitik (durch Anpassung der Leitzinsen)
- Bewahrung der inneren und äußeren *Geldwertstabilität
- Regelung der Liquidität des Bankensektors

Zur Durchführung ihrer Aufgaben stehen die Instrumente *Offenmarktpolitik, *Devisenpolitik, *Mindestreservepolitik, Zinspolitik etc. zur Verfügung.

Off-balance-sheet	Ausdruck für die außerbilanzielle Darstellung von Vermögensgütern. Bei der *Projektfinanzierung etwa wird eine eigene Projektgesellschaft gegründet, die das gesamte Vermögen in ihrer Bilanz ausweist, womit es jedem Projektbeteiligten möglich ist, nur seine jeweiligen Lieferungen, Beiträge etc. in seiner eigenen Bilanz auszuweisen und nicht das Gesamtprojekt.
Offene Erwerbsgesellschaft	*Erwerbsgesellschaft, bei der alle Gesellschafter unbeschränkt (d.h. auch mit ihrem Privatvermögen) haften.
Offene Handelsgesellschaft	Personengesellschaft, bei der sämtliche Gesellschafter mit ihrem vollständigen Privatvermögen für die gesamten Verbindlichkeiten der Gesellschaft, unabhängig von ihrem Beteiligungsmaß, haften.
Offene Zession	Forderungsabtretung, bei der der Zahlungsverpflichtete verständigt wird und in Zukunft mit schuldbefreiender Wirkung nur mehr an den neuen Forderungsinhaber (Zessionar) und nicht mehr an den die Forderung Abtretenden (Zedent) Zahlung leisten kann.
Offener Investmentfonds	*Investmentfonds, dessen Fondsvolumen nicht limitiert ist und bei dem daher laufend Fondsanteile gekauft und zum *Rücknahmepreis zurückgegeben werden können, wird auch als *open-end fund bezeichnet; Gegenteil: *closed-end fund.
Offenmarktpolitik	Währungspolitische Maßnahme der Nationalbank, um durch den An- und Verkauf von erstklassigen Wertpapieren (meist Staatsanleihen) am „freien offenen Markt“ die Geldmenge und das Zinsniveau zu beeinflussen.
Öffentliches Angebot	ist ein Begriff aus dem österreichischen Kapitalmarktrecht, der das Anbieten einer Veranlagung an einen großen Anlegerkreis bezeichnet - im Gegensatz zum „private placement“, welches das Anbot an einen eingeschränkten Personenkreis bedeutet. Das öffentliche Angebot hat mehrere Konsequenzen, unter anderem die Verpflichtung des Anbieters, die Anleger in geeigneter Form zu informieren (*Veröffentlichungen).

Öffentlichkeitsarbeit	Auch als Public Relations bezeichnet, umfasst sämtliche Maßnahmen wie etwa Messen, Pressekonzferenzen, Pressemitteilungen, Geschäftsberichte etc., die dazu dienen, die breite Öffentlichkeit (und nicht nur die potentiellen Kunden) über das Geschäftsfeld und die Produkte eines Unternehmens zu informieren. Ziel ist es, nicht nur einen entsprechenden Bekanntheitsgrad zu erlangen, sondern auch ein positives Image und Vertrauen in das Unternehmen aufzubauen.
Öffentlichkeitsgrundsatz	Grundsätzlich hat jedermann ohne Angabe von Gründen das Recht, in das *Grundbuch Einsicht zu nehmen.
Offizieller Kurs	Von den Währungsbehörden festgesetzter Wechselkurs für die Heimatwährung, sofern diese Währung nicht vollkommen konvertibel ist und sich deren Preis somit nicht am Markt nach den Kräften von Angebot und Nachfrage bilden darf.
Offshore fund	Anlagefonds mit juristischem Sitz in Ländern, die Steuerfreiheit oder Steuervorteile bieten, jedoch wegen fehlender oder extrem liberaler Rahmenbedingungen für den Anleger erhebliche Risiken bergen können.
Offshore-Zentren	Zentren des internationalen Bankgeschäftes mit steuerlichen Vorteilen und relativ geringer Kontrolle. Etablierte Offshore-Zentren sind die Bahamas, die Cayman Islands, Malta, Zypern etc.
OGAW	OGAW steht für „Organismen für gemeinsame Anlagen in Wertpapieren“. Dieser (unmögliche) Ausdruck wird in der (EU-)Richtlinie 85/611/-EWG für Kapitalanlagefonds verwendet (daher auch „OGAW-Richtlinie“ genannt), welche die Grundlage für alle einschlägigen nationalen Gesetze innerhalb des EWR (europäischen Wirtschaftsraumes) darstellt. Vielfach ist es von besonderer Bedeutung, ob Fonds der OGAW-Richtlinie entsprechen – denn nur solche dürfen beispielsweise in einen inländischen *Dachfonds aufgenommen werden.
OHG	*Offene Handelsgesellschaft
Ohne Kosten, ohne Protest	Vermerk auf dem Wechsel, der besagt, dass bei Nichtannahme oder Nichteinlösung des Wechsels auf notariellen Protest verzichtet werden kann, ohne die Regressrechte zu verlieren.
Old Economy	Traditionelle Branchen mit bereits etablierten Produkten, z.B. Maschinenbau, Stahl, Lebensmittel, Kraftfahrzeuge etc.
Oligopol	Marktsituation, in der entweder auf der Angebots- oder auf der Nachfrageseite nur sehr wenige Marktteilnehmer auftreten, die sich entweder untereinander absprechen, um eine *monopolähnliche Situation zu schaffen oder zueinander in starkem Wettbewerb stehen.

Omega	Kennzahl der Optionsbewertung, die die Sensitivität des Optionspreises bezüglich einer prozentuellen Veränderung des Aktienkurses misst (prozentueller Hebel).
On-line System	Datenverarbeitungssystem mit direkter Verbindung der Ein- und Ausgabegeräte zur Zentraleinheit (Rechenzentrum)
ÖNORM	Österreichisches Normungsinstitut, das für verschiedene Bereiche des Lebens Standardisierungen im Sinne von Normen etabliert, die sich auf bestimmte Produktcharakteristika und Verhaltensweisen beziehen.
OPEC	Organisation of the Petroleum Exporting Countries, Interessenvertretung der wichtigsten erdölexportierenden Länder mit dem Ziel der Festlegung von Förderquoten und Verkaufspreisen und dem Sitz in Wien.
Open market policy	*Offenmarktpolitik
Open-end fund	*Offener Fonds
Operations Research	Hochkomplexe, mathematische Verfahren, die dem Unternehmer Entscheidungsgrundlagen für Produktions-, Investitions- und Absatzplanung liefern sollen.
Opportunitätskosten	Jene fiktiven Kosten, die dadurch entstehen, sich nicht für eine andere Alternative entscheiden zu haben.
Option	<p>1. Recht und keine Verpflichtung, den zu Grunde liegenden *Basiswert innerhalb einer bestimmten Frist zu einem im Vorhinein vereinbarten *Basispreis zu kaufen (*Call-Option) oder zu verkaufen (*Put-Option). Optionen werden größtenteils an der Börse gehandelt, können jedoch auch außerbörslich im *OTC-Markt gehandelt werden. Optionen bieten für den Inhaber das Recht, für den *Stillhalter eine Verpflichtung, während *Futures für beide Vertragsparteien verpflichtend sind.</p> <p>2. Vertragliches Recht für einen Vertragspartner, vom Gegenüber eine bestimmte vorab definierte Leistung zu verlangen.</p>
Optionsanleihen	Schuldverschreibungen, deren Inhaber das Recht besitzt, innerhalb einer festgesetzten Frist in einem bestimmten Verhältnis zusätzlich zu seiner Anleihe Aktien zu beziehen.
Optionsfrist	Jener Zeitraum, innerhalb dessen eine *Option ausgeübt werden kann.
Optionspreis	Jener Preis, der vom Optionsinhaber an den *Stillhalter zu bezahlen ist, um die *Option zu erwerben bzw. das Recht zur Ausübung zu erlangen.

Optionsschein	Ähnlich einer *Option, nur mit dem Unterschied, dass der Optionsschein ein Wertpapier und kein Recht ist.
Ordentlicher Ertrag	Ein Ausdruck, der im Zusammenhang mit *inländischen Investmentfonds und *ausländischen Kapitalanlagefonds von steuertechnischer Bedeutung ist. Als ordentlichen Ertrag bezeichnet man im Unterschied zum außerordentlichen Ertrag (*Substanzgewinn) die Zinsen und Dividenden, die dem Fonds zufließen, und die abzüglich der Verwaltungsgebühren zur Auszahlung gelangen oder thesauriert werden.
Order	Auftrag zum Kauf oder Verkauf von Wertpapieren.
Orderklausel	Vermerk („an Order“) auf Wertpapieren, mit dem bestimmte Rechte verbunden sind, beispielsweise die Fähigkeit zur Indossierung oder zum Eigentumsnachweis.
Orderpapier	Wertpapier mit einer *Orderklausel, d.h. der Besitz des Papiers verkörpert konkrete Rechte, z.B. Eigentumsrechte an einer Ware. Unter dem Gesichtspunkt des Entstehens des Rechtes unterscheidet man geborene (z.B. Wechsel, Namensaktien und -checks) und gekorene Orderpapiere (z.B. Konnossemente).
Organgesellschaft	Juristisch selbständige Gesellschaft, die jedoch finanziell, wirtschaftlich und organisatorisch von einem beherrschenden Unternehmen abhängig ist.
Organigramm	Betriebsinterne, strukturierte Darstellung des Aufbaus des Unternehmens, das die hierarchische Gliederung in Abteilungen und Stellen veranschaulicht.
Organschaft	Begriff des Steuerrechts, der rechtsgeschäftliche Zusammenschlüsse zweier Unternehmen umfasst, wobei diese aus einer Obergesellschaft (Mutter) und einer Untergesellschaft (Tochter) bestehen.
Österreichischer Sparkassenverband	Interessenvertretung des österreichischen Sparkassensektors und einer von mehreren *Fachverbänden. Er tritt gegenüber den Einrichtungen des öffentlichen Lebens im Dienste und für die Zwecke des Sparkassensektors auf, entwickelt betriebswirtschaftliche Instrumente, übernimmt die Datensammlung und -aufbereitung für den gesamten Sektor, führt die rechtliche Beratung der Sparkassen durch, verhandelt den Kollektivvertrag, ist für sektorales Marketing und die Kommunikation in den Massenmedien zuständig und bildet die Sparkassenmitarbeiter aus.
OTC-Markt	Over-the-counter Markt. Außerbörslicher Handel von Wertpapieren zwischen Kommerzbanken, Investmentbanken und Brokern, ohne die Einrichtungen und Handelszeiten der Börse zu benutzen.

ÖTOB	Österreichische Termin- und Optionenbörse, an der vorwiegend Optionen und Futures auf die größten österreichischen Aktien und osteuropäische Indizes gehandelt werden und die Ende der 90er Jahre in die Wiener Börse integriert wurde.
Out of the money	Option, die *aus dem Geld ist.
Outperformen	Eine bestimmte Veranlagung oder ein Portefeuille hat sich besser entwickelt als ein bestimmter Markt, Marktteil oder ein Referenzindex.

P

p.a.	Lat. per annum = pro Jahr. Zeigt bei Zinssätzen an, dass es sich um einen Jahreszinssatz handelt, *p.m. (Monatszinzsatz).
p.m.	Lat. per mensem = pro Monat. Zeigt bei Zinssätzen an, dass es sich um einen Monatszinssatz handelt, vgl. *p.a. (Jahreszinssatz).
Parikurs	Kurs, der bei Wertpapieren exakt dem Nennwert entspricht.
Parität	*Währungsparität
Paritätische Kommission	Einrichtung der *Sozialpartnerschaft zur Regelung von Preis- und Lohnfragen
Participating bond	Gewinnschuldverschreibung, die zusätzlich zu einer Verzinsung noch die Möglichkeit einer Gewinnbeteiligung bietet.
Partizipationskapital	Bestandteil der *Eigenmittel eines Kreditinstitutes, das auf Unternehmensdauer zur Verfügung gestellt wird und für das Zinsen nur ausbezahlt werden dürfen, soweit sie im Jahresgewinn nach Rücklagenbewegung Deckung finden. Partizipationskapital ist mit dem Recht auf Beteiligung am Liquidationserlös des Kreditinstitutes verbunden und darf erst nach Befriedigung aller anderen Gläubiger, einschließlich der Zeichner von *Ergänzungskapital und *nachrangigem Kapital, zurückbezahlt werden.
Partizipationsschein	Inhaberpapier, durch das der Anleger am Vermögen und am Geschäftserfolg eines Kreditinstitutes beteiligt ist. Partizipationsscheine haben Eigenkapitalcharakter, verfügen jedoch nicht über ein Stimmrecht. Partizipationsscheine waren Ende der 80er Jahre zur Eigenmittelverstärkung der Kreditinstitute stark in Mode, sind jedoch in den 90er Jahren aufgrund fehlender Erfolge in Vorzugsaktien umgewandelt oder von den Emittenten zurückgekauft worden.
Passiva	„Rechte Seite“ der Bilanz, in der sämtliche Methoden der Kapitalaufbringung (*Eigen- und *Fremdkapital) verzeichnet sind; Gegenteil: *Aktiva.
Passivgeschäfte	*Bankgeschäfte, die sich auf der Passivseite der Bilanz niederschlagen, bei denen also das Kreditinstitut Verpflichtungen, z.B. Entgegennahme von Spareinlagen, eingeht.
Patent	Das im Patentregister eingetragene Recht der alleinigen gewerblichen Verwertung einer Erfindung bzw. technischen Innovation.
Patronatserklärung	Sicherungsform im Kreditgeschäft, die von einer Goodwill-Erklärung einer Muttergesellschaft für ihre Tochtergesellschaft bis zur einklagbaren *Mitkreditnehmerschaft reicht.

Pauschalrate	Über die Gesamtlaufzeit von Krediten gleichbleibende Rückzahlungsraten, bei denen der Anteil der Kapitalrückzahlung mit der Laufzeit zunimmt und der Anteil der Zinszahlung abnimmt.
Payback-Period	Kapitalrückflussdauer, *Amortisationsdauer. Kennzahl, die besagt, wie lange es dauert, die Investitionskosten durch zukünftige laufende Erträge hereinzubekommen.
Penetrationsstrategie	Preisstrategie zur Erreichung eines möglichst hohen Marktanteils, bei der mit relativ niedrigen Verkaufspreisen versucht wird, möglichst viele Kunden zu gewinnen.
Pensionsgeschäft	= Repo-Geschäft, Repurchase Agreement. Vereinbarung über den Verkauf eines Wertpapiers mit der Zusicherung des (Erst-)Verkäufers, dieses zu einem bestimmten (höheren) Preis zum vereinbarten Zeitpunkt wieder zurückzukaufen. Als Verkäufer treten größtenteils Zentralbanken und Kommerzbanken auf, kurzfristige Repos werden als „Overnight-money“ bezeichnet.
Pensionsinvestmentsfonds	Inländische Investmentfonds für die private Altersvorsorge, die vom Gesetzgeber steuerlich begünstigt und gefördert werden.
Performance	Wertzuwachs einer Vermögensanlage, bestehend aus Kurssteigerungen und laufenden Ausschüttungen.
Personalkredit	Kredit ohne wesentliche dingliche Sicherheit, bei der die Person des Schuldners und ihre zukünftigen Einnahmemöglichkeiten bzw. Vermögenslage die Hauptrolle bei der Kreditvergabe spielen.
Personenfreiheit	Eine der vier Grundfreiheiten, die den *Europäischen Binnenmarkt charakterisieren. Darunter versteht man u.a. die Freizügigkeit von Arbeitnehmern in allen EU-Mitgliedstaaten (automatische Ausstellung von Arbeitsbewilligungen und Aufenthaltsgenehmigungen), die grenzüberschreitende Niederlassungsfreiheit für Gewerbetreibende, Unternehmer und Freiberufler, die gegenseitige Anerkennung von Ausbildungszertifikaten etc. Der freie Grenzübertritt wird durch das *Schengener Abkommen geregelt.
Personengesellschaft	Rechtsform eines Unternehmens, bei denen die Gesellschafter stärker im Vordergrund stehen und keine prinzipielle Trennung zwischen Kapitalgebung und Management erfolgt. Die wichtigsten Formen sind die *Offene Handelsgesellschaft sowie die *Kommanditgesellschaft.
PEST-Analyse	Verfahren zur Beurteilung der Rahmenbedingungen eines Marktes, bezieht sich auf political, economic, social and technological environment.

Petro-Dollar	In US-Dollar anfallende Überschüsse der Erdöl-exportierenden Staaten, auf den internationalen Finanzmärkten von Relevanz seit der Vervielfachung der Erdölpreise 1973.
Pfändbarer Bezugsteil	Jener Teil des Einkommens, der bei *Gehaltsexekutionen gepfändet werden kann und sich nach Abzug des *Existenzminimums, der *unpfändbaren Bezugsteile und sonstiger Ausgaben, wie z.B. Alimente, Kredit- und Leasingraten, Rückzahlungen von Gehaltsvorschüssen etc. ergibt.
Pfandbestellungs-urkunde	Vertrag über die Verpfändung unbeweglicher Sachen
Pfandbrief	Jede Pfandbriefemission (eine so genannte Reihe) ist durch Liegenschaften der Darlehensnehmer (Grundstücke, Häuser) besichert. Das Geld aus der Emission darf nur zur Vergabe von Hypothekendarlehen verwendet werden.
Pfand-Indossament	Indossament zur Verpfändung von Wechseln
Pfandleihe	Kreditgeschäft, bei dem bewegliche Vermögensgegenstände als Sicherheit für einen sehr kurzfristigen Kredit verpfändet werden und mit rechtzeitiger Kredittilgung zurückgelöst werden können. Wird der Kredit jedoch nicht fristgerecht bedient, wird das Pfand versteigert und mit dem Erlös der Kredit getilgt.
Pfandrech	Dingliches Recht zur Sicherung von Forderungen und Krediten
PIN	Persönliche Identifikations-Nummer. *Code, der die missbräuchliche Verwendung von Instrumenten des *Electronic Bankings verhindern soll und nur dem berechtigten Eigentümer einer Code-Karte bekannt ist.
Planung	Zielgerichtetes und systematisches Handeln, um die für die Erreichung der strategischen Ziele notwendigen operativen Maßnahmen untereinander schlüssig und widerspruchsfrei festzulegen und zu koordinieren.
Platzierung	Verkauf von neu auszugebenden Wertpapieren an Investoren
Politisches Risiko	Länderspezifisches Risiko in Bezug auf die Gefahr eines Krieges bzw. die Verhängung von *Transferverboten und Moratorien
Polypol	Marktsituation, in der entweder auf der Angebots- oder auf der Nachfrageseite eine Vielzahl an Marktteilnehmern auftreten, die zueinander in starkem Wettbewerb stehen.
Pönale	Strafzahlung für eine nicht vereinbarungskonforme Vertragserfüllung

Pool	<p>1. Loser Zusammenschluss von Unternehmen zur Erreichung eines gemeinsamen Zieles, *Kartell</p> <p>2. Vereinbarung der Aktionäre zur einheitlichen Geltendmachung von Rechten (Stimmrechtspool)</p> <p>3. Juristische Verrechnungseinheit für investiertes Kapital von mehreren Investoren</p>
Portefeuille	<p>1. (früher) Physischer Behälter für Wechsel oder Wertpapiere</p> <p>2. (jetzt) Eigenbestand an Wechseln oder Wertpapieren</p>
Portfolio	Gesamtheit aller Investitionen in Wertpapiere, die ein Kunde, ein Unternehmen oder ein Investmentfonds besitzt.
Portfolioinvestition	Einzelinvestition eines *Investmentfonds in ein Unternehmen, wobei nur relativ geringe Volumina aus Gründen der raschen Gewinnerzielung investiert werden. Im Gegensatz zur *Direktinvestition besteht kein Interesse an der Mitwirkung im Unternehmensmanagement sowie an der Produktion bzw. Strategiefestlegung.
Portfoliomanager	Derjenige, der für ein Portfolio in eigener Verantwortlichkeit und gemäß den vereinbarten Richtlinien die Entscheidungen für den An- und Verkauf von Wertpapieren trifft.
POS (Point of Sale)	Unter POS-Banking versteht man das bargeldlose Bezahlen von Waren und Dienstleistungen direkt am Verkaufsort (z.B. Tankstelle, Handelsunternehmen, Hotel etc.) mit einer multifunktionalen *Bankomatkarte bzw. *Chip-card.
Postlaufkredit	Im internationalen Zahlungsverkehr zwischen Kreditinstituten üblicher Kredit zur Überbrückung des Zeitraumes zwischen Ausführung einer Zahlung und dem Eintreffen der Deckung auf dem üblichen Postweg.
Post-money-Unternehmensbewertung	Unternehmenswert nach einer Finanzierungsrunde und der diesbezüglichen Zurverfügungstellung neuen Kapitals
Postnumerando	Im Nachhinein, Gegenteil: pränumerando
Postscheckverkehr	Bargeldloser Zahlungsverkehr durch die Post oder die Österreichische Postsparkasse
Postsparkasse, Österreichische	Sonderkreditinstitut im nunmehrigen Besitz der BAWAG (Bank für Arbeit und Wirtschaft), das durch das Postsparkassengesetz zur Ausübung von Bankgeschäften befugt ist und sich dazu zum Teil der österreichischen Postämter bedient.
Power of attorney	Schriftliche Vollmacht, für eine bestimmte Zeit allgemein oder in einem besonderen Auftrag für eine Person tätig zu werden.

PPP	Public Private Partnership. Bezeichnung für *Betreibermodelle im Rahmen der internationalen *Projektfinanzierung, bei der private Unternehmen gemeinsam mit staatlichen Institutionen Infrastrukturinvestitionen vornehmen.
Prämienaktionen	Im Investitionsbereich Maßnahmen der Gewerbe- und Fremdenverkehrsförderung, bei der z.B. durch verschiedene Institutionen bzw. Gebietskörperschaften nicht rückzahlbare Zuschüsse für bestimmte Investitionen bei Erfüllung der jeweiligen Voraussetzungen gewährt werden.
Prämienkontensparen	Geförderte Sparform, bei der ursprünglich der Staat, nunmehr die Kreditinstitute Prämien zum längerfristigen Ansparen auch kleinerer Beträge leisten.
Pränumerando	Im Vorhinein, Gegenteil: postnumerando
Präsentationsfrist	Vorlagefrist, etwa bei Wechseln zur Annahme oder Zahlung
Preferred shares	*Vorzugsaktien
Preisnotierung	Unrunde Einheiten an Heimatwährung, die für den Erwerb einer Einheit an Fremdwährung (*Basiswährung) erforderlich sind. Diese Kursnotierung, auch als *direkte Notierung bezeichnet, war vor Einführung des Euro vorherrschend. Gegenteil: *indirekte Notierung.
Preispolitik	Bewusster Einsatz des Preises der Produkte und Dienstleistungen als Marketinginstrument, um einerseits eine optimale Marktbearbeitung sowie andererseits die angestrebten Erträge zu sichern.
Pre-money-Unternehmensbewertung	Unternehmenswert vor einer Finanzierungsrunde und der diesbezüglichen Zurverfügungstellung neuen Kapitals.
Price-earnings-ratio (PER)	*KGV
Pricing	Festsetzung des Emissionspreises bei der Ausgabe von neuen Wertpapieren
Primäreinlagen	Summe aller Gelder (*Sicht-, *Termin- und *Spareinlagen), die einer Bank von ihren Kunden (nicht aber von anderen Banken) überantwortet sind.
Primärmarkt	Emissionsmarkt, auf dem Wertpapiere (Aktien, Anleihen) innerhalb der Zeichnungsfrist neu ausgegeben, aber noch nicht gehandelt werden. Am Primärmarkt treffen Kapitalnehmer (Unternehmen) und Kapitalgeber (Finanzinvestoren) zusammen. Gehandelt werden die Wertpapiere schließlich am *Sekundärmarkt, wo nur mehr die Kapitalgeber untereinander in Kontakt treten, nicht jedoch die kapitalsuchenden Unternehmen.

Primärmarktrendite	Ermittlung der zukünftigen Effektivrendite von neu emittierten Anleihen unter Berücksichtigung der Nominalverzinsung sowie des Emissionskurses.
Prime market	Marktsegment an der Wiener Börse, das Aktienwerte enthält, die zum Amtlichen Handel oder im geregelten Freiverkehr zugelassen sind und speziellen Zusatzanforderungen entsprechen.
Prime rate	Zinssatz, den Kommerzbanken für Kredite an bonitätsmäßig erstklassige Kunden verrechnen. An der Prime rate orientieren sich die Zinssätze für alle anderen (weniger erstklassigen) Kreditkunden.
Prioritätsgrundsatz (im Grundbuch)	Bei gleichartigen Ansuchen um Eintragung eines Rechtes geht das zeitlich früheste allen späteren voran.
Private Equity	*Risikokapital, das in späteren Unternehmensentwicklungsphasen investiert wird.
Private Exportversicherer	Private Versicherungsgesellschaften, die sich auf die Übernahme von *marktfähigen Exportrisiken spezialisieren, in Österreich etwa die Prisma, ÖKV, Gerling, Gothaer etc.
Private Offering	Neuemission von Aktien eines Unternehmens, die nur einer breiten Schicht an *institutionellen Investoren, nicht aber Privatanlegern angeboten werden.
Private Placement	Letzte Finanzierungsrunde vor einem *Börsegang, wobei Aktien nur einem ausgewählten, kleinen Kreis an Investoren angeboten werden, nicht jedoch der Öffentlichkeit oder einer Vielzahl an institutionellen Investoren.
Privatkonkurs	Nicht nur überschuldete bzw. insolvente Unternehmen können in Konkurs gehen, sondern seit Mitte der 90er Jahre auch überschuldete bzw. *insolvente Privatpersonen.
Privatkonto	Gehalts-, Lohn- und Pensionskonto für den privaten Zahlungsverkehr.
Privatkredit	Kredit an unselbständige Erwerbstätige zur weitgehenden Finanzierung von Konsumgütern bzw. des Wohnbaus.
Product Buy-Back	Spezialform eines *Gegengeschäfts, bei der die Erstellung einer Anlage durch Andienung oder Verkauf der darauf produzierten Waren bezahlt wird.
Produktbündelung	Zusammenfassung von Produkten oder Leistungen, die Unternehmen ihren Kunden in einem gesamten Package und zu einem Gesamtpreis anbieten, wobei es nicht möglich ist, einzelne Teile dieses Packages zu kaufen. Ziel ist es, durch die Produktbündelung einerseits standar-

disierte Lösungen für komplexe Anforderungen „aus einer Hand“ anzubieten sowie andererseits einen Mehrabsatz von Produkten oder Leistungen zu erreichen, der bei einem Einzelverkauf nicht möglich gewesen wäre.

Produktdeklaration	Gesetzlich vorgeschriebene Angaben über die Qualität, Zusammensetzung und Behandlung von Produkten.
Produktenbörse	Warenbörse für Rohstoffe, z.B. Getreide, Kaffee, Futtermittel etc.
Produktionsgüter	Güter, die der Herstellung von anderen Gütern oder von Dienstleistungen dienen, z.B. Maschinen, industrielle Einrichtungen aller Art etc., Gegenteil: Konsumgüter.
Produktionskredit	Kredit, der erwerbswirtschaftlichen Zwecken und zur Finanzierung von Realinvestitionen bzw. der Anschaffung von Produktionsgütern dient, auch als *Investitionskredit bekannt; Gegenteil: Konsumkredit.
Produktionsrisiko	Delkredererisiko des Importeurs, das der Exporteur bereits während der Produktionsphase tragen muss, besonders schwerwiegend bei der Anfertigung von Spezialmaschinen.
Produktivität	<p>1. Volkswirtschaftliche Sichtweise: Beitrag der Produktionsfaktoren (Boden, Kapital, Arbeit und Unternehmerleistung) zum Mengenertrag an Gütern und Dienstleistungen einer Volkswirtschaft</p> <p>2. Betriebswirtschaftliche Sichtweise: Verhältnis der Inputfaktoren (aufgewendete Arbeitszeit, Materialeinsatz etc.) zum Produktionsergebnis.</p>
Produktlaunch	Revitalisierung eines Produkts mit leichten Modifikationen
Produktlebenszyklus	Idealtypischer Lebenslauf eines Produkts, der sich in folgende Phasen gliedern lässt: Entwicklungsphase, Wachstumsphase, Reifephase, Sättigungsphase, Degenerationsphase bzw. *Produktlaunch. Die einzelnen Phasen sind durch bestimmte Entwicklungen des Umsatzes und des Ertrags gekennzeichnet.
Produktpolitik	Maßnahmen des Marketing-Mix mit dem Ziel, das Sortiment bzw. die Eigenschaften von Produkten zu verändern und in anderer Form alten und neuen Kunden anzubieten. Produkte können modifiziert (Veränderung von Eigenschaften), differenziert (Angebot an zusätzlichen Produktvarianten), diversifiziert (Angebot an zusätzlichen Produktlinien) oder auch im Rahmen einer *Produktbündelung angeboten werden.
Profit Center	Gliederungsart eines Organigramms eines Unternehmens, bei der jedes Produkt bzw. jede Region separat budgetiert und abgerechnet wird, wodurch deren Profitabilität auf einen Blick sichtbar ist.

Progressiv	Im Zeitablauf stärker steigend, z.B. bei der *Abschreibung, wenn sich die Prozentsätze jährlich erhöhen.
Projektfinanzierung	Spezialform der Finanzierung von Infrastrukturinvestitionen, bei der eine Vielzahl an Projektbeteiligten involviert ist und die zukünftigen Cashflowströme die Entscheidungsgrundlage für die Realisierung eines Projekts bilden. Die Risiken werden auf die einzelnen Vertragspartner verteilt und meistens wird auch eine eigene Special Purpose Company (= Projektgesellschaft) gegründet, die das gesamte Projekt verwaltet und koordiniert.
Prokura	Von einem Kaufmann an einen Mitarbeiter erteilte, im Firmenbuch eingetragene Vollmacht für eine Vielzahl von Rechtshandlungen, die mit dem jeweiligen Gewerbe im Zusammenhang stehen.
Prolongation	Verlängerung der Laufzeit eines Wechsels (durch Festsetzung eines späteren Verfallstages) oder eines Kredites (durch eine Nachtragsvereinbarung zum ursprünglichen Kreditvertrag).
Promesse	Lat. promittere = versprechen. 1. Zahlungsverprechen, das als Schuldschein oder Solawechsel verbrieft ist. 2. Schriftliches Lieferungsversprechen. 3. Vorstufe zu einer *Exportgarantie, bei der sich der Exportversicherer bereit erklärt, eine Exportlieferung abzusichern, sofern sie die gleichen Konditionen wie beim Ansuchen für die Promesse aufweist.
Prospekt	Schriftliche Unterlage, die anlässlich der *Platzierung von neuen Wertpapieren potentielle Anleger über das Unternehmen, insbesondere seine Chancen und Risiken, vollständig und korrekt informieren soll.
Prospekthaftung, Prospektpflicht	Nach dem Kapitalmarktgesetz muss der Emittent von Wertpapieren einen *Prospekt erstellen, der Aufschluss über seine Vermögens- und Ertragslage, seine Entwicklungsaussichten sowie über die mit dem Wertpapier verbundenen Rechte und Pflichten gibt. Der Emittent und die mit der Erstellung des Börseneinführungsprospekts befassten Investmentbanken, Wirtschaftsprüfer und Rechtsanwälte haften gegen Schadenersatzansprüche für die Vollständigkeit und die Richtigkeit des Prospekts.
Protektionismus	Politik, die auf den Schutz der inländischen Produktion vor Importkonkurrenz abzielt. Wichtigste Instrumente des vor allem in früheren Jahrzehnten vorherrschenden Protektionismus waren Schutzzölle, mengenmäßige Einfuhrbeschränkungen, Devisenvorschriften sowie sonstige Handelshemmnisse.

Protest	Protesterhebung tritt vor allem beim Wechsel auf. Unter Protest versteht man die amtliche notarielle Beurkundung der Tatsache, dass eine wechselrechtliche Handlung (verpflichtende Annahme oder Zahlung) vom Bezogenen ordnungsgemäß verlangt, aber von diesem nicht erbracht wurde.
Protesterlassklausel	Vermerk „*ohne Kosten“ bzw. „ohne Protest“, durch den der Wechselaussteller bzw. ein Indossant den Wechselinhaber von der Notwendigkeit der Protesterhebung befreit. Dadurch kann die *Regressnahme auf die Vormänner rascher und günstiger durchgeführt werden. Setzt lediglich ein *Indossant und nicht der Aussteller die Protesterlassklausel, so gilt sie nur diesem gegenüber.
Provision	Provisionen sind gemeinsam mit eher allgemein gültigen Gebühren und Spesen jene Kosten, die Unternehmen ihren Kunden für spezifische, eher individuell gehaltene Aufgaben bzw. Dienstleistungen verrechnen. Im Kreditgeschäft fallen vor allem folgende Provisionen an: Bearbeitungsgebühren, Kreditbereitstellungsprovisionen, Überziehungsprovisionen etc.
Prozentnotierung	Angabe des Kurses einer Anleihe in Prozenten des Nennwertes (d.h. bei 95 liegt die Anleihe „unter par“, bei 105 „über par“), bei Aktien hingegen herrscht die *Stücknotierung vor.
Prüfungskosten	Das Investmentfondsgesetz schreibt vor, dass der jährliche *Rechenschaftsbericht eines Kapitalanlagefonds vom *Bankprüfer nach bestimmten Kriterien zu prüfen ist. Diese Prüfung hat sich aber auch auf die Einhaltung der Bestimmungen des Investmentfondsgesetzes (*Veranlagungsgrenzen) und der jeweiligen *Fondsbestimmungen zu erstrecken. Die dafür anfallenden Kosten – die Prüfungskosten – werden, wenn dies in den Fondsbestimmungen vorgesehen ist, dem Fonds direkt angelastet.
Public Equity	Eigenkapital, das über einen Börsengang und die Emission von Aktien beschafft wird.
Public Offering	Neuemission von Aktien eines Unternehmens, die sowohl *institutionellen Investoren als auch Privatanlegern angeboten werden.
Public Relations	*Öffentlichkeitsarbeit
Publikumsfonds	Kapitalanlagefonds, die grundsätzlich der Öffentlichkeit zugänglich sind.
Publizitätsvorschriften	Gesetzliche Bestimmungen bzw. Richtlinien einer Börse über die aktuelle, vollständige und wahrheitsgetreue Information der Öffentlichkeit und der Aktionäre über die Entwicklung eines Unternehmens, meist mit dem Erfordernis der Veröffentlichung von Quartalsberichten und der Abhaltungspflicht von Pressegesprächen.

Punkt	Kleinste Einheit der Kursnotierung. Bei einer Kurssteigerung von beispielsweise 60 auf 80 (gleichgültig ob Prozent oder Währungseinheiten) beträgt die Kurszunahme 20 Punkte.
Put-Option	*Option, bei der der Inhaber das Recht, nicht jedoch die Verpflichtung besitzt, den zu Grunde liegenden *Basiswert innerhalb eines bestimmten Zeitraumes zu einem vorab definierten *Basispreis zu verkaufen.

Q

Quartalsbericht	<p>1. Von börsennotierten Unternehmen vierteljährlich zu erstellende Kurzinformation über Geschäftsgang und Ertragslage zur raschen und laufenden Information der Aktionäre.</p> <p>2. Der Oesterreichischen Nationalbank von Banken vierteljährlich zu übermittelnder Bericht über den aktuellen Stand der Posten der Gewinn- und Verlustrechnung sowie der Bilanzsummen, *Monatsausweis.</p>
Quotenaktie	<p>Aktie, die nicht auf einen Nennwert, sondern auf einen bestimmten Anteil am Unternehmen lautet, beispielsweise auf „10 Anteile am Grundkapital“.</p>

R

R & D	Abkürzung für Research and Development (Forschung und Entwicklung)
Rahmenkredit	Kreditvertrag, der bis zu einem bestimmten Höchstbetrag für die Finanzierung von Geschäften vereinbart wird und revolving in Anspruch genommen werden kann, auch als *Kontokorrentkredit bekannt.
Raiffeisenbanken	Kreditinstitute in Form von Genossenschaften, ursprünglich entstanden aus dem ländlichen Genossenschaftswesen.
Random-Walk-Hypothese	Wissenschaftlicher Erklärungsansatz, der besagt, dass die Aktienkurse einer zufallsorientierten Entwicklung folgen, die nicht prognostiziert werden kann.
Rangordnung (im Grundbuch)	Prinzipiell erfolgt die Befriedigung grundbücherlich verbriefter Rechte nach dem Zeitpunkt des Einlangens im Grundbuch (*Prioritätsgrundsatz). Durch Rangtausch können aber etwa Landes-Wohnbauförderstellen auch bei späterer Eintragung durch Vorrangräumung auf einen besseren Rang vorstoßen.
Rat der Europäischen Union	*Europäischer Rat. Der Rat besteht aus Vertretern der Mitgliedstaaten der EU auf Ministerebene, die befugt sind, für die Regierungen ihrer Staaten verbindlich zu handeln. Seine Zusammensetzung ändert sich demnach je nach Beratungsgegenstand. Sitz des Ministerrates ist Brüssel, der Vorsitz wechselt turnusmäßig alle sechs Monate. In der Praxis finden diese Treffen meistens im Juni und Dezember statt. Österreich hatte die Ratspräsidentschaft in der zweiten Hälfte des Jahres 1998 inne.
Rat für Gegenseitige Wirtschaftshilfe (RGW)	Council for Mutual Economic Aid (COMECON). Wirtschaftsvereinigung der Sowjetunion und der kommunistisch regierten Länder, Gründung 1949, Auflösung nach der Öffnung des Ostens Anfang der 90er Jahre.
Ratenkauf	*Abzahlungsgeschäft
Ratenkredit	Teilzahlungskredit, bei dem das Kreditnominale, meist zur Finanzierung von *Konsumgütern aufgenommen, in regelmäßigen, gleichbleibenden Beträgen zurückbezahlt wird.
Rating	Beurteilung der Bonität eines Unternehmens oder eines Landes durch darauf spezialisierte Ratingagenturen, z.B. Moody's und Standard & Poor's. Das beste erzielbare Rating ist ein AAA, das anschließend in AA, A, BBB, BB, B, CCC, CC, C und schließlich D abgestuft wird. Ab einem Rating von BB gilt ein Unternehmen bzw. ein Land bereits als spekulativ.

Realkredit	Kredit gegen Verpfändung realer Vermögenswerte (*Grundstücke, sonstige Immobilien) als Besicherung; Gegenteil: *Personalkredit.
Reallast	Verpflichtung eines Liegenschaftseigentümers zu Leistungen gegenüber einem Dritten, die im *Grundbuch festgehalten wird.
Rechenschaftsbericht	Über jedes *Rechnungsjahr eines Fonds muss ein Rechenschaftsbericht erstellt und veröffentlicht werden (*Veröffentlichungen). Die Inhalte des Rechenschaftsberichts sind durch das Investmentfondsgesetz vorgegeben und am ehesten geeignet, dem Anleger einen guten Überblick darüber zu geben, wie mit seinem Geld gearbeitet wurde. Im Rechenschaftsbericht findet sich auch der Bestätigungsvermerk des *Bankprüfers, der Bericht des Aufsichtsrates der Kapitalanlagegesellschaft und eine Tabelle über die steuerliche Behandlung der *Ausschüttungen und/oder der *ausschüttungsgleichen Erträge.
Rechenwert	*errechneter Wert
Rechnungsabgrenzung	Aufwendungen bzw. Erträge, die im Abschlussjahr bereits bezahlt wurden bzw. eingegangen sind, jedoch zumindest teilweise wirtschaftlich in Folgeperioden gehören oder umgekehrt (z.B. im Voraus bezahlter Mietaufwand, im Nachhinein erhaltene Zinsgutschriften), werden durch entsprechende Buchungen in jenem Geschäftsjahr berücksichtigt, in das sie gehören.
Rechnungsabschluss	Die Buchhaltung der Gebietskörperschaften erfolgt nach kameralistischen Grundsätzen. Die Instrumente sind der Voranschlag als Vorschaurechnung und der Rechnungsabschluss, der mit der *Bilanz bzw. *Gewinn- und Verlustrechnung von Betrieben mit Doppelter Buchhaltung zu vergleichen ist.
Rechnungsjahr	oder auch (Fonds-)Geschäftsjahr ist ein von der *Kapitalanlagegesellschaft für jeden Kapitalanlagefonds willkürlich gewählter Jahreszeitraum, für den Rechnung und Rechenschaft zu legen ist. (Zu Beginn eines Fonds, aber auch bei Umstellung kann es zu einem „Rumpfgeschäftsjahr“ kommen, welches kürzer als 12 Monate ist).
Rechtsfähigkeit	Fähigkeit von natürlichen und juristischen Personen, Träger von Rechten und Pflichten zu sein. Wer nicht rechtsfähig ist, kann keine Rechtsgeschäfte tätigen und daher auch weder Eigentum erwerben noch Gläubiger oder Schuldner von Forderungen oder Verpflichtungen sein.
Rechtsgeschäftsgebühr	Eine öffentliche Abgabe, die für alle schriftlichen Kreditverträge zum Zeitpunkt der Unterzeichnung der Urkunden zu entrichten ist.
Recycling	1. Wiederverwendung von Abfällen im Wirtschaftskreislauf

2. Zurückschleusen von aus dem Ausland zugeflossenen Geldern in das Ursprungsland

Red clause	Klausel bei einem Dokumentenakkreditiv, durch die das eröffnende Kreditinstitut vom auftraggebenden Importeur ermächtigt wird, dem begünstigten Exporteur Teile des Akkreditivbetrages bereits vor dessen Lieferung und Dokumenteneinreichung auszusahlen.
Rediskontierung	(Früherer) Wiederverkauf von diskontierten (angekauften) *Wechseln durch ein Kreditinstitut an die jeweilige Notenbank, wobei es allerdings notwendig war, dass die Wechsel „rediskontfähig“ im Sinne gewisser Mindestqualitäten waren. Die Möglichkeit der Rediskontierung von Wechseln ist jedoch mit Einführung der Währungsunion weggefallen.
Referenzzinssatz	Jener Zinssatz, der für die Zinsfestlegung bzw. Zinsanpassung von variabel verzinsten Forderungen bzw. Verbindlichkeiten vereinbart wird, meist der *LIBOR, *Euribor oder die *Sekundärmarktrendite.
Refinanzierung	Aufnahme von Krediten durch einerseits Kreditinstitute, um sich damit selbst Mittel zur Kreditgewährung zu beschaffen (z.B. im Rahmen einer Refinanzierung bei der Notenbank) oder andererseits von Unternehmen zur Kapitalbeschaffung zur Gewährung von Lieferantenkrediten.
Refinanzierungspolitik	Unter Refinanzierungspolitik der *Notenbank wird jener Teil der Währungspolitik verstanden, der die Höhe des Refinanzierungsrahmens der Kreditinstitute bei der Oesterreichischen Nationalbank regelt und durch die so erfolgte Steuerung des Angebotes an Krediten die Kreditvergabe an Unternehmen und Privatpersonen beeinflusst.
Regress	Möglichkeit des *Rückgriffs auf andere Unternehmen zur Eintreibung von Forderungen, vor allem auf die Vormänner bei notleidend gewordenen Wechseln, bei denen der Bezogene seinen Zahlungsverpflichtungen nicht nachkommt.
Reinvoicing Center	Verrechnungszentrale eines international tätigen Konzerns, in dem das gesamte Risikomanagement, insbesondere jenes des Wechselkursrisikos, durchgeführt wird.
Reisescheck	Traveller Cheque. Früher sehr gebräuchliches Reisezahlungsmittel in Form von Schecks, die auf bestimmte Beträge lauteten und bei ausländischen Kreditinstituten in Bargeld umgetauscht oder auch in Geschäften, Hotels etc. an Zahlungs statt weitergegeben werden konnten. Durch die weite Verbreitung von Kreditkarten und international einsatzfähigen Bankomatkarten sind Traveller Cheques jedoch kaum noch anzutreffen.

Rektaklausel	Negative Orderklausel, Vermerk „nicht an Order“. Dadurch wird aus einem *Orderpapier ein normales Inhaberpapier. Bei Namenschecks und *Wechseln untersagt es ein *Indossament (Übertragung), *Konnossemente verlieren ihre *Traditionspapiereigenschaft.
Rektascheck	In dieser Scheckform wird der Begünstigte namentlich angeführt. Der Scheck trägt die Rektaklausel („und nicht an Order“), wodurch die Rechte aus dem Scheck scheckrechtlich nicht mehr übertragen werden können.
Remittent	Begünstigter, an den die Wechselsumme zu bezahlen ist.
Rendite	In Prozenten ausgedrückter Ertrag des eingesetzten Kapitals, insbesondere von Wertpapieren, *Effektivverzinsung.
Rentabilität	Verhältnis von Gewinn zum eingesetzten Kapital bei einer bestimmten Investition bzw. für das gesamte Unternehmen. Je weniger Kapital notwendig ist, um einen bestimmten Gewinn zu erzielen, desto höher liegt die Rentabilität.
Rente	*Anleihe
Rentenfonds	Investmentfonds, der ausschließlich in *festverzinslichen Wertpapieren veranlagt.
Repartieren	Franz. = zuteilen. Vor allem bei Börsentransaktionen, bei denen nicht die gesamte Nachfrage bedient bzw. das gesamte Angebot an Wertpapieren untergebracht werden konnte, müssen die Differenzbeträge entsprechend zugeteilt werden.
Repartierung	Teilausführung bei zum Einheitskurs notierten Wertpapieraufträgen, beschränkte Abnahme bei überwiegenden Verkäufen und beschränkte Zuteilung bei überwiegenden Käufen.
Repatriierung	Verlegung von Vermögenswerten, insbesondere (Flucht)-Kapital, aus dem Ausland in das Heimatland.
Report	Positive Differenz zwischen Devisenterminkurs und Devisenkassakurs, die einen Aufschlag auf den Kassakurs darstellt. Die Höhe des Reports ergibt sich genauso wie jene des *Deports (Abschlag) aus den Zinsdifferenzen der beiden im Rahmen eines Devisentermingeschäfts involvierten Währungen.
Repräsentanz	Ausländische Betriebsstelle eines Kreditinstituts, die nicht über die vollständige Konzession zur Durchführung von Bankgeschäften verfügt, sondern vorwiegend zur Kontaktabnähung und -pflege sowie zur Marktforschung errichtet wird.

Reserven	Reserven sind *Rücklagen, die ein Unternehmen verpflichtend bilden muss oder freiwillig bildet, um für zukünftige Verluste vorzusorgen und die Eigenkapitalbasis zu erhöhen. Offene Rücklagen entstehen durch entsprechende Dotation der Rücklagenkonten, die in den *Passiva der *Bilanz ausgewiesen werden, stille Rücklagen werden in der Bilanz nicht ausgewiesen und entstehen durch eine Unterbewertung von Vermögensgütern bzw. durch eine Überbewertung von Verbindlichkeiten.
Reservewährung (internationale)	Internationale Leitwährung, die auch außerhalb ihres Ursprungslandes im Welthandel eingesetzt wird bzw. von Notenbanken in Form von Devisenreserven gehalten wird. Weltweit ist zur Zeit der USD die führende Reservewährung.
Resident	Deviseninländer; Gegenteil: Non-resident (Devisenausländer)
Respekttage	Auch als Respirotage bezeichnet. Zeitraum, der für die länderübergreifende Überweisung von Kapitalbeträgen benötigt wird und vom Tag der Überweisung bis zum Tag der Gutschrift auf dem Konto des Zahlungsempfängers dauert.
Restlaufzeit	Verbleibende Laufzeit von Forderungspapieren bis zur Beendigung der Kapitalbereitstellung oder von *Optionen bis zur Beendigung der Möglichkeit zur Ausübung
Restriktionen	Gesetzlich festgelegte Einschränkungen, die die freie Vertragsgestaltung oder bestimmte Geschäftsfeldaktivitäten limitieren.
Restschuldbefreiung	*Abschöpfungsverfahren
Restwertleasing	Die kumulierten Beträge aus den geleisteten Leasingraten decken nur einen Teil der Anschaffungskosten des Leasinggutes. Nach Ablauf der regulären Mietzeit erfolgt die Verwertung des gemieteten Anlagegutes durch den Leasinggeber zu einem Restwert, der bereits im Vorhinein berechnet wird. Meistens kann der Leasingnehmer das geleaste Objekt zum Restwert käuflich erwerben, wodurch es vollständig in sein Eigentum übergeht.
Retailgeschäft	Mengen- und Massengeschäft mit Privatkunden bzw. Endverbrauchern
Retorsion	Handels- oder zollpolitische Vergeltungsmaßnahmen bei Verstößen eines Handelspartners gegen internationale Abmachungen oder Usancen
Return on Investment (ROI)	Ertragskennzahl, die die Verzinsung des investierten Kapitals wiedergibt. Berechnung als Prozentsatz des Gewinnes bezogen auf das Kapital oder als Produkt aus Umsatzrentabilität und Kapitalumschlagshäufigkeit.
Reuegeld	Betrag, den der vom Vertrag Zurücktretende als eine Art Schadenersatz zu leisten hat.

Reuters	Internationale Online-Agentur mit der weltweit größten Datenbank für sämtliche Wirtschaftsinformationen, die über die Reuters-Bildschirme jederzeit aktualisiert abrufbar sind.
Reverse Floater	Variabel verzinsten Anleihe, deren Verzinsung sich am aktuellen Zinsniveau orientiert, allerdings derart gestaltet ist, dass der Zinssatz der Anleihe bei steigendem Marktzinsniveau fällt und umgekehrt, z.B. 9 % – LIBOR.
Revolvierender Kredit	Kredit, der bis zu einem bestimmten Höchstbetrag (Kreditrahmen) in Anspruch genommen werden kann. Ausgenützte und bereits getilgte Beträge können wiederum und ohne besondere Vereinbarung in Anspruch genommen werden. Die Zinsen werden nur vom aushaftenden Betrag berechnet.
Rezession	Abschwächung des Wirtschaftswachstums
RGW	*Rat für Gegenseitige Wirtschaftshilfe
Rho	1. Kennzahl der Optionsbewertung, die die Sensitivität des Optionspreises bezüglich einer Veränderung des risikolosen Zinssatzes misst. 2. Kennzahl, die den *Korrelationskoeffizienten zwischen zwei Wertpapieren ausdrückt.
Rimesse	Solawechsel, bei dem der Aussteller der Bezogene ist, im Unterschied zur *Tratte, bei der der Aussteller der Begünstigte ist.
Risiko	Unter Risiko versteht man die Gefahr des Eintritts unvorteilhafter Ereignisse, die man trotz Vorabkenntnis nicht ausschließen konnte. Die Risiken im Kreditgeschäft können in bankinterne und bankexterne sowie in beeinflussbare und nicht beeinflussbare Risiken unterschieden werden. Wichtige Risiken sind z.B. das *Zinsänderungsrisiko, das *Währungsrisiko, das *Liquiditätsrisiko, das Besicherungsrisiko (*Sicherheiten) und das Verlustrisiko.
Risikoloser Ertrag	Als risikolosen oder risikofreien Ertrag bzw. risikolosen Zinssatz bezeichnet man jenen Zinssatz, den man für täglich fällige Geldeinlagen erhält. Wichtig ist die Erkenntnis, dass jeder Ertrag, der höher als der risikolose Zinssatz ist, auch ein höheres *Risiko aufweist
Risikokapital	*Eigenkapital bzw. *Mezzaninkapital, das von speziellen Risikokapitalgebern in besonders wachstumsstarke und innovative Unternehmen investiert wird.
Risikomanagement	Hochrangige Führungsaufgabe eines Unternehmens bzw. Kreditinstituts, die eine intensive Auseinandersetzung mit der Risikopolitik und eine entsprechende Berücksichtigung in der Geschäftspolitik erfordert. Sie umfasst damit alle

	Maßnahmen zur Begleitung und Steuerung des Kreditmanagements, wie zum Beispiel Risikoabsicherung, Risikovermeidung, Risikofrüherkennung etc.
Risikostreuung	Ein Grundprinzip der *modernen Portfoliotheorie und somit auch der inländischen Investmentfonds. Durch die bewusste Streuung der Veranlagungen auf unterschiedliche Instrumente, Märkte, Währungen, Laufzeiten u.v.m. wird das Risiko im wahrsten Sinn des Wortes gestreut.
Risiko-transformation	„Risikolose“ Einlagen, die die Kunden von der Bank sicher und mit Zinsen zurückerhalten wollen, werden als „risikobehaftete“ Kredite verliehen. Diese Risiko-transformation nimmt die Bank auf sich, sie stellt eine ihrer Kernaufgaben dar.
Risikoverteilung	Streuung einer Kapitalanlage nach Ländern, Währungen, Branchen, Anlagearten etc., um eine Risikodiversifikation auf mehrere verschiedene Investments zu erreichen.
Risk-sharing	Verteilung der Risiken eines Geschäfts auf mehrere Vertragspartner, besonders bei *Projektfinanzierungen der Fall.
ROI	*Return on Investment
Roll-over-Kredit	Bei dieser Finanzierungsart werden Kredite am Ende ihrer Laufzeit nicht getilgt, sondern zu markt-konformen Konditionen (= zu einem höheren oder niedrigeren Zinssatz) in einen weiteren eigenen Kredit umgewandelt („weitergerollt“).
Round lot	Engl. = gerade Menge. Viele Aufträge beim Handel mit Wertpapieren, Optionen, Devisen und Rohstoffen müssen sich auf eine runde Summe an Mengeneinheiten belaufen. Gegenteil: *odd lot.
Rückgriff	*Regress
Rückkaufswert	Betrag, zu dem eine Versicherungsgesellschaft eine Lebensversicherungspolize vor Ablauf der Versicherungsdauer zurückkauft, wird von Kreditinstituten als Belehnungsgrenze bei der Verpfändung der Polize für einen Kredit angenommen.
Rücklagen	Rücklagen sind Kapitalbeträge, die ein Unternehmen verpflichtend bilden muss oder freiwillig bildet, um für zukünftige Verluste vorzusorgen und die Eigenkapitalbasis zu erhöhen. Offene Rücklagen entstehen durch entsprechende Dotation der Rücklagenkonten, die in den *Passiva der *Bilanz ausgewiesen werden, stille Rücklagen werden in der Bilanz nicht ausgewiesen und entstehen durch eine Unterbewertung von Vermögensgütern bzw. durch eine Überbewertung von Verbindlichkeiten. Die wichtigsten offenen Rücklagen sind die Gewinnrücklage (Dotation aus dem Gewinn) und die Kapitalrücklage (Dotation aus der über das *Nominale der Beteiligung hinausgehenden Einzahlung von Gesellschaftern).

Rücknahmepreis	Preis, zu dem ein *offener Investmentfonds seine ausgegebenen *Investmentzertifikate jederzeit zurücknehmen muss, entspricht dem rechnerischen Wert eines Anteils (gesamtes Fondsvolumen dividiert durch die Anzahl der Anteile).
Rücknahmeverpflichtung	ist eine für den Anleger sehr wichtige Bestimmung des *Investmentfondsgesetzes. Demnach muss dem Anteilinhaber auf dessen Verlangen gegen Rückgabe des Anteilscheines (samt Ertragschein und Talon, *effektive Stücke) sein Anteil aus dem Kapitalanlagefonds – der *Rücknahmepreis – ausbezahlt werden (man muss also seine Investmentfondsanteile nicht an einer Börse zum Verkauf anbieten). Mit dieser Bestimmung gehören inländische Investmentfonds zu den Wertpapieren mit höchster *Liquidität.
Rückstellung	Bilanzposition mit Fremdkapitalcharakter, die für potentielle, in ihrer Höhe jedoch noch unbekanntes Verbindlichkeiten oder Aufwendungen gebildet wird (z.B. Gewährleistungsrückstellung, Pensions- und Abfertigungsrückstellung, Prozesskostenrückstellung etc.).
Rücktrittsklausel	Klausel, nach der *Investmentbanken bei einer Neuemission von Wertpapieren von ihrer Verpflichtung zur Platzierung zurücktreten können, falls bis zum Schluss der Zeichnungsfrist Ereignisse eintreten, die die Emission wesentlich erschweren oder gefährden.
Run	Ansturm der Anleger auf die Schalter eines Kreditinstitutes zur Rückforderung ihrer Einlagen bei wirklichen oder vermeintlichen Zahlungsschwierigkeiten der Bank.

S

S & P's	Standard & Poor's. International tätige *Rating-agentur, die sich genauso wie Moody's auf die Beurteilung des politischen Länderrisikos sowie des Risikos von Unternehmen spezialisiert hat.
S. A.	Abkürzung für (franz.) Société Anonyme und für (ital.) Societ� Anonima = Aktiengesellschaft
S. E. & O.	Save error and omission, Irrtum und Auslassung ausgenommen, *E. & O. E.
Sacheinlage	In Form von Vermögensgegenständen oder Rechten und Patenten geleistete Einlage eines Gesellschafters bei der Gründung eines Unternehmens anstelle der Geldeinlage.
Sachwalter	Gerichtlich bestellter Vertreter eines Pflegebefohlenen, der diesen je nach Ausmaß der Behinderung in allen oder einzelnen Rechtsangelegenheiten vertritt.
Safe	Privater Tresor oder nummeriertes Fach im Stahlschrank (eines Kreditinstitutes), das zur sicheren Verwahrung von Wertgegenständen (Schmuck, Wertpapiere, Dokumente, Sammlungen, Sparbücher etc.) dient.
Sale & Lease Back	Form des Finanzierungsleasings, bei dem ein Unternehmen im Anlagevermögen befindliche Vermögensgüter (Fahrzeuge, Maschinen etc.) an eine Leasinggesellschaft verkauft und von dieser sofort wieder zur�ckleast, wobei kein physischer Warentransport, sondern nur ein Eigentumsübergang stattfindet. Ziel ist die sofortige Liquidit�tserh�hung beim verkaufenden Unternehmen, allerdings zum Preis höherer zukünftiger Leasingraten. *Leasing.
Sales Promotion	*Verkaufsförderung
Sammelüberweisung	Mit einem einzigen Überweisungsauftrag werden beliebig viele Überweisungen an verschiedene Empf�ngerkonten durchgeführt, die auf dem Sammel�berweisungsauftrag gelistet aufscheinen und damit nur eine Unterschrift erfordern.
Sammelurkunde	Urkunde, die eine größere Zahl von Wertpapieren in Form einer Depotgutschrift, nicht jedoch in physischer Form, repräsentiert.
Sammelverwahrung	Sammeldepot bzw. Wertpapierdepot eines Kreditinstitutes, bei dem die von verschiedenen Kunden hinterlegten Wertpapiere der gleichen Gattung zusammen aufbewahrt werden und der Kunde Anspruch auf ein Wertpapier der gleichen Gattung, nicht jedoch einer bestimmten Wertpapiernummer besitzt. Heutzutage nur mehr von juristischer Bedeutung, da Wertpapiere nicht mehr physisch gedruckt werden, sondern nur mehr in Form von Gut- und Lastschriften existieren.

Sanierung	Wiederherstellung der Überlebensfähigkeit und Rentabilität eines notleidenden Unternehmens durch finanzielle, betriebswirtschaftliche und marktpolitische Maßnahmen.
Satzung	Statut, niedergelegte Verfassung einer Gesellschaft, eines Vereines, einer öffentlichen Körperschaft etc., in der die wesentlichsten Geschäftsgrundlagen, Rechte und Pflichten geregelt sind.
Säumniszuschlag	Pönalezahlung für zu spät erbrachte Leistungen oder Zahlungen
Schachtelgesellschaft	Beteiligung von juristischen Personen an anderen Gesellschaften
Schachtelprivileg	Ziel des Schachtelprivilegs ist die Vermeidung von Doppelbelastungen mit Ertragsteuern im Falle von Verschachtelungen zwischen mehreren juristischen Personen. Beteiligungserträge und Gewinnanteile jeder Art sind nur bei der obersten bzw. „letzten“ Gesellschaft körperschaftsteuerpflichtig, die aliquoten Gewinnanteile an den Tochtergesellschaften sind für die beteiligten juristischen Personen körperschaftsteuerbefreit.
Schad- und Klaglos(haltungs)-erklärung	Übernahme der Verpflichtung, jemandem Nachteile und Schäden automatisch und ohne gerichtliche Prozesse bzw. Entscheidungen zu ersetzen, falls dieser aus einem bestimmten Rechtsgrund von dritter Seite in Anspruch genommen wird oder Schäden erfährt.
Schatzanweisung	Regierungsanleihe mit einer Laufzeit von 1 bis 5 Jahren
Schatzwechsel	Sehr kurz laufende Regierungsschuld mit einer Laufzeit von weniger als 1 Jahr
Scheck	Anweisung vom Kontoinhaber an sein Kreditinstitut, von seinem Guthaben bzw. aufgrund eines Kreditrahmens eine bestimmte Geldsumme an den Scheckinhaber oder eine namentlich genannte Person zu bezahlen. Der Scheck dient entweder der Weitergabe anstelle von Bargeld oder zur Barabhebung von einem Girokonto, hat allerdings in den vergangenen Jahren aufgrund der Neuerungen bei Kundenkarten, Bankomatkarten sowie im bargeldlosen Zahlungsverkehr viel von seiner Bedeutung verloren.
Scheckkarte	Berechtigungskarte, die den auf der Scheckkarte namentlich eingetragenen Besitzer als solchen legitimiert und berechtigt, Schecks über ein bestimmtes Konto auszustellen. Die Garantie der Kreditinstitute, einen Scheck bei Einhaltung bestimmter Bedingungen bis zu einem bestimmten Betrag an einen berechtigten Inhaber einzulösen, auch wenn das Konto nicht gedeckt sein sollte, wurde mit Jahresende 2001 eingestellt.

Scheckreiterei	Ausstellung und Austausch ungedeckter Schecks von zwei oder mehreren Personen zur kurzfristigen Kreditbeschaffung, die bei Kreditinstituten eingelöst werden.
Schecksperr	Benachrichtigung an das kontoführende Kreditinstitut, um zu verhindern, dass abhanden gekommene oder gestohlene Schecks von Unbefugten eingelöst werden.
Scheckvertrag	Recht des Kunden, über sein Guthaben durch Ausstellung von Schecks zu verfügen. Der Vertrag kommt durch die Übergabe der Scheckformulare zustande.
Scheidemünzen	Münzen, deren Nennwert durch staatliche Anordnung festgesetzt wird. Der Nennwert ist vom Metallwert der Münze unabhängig.
Schengener Abkommen	In Schengen abgeschlossener Vertrag zwischen den EU-Mitgliedsländern über die Aufhebung von Personenkontrollen an den Binnengrenzen und eine verstärkte Kontrolle an den EU-Außengrenzen, wichtige Voraussetzung für die *Personenfreiheit im *Binnenmarkt.
Schließfach	*Safe
Schlussdividende	Nach Abschluss des Geschäftsjahres ausbezahlte Restdividende, sofern während des Geschäftsjahres, beispielsweise im Halbjahr oder im Quartal, bereits Zwischendividenden ausgeschüttet wurden.
Schlusseinheit	Bestimmte Stückanzahl, zu der man an Börsen Käufe oder Verkäufe tätigen kann.
Schlusskurs	Letzter Börsenkurs für ein gehandeltes Wertpapier am Ende eines Börsentages.
Schuldbeitritt	In einen bestehenden Kreditvertrag tritt neben dem bisherigen Schuldner aus Haftungsüberlegungen eine weitere Person als Schuldner ein, *Mitkreditnehmer.
Schuldner	Jemand, dessen Pflicht es ist, zu einem vereinbarten Fälligkeitstermin dem *Gläubiger eine bestimmte Geldmenge zukommen zu lassen, auch als Debitor bezeichnet.
Schuldschein	Urkunde, in der sich der Schuldner zur Zahlung eines bestimmten Betrages verpflichtet. Der Schuldschein ist kein Wertpapier, der Besitz der Urkunde ist zur Geltendmachung des Rechtes nicht unbedingt erforderlich.
Schuldverschreibung	Sammelbegriff für festverzinsliche Wertpapiere, *Anleihe.
Schwarzer Freitag	Tag des größten Börsenkrachs an der Wall Street im Jahre 1929, an dem die Kurse im stärksten prozentuellen Ausmaß bisher gefallen sind. Mit

diesem Zusammenbruch der Aktien an der New Yorker Börse wurde die Weltwirtschaftskrise der 30er Jahre ausgelöst. Der Begriff „Schwarzer Freitag“ wird seitdem als Synonym für Tage mit extrem starken Kursrückgängen verwendet.

Schwellenland	Ehemaliges Entwicklungsland, das sich auf dem Sprung in den Status eines Industrielandes befindet.
SDR	Special Drawing Right, *Sonderziehungsrecht (SZR), das vom Internationalen Währungsfonds als Verrechnungseinheit ausgegeben wird.
SEC	Securities and Exchange Commission. Oberste unabhängige und gefürchtete Börsenaufsichtsbehörde in den USA mit extrem strengen Regulierungen und weitgehenden Befugnissen zur Vermeidung von Insiderhandel und all jener Maßnahmen, die einen freien und fairen Börsenhandel einschränken könnten.
Securities	Engl. = *Wertpapiere
Securitization	Verbriefung von Forderungen bzw. Verbindlichkeiten in Form von Wertpapieren, um ihre Handelbarkeit an Börsen zu erhöhen.
Seed-Phase	Erste Entwicklungsphase eines Unternehmens, die sehr forschungsintensiv ist und in der vorwiegend das Produkt technologisch entwickelt wird.
Segmentierung	Definition und Analyse bestimmter *Zielgruppen in einem gesamten Markt, die gleiche Charakteristika oder gleiche Bedürfnisse aufweisen und die dadurch mit einer einheitlichen Strategie bearbeitet werden können.
Sekundärmarkt	Markt, an dem am *Primärmarkt emittierte und sich im Umlauf befindliche Wertpapiere gehandelt werden. Am Sekundärmarkt treffen nur mehr verschiedene Kapitalgeber aufeinander, die ihre Wertpapiere kaufen und verkaufen, kapitalsuchende Unternehmen sind am Sekundärmarkt in Bezug auf Mittelaufbringungen nicht vertreten.
Sekundärmarktrendite	Durchschnittsrendite der am *Sekundärmarkt gehandelten Anleihen, dient als Referenzzinssatz für viele variabel verzinsliche Forderungen und Verbindlichkeiten.
Selbstbedienung	Kreditinstitute sind wie viele andere Unternehmen auch bemüht, einen immer größeren Anteil des wenig Know-how-intensiven Standardgeschäftes auf Automatenabwicklung zu verlagern, um einerseits Personalkosten zu sparen und andererseits mehr Beratungskapazitäten zu gewinnen. Selbstbedienungsgeräte sind z.B. Kontoauszugsdrucker, Geldausgabeautomaten, Bankomaten, Münzrollenwechsler etc.

Selbstbehalt	Jener Teil eines Schadens, der nicht versicherbar ist und den der Versicherungsnehmer selbst tragen muss, vor allem mit dem Hintergrund vereinbart, eine gewisse Sorgfaltspflicht auf Seiten des Versicherungsnehmers sicherzustellen.
Selbsteintrittsrecht	Recht eines Agenten bzw. Maklers, selbst in einen Vertrag mit seinem Auftraggeber einzutreten, vor allem bei Kreditinstituten in Bezug auf den Kauf oder Verkauf von Wertpapieren der Fall.
Selbstfinanzierung	Finanzierung von Investitionen aus nicht ausgeschütteten Gewinnen
Sensal	Früherer Börsenmakler, der mit der Kursfestsetzung und dem Handel von Wertpapieren an einer Börse betraut war.
Sensitivitätsanalyse	Analyse der Auswirkungen unterschiedlicher Einflussfaktoren auf den Erfolg eines Unternehmens durch ständige Variation der wesentlichsten Parameter.
Serien	Unterteilung einer Anleiheemission in mehrere gleich große Teile zum Zwecke einer jährlichen teilweisen Tilgung unterschiedlicher Serien.
Servicequalität	Alle Maßnahmen, die der Erhöhung der Kundenzufriedenheit dienen, z.B. fachliche und persönliche Kompetenz der Verkäufer, dem Kundenbedürfnis entsprechende Produktangebote, ausreichende und gute Kundeninformationen etc.
Servitut	*Grunddienstbarkeit
Shareholder Value	Konzept der Unternehmensbewertung bzw. Unternehmensführung, das sich ausschließlich an der (mitunter kurzfristigen) und vor allem stark finanzorientierten Sicht der Aktionäre orientiert.
Sharpe Ratio	Von William Sharpe entwickelte Kennzahl für das Risiko-Ertrags-Verhältnis.
Short selling	= *Leerverkauf
Short-Position	Eingehen einer Verkaufsverpflichtung bei einem *Futures
Sicherheiten	Sicherheiten im Kreditgeschäft sollen den Kreditinstituten die Möglichkeit geben, das Verlustrisiko möglichst gering zu halten, wenn der Kreditnehmer bei Fälligkeit den Kreditbetrag nicht zurückbezahlen kann. Sicherheiten lassen sich unterteilen in persönliche Sicherheiten (*Mitkredit(schuldner)schaft, *Bürgschaft und Garantien) und in sachliche Sicherheiten (*Pfandrechte, *Zession, *Eigentumsvorbehalt).
Sicherungseigentum	Eigentum, das dem Gläubiger an einer beweglichen Sache (z.B. Warenlager) oder an einem Recht zur Sicherstellung seiner Forderungen bis zur vollständigen Bezahlung der Schuld übertragen wird.

Sicherungswechsel	*Depotwechsel
Sicht	Vermerk, der besagt, dass eine bestimmte Aktivität (z.B. die Abhebung von Einlagen oder die Einlösung eines Wechsels) durch den Begünstigten sofort, d.h. „bei Sicht“, möglich ist.
Sichteinlagen	Guthaben auf Giro- oder Sparkonten, die primär dem Zahlungsverkehr dienen und über die ohne Einhaltung einer Kündigungsfrist jederzeit „bei Sicht“ verfügt werden kann.
Sichtwechsel	Wechsel, auf dem kein bestimmtes Fälligkeitsdatum angegeben ist, sondern der bei Vorlage bzw. „Sicht“ sofort fällig ist.
Sigma	Kennzahl für die Messung der *Standardabweichung (s)
Simultanhypothek	Haftung einer *Hypothek auf mehreren Liegenschaften gleichzeitig
Singularhypothek	Haftung einer *Hypothek nur auf einer Liegenschaft gleichzeitig
SITC	Standard International Trade Classification, Internationales Warenverzeichnis für den Außenhandel.
Skonto	Preisnachlass, der bei Barzahlung oder Bezahlung innerhalb einer kurzen Frist gewährt wird.
Small cap	Börsennotiertes Unternehmen mit einer eher niedrigen Marktkapitalisierung, „cap“ steht für capitalization.
Solawechsel	*Wechsel, der vom *Bezogenen selbst ausgestellt wird und bei dem es sich somit um ein Zahlungsverprechen handelt.
Solidarbürgschaft	Haftung mehrerer Personen als Gesamtschuldner, wobei der Gläubiger die Forderung in ihrer vollen Höhe gegen jeden Einzelnen von ihnen geltend machen kann.
Sollzinsen	Kreditzinsen aus Sicht der Kreditnehmer; Gegenteil: *Habenzinsen.
Solvabilität	Terminus des Bankwesengesetzes für das nach dem potentiellen Risiko gewichtete Eigenmittelerfordernis eines Kreditinstitutes. Die Eigenmittel haben jederzeit zumindest 8 % der Bemessungsgrundlage zu betragen. Bemessungsgrundlage für den Solvabilitätskoeffizienten bilden die risikogewichteten Aktivposten und außerbilanzmäßigen Geschäfte (z.B. *Eventualverbindlichkeiten) eines Kreditinstitutes.
Sonderausgaben	Bezeichnung im Steuerrecht für Kosten der privaten Lebensführung, die bis zu bestimmten Höchstbeträgen vom steuerpflichtigen Einkommen bei Vorliegen bestimmter Voraussetzungen

abgezogen werden können. Nach dem österreichischen Steuerrecht gehören zu den Sonderausgaben: Beiträge zu freiwilligen Personenversicherungen, Beiträge zur Schaffung von Wohnraum, Rückzahlungen von Darlehen zur Schaffung begünstigten Wohnraumes, Aufwendungen für energiesparende Maßnahmen etc.

Sonderziehungsrecht	= Special Drawing Right (SDR). Dabei handelt es sich um eine vom *Internationalen Währungsfonds geschaffene Verrechnungswährung, in der großangelegte Kapitaltransaktionen zwischen dem IWF und den Mitgliedsländern oder zwischen den Mitgliedsländern untereinander abgewickelt werden, um die internationale Liquidität der Weltwirtschaft sowie einer Volkswirtschaft zu sichern. Der Kurswert eines Sonderziehungsrechts entspricht dem Mittelkurs der wichtigsten Weltwährungen, die in einem fiktiven Währungskorb vereint sind.
Sonstige Erträge	*Substanzgewinne bei *ausländischen Kapitalanlagefonds. Auch sie bleiben bei der Ermittlung der Einkünfte aus Kapitalvermögen außer Ansatz (also „steuerfrei“), allerdings nur, wenn sie von einem inländischen steuerlichen Vertreter (*steuerliche Vertretung) nachgewiesen werden und wenn der Fonds in Österreich zugelassen wurde und zur öffentlichen Zeichnung aufgelegt wurde.
Sonstiger Wertpapierhandel	Um an einer Börse notieren zu können, müssen verschiedene Voraussetzungen erfüllt werden. Ist ein Unternehmen imstande, die strengsten Voraussetzungen zu erfüllen, notiert es im *Amtlichen Handel, erfüllt es nur „mittelstrenge“ Voraussetzungen, notiert es im *Geregelten Freiverkehr. Für eine Notiz im Sonstigen Wertpapierhandel müssen nur wenige Minimalanforderungen erfüllt werden. Um in einen großen *Index aufgenommen zu werden, ist allerdings eine Notiz im Amtlichen Handel erforderlich.
Sorten	Ausländisches Bargeld in Form von Münzen und Banknoten = Valuten; Gegenteil: Devisen
Sortenhandel	Handel mit fremden Geldsorten
Sozialpartnerschaft	Wirtschaftspolitische Kooperation von Kammern und Verbänden mit unterschiedlichen sozialen Interessen unter Mitwirkung des Staates und mit dem Ziel des Erhalts des sozialen Friedens und einer ausgewogenen Einkommensverteilung.
Sparbrief	Länger laufende Sparform, bei der die Verzinsung mit der Länge der Laufzeit ansteigt und bei der die Höhe des Rückzahlungsbetrages bei vorzeitiger Auflösung bereits im Vorhinein fixiert ist.
Sparbuch	Spareinlagen sind durch Ausfertigung einer *Sparurkunde (Sparbuch) zu kennzeichnen. Die Vorlage des Sparbuches ist erforderlich, um über das Sparguthaben verfügen zu können. Früher

war es noch möglich, Sparbücher anonym zu eröffnen, heute müssen neu eröffnete Sparbücher legitimiert sein, was bedeutet, dass der Name des Inhabers dem Kreditinstitut bekannt sein muss. Nichtsdestotrotz kann die Abhebung nur mit Losungswort möglich sein. Das laufende Ansparen auf einem Sparbuch bzw. die Einlage von Geldbeträgen gilt als sehr einfache Sparform.

Sparbüchse	Wird im Schul- und Heimsparen verwendet, um bereits kleinen Kindern die Vorteile des Sparens näher zu bringen. Die älteste Sparbüchse stammt aus dem 7. Jh. v. Chr. aus Ägypten und ist aus Ton. Die griechischen Sparbüchsen hatten meistens die Form eines Tempels, der zugleich als Schatzhaus galt. Viele Sparbüchsen stellen Symbole der Sparsamkeit dar, wie Bienenkorb, Truhe etc.
SPARDAT	Sparkassen-Datendienst AG, Buchungsgemeinschaft und Abwicklungszentrum der Sparkassen und größtes EDV-Dienstleistungsunternehmen Österreichs in der Kreditwirtschaft.
Spareinlagen	Geldeinlagen bei Kreditinstituten, die nicht dem Zahlungsverkehr, sondern der Anlage dienen und als solche nur gegen die Ausfolgung von besonderen Urkunden (*Sparurkunden) entgegengenommen werden dürfen.
Sparen	Nichtverbrauch von Einkommensteilen (temporärer Konsumverzicht) in der Erwartung, diese Einkommensteile in der Zukunft für sinnvolle Ausgaben, etwa zur Pensionsvorsorge, für besondere Anschaffungen, für die Ausbildung der Kinder etc. verwenden zu können. Sparen ist die Voraussetzung für Kapitalbildung. Je mehr gespart wird, umso mehr kann investiert werden. Die jährliche Ersparnis ergibt sich als Differenz des Volkseinkommens und der Konsumausgaben.
Sparförderung	Meist staatlich initiierte Förderungen, vor allem in Form von Steuerbegünstigungen, aber auch staatlichen Prämien, die darauf abzielen, die Spartätigkeit zu beleben. In Österreich sind die wichtigsten Sparförderungsmaßnahmen die Gewährung von staatlichen Prämien beim Bausparen und beim Gründungssparen sowie die steuerliche Absetzbarkeit der Einzahlungen auf Lebensversicherungsverträge bis zu bestimmten Höchstbeträgen. Die Sparförderung in Österreich wurde aus Budgetgründen in den letzten Jahren erheblich reduziert.
Sparkasse	Engl. = savings bank, franz. = caisse d'épargne. Juristische Person des privaten Rechts, grundsätzlich ohne Eigentümer und Gesellschafter (Ausnahme: *Sparkassen-Aktiengesellschaft). Die Sparkassen sind als privatrechtliche Vereine (*Vereinsparkassen, wie z.B. die Erste Bank) oder als eine mit einer Gemeindehaftung versehene Sparkasse (*Gemeindesparkassen, wie

z.B. die Vorgängerin der Bank Austria, die Zentralsparkasse der Gemeinde Wien) gegründet worden. Die Sparkassen betreiben aufgrund des Bankwesengesetzes alle Arten von *Bankgeschäften und sind *Universalbanken.

Sparkassen-Aktiengesellschaft	Seit 1986 mögliche Rechtsform der Sparkassen, bei der das ursprüngliche Eigentümerlosigkeitsprinzip teilweise durchbrochen wurde. Aktionäre können *Anteilsverwaltungssparkassen oder auch andere juristische und natürliche Personen sein.
Sparkassengesetz (SpG)	Enthält die Vorschriften über die Verfassung und Verwaltung der Sparkassen, ist demnach ein reines Organisationsgesetz, etwa vergleichbar mit dem Aktien- und dem Genossenschaftsgesetz.
Sparkassengruppe	Der Sparkassensektor mit Ausnahme der Bank Austria. Die Sparkassengruppe besteht aus den regionalen Sparkassen, ihren Zentralstellen, der Erste Bank und zahlreichen Verbundpartnern. Der Sparkassensektor inklusive Bank Austria ist die größte Bankengruppe Österreichs.
Sparkonto	Bei einem Geldinstitut geführtes *Konto, auf dem Geldeinlagen verbucht werden, die nicht Zwecken des Zahlungsverkehrs, sondern der Sparanlage dienen. Anders als bei *Sparbüchern können von Sparkonten bargeldlose Zu- und Abbuchungen (Überweisungen) durchgeführt werden.
Sparplan	Ansparform, bei der der Sparer laufend einen bestimmten Sparbetrag einzahlt, um den Wertpapiere angekauft werden.
Sparquote	Volkswirtschaftlicher Begriff, bei dem die private Ersparnis in Relation zum verfügbaren Einkommen gesetzt wird. Die private Ersparnis ergibt sich als Differenz zwischen dem verfügbaren Einkommen und dem privaten Konsum.
Sparurkunden	Dürfen ausschließlich nur von den zum Spareinlagengeschäft berechtigten Kreditinstituten ausgegeben werden. Nur für diese Urkunden ist es erlaubt, die Bezeichnung „Sparbuch“, „Sparbrief“ oder eine Wortverbindung, die den Bestandteil „Spar“ enthält, zu führen. Die Bezeichnung „Sparkassenbuch“ bleibt ausschließlich den Sparkassen vorbehalten.
Sparverein	Gruppe von Personen, die sich zur Erreichung eines bestimmten Sparzieles zusammengeschlossen hat (z.B. Betriebssparvereine etc.), um infolge der sich durch den Zusammenschluss ergebenden höheren Beträge bessere Konditionen und eine Risikodiversifikation bei den Veranlagungsformen zu erreichen. Das Vereinssparen hat in den letzten Jahren stark an Bedeutung verloren und ist kaum noch vertreten.
Special Drawing Right	*Sonderziehungsrecht (SZR) des *Internationalen Währungsfonds

Special Purpose Fund	Eigene Projektgesellschaft bzw. eigener Verrechnungskreis, die bzw. der für ein spezifisches Projekt geschaffen wurde.
Spediteur	Unternehmer, der sich im Gegensatz zu einem *Frachtführer, der die Waren nur physisch transportiert, um die Organisation des Transports inkl. Zollabfertigung und Versicherung kümmert.
Spekulation	Handel mit Wertpapieren, Devisen, Rohstoffen etc. mit dem Ziel, relativ kurzfristig hohe Gewinne durch starke Kurssteigerungen (*Hausse-Spekulation) oder durch starke Kursrückgänge (*Baisse-Spekulation) zu erzielen. In vielen Fällen wird nicht nur eigenes Kapital investiert, sondern das zu investierende Volumen wird zusätzlich mit Fremdkapital finanziert.
Sperrguthaben	Guthaben, über das nur unter gewissen Voraussetzungen verfügt werden kann.
Sperminorität	Beteiligungsausmaß von mehr als 25 %, das die Einflussnahme auf wesentliche Geschäftsentscheidungen ermöglicht.
Spesen	Bezeichnung für Nebenkosten und Nebengebühren, die zusätzlich zur eigentlichen Lieferung oder Dienstleistung anfallen.
Spezialfonds	ist ein Kapitalanlagefonds gemäß Investmentfondsgesetz, der für maximal zehn „nicht natürliche“ Personen gebildet wird (es sind das in der Regel Unternehmen, institutionelle Anleger, Vereine, Stiftungen u.v.a.). Da solche Großanleger zumeist im *Anlageausschuss vertreten sind und die Geschicke ihres Fonds selbst mitbestimmen, sind fast alle gesetzlichen Bestimmungen, die dem Schutz des Privatanlegers dienen (etwa Genehmigungsverfahren, *Veröffentlichungen usw.) außer Kraft. Spezialfonds dürfen daher auch nicht an Privatanleger abgegeben werden und entsprechen auch nicht der *OGAW-Richtlinie.
Spezialitätenfonds	nennt man im Unterschied zu *Spezialfonds *Publikumsfonds, die eine besondere *Anlagestrategie, besondere *Anlageziele oder besondere Kundenaufträge verfolgen.
Spin-off	Verselbständigung bzw. Abspaltung von Abteilungen bzw. Mitarbeitern aus größeren Konzernen bzw. Firmen mit anschließender Gründung eines eigenen Unternehmens.
Spitze	Überschuss bzw. Fehlbetrag bei Abrechnungen
Split	ist ein Fachausdruck aus dem Wertpapiergeschäft und bedeutet Teilung. Bei Wertpapieren, die einen Nennwert besitzen – etwa bei Aktien – wird ein Split durch Teilung des Nennwertes erreicht, beispielsweise aus einer Aktie à Nom. 1.000 werden 10 Aktien à Nom. 100; bei Wertpapieren, die keinen Nennwert haben – etwa bei Investmentfonds

– wird ein Split in der Regel durch Teilung der kleinsten *Stückelung erreicht, beispielsweise aus einem Anteil werden 10 (oder aus zwei werden drei usw.) – Das Wichtigste aber ist: Der Anleger kann durch einen Split nie etwas verlieren, obwohl der Wert (der Kurs) seines einzelnen Wertpapiers nach dem Split geringer ist als vorher – dafür hat er aber auch mehr Papiere und somit den gleichen Gesamtwert wie vor dem Split. Im Gegenteil, durch einen Split werden vor allem Aktien „leichter“ und damit für Normalanleger attraktiver – und das führt in der Regel zu steigenden Kursen.

Splitting	Engl. to split = spalten. Besonders in den USA übliches Verfahren, nominell teure Aktien, deren Kurs extrem gestiegen ist, in mehrere Aktien mit geringerem Nominale aufzuspalten, z.B. Split einer Aktie im Nominale von 50 Euro in 5 Aktien mit Nominale 10 Euro.
Spotgeschäft	Geschäfte an Börsen gegen sofortige Bezahlung und Lieferung
Spread	1. Differenz zwischen Geld- und Briefkurs bei Währungen 2. Differenz zwischen An- und Verkaufskurs bei Wertpapieren, den ein *Market Maker verrechnet.
Staatskommissär	Organ des Bundesministeriums für Finanzen in Ausübung seiner Aufsicht über Banken, deren Bilanzsumme einen bestimmten Grenzwert übersteigt. Der Staatskommissär ist nach den Bestimmungen des Bankwesengesetzes zu allen Sitzungen des Aufsichtsrates, zu Generalversammlungen, zu Hauptversammlungen und sonstigen Mitgliederversammlungen einzuladen.
Stabilitätspakt	Abkommen der EU-Mitgliedsländer, das eine wirtschaftliche Stabilität der Wirtschafts- und Währungsunion nach der Einführung des Euro sichern soll und das auf einer weiteren Einhaltung der *Konvergenzkriterien durch die Teilnehmerländer fußt.
Stagflation	Inflation bei (stagnierender) Wirtschaftsentwicklung, meist mit wachsender Arbeitslosigkeit.
Stakeholder Value	Konzept der Unternehmensführung, das im Gegensatz zum *Shareholder Value die Interessen sämtlicher mit einem Unternehmen zusammenarbeitenden Personen berücksichtigt, insbesondere die Interessen der Mitarbeiter, der Nachbarn, der Gesellschaft, der Kunden, aber selbstverständlich auch der Eigentümer.
Stammaktie	Aktie, die alle Rechte gewährt, die einem Aktionär zustehen, vor allem das Dividendenrecht, Stimmrecht, Bezugsrecht bei Neuemissionen, Recht auf den aliquoten Anteil am Liquidationserlös etc.; Gegenteil: *Vorzugsaktie.

Stammeinlage	Anteil eines Gesellschafters am *Stammkapital einer GmbH
Stammkapital	Einlagekapital der Gesellschafter bei einer GmbH, mindestens 35.000 Euro (Stand 2001).
Standardabweichung	Mit Hilfe der Wahrscheinlichkeitsrechnung und Statistik ermitteltes Risiko eines Investments in den vergangenen Abrechnungsperioden, drückt die Schwankungsbreite der Rendite um einen Mittelwert herum aus (wird mit dem griechischen Buchstaben σ = Sigma bezeichnet).
Standard market	Marktsegment der Wiener Börse, das Aktienwerte umfasst, die im Amtlichen Handel bzw. im geregelten Freiverkehr zugelassen, aber nicht im prime market gelistet werden. Man unterscheidet zwischen standard market continuous (permanente Quotierung) und standard market auction (Auktionsverfahren).
Standby-Kredit	Kredit des *Internationalen Währungsfonds zur Überwindung von Zahlungsbilanzschwierigkeiten sowie zur Stützung der Währung.
Standby-Linie	Zwischen Banken eingeräumte revolving Kreditlinie, bis zu der Überweisungen, Belastungen etc. durchgeführt werden dürfen. Die Höhe dieser Standby-Linien richtet sich nach dem geplanten „gemeinsamen“ Geschäftsvolumen sowie der Bonität der beteiligten Vertragsparteien.
Start-up-Phase	Frühe Entwicklungsphase eines Unternehmens, in der das Produkt technologisch fertig entwickelt ist, das Unternehmen gegründet wird und die erste Marktbearbeitung erfolgt.
Status	Zwischenbilanz zu einem bestimmten Zeitpunkt
Statut	*Satzung
Steuerliche Veranlagung	Formgebundenes Verfahren zur Festsetzung der Steuern.
Steuerliche Vertreter	sind inländische Kreditinstitute, Kapitalanlagegesellschaften oder Wirtschaftsprüfer, die den Nachweis über die Zusammensetzung der Erträge eines Kapitalanlagefonds für steuerliche Zwecke erbringen. So sind die *ausschüttungsgleichen Erträge inländischer *Thesaurierungsfonds durch einen steuerlichen Vertreter nachzuweisen. Auch ist die steuerliche Behandlung der Ausschüttungen, der ausschüttungsgleichen Erträge und der *sonstigen Erträge *ausländischer Kapitalanlagefonds nach tatsächlichen Werten nur zulässig, wenn diese durch einen steuerlichen Vertreter nachgewiesen werden. So ein Nachweis ist auch eine Voraussetzung, dass die sonstigen Erträge ausländischer Kapitalanlagefonds nicht zu den Einkünften aus Kapitalvermögen gehören und somit beim Privatanleger „steuerfrei“ bleiben.

Steuerkurs	Von den Finanzbehörden für die Steuerveranlagung festgesetzter Kurswert eines Wertpapiers
Stichtag	Jener Zeitpunkt, zu dem bestimmte Zwischenabrechnungen durchgeführt werden und ab dem danach anfallende Geschäftsfälle in der nächsten Rechnungs- bzw. Berichtsperiode berücksichtigt werden. Wichtig ist der Stichtag beispielsweise für die Bilanzerstellung (meist der 31.12.), die Festlegung und Abrechnung von Zinsen für Forderungen und Verbindlichkeiten sowie für statistische Erhebungen, Verträge, Gesetze und Verordnungen in Bezug auf den Zeitpunkt des In-Kraft-Tretens.
Stiftung	<ol style="list-style-type: none"> 1. Zuwendung von Vermögenswerten für bestimmte, oft wohltätige Zwecke. 2. Spezielle Vermögensverwaltungsform, die sich vor allem durch eine extreme Steuerschonung für sehr reiche Personen etabliert hat. 3. Mögliche Rechtsform im Sparkassenrecht, die an die Stelle der *Anteilsverwaltungssparkassen treten könnte.
Stille Gesellschaft	Gesellschaft, bei der sich eine Person an dem Unternehmen eines anderen mit einer Einlage beteiligt, allerdings ohne Eintragung in das Firmenbuch und ohne Aufscheinen nach außen.
Stille Reserven	Nicht in der *Bilanz ausgewiesene Rücklagen, die durch eine Unterbewertung von Vermögensgegenständen und/oder durch eine Überbewertung von Verbindlichkeiten entstehen. Bereits abgeschriebene Gebäude oder Maschinen weisen keinen Buchwert mehr auf, besitzen jedoch noch einen realen (Rest-)Wert, wobei es sich bei dieser Differenz um eine stille Reserve handelt.
Stille Zession	Forderungsabtretung, bei der der Zahlungsverpflichtete nicht verständigt wird und mit schuldbefreiender Wirkung unverändert an seinen früheren Vertragspartner, nämlich den die Forderung Abtretenden (Zedent) bezahlt, wobei dieser die finanziellen Mittel sofort nach Eingang an den neuen Forderungsinhaber (Zessionar) weiterleiten muss.
Stillhalter	Jemand, der dem Optionsinhaber das Recht zur Ausübung einer Option einräumt und dafür den Optionspreis erhält. Der Stillhalter selbst besitzt aus der Option heraus eine Verpflichtung zur Erfüllung und kein Recht.
Stimmrecht	Recht des Aktionärs, in der *Hauptversammlung für oder gegen gestellte Anträge zu stimmen.
Stock	Engl. = Warenvorrat, aber auch Bezeichnung für *Aktie.
Stock Exchange	Engl. = *Börse

Stock option	Option zur Einräumung von *Mitarbeiterbeteiligungen an führende Mitarbeiter, insbesondere Geschäftsführer und Vorstände.
Stock picking	bedeutet das Auswählen einzelner Titel auf Aktienmärkten.
Stop loss order	Börsenauftrag des Kunden an einen Broker, im Interesse der Begrenzung eines allfälligen Verlustes Wertpapiere bestens zu veräußern, falls der Börsenkurs unter ein bestimmtes, vorab definiertes Limit sinkt.
Storno	Ital. = Streichung. Annullierung einer Transaktion, Aufhebung eines Vertrages, Rückgängigmachung einer Buchung.
Streifbandverwahrung	Dienstleistung von Kreditinstituten, bei der die von verschiedenen Kunden hinterlegten physisch existenten *Wertpapiere separat aufbewahrt werden, wobei jeder Kunde exakt seine Wertpapiere bei Wunsch wieder ausgefolgt erhält. Bei einer *Sammelverwahrung physisch existenter Wertpapiere hingegen würde der Kunde nur Wertpapiere der gleichen Gattung, nicht jedoch seine original hinterlegten Zertifikate erhalten. Die Streifbandverwahrung ist heutzutage ohne Bedeutung, da Wertpapiere nicht mehr physisch gedruckt werden, sondern nur mehr in Form von Gut- und Lastschriften existieren.
Streubesitz	Jener Anteil der Aktien eines Unternehmens, der sich nicht im festen Besitz der Gründerfamilie bzw. langfristig orientierter Investoren befindet, sondern in den Händen einer Vielzahl von (Klein-)Anlegern, die jeweils kleinere Positionen halten und die an der Börse aktiv gehandelt werden können.
Stückaktien	Die Anzahl der Aktien ist in der Satzung der AG festgelegt (nennwertlose Aktien).
Stückelung	Unterteilung des gesamten Emissionsvolumens einer Anleihe in kleine Nominalbeträge, um auch kleinere Investoren zur Zeichnung einladen zu können.
Stückkalkulation	Ermittlung der Herstellungskosten einzelner Erzeugnisse, bezogen auf das jeweilige Stück und nicht auf Abteilungen oder das gesamte Unternehmen.
Stücknotierung	Angabe des Kurses eines Wertpapiers in Währungseinheiten und nicht wie bei der Prozentnotierung in Prozenten des Nennwertes, vor allem bei Aktien anzutreffen.
Stückzinsen	Für Schuldverschreibungen (Anleihen, Pfandbriefe etc.) seit dem Fälligkeitstag des letzten eingelösten Zinskupons angefallene Zinsen, die bei Erwerb dem vorhergehenden Eigentümer vergütet werden müssen.

Stundung	Vereinbarung zwischen Gläubiger und Schuldner, durch die der Fälligkeitszeitpunkt einer Forderung hinausgeschoben wird.
Substanzgewinn	Ein Steuerbegriff aus dem Investmentfondsgeschäft. Damit sind im Unterschied zum *ordentlichen Ertrag die Gewinne aus der Veräußerung von Vermögenswerten eines Investmentfonds einschließlich von Bezugsrechten gemeint. Bei *inländischen Investmentfonds gehört der Anteil der Ausschüttung, der auf Substanzgewinne entfällt, nicht zu den Einkünften aus Kapitalvermögen. Er bleibt somit beim Privatanleger (aber auch bei beschränkt steuerpflichtigen Körperschaften wie Gemeinden, Vereinen etc.) unbesteuert. Gleiches gilt grundsätzlich auch für *ausländische Kapitalanlagefonds (*sonstige Erträge).
Substanzwert	Gegenstand einer veralteten Form der Unternehmensbewertung, bei der sich der Unternehmenswert an den vorhandenen Vermögensgütern einer Firma abzüglich ihrer Verbindlichkeiten und zuzüglich eines nicht objektiv berechenbaren *Goodwills orientiert.
Substitutionsrecht	Befugnis eines Bevollmächtigten, einen Stellvertreter einzusetzen.
Superädifikat	Ein auf fremdem Boden errichtetes Bauwerk, das nicht zur Liegenschaft gehört, sondern ein eigenes Rechtsobjekt ist und dessen Eigentums- und Nutzungsrechte mit denen des Grundstücks in keiner Form zusammenhängen.
Supranational	Mehrere Länder umfassend, meist bei der Gründung von *Entwicklungsbanken, die sich im Besitz mehrerer Länder befinden oder von Institutionen, die länderübergreifende Regelungen bzw. Richtlinien erstellen.
Swap	Finanzinstrument zur Absicherung gegen das Zinsänderungsrisiko und das Wechselkursrisiko, wobei Verbindlichkeiten oder Forderungen in unterschiedlichen Währungen und mit unterschiedlichem Verzinsungsmodus zwischen den involvierten Vertragsparteien getauscht werden, *Devisenswap, *Interest Rate Swap.
SWIFT	Society for Worldwide Interbank Financial Telecommunication. Eine von europäischen und amerikanischen Geldinstituten 1973 gegründete Gesellschaft mit Sitz in Brüssel, die ein computergesteuertes Kommunikationsnetz zur beleglosen Abwicklung des internationalen Zahlungsverkehrs zwischen Banken betreibt.
Swing	Spielraum für die gegenseitige Kreditgewährung im Rahmen bilateraler Handelsabkommen.

Switch-Geschäft	<p>Engl. = umlenken</p> <p>1. Verkauf von Wertpapieren, deren Aussichten schlecht beurteilt werden, und Wiederveranlagung des Erlöses in vorteilhafter beurteilte Titel.</p> <p>2. Form eines Gegengeschäfts im Außenhandel mit devisenschwachen Ländern, das über ein drittes Land abgewickelt wird.</p>
SWOT-Analyse	Verfahren zur Beurteilung der Stärken (strengths) und Schwächen (weaknesses) eines Unternehmens sowie der Rahmenbedingungen des Marktes anhand der Chancen (opportunities) und Gefahren (threats).
Syndikat	Temporärer bzw. projektspezifischer Zusammenschluss mehrerer Kreditinstitute oder anderer Unternehmen zur gemeinsamen Durchführung von einzelnen Geschäften, z.B. zur Ausgabe einer Anleihe oder zur Durchführung einer Kapitalerhöhung.
Synergieeffekt	Vorteil, der durch die Kombination von Aktivitäten oder den Zusammenschluss von Unternehmen entsteht und auf die Vermeidung von Doppelgleisigkeiten bzw. eine Reduktion von Fixkosten anlässlich besonders großer Produktionsmengen bzw. Einheiten der Leistungserstellung zurückzuführen ist.
Systematisches Risiko	Risiko eines Wertpapiers, das auf die Entwicklung des Gesamtmarktes zurückzuführen und daher nicht diversifizierbar ist; Gegenteil: unsystematisches Risiko.

T

T. T.	Telegraphischer Transfer, Überweisung per Fernschreiber.
Tafelgeschäft	Schaltergeschäft im Wertpapierhandel, Kauf und Verkauf von Wertpapieren an den Schaltern von Kreditinstituten Zug-um-Zug.
Tagesauszug	*Kontoauszug
Tagesgeld	Leihgeld zwischen Kreditinstituten, größtenteils in Form von Notenbankguthaben, von einem Tag auf den anderen zum Ausgleich von Liquiditätsunterschieden.
Tagesgültig	Börsenorder, deren Auftrag nur für einen Handelstag als erteilt gilt
Tageskurs	Aktueller Börsenkurs des Basiswertes einer Option, eines Wertpapiers oder eines sonstigen Finanzwertes zu einem bestimmten Zeitpunkt.
Tageswert	Wert eines Vermögensgegenstandes (z.B. eines Wertpapiers) an einem bestimmten Börsentag, anderer Ausdruck für Tageskurs.
Tägliches Geld	Sehr kurzfristiges Geld, das zum Ausgleich von Liquiditätsschwankungen, meist bis zum nächsten Tag bzw. maximal bis zu drei Tagen aufgenommen oder veranlagt wird.
Take over	*Übernahme eines Unternehmens durch ein anderes
Talon	Erneuerungsschein, der dem Kuponbogen eines Wertpapiers nach dem letztfälligen Kupon beigeheftet ist, um einen neuen Kuponbogen zu beziehen. Ein Talon ist heutzutage allerdings ohne Bedeutung, da Wertpapiere nicht mehr in physischer Form existieren bzw. gehandelt werden.
TAN	Transaktionsnummer, die im elektronischen Zahlungsverkehr die Unterschrift des Kontoinhabers ersetzt. Jede Transaktion wird vom Kunden mit einer eigenen TAN versehen, die nur einmal verwendet werden kann.
Tantieme	Vergütung für besondere erbrachte Leistungen
Taux	*Belehnungsgrenze bei der Verpfändung von Wertpapieren
Taxen	Früher von großer Bedeutung, als die Aktien noch nach dem Einheitskurs gehandelt wurden. Lagen Angebot und Nachfrage so weit auseinander, dass der mit der Kursfestsetzung betraute Sensal nicht einmal 25 % einer Seite ausführen konnte, so musste er zur Information des Börsenpublikums „Taxen“ anführen, die anzeigten, ob die Kaufseite (G für Geld) oder die Verkaufseite (W für Ware) überwog. An solchen Tagen

durften aufgrund der massiven Ungleichverteilung weder Kaufaufträge noch Verkaufsaufträge durchgeführt werden.

T-Bill	*Treasury bill
Technische Analyse	*Aktienanalyse, bei der bestimmte Kennzahlen aus den vergangenen Aktienkursen gewonnen werden, mit denen anschließend eine Kauf- oder Verkaufsentscheidung getroffen wird, die fundamentalen Daten wie Geschäftsfelder, Umsätze etc. gehen in diese Betrachtung nicht mit ein. Im Gegensatz zur *Chartanalyse stellt die Technische Analyse die Kursinformationen nicht nur grafisch dar, sondern berechnet größtenteils verschiedene Kennzahlen.
Teilkostenrechnung	Kostenträgerrechnung, die nur die variablen Kostenbestandteile in ihrer Kalkulation berücksichtigt, um durch besonders niedrige Preise Kunden zu gewinnen und so (ansonsten) freie Kapazitäten zu nutzen. Allerdings kann ein Unternehmen mit dieser Preisuntergrenze nur kurzfristig agieren, da langfristig auch die Fixkosten gedeckt sein müssen.
Teilwert	Begriff aus dem Steuerrecht. Jener Wert eines Wirtschaftsgutes, den ein Erwerber im Rahmen der Übernahme ansetzen würde, wichtig vor allem in jenen Fällen, in denen der (tagesaktuellere) Teilwert höher oder niedriger liegt als der (historisch bedingte) Buchwert.
Teilzahlungskredit	*Ratenkredit, meistens kleiner Kredit an Letztverbraucher für den Erwerb von unverderblichen Konsumgütern bzw. im Autokauf.
Telebanking	Vertriebsweg der Kreditinstitute, bei dem meist standardisierte Bankdienstleistungen über das Telefon bzw. das Internet abgewickelt oder angeboten werden, *Homebanking, *Kontofon.
Tendenz	Neigung eines Marktes, sich in eine bestimmte Richtung zu entwickeln, wobei allerdings keine Gewissheit darüber herrscht, ob der Markt tatsächlich seinem eingeschlagenen Weg weiterhin folgen wird.
Tenderverfahren	Hauptrefinanzierungsinstrument im *Europäischen System der Zentralbanken (ESZB). Unter Tender versteht man die Auktion von Zentralbankgeld, das den Banken im Rahmen eines Pensionsgeschäftes oder Pfandkreditgeschäftes angeboten wird. Das ESZB kann zwischen Festsatztendern (Mengentendern) oder Tendern mit variablem Zinssatz (Zinstendern) wählen. Bei einem Mengentender gibt die EZB den Zinssatz vor, die Teilnehmer geben Gebote über den Betrag ab, den sie bereit sind, zu diesem Festsatz zu kaufen bzw. zu verkaufen. Bei einem Zinstender geben die Teilnehmer Gebote über die Beträge und die Zinssätze ab, zu denen sie

	<p>Geschäfte mit den nationalen Zentralbanken abschließen wollen. Die EZB teilt nach der Zinshöhe zu (der Zuteilungssatz liegt stets über dem Mindestzins), bis das von ihr gewünschte Volumen erreicht ist. Sämtliche operative Agenden (z.B. Einholung der Gebote, Weiterleitung an die EZB, Durchführung der Zuteilung) werden von den nationalen Zentralbanken wahrgenommen.</p>
Termineinlagen	<p>Einlagen bei Kreditinstituten, die nicht jederzeit, sondern erst nach einer bestimmten Laufzeit (*Festgelder) oder nach einer Kündigungsfrist (Kündigungsgelder) behoben werden dürfen und die demnach für einen bestimmten Zeitraum fix gebunden sind.</p>
Termingeld	<p>*Festgeld</p>
Termingeschäft	<p>Instrument zum Risikomanagement (Hedging) bzw. zur Spekulation, bei dem heute sämtliche Konditionen vereinbart werden, die tatsächliche Erfüllung des Geschäfts mit Lieferung und Abnahme sowie Bezahlung jedoch erst zu einem späteren Zeitpunkt erfolgt.</p>
Terminmarkt	<p>Bezeichnung für den Teil des Finanzmarkts, auf dem Geschäftsabschluss und Erfüllung zeitlich auseinanderfallen; Gegenteil: *Kassamarkt.</p>
Terminrisiko	<p>Die Frage der termingerechten Rückzahlung von Krediten ist eng mit dem *Ausfallsrisiko verbunden. Darüber hinaus kann auch von Terminrisiko gesprochen werden, wenn zwischen Kreditinstitut und Schuldner kein genauer Rückzahlungstermin vereinbart ist, der Schuldner daher ein Gestaltungsrecht besitzt, wie z.B. beim Betriebsmittel- oder Kontokorrentkredit.</p>
Terminverlust	<p>Sofortige Fälligestellung von ansonsten noch nicht fälligen Krediten durch Banken, falls der Kreditnehmer seinen Verpflichtungen nicht nachkommt, Konkursgefahr besteht oder andere Verbindlichkeiten bei Vorhandensein einer *Cross-Default-Klausel nicht vertragskonform bedient.</p>
Terms of trade	<p>Reale Austauschrelationen im Außenhandel zwischen zwei Ländern, bei denen Exportmengen bzw. Exportpreise zu Importmengen bzw. Importpreisen in Relation gesetzt werden. Eines der Ziele ist unter anderem die Ermittlung der typischen Warenstruktur des Exports bzw. des Imports mit Blickrichtung auf den Technologie- und Know-how-Gehalt der gehandelten Waren.</p>
Thesaurierung	<p>Von einem *Investmentfonds einbehaltene und nicht ausgeschüttete Gewinne, die automatisch dem Fondsvolumen zugeschlagen werden, wodurch der Wert des *Investmentzertifikats steigt.</p>
Thesaurierungsanteilscheine	<p>sind *Investmentanteile von Thesaurierungsfonds oder Thesaurierungsgattungen.</p>

Thesaurierungsfonds	*Investmentfonds, der seine Gewinne nicht ausschüttet, sondern einbehält und dem Fondsvolumen zuschlägt.
Theta	Kennzahl der Optionsbewertung, die die Sensitivität des Optionspreises bezüglich einer Veränderung der Optionsrestlaufzeit misst.
Ticker	Nachrichtenübermittler via Monitor über börsenrelevante (Kurs)-Informationen sowie über sonstige Finanzinformationen, *Reuters.
Tilgung	Rückzahlung einer Schuld zu einem bestimmten Termin und in einem bestimmten Rückzahlungsmodus (laufend oder zur Gänze am Ende).
Tilgungsanleihe	Anleihe, die nach einem bestimmten Tilgungsplan zurückzuzahlen ist.
Timing	Engl. = Zeiteinteilung. Ermittlung des günstigsten Zeitpunktes für bestimmte Verhaltensweisen, z.B. Kauf oder Verkauf von Wertpapieren an der Börse.
Tipp	In der Börsensprache Kauf- oder Verkaufsempfehlung, größtenteils spekulativer Art, die sich meist auf spezielle (Insider-)Informationen stützt.
Titel	*Wertpapier
Todesfallsperr	Bei Tod eines Sparers bzw. Wertpapierdepotbesitzers wird automatisch die Todesfallsperr von Sparbüchern bzw. Depots ausgelöst. Die Freigabe des Guthabens kann nur durch einen *Freigabebeschluss des Gerichtes erfolgen.
Touch-Screen	Berührungsempfindlicher Bildschirm, der häufig bei *Informationsterminals in Kreditinstituten zum Einsatz kommt. Die Bedienung bzw. Menüführung erfolgt durch einen Fingerdruck auf eine bestimmte Bildschirmstelle und nicht durch Tastatur oder Maus.
Top-Down-approach	(engl.: Annäherung von oben nach unten) ist eine weit verbreitete Methode, unter Einbeziehung der aktuellen Marktsituation ein gut diversifiziertes Aktienportefeuille zu gestalten. Die Auswahl der Einzeltitel erfolgt hier gleichsam von „oben“ nach „unten“: zuerst werden Volkswirtschaften und Märkte analysiert und dann die Branchen bis hin zu den einzelnen Unternehmen (im Unterschied zu *Stock picking).
Track record	Historische Entwicklung der Performance eines *Investmentfonds oder eines Wertpapiers
Trade bill	Warenwechsel, d.h. Wechsel, dem die Bezahlung einer Warenlieferung zugrunde liegt, Gegenteil: *Finanzwechsel.

Trade Sale	Möglichkeit für einen Risikokapitalgeber, seine Anteile an einem Wachstumsunternehmen zu verkaufen, in diesem Fall an ein großes Unternehmen mit strategischem Interesse, meist aus der gleichen Branche.
Traditionspapier	Transportdokument, dessen Besitz gleichbedeutend mit dem Eigentum an der Ware ist, z.B. ein *Konnossement.
Tranche	Teilbetrag einer Anleihe, der zeitlich gestaffelt ausgegeben wird oder leicht modifizierte Konditionen in Bezug auf Volumen, Region oder Fälligkeit aufweist.
Transfer	1. Überweisung eines Geldbetrages von einem Land in ein anderes 2. Unentgeltliche Leistungen, z.B. Sozialleistungen des Staates, Spenden etc.
Transferklausel	Vereinbarung im internationalen Schuldenabkommen mit der Möglichkeit, dass das Schuldnerland die Zahlungen unterbrechen kann, wenn aufgrund der Zahlungsbilanz der Transfer der fälligen Beträge erschwert oder nicht möglich ist.
Transferleistungsbilanz	Teil der *Leistungs- und *Zahlungsbilanz, in dem unentgeltliche Leistungen (Guthabentransfers, Spenden, Schenkungen, Förderungen, Mitgliedsbeiträge etc.) mit dem Ausland verbucht werden.
Transferrisiko	Vom Exporteur zu tragendes Risiko eines Außenhandelsgeschäftes, bei dem die Überweisung von Devisen aus dem Importeursland nicht möglich bzw. erlaubt ist.
Transferverbot	Verbot der Überweisung von Devisen aus dem Importeursland in das Ausland
Transformationsfunktion	Zwischen der Entgegennahme von Spargeldern und der Vergabe von Krediten führen Banken eine Transformation der Fristigkeit (kurzlaufende Sparanlagen vs. längerfristige Kredite), des Risikos (risikolose Spareinlagen vs. risikobehaftete Kredite) und der Volumina (geringe Spareinlagen, großvolumige Kredite) durch.
Transithandel	Warenhandel zwischen Partnern in zwei Ländern, der durch einen Händler in einem dritten Land vermittelt wird.
Trassant	Aussteller eines gezogenen Wechsels
Trassat	Bezogener oder Akzeptant eines gezogenen Wechsels
Tratte	Begriff aus dem Italienischen. Gezogener Wechsel, bei dem der Aussteller der Begünstigte ist, im Gegensatz zur *Rimesse, bei der der Aussteller der Bezogene ist.

Traveller Cheque	*Reisescheck
Treasury	1. Schatzamt der USA 2. Sammelbegriff für die Gesamtheit des Finanz- und Risikomanagements mit der Hauptaufgabe der Finanzmittelbeschaffung
Treasury bill	Solawechsel von der US-amerikanischen Notenbank mit einer Laufzeit von weniger als einem Jahr, auch als T-bill bezeichnet, die ein wichtiger *Referenzzinssatz ist.
Treasury bond	Von der US-amerikanischen Notenbank begebene Anleihe mit einer Laufzeit von mehr als 10 Jahren
Treasury note	Von der US-amerikanischen Notenbank begebene Anleihe mit einer Laufzeit zwischen 1 und 10 Jahren
Tresor	Hochgradig gesicherte Stahlkammer (eines Kreditinstituts) zur Aufbewahrung von Wertpapieren, Geld, Schmuck und sonstigen wertvollen Gegenständen
Treuhandbank	Spezialbank, die das Vermögen eines Auftraggebers treuhändisch verwaltet
Treuhänderdepot	Wertpapierdepot, das nicht dem Errichter, sondern begünstigten dritten Personen gehört.
Treuhandgeschäft	Transaktion, die ein Treuhänder, oft ein Kreditinstitut, im eigenen Namen, aber im Auftrag und für Rechnung und Gefahr des Treugebers abwickelt.
Treuhandkredit	Kredit, der von einem Kreditinstitut als Treuhänder an einen Dritten weitergeleitet wird.
Trust	1. Treuhandgesellschaft (trust company) 2. Großkonzern oder Großunternehmen mit ausgeprägter Gesamtleitung und dem Ziel der Marktbeherrschung
Turn around	Erfolgreiche Restrukturierung eines in der Krise befindlichen Unternehmens

U

Überbrückungskredit	Kredit zur Überwindung vorübergehender Liquiditätsengpässe
Übernahme	Erwerb der Mehrheit oder aller Anteile einer bislang eigenständigen Firma durch den Übernehmer mit dem Ziel, durch die Stimmenmehrheit eigene Interessen durchzusetzen und die Strategie des übernommenen Unternehmens zu bestimmen und gegebenenfalls das Management auszutauschen = Take over.
Übernahmeangebot	Angebot, mit dem der Übernehmer den Aktionären des zu übernehmenden Unternehmens den Kauf ihrer Aktien zu einem festen Preis und innerhalb einer bestimmten Frist anbietet. Je nachdem, ob die Übernahme mit Billigung oder ohne Billigung des alten Managements durchgeführt wird, spricht man von einem *friendly oder einem *hostile take over.
Übernahmevertrag	Anlässlich einer *Emission zwischen den Ausgebern der Wertpapiere (Bund bei Anleihen, Unternehmen bei Aktien) und dem Emissionssyndikat (Gruppe von Kreditinstituten) abgeschlossener Vertrag, wobei sich das *Syndikat verpflichtet, den nicht bei Investoren platzierbaren Betrag der Emission auf eigene Rechnung fix zu übernehmen (auch als Underwriting bezeichnet).
Überweisung	Bargeldlose Übertragung eines Geldbetrages von einem Konto auf ein anderes Konto durch Vermittlung eines Kreditinstitutes
Überweisungsterminal	Selbstbedienungsgerät zur Durchführung von *Überweisungen auch außerhalb der Kassenöffnungszeiten
Überzeichnung	Nachfrageüberhang bei Neuemissionen, der über das vom Emittenten angebotene Volumen hinausgeht. Eine hohe Überzeichnung gilt als Erfolg für die Platzierung neuer Aktien.
Überziehungskredit	Formloser Kredit, der auf einem Konto eingeräumt wird, sofern das Konto ins Minus rutscht (mehr Geld abgehoben bzw. überwiesen wurde als am Konto eingegangen ist) oder die genehmigten Kreditlinien nur temporär und in geringem Ausmaß überschritten werden. Bei Girokonten ohne vorhandenem Kreditrahmen sind sämtliche Sollsalden als Überziehung anzusehen.
Überziehungsprovision, Überziehungszinssatz	Jene Kosten, die im Rahmen einer Kontoüberziehung anfallen. Die Überziehungsprovision bezieht sich auf die Einräumung des Rechts zur Kontoüberziehung, der Überziehungszinssatz ist das vom Kontoinhaber an das Kreditinstitut zu bezahlende Entgelt für den überzogenen Betrag.
Ultimo	Letzter Tag bzw. Börsentag eines Monats im Geld- und Börsenwesen

Umbrellafonds	Fondsstruktur einer Investmentfondsgesellschaft, in der verschiedene Fonds mit unterschiedlichen Investitionsschwerpunkten zusammengefasst sind und zwischen denen die Investoren bei Bedarf relativ kostengünstig oder gar kostenlos wechseln können.
Umgründung	*Umwandlung
Umlaufvermögen	Teil der *Aktiva einer *Bilanz, der jene Vermögensteile repräsentiert, die nur temporär und nicht langfristig dem Unternehmen dienen und die in relativ kurzer Zeit liquidierbar sind (Kassenbestände, Bankguthaben, Wertpapierveranlagungen aus monetären und nicht strategischen Motiven, Forderungen, Warenlager etc.); Gegenteil: *Anlagevermögen.
Umsatz	Der Wert aller in einem bestimmten Zeitraum von einem Unternehmen verkauften Waren und/oder Dienstleistungen, im Unterschied zum rein mengenorientierten Absatz.
Umsatzprovision	1. Entgelt für die Kontoführung eines Kreditinstitutes, berechnet auf Basis der durchgeführten Transaktionen. 2. Variables und damit erfolgsabhängiges Einkommen eines Handelsvertreters
Umschuldungskredit	Kredit, der dazu dienen soll, eine andere Schuld zu tilgen und aus Sicht des Kreditnehmers attraktivere Konditionen aufweist.
Umwandlung	Überführung eines Unternehmens in eine andere juristische Rechtsform
Unanfechtbarkeitsklausel	Klausel in Lebensversicherungspolizzen bei Verpfändung oder *Zession der Lebensversicherung an eine Bank. Sie schließt die Leistungsfreiheit des Versicherers bei Selbstmord und Verletzung der Anzeigepflichten gegenüber der Bank aus.
Underwriter	1. Englische Bezeichnung für eine Investmentbank, die bei einer Neuemission die Übernahme des nicht platzierten Volumens der Emission auf eigene Rechnung garantiert. 2. Versicherer bei Lloyd's of London
Underwriting	Garantie einer Investmentbank, das bei einer Neuemission von Aktien oder Anleihen nicht platzierte Volumen auf eigene Rechnung zu übernehmen.
Und-Konto	*Gemeinschaftskonto, über das die Kontoinhaber nur gemeinsam verfügen dürfen.
Unfair bond calling	Ungerechtfertigte Inanspruchnahme einer Bankgarantie durch den Begünstigten

Unique Selling Proposition	Begriff aus dem Marketing, der die Einzigartigkeit eines Produktes beschreibt und als schlagendes Verkaufsargument verwendet wird, um das Produkt eindeutig von den Produkten der Konkurrenz zu differenzieren.
Universalbank	Kreditinstitut, das sich mit allen Zweigen des Geldgeschäftes befasst, insbesondere der Kreditvergabe und Entgegennahme von Spareinlagen einerseits sowie der Investmentbankaktivitäten (Emissionsberatung, Risikomanagement, Corporate Finance etc.) andererseits. Das Kreditwesengesetz 1979 (KWG) wandelte die bis dahin auf bestimmte Geschäftsfelder spezialisierten Kreditsektoren in Universalbanken um.
UNO	United Nations Organization. Internationale Vereinigung, der fast alle Staaten angehören und die sich in ihren zahlreichen Unterorganisationen mit verschiedenen Problemen und Zielen des menschlichen Zusammenlebens sowie der wirtschaftlichen und ökologischen Entwicklung beschäftigt.
Unpfändbare Bezugsteile	Jene Teile des Einkommens von Privatpersonen, die bei *Gehaltsexekutionen neben dem *Existenzminimum nicht gepfändet werden dürfen. Darunter fallen z.B. Aufwandsentschädigungen, Familienbeihilfe und die meisten anderen Sozialleistungen.
Unsystematisches Risiko	Risiko eines Wertpapiers, das auf das Risiko eines einzelnen Unternehmens zurückzuführen und daher diversifizierbar ist; Gegenteil: *systematisches Risiko.
Unter dem Strich	<p>1. Positionen eines Anhangs oder von Fußnoten, die bestimmte Zusatzinformationen beinhalten. Kreditinstitute weisen in den Bilanzen nicht bilanzwirksame Positionen, wie Bürgschaften und Garantien, nicht direkt aus, sondern führen sie als Beilage „unter dem Strich“ an.</p> <p>2. Formulierung für das Endresultat bestimmter Verhaltensweisen nach Berücksichtigung mehrerer Eventualitäten und Strategien.</p>
Unternehmensbewertung	Verfahren zur Feststellung des Wertes eines Unternehmens, heutzutage meistens nach dem *DCF-Verfahren oder mit Hilfe von *Market Multiples.
Unternehmensleitbild	Dokumentiert für Öffentlichkeit, Kunden, Mitbewerber und Mitarbeiter eines Unternehmens die Grundsätze der Unternehmensphilosophie, worunter die Unternehmenskultur, Werte und Verhaltensweisen nach innen und außen zu verstehen sind.
Unze (troy)	Gewichtseinheit für Edelmetalle, 1 Unze = 31,1035 g, der Preis von Gold und Silber beispielsweise bezieht sich meist auf eine Unze.

Urkunde	Schriftliches, meist in besonderer Schriftform und attraktivem Layout ausgefertigtes Dokument, das bestimmte Rechte oder Rechtsverhältnisse begründet, abändert, aufhebt oder beweist.
Ursprungszeugnis	Urkunde zum Nachweis des Ursprungs einer Ware oder Leistung aus einem bestimmten Herkunftsland
Usancen	Feste branchenspezifische bzw. regionale Handelsbräuche für die Abwicklung von Geschäften
US-GAAP	US Generally Accepted Accounting Principles. International gebräuchliche und akzeptierte Bilanzierungsrichtlinien, die als Alternative zu *IAS von internationalen Investoren verlangt werden, bevor sie in eine *Aktiengesellschaft investieren.
USP	= *Unique Selling Proposition

V

Valoren	Lat. = Wert, im weitesten Sinne alle Arten an Wertpapieren.
Valorisierung	*Wertsicherungsklausel
Valuta	Wertstellungstag, mit dem eine Überweisung auf ein oder von einem Konto durchgeführt wird und mit dem die Verzinsung für eine Gutschrift oder Belastung auf einem Konto beginnt.
Valutaklausel	Fremdwährungsklausel zum Schutz gegen Verluste aus einer Veränderung des Wechselkurses zwischen eigener und fremder Währung.
Valuten	Ausländisches Bargeld in Form von Banknoten und Münzen, auch als *Sorten bezeichnet; Gegenteil: *Devisen.
Valutierung	Festsetzung der *Valuta (des Valutatages) bei Bankgeschäften. Gemäß *Bankwesengesetz erfolgt die Valutierung von Einlagen und Privatkreditrückzahlungen spätestens mit dem ersten Werktag (auch Samstag), der dem Einzahlungstag folgt (§ 37 BWG).
Variable Kosten	Jener Teil der Kosten einer Leistungserstellung, die von der Produktionsmenge abhängig sind und ausschließlich mit der Erstellung einer zusätzlichen Einheit zusammenhängen, vor allem Materialkosten sowie direkt zurechenbare Lohnkosten; Gegenteil: *fixe Kosten.
Variabler Zinssatz	Zinssatz, dessen Höhe von einem *Referenzzinssatz (meist dem *LIBOR oder der *Sekundärmarktrendite) abhängt und der in regelmäßigen Abständen (meistens halbjährlich oder jährlich) entsprechend den Veränderungen des Referenzzinssatzes neu angepasst wird. Bei einem variablen Zinssatz tragen sowohl der Kreditnehmer als auch der Kreditgeber das Zinsänderungsrisiko.
Vega	Kennzahl der Optionsbewertung, die die Sensitivität des Optionspreises bezüglich einer Veränderung der Volatilität misst.
Venture Capital	*Risikokapital, das in frühen Unternehmensentwicklungsphasen investiert wird, wobei der Venture Capitalist nicht nur Kapital zur Verfügung stellt, sondern das Unternehmen auch mit Managementleistung und wertvollen Kontakten unterstützt.
Venture Capital-Fonds	Juristisch investierende Einheit eines Venture Capitalisten, die die einzelnen Beteiligungen an Wachstumsunternehmen eingeht.
Veranlagungsgrenzen / -Vorschriften	Eine der Maßnahmen, die das *Investmentfondsgesetz zum Schutz der Anleger vorsieht, ist die umfangreiche Formulierung von Anlagevor-

schriften und damit verbundenen Anlagegrenzen, die in den *Fondsbestimmungen zum Teil zu präzisieren sind, dort auch eingeschränkt, nicht aber erweitert werden dürfen. Das Ziel dieser Veranlagungsvorschriften und -grenzen ist, das Risiko, das durch eine Konzentration von Veranlagungen entstehen könnte, in den Griff zu bekommen. Die Einhaltung der Veranlagungsvorschriften und -grenzen wird vom *Fondsmanager, von der Revision der Kapitalanlagegesellschaft, vor allem aber vom *Bankprüfer laufend kontrolliert.

Verband	*Fachverband
Verbraucherkredit	Kredit, der nicht von Unternehmen aus Gründen der Finanzierung von Produktionsanlagen aufgenommen wird, sondern von Verbrauchern aus Gründen der Finanzierung von Konsumgütern, auch als *Konsumkredit und *Privatkredit bezeichnet.
Verbraucherpreisindex	*Index der Verbraucherpreise
Verein	Auf Dauer angelegte, freiwillige Personenvereinigung zur Verfolgung eines gemeinsamen, nicht unbedingt erwerbswirtschaftlich orientierten Zieles, das in der Vereinssatzung festgelegt ist. Der Verein ist eine in seinem Bestand vom Wechsel der Mitglieder unabhängige juristische Person.
Vereinsregister	Register der wichtigsten Daten von Vereinen, das von den Vereinsbehörden geführt wird.
Vereinsparkasse	Von einem Verein gegründete Sparkasse. Sparkassenvereine sind Vereine, deren ausschließlicher Zweck die Gründung und der Betrieb einer Sparkasse sowie in der Folge die Sicherung des organisatorischen Bestandes dieser Sparkasse ist.
Verfalltag	1. Jener Tag, an dem das Recht einer Option zum letzten Mal ausgeübt werden kann. 2. Jener Tag, an dem laut Text eines Wechsels die Zahlung fällig ist.
Verfügungsberechtigung	Mit der Führung von Konten zusammenhängende Rechte, die nur vom Kontoinhaber ausgeübt werden dürfen, z.B. Erteilung und Entzug von *Zeichnungsberechtigungen, Änderung des Kontowortlautes, Anerkennung des Abschlussaldos, Antrag auf Ausstellung einer Zahlungsverkehrskarte, Kontoschließung etc.
Vergleich	Vertrag, durch den ein Streit oder die Ungewissheit der Parteien über ein Rechtsverhältnis durch gegenseitiges Nachgeben gerichtlich oder außergerichtlich beseitigt wird.
Verhaltenskodex	*Compliance Code, vor allem im Bankgeschäft zur Vermeidung von Interessenskonflikten.

Verjährung	Verlust eines Rechtes durch andauernde Nichtausübung während der Verjährungszeit. Wenn in besonderen Vorschriften nichts anderes bestimmt ist, beträgt die Verjährungszeit 30 Jahre, juristische Personen verlieren ihre Rechte erst nach 40 Jahren. Nach drei Jahren verjähren u.a. regelmäßig wiederkehrende Leistungen (z.B. Zinsen), Forderungen aus Geschäften des täglichen Lebens (z.B. Forderungen für Lieferungen und Leistungen, Forderungen der Dienstnehmer) und Schadenersatzansprüche. Bei Klage und Anerkenntnis der Schuld beginnt die Verjährungsfrist von neuem zu laufen. Besondere Verjährungsfristen finden sich z.B. auch im Scheck- und im Wechselgesetz.
Verkaufsförderung	Summe aller Maßnahmen, die dazu dienen, den Verkauf von Produkten und sonstigen Dienstleistungen so leicht wie möglich zu machen bzw. die durch die Werbung herbeigeführte positive Einstellung der Kunden zu konkreten Verkaufsakten zu nützen.
Verkaufsprospekt	*Fondsprospekt
Verkehrswert	Marktwert von Gütern, vor allem von Immobilien, der sich am aktuellen Preisniveau orientiert.
Verlassenschaftssperre	*Todesfallsperre
Verlosung	Form der Tilgung von Anleihen, bei der während der Laufzeit bestimmte geloste Serien oder Stücke vorzeitig zurückbezahlt werden.
Verlustbeteiligungsmodell	Finanzierungsmodell, das in den ersten Jahren auf der Steuerreduktion der den Investoren zugewiesenen Anfangsverluste einer Investition aufbaut, ehe in den späteren Jahren tatsächlich erwirtschaftete Gewinne ausgeschüttet werden.
Verlustvortrag	Verlust einer Gesellschaft, der in das nächste Jahr übertragen wird, um ihn mit allfälligen zukünftigen Gewinnen gegenzurechnen und dadurch die Steuerlast zu minimieren.
Vermögen	Gesamtbestand an wirtschaftlichen, in Geldeinheiten bewerteten Gütern, die eine Person zu einem bestimmten Stichtag aufgrund einer Bestandsaufnahme besitzt.
Vermögenspläne	Kombinierte Spar-, Versicherungs- und Kreditaufbaupläne zur individuellen Vermögensbildung. Durch automatische Wiederveranlagung der Erträge in Wertpapieren und anderen Anlageformen wird ein stufenweiser Vermögensaufbau erreicht.
Vermögensverteilung	Statistische Verteilung der Vermögenswerte in einer Volkswirtschaft auf die Sektoren und einzelne Gruppen der Bevölkerung.

Veröffentlichungen	Eines der Hauptanliegen des *Investmentfondsgesetzes ist der Schutz des Anlegers, der unter anderem durch die Verpflichtung zur Veröffentlichung der unterschiedlichsten Informationen über die *Kapitalanlagegesellschaft und den Kapitalanlagefonds erreicht werden soll. So darf beispielsweise ein Fonds erst dann im Inland öffentlich angeboten werden, wenn spätestens ein Werktag davor der *Fondsprospekt veröffentlicht wurde. Manche Änderungen des Fondsprospektes oder der *Fondsbestimmungen treten erst (einen Tag oder drei Monate) nach deren Veröffentlichung in Kraft. Die gesetzlich verbindlichen Veröffentlichungen erfolgen in der Regel durch eine Einschaltung im „Amtsblatt zur Wiener Zeitung“, die Veröffentlichung der *errechneten Werte, *Ausgabe- und *Rücknahmepreise in der Investmentfondsbeilage zum amtlichen Kursblatt der Wiener Börse und in Österreich hinlänglich verbreiteten Zeitungen.
Verrechnungsscheck	Scheck, der auf der Vorderseite den Vermerk „Nur zur Verrechnung“ trägt und nicht bar ausbezahlt, sondern nur auf das Konto des legitimierten Empfängers gutgeschrieben werden kann.
Verrechnungsverkehr	Zwischenstaatlicher Ausgleich von Forderungen und Verbindlichkeiten auf dem Verrechnungswege
Verschuldungsgrad	Bilanzielles Verhältnis von Fremdkapital zum Gesamtkapital
Versicherung	Jede Form der Übernahme fremder Risiken gegen Entgelt (Prämienzahlung)
Versicherungsnehmer	Vertragspartner des Versicherers, der sein Risiko gegen Prämienzahlung einer Versicherung überträgt und dem alle Rechte und Pflichten aus dem Versicherungsvertrag zukommen. Er kann auch einen Dritten als bezugsberechtigte Person im Schadensfalle einsetzen, da Begünstigter und Versicherungsnehmer nicht ident sein müssen.
Versicherungssparen	In vielen Fällen steuerbegünstigtes Sparen in Form einer Er- und Ablebensversicherung oder einer privaten Altersvorsorge in Ergänzung zur staatlichen Pensionsvorsorge. Versicherungssparen ist in den letzten Jahren zunehmend auch eine Bankdienstleistung geworden.
Verteilungsfunktion	Bei der Verteilungsfunktion werden die gesammelten Einlagen von den Kreditinstituten den Nachfragern (private Haushalte, Unternehmen, Gebietskörperschaften etc.) in Form von Darlehen, Krediten und Haftungen zur Verfügung gestellt.
Vertrag	Erklärte Willensübereinstimmung mehrerer Personen zur Begründung eines bestimmten Rechtsverhältnisses, meist in schriftlicher, manchmal auch in mündlicher Form.

Vertragssumme	<p>1. Jener Betrag, der Gegenstand eines Kaufvertrags oder eines sonstigen Vertrags ist.</p> <p>2. Gesamtsumme eines Bausparvertrags, die sich aus den Eigenmitteln und dem *Bauspardarlehen zusammensetzt.</p>
Vertrauensgrundsatz	<p>Begriff aus dem Grundbuchsrecht</p> <p>1. Positiver Vertrauensgrundsatz: Wer im Vertrauen auf den aktuellen Grundbuchsstand gutgläubig Handlungen setzt, ist geschützt. „Was eingetragen ist, das gilt!“</p> <p>2. Negativer Vertrauensgrundsatz: Das Vertrauen Gutgläubiger auf die Vollständigkeit des Grundbuchsstandes ist geschützt. „Was nicht eingetragen ist, das gilt nicht!“</p>
Vertriebspolitik	<p>Optimaler Einsatz der Vertriebswege eines Unternehmens bzw. eines Kreditinstituts, um seine Leistungen möglichst vielen Kunden zugänglich zu machen (*Außendienst, Telefon-Banking, *Electronic Banking etc.). Bei der Vertriebspolitik unterscheidet man einerseits die verschiedenen Vertriebsmöglichkeiten im Sinne der Gewinnung der Kunden sowie andererseits (vor allem im Warenverkehr) die Logistik (physischer Transport der Waren zu den Kunden).</p>
Verwahrstück	<p>Dokumente, Pakete, Kisten, Koffer und ähnliche Behältnisse, die von Banken zur Aufbewahrung in ihren Tresorräumen oder Stahlschränken entgegengenommen werden. Die Stücke müssen so plombiert oder verschlossen sein, dass der Inhalt nicht erkennbar und die Öffnung ohne Verletzung des Verschlusses (der Plombe) nicht möglich ist.</p>
Verwaltungsgebühr / -kosten	<p>Die fachgerechte Verwaltung eines mehrere hundert Millionen oder einige Milliarden großen Vermögens kostet Geld – und darf es auch. Immerhin wird ja auch eine Leistung erbracht. Allerdings darf sich die *Kapitalanlagegesellschaft nicht beliebig bedienen, sondern hat die Höhe oder maximale Höhe der Verwaltungskosten sowohl in den vom Bundesminister für Finanzen zu genehmigenden *Fondsbestimmungen als auch im *Fondsprospekt anzuführen. Die Verwaltungskosten orientieren sich an der Komplexität des Fonds und sind bei *Geldmarktfonds üblicherweise am niedrigsten und bei *Aktienfonds, die auf Randmärkte spezialisiert sind, am höchsten. Sie reichen von wenigen Zehntel Prozent bis 2,5 und mehr Prozent pro Jahr. Meistens deckt die Kapitalanlagegesellschaft mit den Verwaltungskosten auch noch die *Depotbankgebühr ab, es sei denn, in den Fondsbestimmungen ist es anders vorgesehen.</p>
Verzinsung	<p>Kosten für die Bereitstellung von Fremdkapital, *Zinsen.</p>

Verzugszinsen	Bei Verzug der Leistung einer Zahlung zu leistende, vom Verzugsdatum bis zur Begleichung der Forderung berechnete Zinsen.
VGR	*Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung
VIBOR	Vienna Interbank Offered Rate. (Durchschnitts-)Zinssatz, den die österreichischen Banken in Wien untereinander für Termineinlagen verrechneten und der täglich neu ermittelt wurde, wurde allerdings vom *Euribor abgelöst.
ViDX	Vienna Dynamic Index; umfasst 14 Werte aus dem prime und standard market continuous.
Vinkulierung	Lat. = binden 1. Regelung, dass ein bestimmtes (vinkuliertes) Wertpapier nur mit Genehmigung an einen Dritten übertragen werden kann (z.B. bei vinkulierten Namensaktien) 2. Sperrvermerk oder Vereinbarung eines Lösungswortes bei Sparerkunden 3. Sperre eines Versicherungsvertrages zugunsten eines Gläubigers als Kreditsicherstellung, meist im Privatkreditgeschäft.
Vis major	*Force Majeure, höhere Gewalt.
VISA	*Kreditkarte
VÖIG	steht für Vereinigung Österreichischer Investmentgesellschaften, in der alle österreichischen Kapitalanlagegesellschaften vertreten sind. Zu den wichtigsten Aufgaben der VÖIG gehören die Interessenvertretung ihrer Mitglieder im In- und Ausland, deren laufende Information, die Begutachtung einschlägiger gesetzlicher Bestimmungen, die Erarbeitung normierter Unterlagen (wie *Fondsprospekt, *Fondsbestimmungen etc.) und deren Abstimmung mit dem Bundesministerium für Finanzen sowie die Entwicklung entsprechender Informationsunterlagen für den Anleger.
Volatilität	Schwankungsbreite von Wertpapieren, Devisen, Zinsen, Rohstoffen etc.
Volksbanken	Volksbanken wurden ebenfalls wie Raiffeisen als Kreditgenossenschaften, d.h. als Selbsthilfeeinrichtungen, gegründet. Hermann Schulze-Delitzsch (1808–1883), der als Vater des gewerblichen Genossenschaftswesens in Deutschland gilt, gründete diese Art von Genossenschaftsbanken zur Kapitalbeschaffung für Gewerbebetriebe. Es ist vornehmlich die Aufgabe der Volksbanken, Kredite an Gewerbebetriebe zu gewähren. Spitzeninstitut und Geldausgleichsstelle ist die Österreichische Volksbanken AG (ÖVAG) in Wien.

Volkseinkommen	Summe der Einkünfte aller Wirtschaftsobjekte einer Volkswirtschaft, *BIP
Volkvermögen	Summe des Bestandes an Vermögensgütern, den eine Volkswirtschaft besitzt
Volkswirtschaft	Gesamtheit aller wirtschaftlichen Aktivitäten eines Landes, seiner Bewohner und seiner Unternehmen.
Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung	Systematische Darstellung der Ergebnisse des Wirtschaftsprozesses einer Volkswirtschaft für eine abgelaufene Periode. Gegenstand der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung ist der Wirtschaftskreislauf und die Berechnung des *BIP. Die UNO und die OECD haben Standardkontensysteme entwickelt, die darauf abzielen, die Ergebnisse der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen der einzelnen Länder international vergleichbar zu machen.
Vollkostenrechnung	Kostenträgerrechnung, bei der sowohl die fixen als auch die variablen Kostenbestandteile in der Kalkulation berücksichtigt werden.
Vollmacht	Rechtsgeschäftlich erteilte Ermächtigung zur Vornahme bestimmter Handlungen. Unterschieden wird zwischen Spezialvollmacht (für ein einzelnes Geschäft) und Generalvollmacht (für eine Vielzahl von Rechtsgeschäften in einer bestimmten Branche).
Vorbörslicher Handel	Außerbörslicher Handel vor Börsebeginn
Vorlegungsvermerk	Begriff aus dem Scheckrecht. Wird ein ordnungsgemäß ausgestellter Scheck innerhalb der Vorlegungsfrist dem bezogenen Kreditinstitut vorgelegt und erfolgt aus irgendeinem Grund keine Zahlung, kann der Scheckinhaber nur dann Rückgriff gegen den Scheckverpflichteten nehmen, wenn die Verweigerung der Zahlung durch den so genannten Vorlegungsvermerk festgestellt wurde. Dieser lautet: „vorgelegt am ... und nicht eingelöst“, Datum und Unterschrift der Bank.
Vormerkungen	Begriff des Grundbuchsrechts. Mit Vormerkungen können Rechte bedingt eingetragen werden, sofern gewisse Mindestanforderungen erfüllt sind.
Vorschusszinsen	Zinsen für jenen Betrag eines zeitlich gebundenen Sparguthabens, der vor der Fälligkeit begeben wird. Die Vorschusszinsen werden vom Sparertrag abgezogen.
Vorstand	Oberster Entscheidungsträger einer *Aktiengesellschaft im operativen Geschäft, der für Strategie und die finanziellen Ergebnisse verantwortlich ist.
Vorverfahren	Bezweckt im Insolvenzrecht die Reorganisation eines Unternehmens, gelingt diese nicht, erfolgt die Überleitung zum *Ausgleichs- oder *Konkursverfahren.

Vorzugsaktie	Aktie, die dem Inhaber eine bevorzugte Behandlung bei der Dividendenzahlung einräumt, dafür aber keine Stimmrechte gewährt.
VPI	*Verbraucherpreisindex

W

WACC	Weighted Average Cost of Capital, aus Eigen- und Fremdkapital gewichteter Kapitalkostensatz anlässlich der Bewertung von Unternehmen.
Wachstumsbörse	Börse, an der vorwiegend junge und kleinere wachstumsorientierte Unternehmen notieren und deren Zulassungsvoraussetzungen weniger streng sind als jene der klassischen Börsen.
Wachstumsfonds	Investmentfonds, deren *Anlageziel im Wertzuwachs liegt; im Unterschied zu Fonds, deren primäres Ziel in höchstmöglicher *Ausschüttung liegt. *Thesaurierungsfonds sind grundsätzlich Wachstumsfonds.
Wachstumsunternehmen	Junges Unternehmen, das über extrem hohe zukünftige Wachstumsperspektiven, allerdings auch entsprechende Risiken, verfügt.
Währung	Geldeinheit und Geldsystem eines Staates
Währungsguthaben	Guthaben in einer bestimmten Währung
Währungsparität	Meistens gesetzlich festgelegtes Verhältnis einer Währungseinheit zum Goldpreis (Anfang des vorigen Jahrhunderts) oder zu einer fremden Währungseinheit, vorwiegend zum US-Dollar.
Währungspolitik	Gesamtheit der Maßnahmen zur Geld- und Kreditversorgung der Wirtschaft und zur Regulierung der Geldmenge. Die Währungspolitik ist eine der Hauptaufgaben der Nationalbank und soll die Stabilität der Kaufkraft des Geldes und der Wechselkurse erhalten.
Währungsreserven	Die einer Notenbank zur Verfügung stehenden, im internationalen Zahlungsverkehr verwertbaren Bestände an Edelmetallen (Gold), Devisen und *Sonderziehungsrechten.
Währungsrisiko	Risiko der Veränderung der Wechselkurse sowie Risiko des Transfervots von Fremdwährungen. Unter dem Wechselkursrisiko als Hauptausprägungsform des Währungsrisikos versteht man u.a. eine Veränderung des erwarteten Gegenwertes zukünftiger Forderungen oder Verbindlichkeiten, gegen die man sich mit verschiedenen Kurssicherungsmaßnahmen absichern kann.
Währungsunion	*Europäische Wirtschafts- und Währungsunion
Wallstreet	Straße in New York, in der sich die New York Stock Exchange befindet, im übertragenen Sinn Bezeichnung für die New Yorker Börse in ihrer Gesamtheit oder den Finanzkapitalismus der USA.
Wandelanleihe	*Wandelschuldverschreibung

Wandelparität	Preis einer *Aktie, der sich aus dem Umtausch einer *Wandelschuldverschreibung aufgrund der Bedingungen und des *Börsenkurses ergibt.
Wandelschuldverschreibung	*Anleihe, deren Inhaber das Recht besitzt, Teile seiner Anleihe zu einem im Vorhinein festgesetzten Kurs und innerhalb einer bestimmten Frist in *Aktien des *emittierenden Unternehmens zu tauschen, *Convertible Bond.
Warenbilanz	Teil der *Zahlungsbilanz, in dem Importe und Exporte gegenübergestellt werden.
Warenfreiheit	Eine der vier Grundfreiheiten, die den *Europäischen Binnenmarkt charakterisieren. Waren, die in einem EU-Mitgliedstaat rechtmäßig in Umlauf gebracht wurden, können in allen übrigen EU-Staaten ohne Zölle und Handelshemmnisse ebenfalls in den Verkehr gebracht werden. Damit entfallen auch im Wesentlichen die Freimengenbegrenzungen für einige private Einkäufe.
Warenkorb	In zehnjährigem Intervall für den *Index der Verbraucherpreise (VPI) festgelegtes Bündel von Waren und Dienstleistungen zur Ermittlung (der Veränderung) des Preisniveaus.
Warenkurs	Andere Bezeichnung für den *Briefkurs, also für den Kurs, zu dem Kreditinstitute die gehandelte Basiswährung verkaufen. Er liegt stets über dem *Geldkurs.
Warenwechsel	Wechsel, dem ein Waren- oder Handelsgeschäft zugrunde liegt, das mit einem Wechsel bezahlt oder besichert wird.
Warrant	<ol style="list-style-type: none"> 1. Engl. = Garantie, Vollmacht, Bürgschaft 2. Wertpapier, das in Amerika und England dem deutschen Orderlagerschein gleichzusetzen ist. 3. Optionsschein auf neue Aktien
WBI	Der Wiener Börsekammer Index (WBI) entspricht einem Durchschnittskurs aller österreichischen Aktien, die an der Wiener Börse notieren, steht allerdings im Schatten des Hauptindex *ATX.
Wechsel	*Abstrakte (= vom Grundgeschäft losgelöste) schriftliche Zahlungsanweisung des Ausstellers (Gläubiger, Exporteur bei gezogenem Wechsel) an den *Bezogenen (Schuldner, Importeur), bei Fälligkeit gegen Vorlage der Wechselurkunde dem Begünstigten (Holschuld, da Weitergabemöglichkeit) einen bestimmten Geldbetrag zu bezahlen. Der Wechselinhaber ist aufgrund der materiellen Wechselstrenge sowie der formellen Wechselstrenge (lediglich Prüfung der formalen Korrektheit des Wechsels) gegenüber anderen Gläubigern bevorzugt. Während beim *gezogenen Wechsel (*Tratte) der Aussteller der Begünstigte ist, ist beim *Solawechsel (*Rimesse) der Aussteller der Bezogene.

Wechselbürgschaft	Meist zusätzliche Sicherstellung bei Krediten, bei der ein Bürge einen Blankowechsel unterschreibt und dazu eine Wechselwidmungserklärung abgibt.
Wechseldiskont	Ankauf eines Wechsels vor Fälligkeit durch ein Kreditinstitut
Wechselinkasso	Entgeltlicher Inkassoauftrag an eine Bank, einen Wechsel beim Bezogenen zur Honorierung vorzulegen.
Wechselkurs	Preis einer ausländischen Währung in Einheiten der Heimatwährung (Preisnotierung) oder Preis der Heimatwährung in Einheiten der ausländischen Währung (Mengennotierung, die nach Einführung des Euro vorherrscht).
Wechselkursrisiko	Risiko der Veränderung des Wechselkurses und somit des erwarteten Gegenwertes einer Forderung oder Verbindlichkeit in Heimatwährung
Wechselpension	*Lombardierung von Wechseln
Wechselprotest	*Protest
Wechselstrenge	Besondere Vorschriften und Regeln aufgrund des Wechselgesetzes, die dem Wechselinhaber bei Nichtbezahlung des *Wechsels rasch einen Exekutionstitel (Recht zur Pfändung von Waren des Bezogenen) einräumen.
Weiche Währung	Nicht vorhandene Wechselkursstabilität einer Währung nach außen sowie nicht vorhandene Kaufkraftstabilität einer Währung nach innen durch hohe Inflationsraten; Gegenteil: *harte Währung.
Weltbank	Auch als Internationale Bank für Wiederaufbau und Entwicklung bzw. International Bank for Reconstruction and Development bezeichnet, mit dem *Internationalen Währungsfonds aufgrund des Abkommens von *Bretton Woods gegründete Organisation mit Sitz in Washington, deren Finanzhilfe vorwiegend an Entwicklungs- bzw. Schwellenländer geht. Die Bank beschafft sich die für ihre Kreditfähigkeit notwendigen Mittel zum Teil durch die Begebung von Anleihen auf den internationalen Kapitalmärkten. Mit der *IFC (International Finance Corporation), der *IDA (International Development Association) sowie der *MIGA (Multilateral Investment Guarantee Agency) bildet sie die so genannte Weltbank-Gruppe.
Weltersparitag	Bereits 1924 eingeführter Tag des Sparens, der auf die Notwendigkeit sowie die Vorteile des Sparens für die Volkswirtschaft und den Einzelnen hinweist.
Weltwährungsfonds	*Internationaler Währungsfonds

Werbung	Sämtliche Maßnahmen, die darauf abzielen, den Bekanntheitsgrad eines Unternehmens oder einer *Marke zu erhöhen sowie das Verhalten von Menschen zielgerichtet durch die Schaffung von Präferenzen zu beeinflussen, um die Anzahl der verkauften Produkte sowie deren Preise erhöhen zu können.
Werbungskosten	Begriff des Einkommensteuerrechts, der das steuerpflichtige Einkommen vermindert. Darunter sind alle Aufwendungen zu verstehen, die zum Erwerb bzw. zur Sicherung und Erhaltung der Einnahmen erforderlich sind.
Wertberichtigungen	In der Bilanz ausgewiesene Korrekturposten für zu hoch ausgewiesene Vermögenswerte, gleichbedeutend mit *Abschreibungen.
Wertentwicklung	*Performance
Wertpapier	Urkunde, die bestimmte Vermögensrechte auf Eigenkapital- oder Fremdkapitalebene verbrieft.
Wertpapierdepot	Verrechnungskreis bei einem Kreditinstitut, in dem die Wertpapiere verwaltet werden.
Wertpapier-sammelbanken	Institute, die die Sammelverwahrung und den Wertpapiergiroverkehr betreiben.
Wertpapiersparen	Einmalige oder laufende Veranlagung von Geldern in Wertpapieren zur Erzielung einer höheren Rendite.
Wertpapier-verpfändung	Sicherstellung für Kredite, bei der Wertpapiere verpfändet werden, auch als *Lombardkredit bezeichnet.
Wertschöpfung	Mehrwert bzw. durch die Eigenleistung eines Unternehmens generierter Wertzuwachs, errechnet sich aus der Differenz der Gesamterlöse minus den Kosten für die Vorleistungen.
Wertschriften-Clearing	Verrechnung der gegenseitigen Geld- und Wertpapierforderungen aus dem Börsengeschäft über eine Zentralstelle der Geldinstitute.
Wertsicherungs-klausel	Klausel in Verträgen, die bestimmte Geldleistungen (etwa Mieten und Versicherungsprämien) aus Gründen des Ausgleichs eines durch *Inflation herbeigeführten Wertverlustes an einen neutralen Parameter (z.B. den *Index der Verbraucherpreise oder den Baukostenindex) bindet. Durch diese *Valorisierung soll der Nutzer der Geldleistung vor Geldentwertung geschützt werden.
Wertstellung	*Valuta
Wertver-öffentlichung	Ein Teil der Veröffentlichungspflichten der *Kapitalanlagegesellschaften besteht in der regelmäßigen Veröffentlichung des *errechneten Wertes, des *Ausgabe- und *Rücknahmepreises und der *KESt-Faktoren.

Westeuropäische Union	Verteidigungsbündnis der Europäischen Union, 1954 durch Erweiterung des Brüsseler Pakts von 1948 entstanden. Der WEU gehören seit 1966 zehn EU-Staaten an, fünf (Dänemark, Finnland, Irland, Österreich, Schweden) haben Beobachterstatus. Die WEU stärkt den europäischen Pfeiler der *NATO, sie soll der „Verteidigungsarm“ der EU werden.
Wettbewerbsabkommen	Zwischen den Verbänden der Kreditinstitute abgeschlossenes Abkommen, das den Wettbewerb regelt.
WEU	*Westeuropäische Union
Wiederanlagerabatt	Vergütung, die *Investmentfonds gewähren, wenn die Besitzer der *Investmentzertifikate die ausgeschütteten Erträge zum Kauf neuer Anteile dieses Fonds verwenden und dadurch sofort wiederveranlagen.
Wiederausnützung	Möglichkeit des Kreditnehmers, einen in der Zwischenzeit ganz oder teilweise zurückbezahlten Kredit wieder in seiner ursprünglichen Höhe auszunützen, vor allem beim *Kontokorrentkredit.
Wiener Börse	Finanzdienstleister am Finanzplatz Wien, an dem Wertpapiere aller Art (Aktien, Anleihen, Investmentzertifikate), aber auch Optionen gehandelt werden, und der die dafür erforderliche Infrastruktur zur Verfügung stellt. Die Wiener Börse wurde 1771 als Staatsinstitut gegründet, 1875 wurde durch das Börsengesetz die Selbstverwaltung eingeführt. Die staatlichen Kontrollrechte werden durch den Börsekommissar ausgeübt, die Leitung der Börse liegt in den Händen der aus Börseräten bestehenden Wiener Börsenkammer. Die Wiener Börse untergliedert sich entsprechend der unterschiedlichen Produkte in verschiedene Marktsegmente und bietet verschieden strenge Zulassungskriterien (*Amtlicher Handel, *Geregelter Freiverkehr, *Sonstiger Wertpapierhandel).
Window dressing	Verschönerung der Bilanz zum Bilanzstichtag
Win-Win-Situation	Situation, in der alle beteiligten Partner gewinnen und besser gestellt sind als davor.
Wirtschaftliche Einheit	Zur Ermittlung einer steuerlichen Großveranlagung werden nach den Bestimmungen des Bankwesengesetzes alle Veranlagungen beim selben Rechtssubjekt, bei Konzernunternehmen, bei Personengesellschaften des Handelsrechts sowie eingetragenen Erwerbsgesellschaften und ihren persönlich haftenden Gesellschaftern, bei Treuhändern und Treugebern sowie beim Verpflichteten und seinen nahen Angehörigen zusammengezählt.

Wirtschafts- und Sozialausschuss der EU	Er besteht aus 222 Mitgliedern, die sich in die Gruppen Arbeitgeber, Arbeitnehmer und andere Interessengruppen verteilen. Sein Sitz ist in Brüssel, er muss vor der Annahme zahlreicher Beschlüsse gehört werden und kann auch aus eigener Initiative Stellungnahmen abgeben.
Wirtschaftsunion	*Europäische Wirtschafts- und Währungsunion
Wohnbauanleihe	Steuerbegünstigte Anleiheform für die Wohnbaufinanzierung, die von *Wohnbaubanken emittiert wird.
Wohnbaubank	Aufgabe der 1994 gesetzlich gegründeten Wohnbaubanken ist die Aufbringung von langfristigem Kapital – vor allem in Form von *Wohnbauanleihen – sowie die Vergabe von zinsstabilen Darlehen an die Wohnungswirtschaft. Die Darlehen sollen nicht nur für den Wohnungsneubau, sondern auch für umfassende Wohnungsanierungen verwendet werden.
Wohnbauförderung	Die Wohnbauförderung liegt seit dem Jahr 1988 in der Kompetenz der Bundesländer und weist demnach große Unterschiede auf. Die Förderung besteht aus zahlreichen Maßnahmen, die darauf abzielen, die Schaffung und die Sanierung von Wohnraum zu erleichtern. Als wichtigste Förderungsinstrumente sind Direktdarlehen, *Annuitätenzuschüsse, zinsgünstige Darlehen von Kreditinstituten und Wohnbeihilfen zu nennen. Neben den „klassischen“ Instrumenten wurden in den letzten Jahren auch neue Formen der Wohnbauförderung geschaffen, wie z.B. die *Wohnbauanleihen.
Wohnungs-sanierungsdarlehen	Darlehen von Geldinstituten nach dem Wohnhaussanierungsgesetz, zu deren Annuität die Länder Zuschüsse leisten. Diese Darlehen werden u.a. zur Finanzierung von Aus-, Um- und Zubauten sowie für Verbesserungen (Wasser-, Strom- und Gasleitungen), Heizungsanlagen, Schall- und Wärmeschutz, Teilung und Zusammenlegung von Wohnungseinheiten etc. gewährt.
Working capital	Bilanzkennzahl, die sich als Differenz zwischen kurzfristig gebundenem Umlaufvermögen und kurzfristigen Verbindlichkeiten errechnet und vor allem zur Beurteilung der Liquidität herangezogen wird und im Idealfall größer als Null sein sollte.
Worst case-Szenario	Annahme eines Geschäftsszenarios im Planungsprozess mit Einberechnung mehrheitlich ungünstiger Rahmenbedingungen
WTO	World Trade Organization, Nachfolgeinstitution des *GATT, die sich mit der Regulierung bzw. Deregulierung des Welthandels beschäftigt.

XYZ

XETRA Exchange Electronic Trading. Derzeitig verwendetes Computerhandelssystem, das an der *Wiener Börse den Handel mit Wertpapieren durchführt und über eine automatische Anbindung an die Frankfurter Börse verfügt.

Y

Yield *Rendite, Ertrag einer bestimmten Veranlagungsform.

Z

Zahlschein Vordruck für Überweisungen und bare Einzahlungen zur Durchführung des Zahlungsverkehrs

Zahlstellen nennt man Banken (und deren Zweigstellen oder Filialen), die sich bereit erklärt haben, die Auszahlung der Erträge bestimmter Investmentfonds (*Ausschüttung) zu übernehmen, deren Ausgabe und Rücknahme abzuwickeln und dafür keine zusätzlichen Kosten zu berechnen.

Zahlungsabkommen *Clearingabkommen

Zahlungsaufschub Moratorium, mitunter durch Gesetz erzwungene Hinausschiebung fälliger Zahlungen.

Zahlungsbereitschaft Fähigkeit eines Unternehmens oder einer Privatperson, jederzeit Zahlungen, entweder bar oder im Überweisungswege, durchführen zu können.

Zahlungsbilanz Gegenüberstellung aller Soll- und Habenpositionen im zwischenstaatlichen Waren- und Zahlungsverkehr. Die Zahlungsbilanz setzt sich aus der *Waren- oder Handelsbilanz, der *Dienstleistungsbilanz, der *Transferleistungsbilanz und der *Kapitalbilanz (lang- und kurzfristiger Kapitalverkehr) zusammen. Waren-, Dienstleistungs- und Transferleistungsbilanz zusammen werden als *Leistungsbilanz bezeichnet, deren Ausgleich über die Kapitalbilanz und die Veränderung der Währungsreserven erfolgt, sodass die Zahlungsbilanz stets ausgeglichen ist.

Zahlungsplan Stimmen im Fall des *Zwangsausgleiches für Privatpersonen die Gläubiger nicht zu, steht dem Schuldner die Vorlage eines Zahlungsplanes offen. Dieser sieht keine Mindestquote vor, setzt die Verwertung sämtlichen Vermögens des Schuldners voraus und ist mit fünf Jahren befristet.

Zahlungstag Jener Tag, an dem eine Forderung fällig ist bzw. ein Wechsel tatsächlich erstmals zur Zahlung vorgelegt werden kann.

Zahlungsunfähigkeit	*Insolvenz
Zahlungsverkehr	Bezeichnung für alle Geldbewegungen (Zahlungen), die sich zwischen öffentlichen und privaten Unternehmungen und Haushalten, den Kreditinstituten und dem Ausland abspielen. Der Zahlungsverkehr erfolgt mit Hilfe der verschiedenen Zahlungsmittel und kann bar, halbbar oder bargeldlos erfolgen. In der heutigen Praxis dominiert der bargeldlose Zahlungsverkehr.
Zedent	Jemand, der Forderungen oder Rechte im Rahmen einer *Zession an einen Dritten abtritt.
Zeichnung	Subskription, Kauf neu ausgegebener *Wertpapiere im *Primärmarkt.
Zeichnungs-berechtigung	Neben einem oder mehreren *Verfügungsberechtigten können für ein Girokonto auch Zeichnungsberechtigte nominiert werden, die aber nur Kontodispositionen in beschränktem Umfang durchführen dürfen.
Zeichnungsfrist	Zeitraum, innerhalb dessen Wertpapiere zu den Ausgabebedingungen im Primärmarkt erworben werden können.
Zeichnungspreis	Ausgabepreis von Wertpapieren im Primärmarkt
Zeichnungsschein	Auftrag an ein Kreditinstitut zur Zeichnung von neu ausgegebenen Wertpapieren im Primärmarkt
Zeitwert	Jener Teil des *Optionspreises, der über den *inneren Wert hinausgeht und sich als Differenz zwischen Optionspreis und innerem Wert ergibt. Je länger die Restlaufzeit ist, desto höher ist der Zeitwert einer Option.
Zentralbank	*Notenbank
Zentralbankgeld-umlauf	Unter Zentralbankgeld versteht man das von der Notenbank geschaffene Geld. Es existiert in Form von Sichtguthaben bei der Notenbank oder als Bargeld in Form von Banknoten und Münzen.
Zentralisierter Zahlungsverkehr	Stets über das Spitzeninstitut abgewickelter Zahlungsverkehr; Gegenteil: dezentralisierter Zahlungsverkehr.
Zero Base Budgeting	Budgetierungsprozess, bei dem alle Abteilungen am Anfang bei Null beginnen und für die Planperiode erforderliche Budgets argumentieren müssen. Der Vorteil liegt darin, dass Budgets nicht aufgrund von vergangenen Jahren vergeben werden, sondern aufgrund zukünftiger Aktivitäten.
Zerobond	Nullkuponanleihe, bei der während der Laufzeit keine Verzinsung erfolgt, dafür aber der Emissionskurs bedeutend niedriger liegt als der Tilgungskurs. Aus dieser Differenz ergibt sich die *Effektivverzinsung eines Zerobonds.

Zero-Cost-Option	Optionsstrategie bei der Absicherung des Wechselkursrisikos, bei der der Kaufpreis für die benötigte Option durch einen Verkauf der gegenteiligen Option finanziert wird. Der Nachteil liegt darin, dass der Optionsinhaber auf die Möglichkeit der Teilnahme an vorteilhaften Kursentwicklungen verzichten muss.
Zertifikat	Bescheinigung über die Hinterlegung und den Besitz von Wertpapieren bei Investmentgesellschaften
Zession	*Abtretung bzw. Übertragung einer Forderung an einen Dritten. Der abtretende Gläubiger wird *Zedent, der neue Gläubiger *Zessionar und der Schuldner Zessus genannt. Eine Zession kann in *stillen, *offener oder *bestätigter Form erfolgen, die wichtigsten Arten sind die Rahmen- und die *Generalzession.
Zessionar	Jemand, der Forderungen oder Rechte im Rahmen einer *Zession von einem Dritten erwirbt.
Zessionskredit	Kredit gegen die Abtretung von Forderungen und Rechten, die mehr oder weniger bevorschusst werden. Der Drittschuldner kann von der Abtretung benachrichtigt (*offene Zession) werden oder nicht (*stille Zession).
Ziehung	Auslösung von Wertpapieren zur Ermittlung der vorzeitig zu tilgenden *Serien
Zielgruppen	Bei der *Marktsegmentierung wird ein Nachfragemarkt in verschiedene Zielgruppen mit untereinander ähnlichen Teilnehmern aufgeteilt. Dies kann nach geographischen, soziodemographischen (Alter, Geschlecht, Beruf, Bildung etc.), psychographischen (Risikoeinstellung der Kunden, Innovationsfreudigkeit) oder verhaltensspezifischen Kriterien erfolgen.
Zins(en)	Preis für die temporäre Überlassung von Fremdkapital, *Soll- und *Habenzinsen bei Konten, *antizipative und *dekursive Zinsberechnung.
Zinsänderungsrisiko	Eng verbunden mit dem *Fristentransformationsproblem ist das Risiko der Zinsänderung. Bei *variabler Verzinsung liegt das Zinsänderungsrisiko für den *Schuldner in einem steigenden Referenzzinssatz, für den *Gläubiger in einem fallenden. Bei *fixer Verzinsung ist der Schuldner vom Zinsänderungsrisiko bei fallenden Zinsen, der Gläubiger bei steigenden Zinsen negativ betroffen. Die optimale Struktur im Bilanzaufbau ist somit der ständige Versuch, über Zinsentwicklungen im Vorhinein Bescheid zu wissen, um die richtige Geschäftspolitik verfolgen zu können.
Zinseszinsen	Zinsen, die auf nicht ausgezahlte und daher kapitalisierte (dem ursprünglichen Kapital zugechlagene) Zinsen berechnet werden.

Zinsgefälle	Unterschied des Zinsniveaus an verschiedenen Finanzplätzen, insbesondere zwischen zwei Ländern, wodurch ein Geldabfluss von dem Land mit niedrigerem Zinsniveau in das mit höherem erfolgen kann.
Zinspolitik	Politik, vor allem der Notenbank, die damit das allgemeine Zinsniveau beeinflussen und damit wirtschaftspolitische Ziele erreichen will.
Zinssatz	In Prozenten pro Jahr ausgedrückter Preis für die Überlassung von Fremdkapital
Zinsschein	*Kupon
Zinsspanne	Zinsmarge, Differenz zwischen den durchschnittlichen Zinsen für Kredite (*Sollzinsen) und für Einlagen (*Habenzinsen), woraus eine Bank nicht nur ihre Kosten zu bestreiten hat, sondern auch ihren Gewinn lukrieren muss. Zieht man von der Bruttozinsspanne die anteiligen Verwaltungskosten (Personal-, Sachkosten etc.) ab, erhält man die Nettozinsspanne.
Zirka-Auftrag	Börsenauftrag, bei dem der Händler an der Börse für den Abschluss eines Geschäftes gegenüber den Limits eine gewisse Dispositionsfreiheit besitzt.
Zollunion	Vereinigung zweier oder mehrerer selbständiger Staaten zu einem einheitlichen zollfreien Gebiet mit einem (im Gegensatz zu einer Freihandelszone wie der EFTA) gemeinsamen Zolltarif nach außen.
Zuflussprinzip	Im Steuerrecht gilt der Grundsatz, dass Einnahmen in jenem Kalenderjahr als bezogen gelten – und damit auch steuerlich zu erfassen sind – in dem sie dem Steuerpflichtigen zugeflossen sind. Bei Kapitalanlagefonds ist dabei auf den Zuflusszeitpunkt der Erträge bzw. der *ausschüttungsgleichen Erträge des Fonds selbst und nicht der darin enthaltenen einzelnen Anlageformen abzustellen.
Zusammenlegung von Aktien	Herabsetzung des Aktienkapitals einer Gesellschaft durch Verringerung des Nennwertes der Aktien und gleichzeitige Vereinigung einer bestimmten Anzahl alter Aktien zu einer neuen Aktie.
Zuteilung	Zuweisung der gezeichneten Wertpapiere bei einer Neuemission. Liegt eine Überzeichnung vor, erhält der „Zeichner“ nur eine Teilzuweisung.
Zwangsausgleich	1. Bei Unternehmen: Ein gerichtlicher Ausgleich, den der Schuldner mit seinen Gläubigern im Rahmen des Konkursverfahrens schließt. Er hat den Zweck, durch Beschleunigung des Verfahrens Kosten zu sparen und den Gläubigern erhöhte Quoten zu verschaffen, wobei der Schuldner seine Restschuld verliert.

	2. Bei Privatpersonen: Scheitert bei einer Privatperson der außergerichtliche Ausgleich, kann der Schuldner einen Konkursantrag einbringen. Der in diesem Rahmen mögliche Zwangsausgleich kann wie der Zwangsausgleich bei Unternehmen, aber auch mit einer Quote von mindestens 30 % der Forderungen, zahlbar innerhalb von fünf Jahren, angeboten werden.
Zwangsversteigerung	Öffentliche Versteigerung über bewegliche und unbewegliche Vermögenswerte des Schuldners, die von den Gläubigern beantragt wurde.
Zwangsverwaltung	Mittel der Exekution, welches dem Verpflichteten über Antrag des betreibenden Gläubigers die Verwaltung und Nutzung zum Zweck der Tilgung vollstreckbarer Forderungen entzieht. Die Verwaltung erfolgt durch einen vom Exekutionsgericht bestellten Zwangsverwalter.
Zweigstelle	Betriebsstelle eines *Kreditinstituts, die unmittelbar sämtliche Geschäfte oder einen Teil der Geschäfte betreibt, die mit der Tätigkeit dieses Institutes verbunden sind.
Zwischenausweis	Zwischenbilanz der Kreditinstitute, die nach einem bestimmten Schema meistens monatlich erstellt wird.
Zwischenbank-einlagen	Einlagen von Banken bei anderen Banken
Zwischendarlehen	Vor allem bei *Bausparfinanzierungen. Darlehen zur Überbrückung des Finanzbedarfs, bis das geplante Hauptfinanzierungsinstrument (das eigentliche Bauspardarlehen) zugeteilt wird.
Zwischenschein	Begriff des Aktienrechts, auch Interimsschein genannt. Urkunde, die die Aktiengesellschaft an ihre Aktionäre ausgibt, bevor die eigentlichen Aktienurkunden emittiert werden. Zwischenscheine sind sehr selten geworden, da Wertpapiere nicht mehr physisch ausgedruckt werden.